

Stenografischer Bericht

31. Sitzung des Landtages Steiermark

XVI. Gesetzgebungsperiode 16. April 2013

Beginn: 10.03 Uhr

Entschuldigt: Zweite Präsidentin Mag. Lackner, LTAbg. Detlef Gruber, LTAbg. Kröpfl, LTAbg. Zenz und LTAbg. Lercher

Mitteilungen: (5257)

D1. Einl.Zahl 1830/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder
betreffend *Abschaffung des Pflegeregresses*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Lechner-Sonnek (5319)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (5326)

Wortmeldungen: LTAbg. Klimt-Weithaler (5332), LTAbg. Lechner-Sonnek (5339), LTAbg. Mag. Drexler (5343), Landeshauptmann Mag. Voves (5349), LTAbg. Amesbauer, BA (5351), LTAbg. Schönleitner (5356), LTAbg. Bauer (5360), LTAbg. Klimt-Weithaler (5362)

Beschlussfassung: (5365)

D2. Einl.Zahl 1838/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Ersten Landeshauptmannstellvertreter
Schützenhöfer

betreffend *Pölfing Brunn – ein reformpartnerschaftlich verwaltetes Millionengrab!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Samt (5366)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (5372)

Wortmeldungen: LTAbg. Samt (5374), LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (5376), LTAbg. Schönleitner (5378)

Beschlussfassung: (5380)

D3. Einl.Zahl 1850/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder
betreffend *Schließungen von Spitälern und Abteilungen*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Amesbauer, BA (5381)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (5384)

Wortmeldungen: LTAbg. Amesbauer, BA (5388), LTAbg. Lechner-Sonnek (5390), LTAbg.
Dr. Murgg (5396), LTAbg. Amesbauer, BA (5400), Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (5400)

Beschlussfassung: (5404)

1. Einl.Zahl 1800/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen und Beteiligungen

Betreff: *3. Bericht an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und
außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2013 gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010*

Berichterstattung: LTAbg. Schwarz (5259)

Wortmeldung: LTAbg. Ahrer (5259)

Beschlussfassung: (5260)

2. Einl.Zahl 1803/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Verfassung, Dienstrecht, Vereinbarungen und
Staatsverträge, Unvereinbarkeit und Immunität

Betreff: *Gesetz über die Sicherung, Verwahrung und Nutzung von Archivgut
(Steiermärkisches Archivgesetz - StAG)*

Berichterstattung: LTAbg. Dr. Bachmaier-Geltewa (5261)

Wortmeldung: LTAbg. Dr. Bachmaier-Geltewa (5261)

Beschlussfassung: (5262)

3. Einl.Zahl 1640/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Agrarpolitik (Land- und Forstwirtschaft)

Betreff: *Hagelabwehr*

Berichterstattung: LTAbg. Schönleitner (5262)

Wortmeldungen: LTAbg. E. Gruber (5263), LTAbg. Kaufmann (5265), LTAbg. Schönleitner
(5266), LTAbg. Weber (5268), LTAbg. Ing. Jungwirth (5270), LTAbg. Gangl (5271)

Beschlussfassung: (5272)

4. Einl.Zahl 1819/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Daseinsvorsorge (Abfall, Abwasser, Energie, Sicherheit, Telekommunikation)

Betreff: *Erhalt des Bezirksgerichtes Frohnleiten*

Berichterstattung: LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (5273)

Wortmeldung: LTAbg. Samt (5273)

Beschlussfassung: (5276)

5. Einl.Zahl 1752/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Prüfung der Gebarung der Marktgemeinde Gratkorn durch den Landesrechnungshof*

Berichterstattung: LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (5277)

Wortmeldungen: LTAbg. Samt (5277), LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (5279), LTAbg. Schönleitner (5281), LTAbg. Bauer (5283), LTAbg. Mag. Drexler (5284), LTAbg. Dr. Murgg (5287), LTAbg. Samt (5288)

Beschlussfassung: (5289)

6. Einl.Zahl 1673/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Steirischer Beschäftigungspakt – Folgeprüfung*

Berichterstattung: LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (5290)

Wortmeldung: LTAbg. Bauer (5290)

Beschlussfassung: (5292)

7. Einl.Zahl 1801/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Förderprogramm „erNEUerBARes Wasser 2008“ (Einl.Zahl 1192/3, Beschluss Nr. 482)*

Berichterstattung: LTAbg. Fischer (5292)

Wortmeldung: LTAbg. Hubert Lang (5292)

Beschlussfassung: (5295)

8. Einl.Zahl 1802/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Wissenschaft, Forschung und Kultur

Betreff: *Grazer Altstadtanwalt; Tätigkeitsbericht 2012*

Berichterstattung: LTAbg. Mag. Rinner (5295)

Wortmeldungen: LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (5296), Landesrat Dr. Buchmann (5298)

Beschlussfassung: (5299)

9. Einl.Zahl 1788/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Umwelt und Verkehr

Betreff: *Luftreinhalteprogramm Steiermark 2011, Umsetzung der Maßnahmen - Jahresbericht 2012*

Berichterstattung: LTAbg. Samt (5300)

Wortmeldungen: LTAbg. Böhmer (5300), LTAbg. Ing. Jungwirth (5303), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (5307), LTAbg. Dipl.-Ing. Wöhry (5310), LTAbg. Ing. Jungwirth (5312), Landesrat Dr. Kurzmann (5314)

Beschlussfassung: (5317)

10. Einl.Zahl 1736/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Prüfbericht SG Rottenmann, Objekt 8073 Feldkirchen, Josef-Gschanes-Str. 9-13 (Einl.Zahl 135/5, Beschluss Nr. 92)*

Berichterstattung: LTAbg. Karl Lackner (5317)

Beschlussfassung: (5318)

11. Einl.Zahl 1808/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Altstoffsammelzentren (Einl.Zahl 593/3, Beschluss Nr. 265)*

Berichterstattung: LTAbg. Schiffer (5318)

Beschlussfassung: (5318)

Präsident Majcen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Es findet heute die 31. Sitzung des Landtages Steiermark statt. Ich begrüße Sie alle recht herzlich, insbesondere auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sowie alle Zuseherinnen und Zuseher, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung sowie die Damen und Herren des Bundesrates. Folgende Damen und Herren sind entschuldigt: Die Frau zweite Präsidentin Mag. Ursula Lackner, Herr LTAbsg. Detlef Gruber, Herr LTAbsg. Walter Kröpfl, Herr LTAbsg. Klaus Zenz und der Herr LTAbsg. Max Lercher. Wir sind stark reduziert heute. Das ist eine Probe für die Verkleinerung des Landtages.

Sehr geehrte Damen und Herren, als Präsident darf ich Ihnen mit Stolz den druckfrischen Folder unseres Universitätslehrganges „Parlamentarismus und Landespolitik“ zur Kenntnis bringen und Sie gleichzeitig noch einmal herzlich einladen, morgen um 14.00 Uhr den Informationsnachmittag im Rittersaal mit den Verantwortlichen der Karl Franzens Universität zu besuchen. Gemeinsam mit der Universität Graz haben wir im Rahmen unseres Kooperationsprojektes die Möglichkeit geschaffen, berufsbegleitend, mandatsbegleitend in vier Semester einen akademischen Abschluss in Form eines MBA zu erlangen. Für detaillierte Informationen und Fragen aller Art darf ich Sie einladen, morgen die Gelegenheit wahrzunehmen und sich ein umfassendes Bild zu machen.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Einladung gemeinsam zugegangen und ich frage, ob es einen Einwand gegen die Tagesordnung gibt. Das ist nicht der Fall.

Gemäß § 8 in Verbindung mit § 4 des Unvereinbarkeits-Transparenz-Gesetzes bringe ich dem Hohen Haus zur Kenntnis, dass der Ausschuss für Verfassung und Dienstrecht, Vereinbarungen und Staatsverträge, Unvereinbarkeit und Immunität in seiner Sitzung am 9. April 2013 die Anzeige mit der Einl.Zahl 1810/1 des Herrn Landtagsabgeordneten Karl Lackner betreffend „Leitende Tätigkeit in der Wirtschaft“ beraten und zur Kenntnis genommen bzw. genehmigend beschlossen hat.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass gemäß § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages aus 2005 zehn Schriftliche Anfragen eingebracht wurden, und zwar von Abgeordneten der FPÖ zwei Anfragen, von Abgeordneten der Grünen fünf Anfragen sowie von Abgeordneten der KPÖ drei Anfragen. Die Anfragen wurden an folgende Regierungsmitglieder eingebracht:

Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder vier Anfragen, Herr Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann vier Anfragen und Herr Landeshauptmann Mag. Franz Voves zwei Anfragen.

Es wurden zehn Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtages folgender Regierungsmitglieder eingebracht: Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder zwei Anfragebeantwortungen, Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann eine Anfragebeantwortung, Landesrat Mag. Michael Schickhofer zwei Anfragebeantwortungen, Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer zwei Anfragebeantwortungen, Landesrat Johann Seitinger eine Anfragebeantwortung und Landeshauptmann Mag. Franz Voves zwei Anfragebeantwortungen.

Am Mittwoch, dem 10. April, wurde um 9.11 Uhr von den Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage an Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder betreffend „Abschaffung des Pflegeregresses“ eingebracht. Weiters wurde am Donnerstag, dem 11. April 2013 um 11.38 Uhr, von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer betreffend „Pölfing-Brunn – ein reformpartnerschaftlich verwaltetes Millionengrab“ eingebracht.

Ebenso wurde am Freitag, dem 12. April um 11.02 Uhr, eine weitere Dringliche Anfrage von Abgeordneten der FPÖ an Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder betreffend „Schließungen von Spitälern und Abteilungen“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr damit beginnen. Nach der Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gemäß § 68 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages je eine Wechselrede statt.

Ich teile weiters mit, dass gemäß § 67 Abs. 2 die Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Lechner-Sonnek, Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger, Anton Kogler, Mag. Dr. Georg Mayer, MBL, Peter Samt, Klimt-Weithaler, Dr. Murgg, einen Antrag auf Besprechung einer Anfragebeantwortung von Herrn Landesrat Johann Seitinger zur Einl.Zahl 1732 eingebracht haben bzw. sie ist am 16. April eingelangt, betreffend „Gewässerstrecken mit besonderer ökologischer Bedeutung“. Dieser Antrag hat eine erforderliche Unterstützung von zehn Abgeordneten und damit findet die Besprechung der Anfragebeantwortung am Beginn der nächsten Sitzung statt.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung über und ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß § 55 der Geschäftsordnung des Landtages. Ich bitte in diesem Zusammenhang noch einmal sehr herzlich darum, die Wortmeldungen deutlich mir, wenn es geht, vor Redebeginn mitzuteilen, damit ich die Möglichkeit habe, diese Wortmeldungen aufzurufen.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zum Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage mit der Einl.Zahl 1800/1 betreffend den 3. Bericht an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2013 gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Johannes Schwarz. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

LTabg. Schwarz (10.12 Uhr): Der Ausschuss „Finanzen“ hat in seiner Sitzung vom 09.04.2013 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Finanzen“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der dritte Bericht für das Rechnungsjahr 2013 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste samt Kopien der zugrundeliegenden Regierungssitzungsstücke der zuständigen Abteilungen angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 2013 in der Gesamthöhe von Euro 2,458.023,97 wird gemäß Artikel 41 Abs. 2 des L-VG 2010 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Zustimmung. (10.12 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für diese Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Helga Ahrer. Frau Abgeordnete, bitte.

LTabg. Ahrer (10.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr stellvertretender Landeshauptmann, sehr geehrte Landesrätin, sehr geehrte Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Im Namen der steirischen Pendlerinnen erlaube ich mir hier ein gerechtes Danke auszusprechen. Ich sage hier ganz bewusst Pendlerinnen, denn die steirische PendlerInnenbeihilfe beziehen zu 70 % Frauen und im Durchschnitt sind es im Jahr 116 Euro.

Die Entscheidung, dass die PendlerInnenbeihilfe für weitere zwei Jahre verlängert wurde, ist voll im Sinne der steirischen Pendler und Pendlerinnen. Es wurden weitere 1,7 Millionen Euro – beschließen wir jetzt – in die Hand genommen und es sei dabei auch erwähnt, dass von diesen 1,7 Millionen Euro die steirische Arbeiterkammer ein Drittel übernimmt und auch die Administration. Immerhin ist es so, dass rund 10.000 Pendler und Pendlerinnen in den Genuss kommen, wie gesagt, diesen Durchschnitt in der Höhe von 116 Euro in Anspruch zu nehmen und ich begrüße es als SPÖ-Verkehrssprecherin auch sehr, dass diese PendlerInnenbeihilfe um ca. 10 Euro erhöht wurde. Denn es ist mittlerweile so, dass diese finanzielle Unterstützung einfach von Nöten ist, denn nicht jeder hat eine Straßenbahnlinie, eine Autobushaltestelle oder einen Bahnhof vor der Haustür und ist einfach gezwungen, zur An- und zur Abreise das Auto zu nehmen und den persönlichen PKW zum Einsatz zu bringen. In diesem Sinne möchte ich mich noch einmal recht herzlich bedanken und auch für die gute Zusammenarbeit. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ – 10.15 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich bitte daher die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu diesem Tagesordnungspunkt 1 die Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke vielmals. Gegenprobe.

Gegen die Stimmen von KPÖ und Grünen ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Und bevor ich zum Tagesordnungspunkt 2 komme, möchte ich ein Versäumnis nachholen, das mir im Zuge der umfangreichen Wirtschaft mit diesen vielen Zetteln passiert ist, und möchte der Frau Abgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek sehr herzlich zu ihrem runden Geburtstag, den sie gefeiert hat, gratulieren und alles Gute für die Zukunft wünschen. Herzliche Gratulation! *(Allgemeiner Beifall)*

Meine Damen und Herren, ich komme zum Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1803/1, betreffend das Gesetz über die Sicherung, Verwahrung und Nutzung von Archivgut (Steiermärkisches Archivgesetz – StAG).

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Dr. Waltraud Bachmeier-Geltewa. Frau Abgeordnete, ich bitte dich um den Bericht.

LTAbg. Dr. Bachmeier-Geltewa (10.17 Uhr): Der Ausschuss „Verfassung“ hat in seiner Sitzung vom 09.04.2013 über den betreffenden Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Verfassung“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Gesetz vom... über die Sicherung, Verwahrung und Nutzung von Archivgut (Steiermärkisches Archivgesetz –StAG). Ich ersuche um Annahme. (10.17 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für diesen Bericht. Die Frau Abgeordnete hat sich auch zu Wort gemeldet. Frau Abgeordnete, du bist bereits am Wort!

LTAbg. Dr. Bachmeier-Geltewa (10.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Besucherinnen und Besucher!

Das Steiermärkische Landesarchiv ist das größte österreichische Landesarchiv und beinhaltet sage und schreibe 60.000 Regalmeter Archivgut, das sind 60 Kilometer. Nachdem ich aus Kapfenberg bin, möchte ich veranschaulicht darstellen, die gesamte Fahrtstrecke von Graz nach Kapfenberg ein durchgehendes Regal oder ein Regal nach dem anderen mit Archivgut. Das ist eine gigantische Sammlung von immenser Bedeutung. Bereits Erzherzog Johann räumte 1811 bei der Gründung des von ihm gestifteten Landesmuseums Joanneum dem Archiv einen besonderen Rang ein. Das Steirische Landesarchiv sammelt, bewahrt und erschließt die schriftlichen und bildlichen Quellen zur Geschichte des Landes Steiermark und hält sie zugänglich. Dieses Archivgut ist von unschätzbarem Wert für das Land und die interessierte Bevölkerung. Es stellt einen wesentlichen Teil des kulturellen Erbes dar. Es verkörpert nicht nur Ideelles, sondern auch beträchtliches nationales Kapital, dessen Erhaltung im öffentlichen Interesse gelegen ist. Bis dato haben wir in der Steiermark keinen gesetzlichen Rahmen für die Erhaltung und Nutzung von Archivgut. Es besteht insbesondere ein Regelungsbedarf im Zusammenhang mit dem Datenschutzgesetz. Dieses heute zu beschließende Steiermärkische Archivgesetz ermöglicht die Speicherung personenbezogener Daten und bewahrt das Schriftgut so vor Vernichtung und Zersplitterung. Darüber hinaus schafft das Gesetz im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten geeignete Zugangsmöglichkeiten zum Archivgut, sowohl für wissenschaftliche Zwecke, als auch für die

interessierte Allgemeinheit. Es ist besonders wichtig, dass wir den Umgang mit diesen enormen Schätzen einer entsprechenden gesetzlichen Regelung unterziehen. Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Gesetz. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.20 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Frau Abgeordnete. Nicht zu vergessen, dass auch alle Wortmeldungen des Landtages in diesem Landtagsarchiv gespeichert sind, damit wird es zu einem unermesslichen Reichtum. Ich darf nunmehr zur Abstimmung kommen, weil keine Wortmeldung mehr vorliegt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu Tagesordnungspunkt 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme damit zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft über den Antrag mit der Einl.Zahl 1640/1 der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Lechner-Sonnek und Lambert Schönleitner betreffend Hagelabwehr.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordneter Lambert Schönleitner. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

LTAbg. Schönleitner *(10.21 Uhr)*: Danke, Herr Präsident!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft betreffend Hagelabwehr. Der Ausschuss „Landwirtschaft“ hat in seinen Sitzungen vom 15.01.2013 und vom 09.04.2013 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft zum Antrag mit der Einl.Zahl 1640/1 der Abgeordneten Ing. Jungwirth, Lechner-Sonnek und Schönleitner betreffend Hagelabwehr wird zur Kenntnis genommen. *(10.21 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für den Bericht. Es hat sich Herr Abgeordneter Erwin Gruber zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Erwin Gruber (10.22 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Mitglieder auf der Regierungsbank, liebe Kollegen und Kolleginnen, werte Zuhörer und Zuhörerinnen!

Es gibt hier einen Grünen Antrag, er ist bereits kurz begründet worden und ich kann dazu nur sagen „Sparen ja, aber nicht am falschen Platz“. Die Hagelabwehr – und ich komme aus einem Bezirk, aus dem Bezirk Weiz, der davon betroffen ist – ist notwendig und unverzichtbar und daher sind einfach die Zuzahlungen und ist die Finanzierung eben über die Gemeindebeteiligung notwendig, aber auch die Zuzahlung des Landes Steiermark. Ich darf dazu insgesamt festhalten, dass das Thema Hagelabwehr bzw. die Umsetzung nicht auf Gewinn ausgerichtet ist und sozusagen einen gemeinnützigen Zweck verfolgt. Ziel der Unterstützung ist es, dass eine ständige Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung der Hagelabwehr über Forschung und über wissenschaftliche Erkenntnisse erfolgt, im Besonderen in drei Bereichen oder drei Punkten. Es geht um die Optimierung der Verbrennungstechnik, es wird ja hier über Generatoren Silberjodid freigesetzt, das durch Verbrennung einer Acetonlösung stattfindet. Das Zweite, dass einfach eine Verbesserung der Wetterradarstationen erreicht wird, um eine Früherkennung von Hagelgewittern zu ermöglichen. Ein weiteres Ziel der Finanzierung und Unterstützung ist es, dass man natürlich größte Bedachtnahme auf die Umweltverträglichkeit hat. Wenn man sich das Ganze national und international anschaut, die Hagelabwehr mit Flugzeugen ist auch in Niederösterreich z.B. in der Wachau, in Krems eine anerkannte Methode, wo es eben vor allem Spezialkulturen gibt, aber auch vor allem in Europa, in Deutschland, in Spanien, in Griechenland und in weiteren Mitgliedsstaaten, aber ganz stark verbreitet ist diese Methode auch in den Vereinigten Staaten, in Kanada, in Argentinien, und es gibt dazu auch ständig Expertenkongresse, der letzte hat in Deutschland stattgefunden und der nächste wird aller Voraussicht in der Steiermark stattfinden, weil hier auch die Steiermark als Forschungs- und Entwicklungsland federführend ist. Die Hagelabwehr in dieser Form ist deshalb auch unverzichtbar und ich rede da von einem Erfahrungsbericht eines guten Freundes, der lange als Flieger in dieser Branche tätig ist, dass sich die Gewitterentwicklung in den letzten 20 bis 25 Jahren deutlich verändert hat. Gewitter sind heute heftiger, mächtiger, aber auch vor allem viel schneller im Überwinden von großen Gebietsteilen der Steiermark und daher ist die ständige, technische Weiterentwicklung der Hagelabwehr notwendig, um diese Intensität der Gewitterentwicklung und im Speziellen der Hagelgewitterentwicklung zu mindern. Hagelabwehr ist auch deshalb unverzichtbar, weil es um die Minderung eines möglichen, großen volkswirtschaftlichen Schadens geht. Wir reden immer von der Land- und

Forstwirtschaft, die dadurch geschützt wird und vor allem die Spezialkulturen, aber es geht auch um die Minderung sonstiger öffentlicher und privater Schäden. Ich denke da vor allem an Hausgärten, an Parkanlagen, an Gebäude, aber auch vor allem an Fahrzeuge.

Wenn ich vielleicht auch kurz nur die Geschichte der steirischen Hagelabwehr mit ein paar Sätzen beleuchten darf. 1955 hat das mit der Gründung der steirischen Hagelabwehrgenossenschaft angefangen, damals hat man noch mit Raketen das Silberjodid frei gesetzt. Seit 1987 gibt es allgemein den Flugbetrieb mit Flugzeugen und 2006 wurde dann die Plattform Hagelabwehr als Initiative der steirischen Landesregierung gegründet, wo heute sozusagen drei Hagelabwehrorganisationen die Ausführung umsetzen; das ist eben die steirische Hagelabwehrgenossenschaft, das ist die Südflug GesmbH und die Hail-Air-GesmbH. Es gibt aber wirklich namhafte Partner in diesem Bereich, die auch in der Plattform „Steirische Hagelabwehr“ vereint sind; federführend natürlich die Fachabteilung für Katastrophenschutz, aber mit dabei mit Unterstützung die Technische Universität Graz, Joanneum Research, der Gemeindebund und der Städtebund, die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, die Landwirtschaftskammer Steiermark, aber auch die Hagelversicherung – alles Partner, die Interesse bekunden, diesen möglichen volkswirtschaftlichen Schaden zu mindern. Weil es immer heißt, die Wirkung ist nicht wissenschaftlich belegbar, das stimmt absolut nicht. Die Wirkung und der Erfolg der Hagelabwehr ist nachvollziehbar, dazu gibt es wissenschaftliche Erkenntnisse und Aufzeichnungen, die über 20 Jahre lang geführt worden sind. Drei Punkte sind da hervorzuheben. Es geht um die Minderung der Hageltage oder Hagelereignisse von 16 auf 12 Tage. Wenn ein Hagelereignis eintritt, wird die verhagelte Fläche deutlich reduziert – von rund 34 Quadratkilometer auf 16 Quadratkilometer, also eine Halbierung der verhagelten Fläche – und es gibt eine deutliche Abnahme der großen Hagelkörner, natürlich eine Vermehrung der kleinen Hagelkörner, aber das sind diejenigen, die, wenn sie auf den Boden auftreffen, sehr oft bereits zerschmolzen sind und dann sozusagen als Starkniederschlag noch immer da sind. Also Gewitter und Unwetter verhindern, geht nicht, aber die Hagelintensität zu mindern, zu reduzieren, und damit einen volkswirtschaftlichen Schaden vermindern, das ist unsere große Aufgabe. Daher sind alle Maßnahmen auch in Zukunft notwendig und die Reformpartnerschaft der SPÖ und ÖVP bekennt sich dazu sparen anzusagen, aber nicht am falschen Platz; Prioritäten zu setzen und einfach das Thema Bekämpfung von Auswirkungen von Unwetterschäden zu unterstützen. Ob es darum geht, dass man eben Versicherungsprämien unterstützt, die bezahlt werden, und möglichst viele oder fast alle

Kulturen in Zukunft versicherbar macht, oder ob es darum geht, die Zuzahlung über Gemeinden und über das Land zur steirischen Hagelabwehr weiterhin aufrecht zu erhalten, um eben Gewitterintensität zu mindern und damit mögliches Volksvermögen zu schützen. Ich glaube, das Geld ist gut eingesetzt und ich bitte um Unterstützung dieser Maßnahme. Danke.
(*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.30 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Frau Abgeordnete, bitte!

LTabg. Kaufmann (10.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Gruber hat ja vorhin schon sein Erstaunen über den Antrag der Grünen erzählt, und ich kann mich dem nur anschließen. Auch ich verstehe den Antrag der Grünen nicht. Wenn jemand fordert, die Landesregierung wird aufgefordert, die Direktförderung einzustellen, dann fordert er damit auch die Hagelabwehr einzustellen und das ist etwas, was ich einfach nicht verstehe. Ich weiß nicht, ob jemand von den Grünen, z.B. der Herr Kollege Lambert Schönleitner, schon einmal gesehen hat, wie es aussieht, wenn der Hagel alles zerstört. Ich weiß nicht, ob du dich hineindenken kannst, du bist selber kein Bauer, aber ich kann mich da sehr gut als Bäuerin hineindenken, wenn die Ernte von Gemüse- oder Obstbauern, eine komplette Ernte, kaputt ist, durch den Hagel zerstört – das heißt, die Einnahmen von einem Jahr und damit auch der Verdienst von einem Jahr sind weg. Ich weiß nicht, ob du dir vorstellen kannst, wie beruhigend es ist, wenn da dann die Hagelabwehr darüber fliegt und versucht zu helfen – und in sehr vielen Fällen kann sie helfen. Es ist auch erwiesen, dass Hagelkörner, durch das, was die Hagelabwehr macht, zu Wassertropfen werden. Wassertropfen, die gut tun, und nicht schädigen. Ich verstehe auch eure Argumentation nicht, wenn ihr sagt, die Wirksamkeit der Hagelabwehr konnte nicht bewiesen werden, oder wenn ihr sagt, es gibt keine wissenschaftliche Untersuchung, welche Auswirkung Silberjodid auf Mensch und Umwelt hat. Dann kann ich mich nur wundern und kann mich nur fragen, wie recherchiert ihr, bevor ihr einen Antrag macht? Sehr vieles hat ja schon Kollege Gruber gesagt, aber z.B. von 2007 bis 2012 gibt es die technisch-wissenschaftliche Begleitung der TU in Graz. Seit ca. 20 Jahren gibt es die meteorologisch-wissenschaftliche Untersuchung, z.B. von Dr. Swawik, und es gibt die Umweltverträglichkeitsprüfungen des Bundesministeriums für Gesundheit, Umweltschutz. Die sagen nach eingehender Prüfung, es

gibt keinen Einwand. Das war das Ergebnis des Bundesministeriums. Und wie schon gesagt, die Steiermark ist nicht das einzige Land, das die Hagelabwehr macht, das ist Niederösterreich und es sind sehr viele EU-Länder, unter anderem auch Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. In den USA, Kanada, Argentinien, aber auch in vielen anderen Ländern wird die Hagelabwehr mit dem Flugzeug betrieben. Zum Beispiel wird auch in diesen Ländern wissenschaftlich untersucht, und da gefällt mir eine Stellungnahme, die Herr Dipl.-Ing. Armin Pollinger vom Hagelabwehrverband Ostschweiz abgegeben hat und nur so viel zu dem, dass das Silberjodid so schädlich wäre. Er sagt nämlich, die Einbringung von Silberjodid ergab – bei 1000 explodierenden Raketen pro Jahr mit je 15 Gramm Silberjodid auf rund 700 Quadratkilometern verteilt – eine Bodenbelastung von 0,01 Milligramm je Quadratmeter. Um das besser verständlich zu machen, es ist so, dass die Umwelt durch das Impfen von Wolken durch Silberjodid so belastet wird, wie ein Kaffee, wenn man mit einem Silberlöffel umrührt. Also das sagt mir sehr viel. Aber auch der Landtag Baden-Württemberg hat sich damit befasst, konnte keine schädlichen Auswirkungen feststellen und das Umweltbundesamt Regensburg hat festgestellt, dass das für Mensch und Umwelt unproblematisch ist. Die TU Graz mit eingerichteter Datenbank wird im 10-jährigen Beobachtungszeitraum die Effizienz der Hagelabwehr nachweisen, so lautet die Stellungnahme von unserem Regierer. Und ich bin im Sinne der betroffenen Bäuerinnen und Bauern – speziell im südöstlichen, südlichen und im westlichen Gebiet der Steiermark, die immer wieder von schweren Unwettern bedroht werden – froh, dass sich die Fachabteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung dazu bekennt, dass die steirische Plattform Hagelabwehr ihre Tätigkeit fortsetzen kann und, lieber Kollege Schönleitner, du stellst dich ja immer als Robin Hood aller von der steirischen Landesregierung Verfolgten hin, bei den Bäuerinnen und Bauern werden wir natürlich sagen, dass die Grünen die Direktförderung für die Hagelabwehr und damit auch die Hagelabwehr einstellen wollen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.35 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Frau Abgeordnete. Die nächste Wortmeldung ist vom Herrn Abgeordnete Lambert Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner *(10.35 Uhr):* Danke, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es war nicht geplant mich zu melden, aber Toni Gangl hat gesagt, du wirst es schaffen, dass ich noch einmal heraus gehe. Jetzt hast du es geschafft, liebe Monika Kaufmann. Du stellst das ein bisschen falsch dar, weil grundsätzlich hat natürlich niemand gesagt, so wie du das dargestellt hast, dass die Grünen Hagelunwetter völlig wegdiskutieren und die Problematik, dass wir natürlich jährlich, wie du völlig richtig dargestellt hast, ja wirklich mehrere Unwetterereignisse haben und man deswegen was tun muss. Die Frage, die wir uns gestellt haben, und das möchte ich noch ganz kurz einmal darstellen, ist, und das ist eben nicht unbestritten, wenn man auf europäischer Ebene schaut, ob die Technik der Hagelabwehr, so wie wir sie hier vor Ort auch ausführen, überhaupt noch zeitgemäß ist, um dem Problem zu begegnen. Wir glauben eher, es ist vernünftig, in die hundertprozentige Entschädigung fast reinzugehen, die Versicherungsleistungen noch einmal zu verbessern, da wird ja auch öffentlich viel getan, das ist auch richtig so, von den Fördermaßnahmen, und aus unserer Sicht ist es eine wesentlich wichtigere Maßnahme, als eigentlich in etwas hinein zu investieren, die an Wirksamkeit aus unserer Sicht eben nicht ausreichend nachgewiesen ist. Wenn man sich die Stellungnahme der Landesregierung anschaut, liebe Monika Kaufmann, du bist ja selbst darauf eingegangen, nur hast du sie nicht ganz konkret wieder gegeben, dann steht im letzten Satz des letzten Absatzes der Begründung: „Auf Basis der bei der TU Graz eingerichteten Datenbank wird“, wie zuvor ausgeführt, „das Ziel verfolgt, die Effizienz der Hagelabwehr nachzuweisen. Diese soll nach einem zehnjährigen Beobachtungszeitraum in Form einer Gesamtevaluierung belegt werden.“ Nichts anderes wollten wir, im Grunde genommen. Es ist nämlich nicht so, dass es unbestritten wäre, dass diese Maßnahme wirklich das Non-plus-Ultra in Bezug auf die Hagelbekämpfung ist. Weil du zu mir gesagt hast, ob ich noch nie ein Hagelunwetter gesehen habe: Du weißt wahrscheinlich auch, dass ich vier Jahre in einem Weinbaugebiet in Niederösterreich in die Schule gegangen bin, wo Hagel immer ein Thema war, auch dort hat es Hagelabwehr gegeben; aber du weißt auch ganz genau, dass selbst in Niederösterreich, von Neixendorf aus wird dort z.B. geflogen, auch die Diskussion läuft, ob das sinnvoll ist, ob es effizient ist. Aber man wird jetzt sehen, ob letztendlich dann diese Evaluierung dazu führt, dass diese Maßnahme ausreichend gerechtfertigt ist, oder ob man in die Richtung geht, in die wir gerne gehen würden, nämlich den Landwirtinnen und Landwirten ausreichenden Schutz im Versicherungsbereich zu geben, auch die technischen Maßnahmen hier verstärkt einzusetzen und man unter Umständen das Instrument der Hagelabwehr in Zukunft nicht mehr in dieser Form machen sollte. Sollte das rauskommen, dass das das Wichtigste ist und tatsächlich die Wirksamkeit derartig stark ist, dann wird

natürlich niemand von den Grünen sagen, dass wir es einstellen sollen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 10.38 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Weber. Herr Abgeordneter, ich bitte dich ans Rednerpult.

LTabg. Weber (10.38 Uhr): Werter Herr Landtagspräsident, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren im Zuhörerbereich!

Ich möchte als Dritter im Bunde nach der Kollegin Kaufmann und dem Kollegen Gruber unterstreichen, wie wichtig die Hagelabwehr ist und meine beiden Vorredner hier unterstützen. Lieber Lambert, es ist sehr wohl längst bewiesen, dass die Hagelabwehr zeitgemäß ist, gerade was die Entwicklungen in den letzten Jahren betrifft. Die Hagelabwehr wurde in der Steiermark auf komplett neue Füße gestellt. Mit dieser stark verbesserten Qualität hat die Hagelabwehr neu mit der altbekannten Form der Hagelabwehr nicht mehr viel gemein. Und das ist auch gut so. Die drei Organisationen – wir hörten es heute schon, die steirische Hagelabwehrgenossenschaft, die Seat-Flug und die Hail-Air – wurden zu einer Plattform zusammengeschlossen. Eine gemeinsame und koordinierte Vorgangsweise ist dadurch möglich geworden und die einheitliche Vertrags- und Preisgestaltung nützt auch allen Beteiligten. Die nunmehr koordinierte Einsatzführung kommt dem eigentlichen Zweck, der Verhinderung bzw. Minimierung von Hagelschäden, zugute. Die Gemeinden wurden darüber übrigens auch bei vier Regionalkonferenzen für unseren Bezirk, die Südoststeiermark, umfassend informiert. Diese Information erfolgte im September 2012 in meiner Heimatgemeinde Tieschen und alle teilgenommenen Bürgermeister und auch die Winzer und Landwirte begrüßten diesen Fortschritt und bekräftigten das gemeinsame Ziel, gemeinsam schwere Unwetter und in Folge große Hagelschäden miteinander minimieren zu wollen. Diese starke, wesentliche Verbesserung in der Qualität brachte die Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Graz, dem Joanneum Research sowie der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik. Die Hagelabwehrflugzeuge wurden nun mit einem einheitlichen Radarsystem ausgestattet, dies ermöglicht eine GPS-Wegdatenerfassung sowie den Zugriff auf einen mobilen Wetterradarterminal. Die Anbindung des Wetterradars auf der Reichenhöhe ist ebenso erfolgt. Eine rasche Weitergabe der Information über die aktuelle Wetterentwicklung und somit eine frühzeitige Alarmierung ist mit der Einbindung und mit der Mitarbeit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik nun gewährleistet. Mit

dieser stark verbesserten Form der Hagelabwehr können die schweren Unwetter und deren negative Auswirkungen speziell auf die Landwirtschaft, im Weinbau, aber auch in Privatgärten und sonstigen Besitztümern, nicht gänzlich verhindert werden. Das hörten wir heute auch schon vom Kollegen Gruber. Doch wissenschaftliche Berichte und Untersuchungen, z.B. die von Dr. Otto Svabik, darin sind 20 Jahre Hagelabwehr meteorologisch wissenschaftlich beleuchtet, bestätigten einen erfolgreichen Einsatz. Wir hörten schon, die Minimierung der Hageltage konnte erreicht werden, auch das betroffene Hagelgebiet konnte stark minimiert werden und die größeren Hagelkörner gibt es so auch nicht mehr bei einem rechtzeitig koordinierten Einsatz. Aber auch internationale Studien können die erfolgreiche Hagelbekämpfung belegen. Zum Beispiel im Raum Stuttgart wurde die aktive Hagelabwehr vom Meteorologischen Institut der Universität Hohenheim sowie aktuell vom Institut für Meteorologie und Klimaforschung in Karlsruhe wissenschaftlich untersucht. Die Auswirkung von Silberjodid auf Mensch und Tier ist in diesen Studien und Untersuchungen als unproblematisch bezeichnet worden, da das gemessene Silber im Niederschlag unterhalb der erlaubten Grenzwerte liegt. Liebe Damen und Herren, die Hagelabwehr ist in der Steiermark neu und stark verbessert aufgestellt und darauf können und sollen wir auch stolz sein. Ich bedanke mich dazu bei allen beteiligten Partnern, insbesondere bei der Fachabteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung, bei Herrn Hofrat Dr. Kurt Kalcher und seinem Team. Hier wurde gute Arbeit zum Wohle aller Steirerinnen und Steirer geleistet. Dieses verbesserte System muss nunmehr auch flächendeckend, ohne Löcher im Käse, zur Anwendung kommen. Dazu ist natürlich ein solidarisches Vorgehen der steirischen Gemeinden notwendig. Im alten Bezirk Radkersburg haben alle Gemeinden die Hagelabwehr mitgetragen und mit finanziert. Auch für unseren neuen Bezirk Südoststeiermark bin ich dazu zuversichtlich. Durch den nicht abgeholten Jagdpachtschilling – jeder, der in der Kommunalpolitik tätig ist oder war, weiß, was ich damit meine – leisten in vielen Gemeinden auch die Landwirte einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der Hagelabwehr. Gut und gerecht ist nur, dass auch das Land bei der Finanzierung dieser guten Sache mit an Bord ist. Dafür ein herzliches Dankeschön und ein steirisches Glück auf. Danke.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.44 Uhr)

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung ist die der Frau Abgeordneten Jungwirth. Frau Abgeordnete, ich bitte um die Wortmeldung!

LTabg. Ing. Jungwirth (10.45 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wertes Regierungsmitglied!

Die Hagelabwehr ist ein Antrag von uns, wobei Lambert Schönleitner schon erklärt hat, worum es uns an und für sich geht in der ganzen Geschichte. Ich möchte aber schon auch noch ein paar Worte sagen, denn es werden hier wieder Studien erwähnt, die die Hagelabwehr unterstützen, bekräftigen. Es gibt aber auf der anderen Seite auch gegenteilige Studien und zwar gar nicht so wenige. Weil Sie gesagt haben, Kollegin Monika Kaufmann, ob wir schon jemals Verwüstungen durch Hagel gesehen haben, na selbstverständlich. Gerade uns Grünen kann man mit Sicherheit nicht vorwerfen, dass wir mit Scheuklappen durchs Land laufen. Genau wir sind diejenigen, die meiner Meinung nach mit einem besonders geschärften Blick, gerade was Umweltschäden und Umweltsituationen anbelangt, durchs Land marschieren und uns fällt sowas ganz besonders auf. Ich persönlich interessiere mich für diese Geschichte insofern noch um einen Tick mehr als vielleicht manche andere hier im Raum, weil ich die Tochter eines Meteorologen bin und deswegen mit der Thematik nämlich von Kind auf immer wieder in Kontakt war. Ich kann mich gut erinnern, dass damals, Sie haben es ohnehin gesagt, wie lange die Geschichte geht, dass schon vor langer, langer Zeit, als ich noch ein Kind war, bereits „Silberjodid in die Wolken spritzen“ ein Thema war und ehrlich gesagt, solange ich mich erinnere, hat es Hagel gegeben; und solange ich mich erinnere, hat es Schäden gegeben. Wesentlich ist eines, das haben Sie erwähnt, dass Klimaveränderungen dazu geführt haben, dass der Hagel sich verändert, dass wir heftigere Unwetter haben und diese Klimaveränderungen sind in Wahrheit das eigentliche Problem, hier müsste man ansetzen und etwas tun und nicht bei irgendwelchen wahnsinnigen Fliegern, die in abenteuerlichen Flugkunststücken in der Gegend rumfliegen. Sie sagen, wie beruhigend es ist, wenn die Hagelabwehr da drüber fliegt. Das ist nicht beruhigend. Die fliegen in die Wolken hinein und das ist durchaus ein Risiko, das da in Kauf genommen wird und das finanziert das Land Steiermark und die Gemeinden werden verpflichtet mit zu finanzieren. Wenn Sie sich umhören, dann sagen sowohl viele, viele Bürgermeister und Gemeinderäte und Gemeinderätinnen als auch die Winzer, die Landwirte plus ihre Frauen bzw. die weiblichen Winzerinnen und die Landwirtinnen, die es ja schließlich auch gibt, hinter vorgehaltener Hand, dass sie sehr wohl Zweifel an der Wirksamkeit dieser Maßnahme haben. Viele Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sagen: „Na, wenn das vom Land kommt, was sollen wir da machen?“ Das ist die Tatsache, das ist die Realität. Es ist durchaus zu hinterfragen und man muss sich das wirklich genau anschauen, ob das den Effekt hat, den man sich verspricht.

Ich sage nein. Wir werden das weiter beobachten, kann ich Ihnen nur sagen und sollte es sich herausstellen, (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Nicht schon wieder nach Brüssel fahren.“*) – deswegen fahre ich nicht wieder nach Brüssel, Herr Kollege, sondern das werden wir lokal lösen. Aber eines ist klar, das, worum es geht, ist die Klimaveränderung. Beim Klimaschutz müssen wir ansetzen, damit wir nicht diese Extremwetter haben, die sich einfach immer mehr verstärken und verändern. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 10.48 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke. Die vorläufig letzte Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Gangl. Herr Abgeordneter, ich bitte dich um deine Ausführungen!

LTabg. Gangl (10.48 Uhr): Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Herr Präsident!

Wir haben ein Thema, das für Außenstehende vielleicht banal wirken mag, aber ich bin jetzt die fünfte Wortmeldung im Landtag zu diesem Thema, daraus erkennt man, dass das sozusagen draußen in den Regionen – und da meine ich nicht nur die Landwirtschaft, sondern draußen in den Regionen – ein sehr wichtiges Thema ist. Hagelschäden im Allgemeinen, und ich glaube, da geht es nicht nur um landwirtschaftliche Flächen, sondern da geht es auch um Einrichtungen der Städte, um Autos von Privatpersonen und viele anderen Dingen, die durch Hagelunwetter immer wieder beschädigt werden. Ich glaube, man soll in der Diskussion die Kirche im Dorf lassen, jede Wortmeldung hat etwas Berechtigtes an sich. Tatsache ist, dass das Land Steiermark, und das ist zu begrüßen, in den letzten Jahren 450.000 Euro in die Hand genommen hat, um die Effizienz der Hagelabwehr mit Flugzeugen zu verbessern und ich glaube, das ist schon angeklungen, das ist auch gelungen, indem man nicht nur technisch und wissenschaftlich sich weiterentwickelt hat in dieser Frage, sondern vor allem auch, und da sehe ich das allergrößte Plus, dass man sich auch organisatorisch verbessert hat, dass man die Steiermark nicht mehr in beschickbare Gebiete der einzelnen Organisationen einteilt, sondern dass man bei größeren Ereignissen sozusagen auch diese Grenzen überfliegen darf, überschreiten darf und dass so mit der neuen Technik, mit der neuen Radartechnik, bessere Vorher- und Voraussagen möglich sind und daher die Effizienz gesteigert werden kann.

Ich glaube, besonders wichtig ist auch, dass es zwei wesentliche Merkmale in dieser Frage gibt: Zum einen, das Land Steiermark bzw. im Land Steiermark hat an die Hagelversicherung im letzten Jahr, soweit die Zahl jetzt aktuell ist, 18 Millionen Euro an Entschädigungen ausbezahlt, d.h. Hagel kann nicht verhindert werden und das ist ein Naturereignis, das wir nicht steuern können. Man muss fast dazu sagen, Gott sei Dank, denn was würde man sonst

noch alles steuern. Aber es ist auch ein Faktum, dass es nach den Hagelnetzen, wenn ich jetzt von den Spezialkulturen ausgehe, der Hagelflieger die nächstbeste Effizienz neben der Versicherung ist, um größere Hagelschäden hintan zu halten. Daher ist es auch gut, dass das Land Steiermark die Koordination in die Hand genommen hat und sozusagen auch die Hagelflieger unter die Kantarre gestellt hat und gesagt hat: „Freunde, wenn ihr nicht besser zusammen arbeitet, dann wird euer Nutzen zunehmend hinterfragt werden.“ Das ist jetzt geschehen und die 80.000 Euro, die das Land Steiermark jährlich in die Hand nimmt, um diesen Effekt sozusagen zu steuern und zu lenken und ein Mitspracherecht zu haben, ist gut angelegtes Geld und daher sind wir auch der Meinung, dass es jetzt daran geht, die Dinge flächendeckend in der Steiermark umzusetzen. Zum Schluss noch ein bisschen eine Glaubensfrage – ich kenne das, wie draußen diskutiert wird. Kommt eine Hagelwolke, und es fliegt der Flieger und es hagelt nicht, war es der Flieger. Kommt eine Hagelwolke, eine große, und es hagelt ein bisschen, sagen die Leute, wäre er nicht geflogen, hätte es noch mehr gehagelt. Hagelt es, und es war kein Flieger da, sagen die Leute, er ist nicht da gewesen und darum hat es gehagelt. Ich sage daher, neben all den wissenschaftlichen Beweisen, die es gibt, und die gibt es, die haben die Vorredner eindeutig festgelegt, ja, man kann mit dem Flieger durchaus effizient Hagelabwehr betreiben, nicht lückenlos; durchaus effizient ist auch dieser starke Glaube, der da ist und der aus Wahrnehmungen kommt und nicht irgendwo sozusagen von der Wand gekratzt wird, sondern das sind Wahrnehmungen, die man draußen hat, die die Bürgerinnen und Bürger haben, und es ist gerechtfertigt, dass das Land Steiermark hier eine aktive führende Rolle übernommen hat. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir eine gute, flächendeckende Hagelabwehr in der Steiermark erreichen können. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.53 Uhr)*

Präsident Majcen: Ich bedanke mich auch für diese Wortmeldung. Es liegt nunmehr keine weitere Wortmeldung vor.

Ich bitte alle Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Tagesordnungspunkt 3 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Gegen die Stimmen der Grünen wurde dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Bevor ich zum Tagesordnungspunkt 4 komme, möchte ich sehr herzlich die Damen und Herren des Seniorenbundes der Bezirksgruppe Graz-Wetzelsdorf unter der Leitung von Herrn Bezirksobmann Johann Ostermann begrüßen. (*Allgemeiner Beifall*) Damit niemand glaubt, dass diese Ortsgruppe so groß ist, begrüße ich eine zweite Ortsgruppe, nämlich die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Markt Hartmannsdorf unter der Leitung von Herrn Obmann Timischl, ebenfalls herzlich willkommen (*Allgemeiner Beifall*) und danke für ihr Interesse.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Daseinsvorsorge über den Antrag mit der Einl.Zahl 1819/1 der Abgeordneten Dipl.-Ing. Deutschmann, Dipl.-Ing. Hadwiger, Kogler, Samt betreffend den Erhalt des Bezirksgerichtes Frohnleiten.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (*10.54 Uhr*): Danke, Herr Präsident!

Der Ausschuss „Daseinsvorsorge“ hat in seiner Sitzung vom 09.04.2013 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. Bei der Abstimmung am 9. April 2013 wurde der gegenständliche Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss „Daseinsvorsorge“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Daseinsvorsorge zum Antrag, Einl.Zahl 1819/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger, Anton Kogler und Peter Samt betreffend den Erhalt des Bezirksgerichtes Frohnleiten wird zur Kenntnis genommen. Danke. (*10.55 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke für die Berichterstattung. Die erste Wortmeldung ist die des Herrn Abgeordneten Peter Samt. Herr Abgeordneter, du bist am Wort.

LTAbg. Samt (*10.55 Uhr*): Danke, Herr Präsident! Frau Landesrätin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

Das Bezirksgericht Frohnleiten, so ist es jetzt schon überall zu lesen und zu hören, wird fix geschlossen. Bevor wir auf das tagesaktuelle Thema eingehen, möchte ich Sie ein bisschen

mit der Historie beschäftigen, damit Sie auch wissen, was für einen geschichtlichen Hintergrund dieses Bezirksgericht hat, das immerhin 1849 vom Land per Gerichtseinführungskommission geschaffen und eingeführt wurde und ursprünglich 13 Gemeinden unter seiner Obhut hatte. Mittlerweile sind es 18 Gemeinden; 18 Gemeinden, die diesen Bezirksgerichtssprengel umfassen, sind immerhin 42.000 Menschen, die in diesem Gerichtssprengel leben, wohnen und arbeiten und die bisher darauf vertrauen haben können, dass sie einen Zugang hatten zum Recht, der also, den Grundgedanken einer dezentralen Verwaltungsgesellschaft Rechnung tragend, nicht allzu weit entfernt war. Das wird jetzt natürlich in den letzten Jahren, wie wir gemerkt haben, durch die reformpartnerschaftlichen Bestrebungen immer stärker in eine andere Richtung getrieben. Das heißt, wir erleben momentan ja nicht nur jetzt bei Gerichtsbezirken, nein, auch bei Spitälern und auch bei Schulen eine massive Zentralisierung, die unter dem Deckmantel, unter dem Thema Reformen uns verkauft werden und da passieren schon die absonderlichsten Dinge, das muss man schon feststellen, denn es wird ja sehr viel in Verbindung gebracht, wenn man das Wort Reformen in den Mund nimmt. Reformen sollten ja Einsparungen, Erleichterungen und auch Verbesserungen der Menschen, der Lebensqualität oder der Betroffenen bedeuten, aber in vielen, vielen Fällen, wie wir es schon erlebt haben, ist es ganz eindeutig nicht so. Es geht genau in die andere Richtung. Auch hier, meine Damen und Herren, geht es in die andere Richtung. Wir brauchen uns ja nicht allzu weit hinauszulehnen, der SPÖ-Bürgermeister von Frohnleiten ereifert sich zu Recht. Vor nicht allzu langer Zeit ist ihm ja zugesichert worden, dass der Standort erhalten bleibt. Immerhin hat ja die Gemeinde Frohnleiten, die Stadtgemeinde Frohnleiten, um die 680.000 Euro in das historische Gebäude investiert. Es ist saniert worden, es ist neu hergerichtet worden und es ist auch von der Optik her – ein jeder, der dieses Gebäude kennt, das ist ja nicht immer sehr erfreulich, wenn man in ein Gericht gehen muss, je nachdem, auf welcher Seite man steht – ein historisches Gebäude, das in erstklassigen Zustand versetzt wurde, schlussendlich mit Steuergeldern. Jetzt kommt die Frau Minister und sagt, das brauchen wir alles nicht. Es hilft alles nichts, die Zeit dieses Gerichtes ist vorbei, es werden die Sicherheitsauflagen nicht erfüllt, dezidiert spricht man davon, dass eine Sicherheitsschleuse fehlt, die man ja von den Grazer Gerichten kennt. Na ja, eine Sicherheitsschleuse in ein Gebäude einzurichten, das historisch ist und vor kurzer Zeit erst saniert worden ist und technisch nicht so schlecht dasteht, ist nicht wirklich das große Problem. Ich glaube, es geht um andere Dinge und ich glaube auch, und das ist unser Hauptproblem, dass wir offensiv eine Ausdünnung des ländlichen Raums auch mit diesem

Beispiel erleben. Es wird der Zugang zum Recht erschwert, es wird der Zugang zur Gerichtsbarkeit erschwert, indem die Menschen dieser Region jetzt nicht mehr nach Frohnleiten fahren können, sondern sie müssen nach Graz rein. Konkret wird das Bezirksgericht Graz-West sozusagen diese Agenden dieses Bezirksgerichtes, das hier zu Schließung kommt, übernehmen. Für viele, viele ältere Menschen ist das natürlich keine leichte Geschichte und das gewohnte, auf kurzem Wege zu einem Gericht zu gehen, wenn es nötig war, wird damit verwehrt. Proteste von Gemeindevertretungen, Bürgermeister und Bediensteten, immerhin betrifft es 20 Bedienstete in diesem Bezirksgericht, werden in Wirklichkeit nicht einmal ignoriert. Das Geld, das wir da investiert haben und nachdem man auch weiß, dass also die Stadtgemeinde Frohnleiten dieses Bezirksgericht mietfrei der Justiz zur Verfügung gestellt hat, betrifft also bestenfalls von den Kosten her die Betriebskosten. Eine Rechnung, warum wir uns da jetzt was einsparen, ist, so wie vieles andere auch, nicht nachzuvollziehen. Die Kosten für eine Sicherheitsschleuse werden das nicht ausmachen, dass man argumentieren kann, deswegen müssen wir das zusperren. Vor kurzer Zeit hat es übrigens auch vom Ministerium eine Untersuchung in 141 Bezirksgerichten betreffend der Effizienz dieser Bezirksgerichte gegeben, also Aktenlauf und dergleichen und da war, man höre und staune, das Bezirksgericht Frohnleiten unter den ersten zehn – also unbedingt ineffizient arbeiten die ja offensichtlich nicht. Also die Bediensteten und die Mitarbeiter und auch die Richter in dem Bezirksgericht werden sich ihren Teil denken. Die werden also auch sagen: „Spannend, offensichtlich arbeiten wir nicht mehr gut genug.“ Aber das alles hat bei diesen Entscheidungen hier keinen Wert. Wir vernichten weiterhin fröhlich Arbeitsplätze in den Regionen, den erschwerten Zugang der Bürger kennen wir schon. Diese Reform zieht sich wie ein roter Faden durch das Land. Die von den Reformpartnern auch hier im Land hochgehaltenen Bestrebungen zur Regionalität, zur Sicherung der Abwanderung und so weiter werden hier also komplett konterkariert, wir haben hier also keinen Zusammenhang mit diesem offensichtlich vorgehenden Zentralismus, der genau, was hier von den Reformpartnern in diesem Land dauernd behauptet wird, ja nicht stattfinden sollte. Es ist eigentlich überraschend, wenn es um Schul- und Spitalsschließungen geht und – da spreche ich jetzt die Grünen Kollegen an, da seid ihr in der ersten Reihe, um dagegen aufzutreten. Beim Bezirksgericht Frohnleiten ist das offensichtlich für euch nicht wichtig genug, immerhin habt ihr mit der SPÖ und der ÖVP im Ausschuss gemeinsam gegen diesen von uns eingebrachten Antrag mit beschlossen und ihr seid also auch hier dagegen aufgetreten. Im Grunde genommen, und da mache ich den Vorwurf ja hauptsächlich wieder an die

Reformpartner, ignoriert ihr die Bedenken von tausenden Menschen. Es gibt schon Unterschriftenlisten, wo also schon einige – 1.000 bis 1.500 Leute – unterschrieben haben. Klar, das sind keine 20.000, 30.000 Leute, das wird euch noch nicht jucken, aber, wir werden ja bei der nahe kommenden Nationalratswahl im Herbst sehen, wie sehr den Menschen das gefällt, dass man hier über ihre regionalen Interessen „drüberfährt“. Das wird eine Art Nagelprobe, vor allem in dieser Region sein. Und der Zugang der sozialen Heimatpartei, der FPÖ, ist, dass der ländliche Raum gestärkt gehört und nicht ausgedünnt, das ist genau das, was hier stattfindet. Wir haben versucht, hier im Land eben den Bereich einzubringen, dass wir sagen können, die Landesregierung, die Reformpartner, für die ja die Ausdünnung des ländlichen Raumes als Feindbild hingestellt wird, sollte aufgefordert werden, an das Ministerium heranzutreten und an die Regierung heranzutreten, um hier das zu verhindern, was offensichtlich unvermeidlich und unerklärlich aus unserer Sicht ist. Wir bestehen daher nach wie vor darauf, dass dieses Bezirksgericht nicht geschlossen gehört und wir bleiben dabei, wir brauchen dieses Bezirksgericht und wir verlangen eigentlich die Zustimmung dazu. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 11.04 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich lasse daher über den Antrag abstimmen.

Meine Damen und Herren, wer diesem Antrag in der vorliegenden Form die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Abstimmung bitte! Danke. Gegenprobe. Gegen die Stimmen der Kommunisten und der Freiheitlichen angenommen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag mit der Einl.Zahl 1752/1 der Abgeordneten Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger, Anton Kogler, Mag. Dr. Georg Mayer, MBL, Peter Samt und Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann betreffend Prüfung der Gebarung der Marktgemeinde Gratkorn durch den Landesrechnungshof.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Klubobmann Mag. Dr. Mayer, MBL. Herr Abgeordneter, ich bitte dich um deinen Bericht.

LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL (11.05 Uhr): Ja danke schön, Herr Präsident! Geschätzte Kollegen, werte Zuhörer!

Ich darf Ihnen heute den Bericht vom Ausschuss „Kontrolle“ bezüglich Prüfung der Gebarung Marktgemeinde Gratkorn durch den Landesrechnungshof näherbringen.

Und zwar stellt der Ausschuss „Kontrolle“ folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Kontrolle zum Antrag, Einl.Zahl 1752/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hadwiger, Mag. Dr. Mayer, MBL, Kogler, Samt, Dipl.-Ing. Deutschmann betreffend Prüfung der Gebarung der Marktgemeinde Gratkorn durch den Landesrechnungshof wird zur Kenntnis genommen. (11.05 Uhr)

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Abgeordneten für den Bericht. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Samt. Herr Abgeordneter, bitte komm wieder ans Rednerpult.

LTabg. Samt (11.06 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer!

Die Prüfung der Gebarung einer Gemeinde in der Steiermark z.B. durch den Landesrechnungshof ist eine doch etwas erschwerte Angelegenheit, sofern nämlich sich das Land bei Mitteln, die vom Land geflossen sind, nicht ausdrücklich die Kontrolle vorbehalten hat, ist es praktisch nicht möglich, eine Gemeinde zu prüfen. Der Bund tut sich da schon ein bisschen leichter. Der Bundesrechnungshof hat schon die Möglichkeiten bei Gemeinden unter 10.000 Einwohnern dann zu prüfen, wenn ihm die Landesregierung dazu den Auftrag erteilt, dazu müsste sie ihn allerdings bekommen. Im konkreten Fall geht es um eine Gemeinde, die ca. 7500 Einwohner umfasst und die – wie wir ursprünglich einmal aus den Medien gehört haben, aber mittlerweile hat sich das Ganze ja auch schon innerhalb der Gemeinde herumgesprochen und ist auch erhärtet worden – um die 38,5 Millionen Euro Schulden, Verbindlichkeiten und Kredite hat, die Zahlungsrückstände hat, die offensichtlich durch nicht ordentliche Leistung von Mitarbeitern oder eines Mitarbeiters erfolgt sind und es ist nicht besser geworden, wie wir gehört haben. Der hiesige Bürgermeister hat es natürlich nicht besonders leicht gehabt, der hat ein Erbe angetreten von einem sehr langjährig wirkenden und starken Bürgermeister, der sehr viel für Sport übrig gehabt hat und in diesem Bereich, und das wissen Sie alle, nachdem ja der SV Gratkorn auch in der Red Zac Liga schon gespielt hat, also in der zweithöchsten Liga des Bundes, sehr viel Geld „verbraten“ hat. Es wurde dort in Stadionneubau investiert, in beheizten Rasen, in Flutlichtanlagen – alles Investitionen, die in

einer Größenordnung von 200.000, 300.000 Euro pro Stück und darüber hinaus gehen. Das belastet natürlich eine Gemeinde und wenn man dann hier in dem Landtag tätig ist und damit konfrontiert ist, dass man mit Schülern und Jugendlichen zusammensitzt, die in regelmäßigen Abständen im Zuge dieses lebendigen Landtages, der hier eingeführt worden ist und sehr sinnvoll ist, redet und sich dann der Reihe nach Schüler des Polytechnikums Gratkorn über den Zustand ihrer Schule beschweren, dann verwundert mich das. Dann verwundert mich das massiv, dass es hier Gemeinden gibt, die zwar Geld haben für Sport und Vereinstätigkeiten, was zwar wichtig ist, aber dass Schule und Ausbildung offensichtlich dort keinen Stellenwert haben. Hier hat man kein Geld. Investitionen, die für diese Schule, die aus den 60er-Jahren stammt, dringendst, dringendst nötig wären, wurden hier einfach nicht frei gemacht. Die Mittel sind momentan, so heißt es, nicht vorhanden, der Sportverein kann auf einem beheizten Rasen kicken – spielt aber keine Rolle mehr, weil er spielt nicht mehr in der Liga. Das ist alles ziemlich spannend und dieses ist auch der Grund, warum wir vehement fordern, dass auch Gemeinden unter 10.000 – und mit 7.500 Einwohnern, das ist ja auch schon eine ganz schöne Gemeinde –, die hier offensichtlich durch Misswirtschaft, und ich betone es, ich behaupte, dass das auch so ist: durch Misswirtschaft immer wieder in finanzielle prekäre Lagen kommen. Denn es ist nicht, meine Damen und Herren, abhängig von der Größe einer Gemeinde, es ist nicht abhängig davon, ob man eine Gemeinde haben muss, damit man – überhaupt bei 10.000 Einwohnern – finanziell leistungskräftig ist, weil man dann einfach mehr Ertragsanteile bekommt, sondern es ist abhängig vom Entscheidungsträger, vom Bürgermeister, von seinem Vorstand, von seinem Gemeinderat. Es gibt kleine Gemeinden, die können erstklassig wirtschaften. Es gibt große Gemeinden, die haben astronomisch hohe Einnahmen aus den Kommunalumlagen der angesiedelten Betriebe. In Gratkorn ist die Firma Sappi ja sicher kein kleiner Betrieb, aber offensichtlich reicht das nicht, weil andernorts mehr Geld ausgegeben wird, als schlicht und einfach vorhanden ist; und solange wir solche Negativbeispiele haben, wir werden heute wieder ein solches Negativbeispiel besprechen müssen, das ja fast schon ein Anachronismus ist – die Gemeinde Pöfing-Brunn, aber auch Fohnsdorf haben wir noch im Kopf und Hart bei Graz, wie sie alle heißen. Eigentlich Gemeinden, die wirtschaftlich sehr tragfähig sein müssten aufgrund ihrer Möglichkeiten, die sie haben, es aber nicht sind, weil offensichtlich die handelnden Persönlichkeiten, und es gehört auf den Punkt gebracht, nicht in der Lage sind, wirtschaftlich zu denken und zu handeln. Und weil das so ist, meine Damen und Herren, und weil uns das in Zukunft immer mehr belastet und wir offensichtlich zwar in der Lage sind, eine Gemeindereform, eine

Strukturreform durchzuführen hier in diesem Land, in dem es schlussendlich Zwangsfusionen gibt, offensichtlich aber nur dort, wo es keine hochverschuldeten Gemeinden gibt, weil denen wird ein bisschen ausgewichen, solange das so ist, müssen wir darauf drängen, dass eine ordentliche Kontrolle stattfindet. Die ordentliche Kontrolle ist natürlich nicht nur die örtliche Kontrolle, nicht alles kann man den Rechnungsprüfern einer Gemeinde umhängen. Es gibt Kontrollinstanzen, dies sind der Landesrechnungshof, der Bundesrechnungshof, und wir sollen und müssen – das wäre unsere Verpflichtung, bevor diese Gemeinden noch weiter in Misere stürzen, bevor die noch weiter Probleme kriegen, bevor die Erhöhungen der Gebühren, die den Menschen, die in diesen Gemeinden leben, ohne Ende auf den Kopf fallen, so wie es ja schon passiert – hier rascher handeln. Wir müssen dafür sorgen, dass Missstände, wie sie hier auch auftreten, abgestellt werden und wer wäre besser dafür geeignet als die Prüfinstanzen des Landes und wer wäre besser dazu geeignet, als die Prüfinstanzen des Bundes, die wir aber meiner Meinung nach erst in zweiter Linie wirklich benötigen. Daher fordere ich Sie auf, hier mitzutun, dass wir hier endlich Handhabe bekommen, dass wir eingreifen können, und zwar rechtzeitig eingreifen können, bevor wirklich Gemeinden in derartige Schieflage geraten, dass also nicht nur die Gemeindebürger schon die Zeche zahlen, sondern das Land die Zeche zahlt, alle Steuerzahler in diesem Land zur Kasse gebeten werden und wir das tun, was wir seit vielen Jahren offensichtlich schon fast als normal ansehen, dass man in Schlagseite geratene Gemeinden finanziell über Bedarfszuweisungen unterstützt, um die Schulden dieser Gemeinde zu bezahlen. Dafür, da sind wir uns sicher alle einig, sind ja Bedarfszuweisungen eigentlich nicht geeignet und auch nicht vorgesehen. Ich bitte Sie daher, überdenken Sie Ihre Haltungen in diesen Angelegenheiten, greifen Sie mit uns auch zu diesem Mittel und im konkreten Fall beteiligen Sie sich auch mit uns daran, dass wir mit einer Prüfung des Landesrechnungshofes der Gemeinde Gratkorn und den dort lebenden Menschen so weiterhelfen, damit sie in Zukunft sinnvoll wirtschaften können. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 11.13 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke auch für diese Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Klubobmann Dr. Mayer. Bitte um deine Ausführungen!

LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (11.14 Uhr): Dankeschön, Herr Präsident! Geschätzte Kollegen!

Ihr seht, wir lassen nicht locker in diesem Thema. Deshalb darf ich dann auch noch einen Entschließungsantrag einbringen in dieser Sache. Ich möchte eines aber vorweg nehmen, und vielleicht noch einmal erläutern, warum wir diesen Antrag so eingebracht haben. Ich gebe schon etwas zu, dass er vielleicht ein bisschen ein hölzerner Materiantrag ist und vielleicht auch nicht für jeden ganz so gleich verständlich, das haben wir im Ausschuss auch gesehen. Aber wir haben gute Gründe dafür, dass wir diesen Antrag eingebracht haben. Die Steiermark ist nämlich säumig in der Umsetzung. Das bestätigt auch, und das ist mit der Grund eines Briefes der Landesrechnungshofpräsidenten aller Bundesländer, der nämlich genau das fordert, was wir mit diesem Antrag hier ansprechen wollen, nämlich die Prüfungskompetenz des Steirischen Landesrechnungshofes für Gemeinden unter 10.000 Einwohner und wie notwendig und sinnvoll dies wäre, sieht man auch heute z.B. etwa an unserer Dringlichen, die wir dann später noch hören werden zu Pöfing-Brunn. Also da haben wir höchsten Handlungsbedarf und laut Landesverfassungsgesetz, dem Art. 50 Abs. 1 kontrolliert eben der Landesrechnungshof die Gebarung von Gemeinden, die vom Land Mittel erhalten, sofern sich das Land vertraglich eine solche Kontrolle vorbehalten hat. Warum sage ich das? Der Rechnungshof kann also Gemeinden unter 10.000 nicht prüfen, dies geht nur, wenn es so einen vertraglichen Vorbehalt gibt. Auf das hin ging auch unser ursprünglicher Antrag. Der Landesrechnungshof kann eben nur Gemeinden überprüfen, die mehr als 10.000 Einwohner haben und selbst der Bundesrechnungshof hat in dieser Sache noch mehr Prüfungskompetenz als der Landesrechnungshof. Die durchschnittliche Einwohnerzahl je steirischer Gemeinde soll sich ja durch die im Raum schwebende Reform von 1754, das ist der Stand von 2010, auf 3342 erhöhen. Der österreichische Durchschnitt liegt hier bei 2840 Einwohner pro Gemeinde. Statt fünf soll es daher ab dem Jahr 2015 nun 15 steirische Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern geben. Ironischer Weise verdreifacht sich dann die Zahl derer, die dann der Prüfungskompetenz des Landesrechnungshofes unterliegenden steirischen Gemeinden auf ca. fünf Prozent; und um die übrigen 95 % der steirischen Gemeinden, vor allem Pleitegemeinden wie im aktuellen Fall eben die Marktgemeinde Gratkorn, einer Rechnungshofprüfung unterziehen zu können, bedarf es also dringend einer erweiterten Prüfungskompetenz des Steirischen Landesrechnungshofes.

Die Freiheitliche Fraktion stellt daher den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung möge umgehend durch den Verfassungsdienst den Entwurf einer Novelle der Landesverfassung erarbeiten und dem Landtag zur Beratung vorlegen, mit dem die Prüfungskompetenz des Landesrechnungshofes auf die Prüfung von

Gemeinden mit unter 10.000 Einwohnern erweitert wird. Bitte um Zustimmung. (*Beifall bei der FPÖ – 11.17 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung ist die des Herrn Abgeordneten Schönleitner. Herr Abgeordneter, bitte!

LTabg. Schönleitner (11.17 Uhr): Danke, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung, die zwei Gemeindereferenten Landeshauptmann Voves und Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer sind ja leider nicht da, das ist bedauerlich, aber lieber Georg Mayer!

Natürlich völlig richtig, was du gesagt hast, aber du weißt ja ohnehin, dass die Grünen diesen Antrag, nämlich die Prüfkompentenz des Landesrechnungshofes auszuweiten, der ist ja schon, ich glaube, es ist fast ein Jahr her, dass wir den gestellt haben und an und für sich wäre es längst an der Zeit, bin ich völlig bei dir, dass sich hier einmal etwas bewegt. Es ist halt nur bedauerlich, dass unsere Reformpartner Rot und Schwarz dauernd sagen, sie wären vorne dabei und auch im österreichweiten Vergleich würden sie diejenigen sein, die hier wirklich etwas vorgeben. Wenn es wirklich um die Dinge geht, die wichtig wären, und ich schaue Sie ganz bewusst an, Herr Klubobmann Drexler, denn Sie wären ja derjenige, der diesen Ausschuss einberufen könnte, es ist ja in der Regel so bei Rechnungshofangelegenheiten, dass der Landtag immer wieder in der Zeit vor dieser Reformpartnerschaft wesentliche Dinge weitergebracht hat, wir erinnern uns an die Projektkontrolle und andere Dinge, wo glaube ich die Steiermark wirklich Qualität in der Kontrolle auch über den Landesrechnungshof bekommen hat oder die Unabhängigkeit, die volle, unseres Landesrechnungshofes, und jetzt aber, und das ist das Interessante, seitdem diese Reformpartnerschaft besteht, eigentlich dort die Handbremse angezogen ist. Dort, wo es wichtig wäre, Herr Klubobmann, etwas weiterzubringen, nämlich Sie wissen ja, der Bundesgesetzgeber hat die Länder ermächtigt genau das zu tun, nämlich Gemeinden unter 10.000 Einwohner von den Landesrechnungshöfen prüfen zu lassen, das könnten wir landesgesetzlich umsetzen, da bewegt sich überhaupt nichts. Sie haben es zwar medial einmal angekündigt – ich glaube, es war über ORF Steiermark, heute war sogar einmal ein Bericht, wo Sie angekündigt haben –, Sie werden diese Forderung der Opposition aufgreifen und es wird dann diesbezüglich Bewegung geben. Aber wir sehen halt bis heute nichts. Und das ist, glaube ich, schon etwas, wenn wir jetzt wieder das Beispiel Gratkorn hernehmen, wie es dort ausschaut, dass es höchst

an der Zeit wäre, unserem Landesrechnungshof, er ist ja immerhin ein Instrument des Landtages, also eine wichtige Angelegenheit auch für die Abgeordneten hier im Haus, diese Kompetenz endlich zu geben. Ich würde mir schon wünschen, dass ÖVP und SPÖ heute vielleicht hier bei diesem Punkt einmal sagen oder vielleicht später bei Pölfing-Brunn, dass diese Zusage auch wirklich umgesetzt wird, dass wir diese Kompetenz de facto dann auch als Landtag bzw. durch den Landesrechnungshof diese Prüfungskompetenz bekommen. Gratkorn ist übrigens ein interessanter Fall. Es ist natürlich wieder einer, wie es zu erwarten war nach der Pleitenserie in vielen SPÖ-Gemeinden, der speziell wieder eine Gemeinde betrifft in der Steiermark, die nicht zu den kleinen gehört. Ausgerechnet ist es wieder eine größere Gemeinde im Umland von Graz, also nicht so, wie immer behauptet wird von den Reformpionieren, es wären nur die kleinen, die Abgangsgemeinden sind, sondern wir haben dort eine Pro-Kopf-Verschuldung, die dramatisch ist in einer Gemeinde, die letztendlich ja eine hervorragende Einnahmesituation hätte und der Grund, warum es so ist, ist eben, dass die Kontrolle im Land Steiermark, was Gemeinden anlangt, speziell im mittleren und größeren Bereich leider total versagt. Wir erinnern uns an Trieben, an Fohnsdorf, an alle Fälle, die gewesen sind, Zeltweg auch, wo man einfach sieht, dass eines ganz sicher nicht funktioniert, und das ist die Rot-Schwarze-Gemeindeaufsicht, die ja eigentlich die Instanz wäre, um schon vor Prüfinstanzen wie dem Rechnungshof hier für Qualität zu sorgen. Aber das passiert nicht. (*LTA*bg. Schwarz: „Die Gemeindeaufsicht prüft ja.“) Bitte, Kollege Schwarz, ja, danke für den Einwurf, Kollege Schwarz, die Gemeindeaufsicht prüft in Gratkorn, aber du weißt wahrscheinlich auch, warum. Weil nämlich unser Prüfungsausschussobmann in der Gemeinde Gratkorn, der Martin Holzer, nach einer Sitzung hergegangen ist, wie der Bürgermeister eurer Fraktion bei der Tür hereingekommen ist, und gesagt hat, irgendetwas stimmt da nicht, der nämlich augenblicklich genau diese Gemeindeaufsicht, von der du jetzt sagst, sie prüft, eingeschaltet hat. Das Land Steiermark, die Landesregierung hat überhaupt nichts gemacht. In Wirklichkeit wäre es so weiter gegangen und hätten die Grünen die Gemeindeaufsicht nicht informiert, hätte es überhaupt nichts gegeben. Naja, aber du kannst ja nicht sagen, die Gemeindeaufsicht ist so gut, denn sie würde ja prüfen. In Wirklichkeit (*LTA*bg. Mag. Drexler: *Unverständlicher Zwischenruf*), in Wirklichkeit war es die Opposition, Herr Klubobmann Drexler, die diese Sache dann auch ins Rollen gebracht hat. Ja, der Informationsstand war bis dorthin gleich Null. Plötzlich ist dem Bürgermeister aufgefallen, dem SPÖ-Bürgermeister: „Ja, da stimmt ja was nicht, wir haben da offene Forderungen in Millionenhöhe“, und das hat das Ganze ja erst eigentlich ins Rollen gebracht. Aber was zeigt uns das? Das, was der

Bundesrechnungshof ja schon vor längerer Zeit gesagt hat, dass eigentlich die Qualität der steirischen Gemeindeaufsicht, das war ein Prüfungsbericht, ich glaube irgendwann einmal in der Periode 2000 bis 2005, eigentlich stimmen die Prüfintervalle nicht, die Prüfqualität stimmt nicht. In Wirklichkeit ist unsere Gemeindeaufsicht nicht wirklich in hoher Qualität daran Gemeinden so zu prüfen, dass wir Missstände früh genug entdecken. Im Übrigen hat uns dann der Fohnsdorf-Bericht das Gleiche noch einmal gesagt, aber auch nach Fohnsdorf ist bisher nicht wirklich etwas passiert, was hier unsere Gemeindeaufsicht in eine Qualität hineingebracht hätte. Es ist schon insofern bedauerlich, denn es war ja auch eines – Herr Klubobmann, und in Richtung SPÖ gesagt –, was als großer Erfolg dieser Reformpartnerschaft verkauft wurde, nämlich die Reform der Landesabteilungen, das werde ja alles effizienter und besser und wir erleben das ganz anders. Gerade in der Gemeindeabteilung derzeit, im Bereich der Gemeindeaufsicht, liegen stoßweise Stücke, die nicht bearbeitet werden. Es gibt einen irrsinnigen Rückstand bei der Bearbeitung und das ist nicht jenen Beamtinnen und Beamten und den öffentlich Bediensteten zur Last zu legen, sondern schlichtweg der Landesregierung, die halt nach außen vorgegeben hat: Wir halbieren jetzt die Abteilungen, dann wird alles besser, dann sparen wir ein. Aber gerade im Kontrollbereich ist es nicht besser geworden, sondern noch schlechter und darum wäre es umso wichtiger, und damit bin ich dann schon fertig, dem Landesrechnungshof endlich diese Kompetenz zu geben. Ich würde mir erwarten, Herr Klubobmann, dass Sie als Vorsitzender dieses Unterausschusses, als Vorsitzender des Verfassungsausschusses endlich eine Sitzung einberufen, damit wir diese Novelle des Landesrechnungshofes, also des Landesverfassungsgesetzes, wie es jetzt heißt, endlich umsetzen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 11.24 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke auch für diese Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung ist die der Frau Abgeordneten Bauer. Frau Abgeordnete, ich bitte dich ans Rednerpult!

LTAbg. Bauer (11.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich muss jetzt ganz einfach kurz darauf antworten, auf die große Brandrede vom Kollegen Samt, was wieder die Gemeindekontrolle angeht. Sie haben den Bürgermeister in Ihrem Antrag ein paar Mal zitiert. Auch dem Kollegen Schönleitner muss ich widersprechen, denn dass die Aufsichtsbehörde verständigt wird und sagt „bitte kommt und prüft“, waren weder

die FPÖ-Fraktion noch die Grünen, sondern der Bürgermeister selbst. Es wird seit Dezember vergangenen Jahres geprüft. Das habt ihr auch nicht erwähnt, wahrscheinlich wisst ihr es nicht. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden für die nächste Woche erwartet. Du, lieber Kollege Samt, hast auch den Angestellten angesprochen, das Dienstverhältnis wurde aufgelöst und ich glaube, es ist nicht unsere Aufgabe darüber zu richten, ob dieser Mitarbeiter falsch oder richtig gehandelt hat. Da sind andere Stellen zuständig. Ich möchte nur auf eines noch aufmerksam machen, weil es immer heißt „Prüfung und Prüfung“. In Gratkorn ist die FPÖ-Fraktion mit zwei Gemeinderäten und auch die Grüne Fraktion vertreten und natürlich auch im Prüfungsausschuss. Im Prüfungsausschuss haben weder die FPÖ noch die Grüne Fraktion irgendwelche Unregelmäßigkeiten festgestellt, die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst, die FPÖ-Fraktion hat sogar dem letzten Rechnungsabschluss zugestimmt. Dazu sollten Sie sich auch selbst einmal Gedanken machen. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.26 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Klubobmann Mag. Drexler, bitte.

LTAbg. Mag. Drexler (11.26 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das ist ein ganz interessantes Verhandlungsstück, mit dem wir uns jetzt beschäftigen, weil ich möchte zu allererst einmal daran erinnern, dass die Freiheitlichen einen Antrag eingebracht haben, wo sie selbst die rechtliche Unmöglichkeit der Umsetzung zugegeben haben. Das heißt, es ist schon ein besonderes Stück parlamentarischer Kultur, einen Antrag zu stellen, von dem ich weiß, dass die Umsetzung aus rechtlichen Gründen nicht geht. Dass nun Kollege Mayer erklärt, dass er das sozusagen retrospektiv zu einer ganz grenzgenialen Strategie ausbreitet, halte ich für besonders bemerkenswert, aber ich darf dir sagen, das ist ja ohnehin seit langem bekannt. Die besten Strategien werden im Nachhinein erfunden und von diesem Schicksal ist halt offensichtlich auch die FPÖ in diesem Fall ereilt worden. Die Kolleginnen und Kollegen, die der Ausschusssitzung letzte Woche beigewohnt haben, werden sich erinnern, dass das eine relativ schwierige Geburt war, bis wir endlich die Strategie der FPÖ mit vereinten Kräften nachgerade dann entwickelt haben und das ist auch der Grund, warum man diesem Antrag nicht zustimmen kann. Denn ich kann nun einmal einem Antrag nicht

zustimmen, der etwas verlangt, was die Rechtsordnung nicht vorsieht und was die Rechtsordnung daher letztlich verunmöglicht. Das als erste Vorbemerkung.

Die zweite Vorbemerkung zum Entschließungsantrag der Freiheitlichen, da darf ich mich wirklich vollinhaltlich dem Kollegen Schönleitner anschließen. Tatsächlich ist es so, dass es bereits Anträge zu diesem Thema gibt, mithin ist dieser Entschließungsantrag entbehrlich und hätte in jedem Fall nicht unsere Zustimmung gefunden, weil, was Ihnen ja gelegentlich schon sauer aufgestoßen ist in den kleineren Parteien und in den Oppositionsparteien, die Reformpartnerschaft in aller Regel Ihren Entschließungsanträgen nicht näher tritt, weil wir auf diese Zurufpolitik nicht angewiesen sind. Ich denke, dass unter dem Strich, das, was wir in der ersten Halbzeit dieser Legislaturperiode zu Stande gebracht haben, das, was wir an Reformtempo, an Reformeifer und an qualitätsvollen Reformen in diesen zweieinhalb Jahren zu Stande gebracht haben, zu Recht österreichweit beachtet wird. Zugegeben, Kollege Schönleitner, selbst wenn wir bei der Umsetzung der bundesverfassungsrechtlichen Ermächtigung, die Prüfkompetenz der Landesrechnungshöfe im Zusammenhang mit der Gemeindeprüfung auszuweiten, nicht im Spitzenfeld liegen, verändert das nicht die Gesamtdarstellung und die Gesamtbilanz dieser Reformpartnerschaft und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie sich gesagt sein. Die Steirerinnen und Steirer haben ein klares Bild von dem, was die Landesregierung hier in diesem Land macht, nämlich, die Steiermark vorwärts bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und ich kann Ihnen zum wiederholten Male, Herr Kollege Schönleitner, sagen, wir werden natürlich die bundesverfassungsrechtliche Ermächtigung umsetzen. Ich kann Ihnen auch in Aussicht stellen, wenn Sie das ein wenig in Ihrem Kontrolleifer beruhigt, der offensichtlich bei Ihrem Gratkorner Kollegen nicht so ausgeprägt gewesen sein dürfte, weil dass Sie sich da herstellen und erklären, wie untätig die Gemeindeaufsicht ist, wie untätig überhaupt diese lahmen Reformpioniere, wie Sie zu sagen pflegen, sind, aber Sie mit keinem Sterbenswörtchen erwähnen, dass Ihrem sensationellen, großartigen Prüfungsausschussobmann überhaupt nichts aufgefallen ist über die Jahre – das ist eine zahnlose Kontrolle. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Das ist eine zahnlose Kontrolle, die Sie dort ausüben. Vielleicht wäre es besser, der Vorsitz wäre bei jemandem anderen, vielleicht hätten wir dann schon längst alle Dinge geklärt. Ich meine, das zieht sich ja durch die Grüne Partei durch, das fängt auf Bundesebene an, geht über die Landesebene bis offensichtlich auf die kommunale Ebene, dass Sie ja quasi oft eine Monopolstellung, was Kontrolle betrifft, behaupten, aber Sie wissen, Herr Kollege, Monopole haben selten gut funktioniert. Also auch

das Kontrollmonopol der Grünen ist vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluss für die Bürgerinnen und Bürger. Das heißt also, wir werden diese Verhandlungen führen und wenn Sie es in Ihrem Eifer ein wenig beruhigt und vielleicht Ihre Energien ein wenig zügelt, ich kann Ihnen gerne versprechen, dass wir noch vor dem Sommer im zuständigen Unterausschuss uns mit dieser Materie beschäftigen werden. Sie wissen, dass der Verfassungsunterausschuss mit einer Reihe von Materien beschäftigt ist und dass wir eigentlich, glaube ich, in einem vertretbaren Tempo all diese Materien abhandeln. Wir haben immerhin schon die größte Verfassungsreform seit Bestehen des Landesverfassungsgesetzes in dieser Periode zu Stande gebracht. Wir werden auch diese Materie behandeln. Die Verhandlungen können gerne vor dem Sommer beginnen und wir werden dann sehr solide uns anschauen, was in anderen Bundesländern bisher geschah. Sie wissen, dass die Umsetzung dieser bundesverfassungsrechtlichen Ermächtigung außerordentlich unterschiedlich erfolgt ist bis jetzt, außerordentlich unterschiedlich, wir werden auch hier ein genuin-steirisches Modell finden, das der qualitätsvollen Arbeit des Rechnungshofes hier die Tür öffnen wird. Ich darf aber bei der Gelegenheit schon auch eines sagen, ob das bei Ihnen so ein wenig durchgeklungen ist und letztlich auch bei den Freiheitlichen. Tun wir nicht so, als wäre die bestehende Gemeindeaufsicht ein zahnloses Werkzeug – mitnichten. Ich denke, dass in der zuständigen Abteilung und insbesondere in der Besorgung der Geschäfte der Gemeindeaufsicht exzellente Arbeit geleistet wird. Die Kolleginnen und Kollegen leisten exzellente Arbeit, denn umsonst hätten wir ja gar nicht alle möglichen derartigen Kontrollberichte und Wahrnehmungen seitens der Gemeindeaufsicht in den letzten Jahren gehabt. Ich glaube, das ist eine sehr gute Methodik und ich glaube, dass wir gerade auch deswegen eine vernünftige Abstimmung dieser Kontrollinstrumente auch in Zukunft finden müssen, denn es hat ja auch niemand was davon, wenn dann sozusagen zuerst die interne Kontrolle in der Gemeinde, dann die Gemeindeaufsicht des Amtes, dann noch der Rechnungshof, und alles vielleicht noch innerhalb von drei Wochen, dort erscheint. Das wäre dann auch ein wenig hypertroph. Wir brauchen gescheite und durchkomponierte Prozesse und Modelle, wie das funktionieren kann und seien Sie beruhigt, wir werden diese Verhandlungen mit Sicherheit führen. Damit ist alles aus meiner Sicht gesagt, herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.33 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Als nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Kollegen Murgg vorgesehen.

LTabg. Dr. Murgg (11.34 Uhr): Danke, lieber Herr Präsident! Liebe Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, geschätzte wenige Zuhörerinnen und Zuhörer! Alles ist noch nicht gesagt. Ganz kurz, Herr Klubobmann Drexler, Sie haben eingangs Ihrer Wortmeldung darauf hingewiesen, dass die FPÖ uns einen Antrag, ich sage es einmal salopp, im Kontrollausschuss unterjubeln wollte, der eigentlich gesetzlich so nicht beschlossen werden kann. Das ist nur ein Teil der Wahrheit, denn Sie wissen, dass ich den Antrag gestellt habe, das Stück zurückzustellen und prüfen zu lassen, ob bezüglich von möglicherweise relevanten Ausgaben der Marktgemeinde Gratkorn, die auch mit Landesmitteln getätigt wurden, nicht ein Prüfvorbehalt seitens des Landes besteht und das haben Sie – fast hätte ich gesagt, natürlich –, die Reformpartner, abgeschmettert. Also ganz so ist es nicht. Ich möchte noch zu dem ... (LTabg. Mag. Drexler: „Wir sind zwar eine Sanierungspartnerschaft, aber wir müssen nicht die Anträge der Opposition sanieren.“) Da müssen Sie aber eine andere Wortmeldung abgeben und nicht sagen, dem Antrag kann man prinzipiell nicht zustimmen. Aber ich wollte noch zwei andere Dinge ganz kurz sagen, weil Sie mich da auch „gereizt“ haben. Das Eine, zu sagen, dass Sie ohnehin eifrig sind und schon darüber brüten, wie man dieses Begehrt, dass eben der Landesrechnungshof auch bei Gemeinden unter 10.000 Einwohnern tätig werden könnte, da etwas im Talon haben und da wird demnächst was passieren. Ich hoffe wirklich, dass da was passiert, weil ich habe jetzt gerade meinen Kollegen Funovits ein bisschen recherchieren lassen, auch die KPÖ, das war mir nämlich erinnerlich, hat ja vor etlichen Zeiten – ich sage gar nicht, wie lange das schon her ist – einen dahin gehenden Antrag eingebracht – die Grünen auch, aber der ruht, der ruht seit zwei Jahren im Unterausschuss Verfassung und Wahlrecht, so heißt das glaube ich, und wird immer wieder verlängert. Also ich würde auch hier plädieren, bitte tut endlich was, dass das endlich abgestellt wird, dass der Landesrechnungshof diese kleinen Gemeinden nicht von sich aus prüfen kann.

Dann sage ich auch noch etwas zur Gemeindeaufsicht. Da bin ich bei Ihnen. Da wird ausgezeichnet gearbeitet, da sind kompetente Männer und Frauen, die hier am Werk sind, aber der Punkt ist ja nicht, dass die – haben sie vielleicht auch, aber das ist nicht der Hauptpunkt – zu wenig Personal haben, sondern dass die seit zwei Jahren mit den Aufgaben Ihrer unnötigen Gemeindefusion zugeschüttet werden und sonst zu nichts mehr kommen. Das ist der Punkt. (Beifall bei der KPÖ – 11.37 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für die Wortmeldung. Nächste Wortmeldung ist die des Herrn Abgeordneten Samt.

LTAbg. Samt (11.37 Uhr): Danke Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Normalerweise melde ich mich zu ein und demselben Thema nicht zwei Mal zu Wort, aber aufgrund der sehr bereichernden Wortmeldung von Herrn Klubobmann Drexler muss ich jetzt doch einige Korrekturen anbringen. Sollte es so sein, dass ein Antrag, den wir hier stellen in diesem Haus, rechtlich nicht in Ordnung ist, so wird er im Grund genommen – und das ist ja auch schon passiert, aus welchen Gründen auch immer – nicht zugelassen zur Antragstellung. Das, von dem Kollege Murgg gesprochen hat, dass geprüft wurde, ob dieser Antrag in dieser Form hier einen inhaltlichen Widerhall finden könnte, das hat ja mit dem, was der Kollege Drexler behauptet hat, ja gar nichts zu tun. Er hat ja das so hingestellt, als ob das eigentlich ja rechtlich überhaupt gar nicht geht, dass wir so etwas hier einbringen und das ist schlicht und ergreifend falsch. (*LTAbg. Karl Lackner: „Kollege Schönleitner war der gleichen Meinung.“*) Die Thematik, die Sie hier an den Tag legen, dass Sie nämlich über Ihre juristisch rhetorischen Spitzfindigkeiten die tatsächlichen Probleme, nämlich die Probleme von den Gemeinden, um die es da geht, wegredden wollen und so tun, als ob die Reformpartner die Einzigen in diesem Land wären, die überhaupt in der Lage wären, die Probleme dieser Gemeinden zu verstehen und die Tragweite, weil wir von der Opposition ja wirklich so ziemlich das Allerletzte sind, das ist, ich würde sagen, in Wirklichkeit ja eine Frechheit – dieser Umgang, wie Sie in diesem Haus mit uns umgehen. (*Beifall bei der FPÖ*) Politik, meine Damen und Herren in dem Haus, muss es auch zulassen, dass andere politische Strömungen (*LTAbg. Schwarz: „Geschundene FPÖ.“*) hier gehört werden und auch nötigenfalls, Kollege Schwarz, Recht haben. Weil wir werden heute noch einmal auf ein Thema kommen, wo Ihr euch das anschaut, wo ich das déjà vu von der Kollegin Bauer her, Brandrede gehalten zu haben – da habe ich Sodbrennen. Pölfing-Brunn, wissen Sie, was da los ist? Da tut Ihr so, als ob wir da irgendetwas Unglaubliches wollen und Unglaubliches verlangen und in Wirklichkeit ist es nicht die Abteilung, die schlecht arbeitet und das hat von uns nie wer behauptet, sondern, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politik in dem Haus ist es, die die Arbeit von der Aufsichtsbehörde in Wirklichkeit zunichte macht. Weil wenn Ihr euch jemals einen Bericht von Pölfing-Brunn angeschaut hättet, von der Aufsichtsbehörde, dann bräuchte ich heute keinen Antrag mehr einbringen in dem Haus, dass wir den Pölfing-

Brunnern endlich einen Regierungskommissär schicken sollten. Das ist der Punkt. (*Beifall bei der FPÖ*) Euer Verhalten – und das ist legitimer Weise ja gerechtfertigt, weil wir können das tolerieren, dass eben in der Politik hier Dinge verzerrt werden oder so dargestellt werden, als ob sie ein bisschen anders wären – in dieser Richtung ist allerdings deswegen in Wirklichkeit schwer bedenklich, weil ihr mit den Menschen in euren Regionen, von denen ihr dauernd redet, in euren Gemeinden, wo eure Bürgermeister von Rot und Schwarz am Werkeln sind, mehr oder weniger, und gut oder weniger gut, mit dem macht Ihr diese Arbeit zunichte, mit dem macht Ihr den Menschen dort in diesen Gemeinden und Regionen Probleme, weil die die Zeche zahlen. Die zahlen die Zeche, dass Ihr da mit rhetorischen und juristischen Spitzfindigkeiten herumredet. Das ist das Problem und das wollt Ihr nicht erkennen. Aber da werden wir heute noch reden darüber. (*Beifall bei der FPÖ – 11.40 Uhr*)

Präsident Majcen: Das war die vorläufig letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt, das heißt, es liegt keine weitere Wortmeldung vor und ich komme daher zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zu Tagesordnungspunkt 5 die Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen von Grün und FPÖ.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ zu Tagesordnungspunkt 5 mit der Einl.Zahl 1752/4 betreffend Erweiterung der Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden, gegen die Stimmen von FPÖ, Grünen und KPÖ. Danke vielmals.

Ich komme damit, meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht betreffend Steirischer Beschäftigungspakt – Folgeprüfung, mit der Einl.Zahl 1673/3.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (11.42 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Der Ausschuss „Kontrolle“ hat in seinen Sitzungen vom 12.03.2013 und 09.04.2013 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Kontrolle“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshofbericht betreffend Steirischer Beschäftigungspakt – Folgeprüfung wird zur Kenntnis genommen. Danke. (11.43 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für den Bericht. Die erste Wortmeldung ist von Frau Abgeordneter Bauer. Frau Abgeordnete, ich bitte dich um deine Ausführungen.

LTAbg. Bauer (11.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Bei diesem Prüfbericht zum Beschäftigungspakt, wie schon erwähnt, handelt es sich um eine Folgeprüfung, welche auf Basis der Prüfungsergebnisse aus dem Jahr 2010 durchgeführt wurden. Es wurden damals vom Landesrechnungshof einige Empfehlungen ausgesprochen und kann ich dazu sehr erfreulich berichten, 90 % dieser Empfehlungen wurden bereits umgesetzt, 10 % befinden sich derzeit in Umsetzung. Die leitenden Prinzipien des Beschäftigungspaktes sind Chancengleichheit, Gender Mainstreaming und vor allem die Integration einiger Zielgruppen. Ich möchte ganz kurz auf die Zielgruppe der arbeitsmarktfernen Personen eingehen, diese werden im Steirischen Beschäftigungspakt mit einem eigenen Programmschwerpunkt geregelt. Es handelt sich um die Zielgruppe der sogenannten arbeitsfernen Personen. Zu den häufigsten Arbeitsmarktbarrieren bei dieser Personengruppe zählen fehlende Ausbildung und Berufspraxis, gesundheitliche Beeinträchtigung, eingeschränkte Mobilität und vor allem die jahrelang dauernde Abwesenheit vom Arbeitsmarkt. Oft kommen noch Suchtprobleme, Schulden, ein eventueller Migrationshintergrund oder ein höheres Alter erschwerend dazu. Diese Zielgruppe benötigt Unterstützungsangebote, die der Abklärung von Problemen im sozialen Umfeld sowie der sozialen und persönlichen Stabilisierung zentraler Bedeutung beimessen. Dafür gibt es Projekte in unserem Bundesland wie ARIS, sprich Arbeitsintegrationsservice oder den Verein ERFA. Der Verein ERFA unterstützt Menschen, die am freien Arbeitsmarkt kaum Chancen

haben eine Beschäftigung zu finden. Der Prüfbericht gibt Hinweise darauf, dass die bestehenden arbeitsmarktpolitischen Angebote für diese Arbeitsgruppe für einen Langzeitarbeitslosen oft noch immer mit zu hohen Anforderungen verbunden sind und es irrsinnig schwer ist, diese Leute in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das zeigt ganz einfach, dass diese Männer und Frauen eine ganzheitliche Unterstützung benötigen und es auf keinen Fall damit getan ist, ihnen einfach einen Job zur Verfügung zu stellen. Hier wird ERFA aktiv und unterstützt Menschen gezielt durch stundenweise Beschäftigung, durch die Bereitstellung von sogenannten Transitarbeitsplätzen, aber gleichzeitig können diese Leute auch Beratungen in Anspruch nehmen in punkto Wohnen, Gesundheit, Finanzen und sei es nur die Begleitung zu den diversen Ämtern und Behörden. Der Grundsatz dabei muss lauten „Hilfe zur Selbsthilfe“. Kurz erwähnen in diesem Zusammenhang möchte ich auch noch das Modell der Produktionsschulen, welche 2010 und 2011 erprobt wurden. An diesem Projekt haben damals 266 Jugendliche teilgenommen, davon konnte ein Fünftel ein Beschäftigungsverhältnis aufnehmen, 15 % begannen eine Lehre und 3 % eine schulische Ausbildung. Dieses Projekt hat sich bewährt und daher ist es sehr erfreulich, dass auf Initiative des Landes 2012 an vier Standorten diese Produktionsschulen in das reguläre Programm des Steirischen Beschäftigungspaktes aufgenommen wurde. Zur Zielgruppe dieser Produktionsschulen zählen vor allem auch arbeitsmarktferne Jugendliche, Jugendliche mit Migrationshintergrund, Jugendliche, die die Schule oder die Ausbildung abgebrochen haben, sozial benachteiligt sind, soziale Anpassungsschwierigkeiten haben. Auch diese Zielgruppe war laut Prüfbericht bisher mit den bestehenden arbeitsmarktpolitischen Unterstützungsinstrumenten nur schwer erreichbar und sehr schwer zu integrieren. Um dabei noch einen breiteren Zugang zu diesen Jugendlichen zu finden, ist natürlich auch die Vernetzung mit der Jugendwohlfahrt, mit der offenen Jugendarbeit und anderen psychosozialen Angeboten unbedingt erforderlich. Die Produktionsschulen sind so ein wichtiger Baustein, um die Arbeit von Integrationsmöglichkeiten für Jugendliche in der Steiermark zu erhöhen. So darf ich mit dem Satz abschließen, dass in der Steiermark in punkto Beschäftigungspolitik sehr viel getan wird, aber die gerade erwähnten Initiativen und Projekte sehr wichtig sind und wesentlich dazu beitragen, um auf dem Arbeitsmarkt die Potentiale aller zu nützen und in weiterer Folge auch alle Zielgruppen in den Arbeitsmarkt positiv integrieren zu können. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.48 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Es liegt keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Ich bitte alle Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Tagesordnungspunkt 6 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme damit zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über das Sonderstück mit der Einl.Zahl 1801/1 betreffend Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Förderprogramm „erNEUERBARES Wasser 2008“ (Einl.Zahl 1192/3, Beschluss-Nr. 482).

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Maria Fischer. Ich erteile ihr das Wort zur Berichterstattung.

LTAbg. Fischer (11.50 Uhr): Es handelt sich hier um den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gem. Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Förderprogramm erNEUERBARES Wasser 2008. Der Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages gem. Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend erNEUERBARES Wasser.

Ich stelle den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Maßnahmenbericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Förderprogramm erNEUERBARES Wasser 2008 wird zur Kenntnis genommen. (11.50 Uhr)

Präsident Majcen: Danke für die Berichterstattung. Die erste Wortmeldung, die mir vorliegt, ist die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Lang. Herr Abgeordneter, bitte ans Rednerpult.

LTAbg. Hubert Lang (11.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat!

Zur Stellungnahme oder zum Kontrollbericht oder zum Maßnahmenbericht ist an und für sich nicht sehr viel zu sagen, außer, dass die Empfehlungen des Rechnungshofes teilweise

umgesetzt oder schon auf Schiene sind. Es ist mir trotzdem wichtig zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung zu beziehen, und zwar ist es eine Gelegenheit, das Thema ..., um das es beim Förderprojekt erNEUERBARES Wasser 2008 einfach geht. Wie Sie wissen, geht es bei diesem Förderprojekt um die Revitalisierung von Kleinkraftwasserwerken und es war das große Ziel in diesem Förderprojekt, möglichst viele dieser Kraftwerke in den Ökostromstatus zu bringen. Der Ausbau der Kleinkraftwerke ist ja momentan auch bei vielen ein großes Thema. Es geht darum, die Stromerzeugung möglichst ökologisch durchzuführen. Strom wird immer gebraucht, Strom wird immer mehr gebraucht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 1970 hat sich der Stromverbrauch in Österreich und auch in der Steiermark verdreifacht. Jährlich steigt der Stromverbrauch in etwa um zwei bis drei Prozent. Es ist der Strom, der aus der Steckdose kommt, keine Selbstverständlichkeit. Der Strom muss produziert werden und zur Stromerzeugung in der Steiermark oder in Österreich ist kurz zu sagen, rund 61 % der Stromerzeugung wird durch die Wasserkraft erzeugt – größtenteils durch Laufkraftwerke, durch Speicherkraftwerke – und von diesen 61 % sind rund 8 % aus diesen Kleinkraftwerken. Wenn man den Strom-Mix in Österreich oder in der Steiermark genauer anschaut, der Strom, der angeboten wird, so setzt sich dieser Strommix aus erneuerbarer Energie zusammen, das sind rund 67 % aus fossiler Energie wie Erdgas oder Erdöl, das sind rund 18 %, und dann gibt es noch den Strom aus unbekannter Herkunft, das sind rund 17 %. In diesem Strom aus unbekannter Herkunft ist auch der Nuklearstrom oder der Atomstrom enthalten. Das Motto ist natürlich, und da, glaube ich, sind wir uns einig, diese Stromsteigerung einzudämmen, d.h. Strom zu sparen, den Verbrauch von Strom einzusparen in privaten Haushalten, wie im öffentlichen Bereich oder auch in der Wirtschaft. Im privaten Haushalt ist es, wenn man nur die Beleuchtungskörper anschaut oder, ein großes Thema, immer wieder die Stand-by-Betriebe bei den elektrischen Geräten oder auch elektrische Geräte wie Kühlaggregate, Kühltruhen oder auch die Computer. Im öffentlichen Bereich stellt sich immer wieder die Frage, die Beleuchtung der öffentlichen Plätze, hier mit speziellen Lampen auch Strom zu sparen, aber auch im öffentlichen Bereich, wenn es darum geht, die Klimaanlage oder die Kühlungen, wie viel Energie hier gebraucht wird oder ob man hier auch sparen kann. Es ist auch die Frage im öffentlichen Bereich bei den öffentlichen Bauten, ob wir in der Bauweise darauf achten, ob große Glasfronten entstehen, ob man dann hinterher mit dem Kühlen die Probleme hat und hier dementsprechend Energie und Strom einsetzen muss. In der Wirtschaft sind auch immer wieder Investitionen notwendig, um den Stromverbrauch zu senken. Aber mit all diesen Maßnahmen, die getroffen wurden und wo

man auch seitens der Landesregierung sehr stark mit Förderungen und mit Lenkungsmechanismen dahinter ist, ergibt sich trotzdem die Tatsache, dass der Stromverbrauch steigt. Der Stromverbrauch wird auch in Zukunft steigen, weil in Zukunft auch mehr Strom benötigt wird, weil auch Entwicklungen dorthin gehen, dass wir Strom benötigen.

Ein großes Thema in diesem Bereich ist auch die Elektromobilität. Gerade in den Städten, wo wir mit Feinstaub Probleme haben, könnte das eine Lösung sein, verstärkt auf die Elektromobilität zu setzen. Meine Damen und Herren, Investitionen in die alternative Stromerzeugung sind sinnvoll und auch notwendig. Investitionen in die Wasserkraft sind mit Sicherheit sinnvoll, Investitionen in den Ausbau der Windkraft sind mit Sicherheit sinnvoll. Hier liegt ja momentan in der Raumordnung ein Begutachtungsverfahren vor, wo man Flächen ausweisen kann, wo in Zukunft Windkraft entstehen kann. Die Investition in den Ausbau von Fotovoltaikanlagen ist mit Sicherheit sinnvoll, aber die Investition in die Kleinkraftwerke ist ebenfalls sinnvoll, denn Investitionen in die Wasserkraft haben sehr viele Vorteile. Die Wasserkraft liefert Strom im – wenn man es ganz einfach sagen will – regulierbaren Ausmaß. Wasserkraft kann man speichern, Wasserkraft kann man auch dann nutzen, wenn man nötige Energie aus Fotovoltaik- oder Windenergie nicht liefern kann. Wenn man die Situation der Kleinkraftwerke in der Steiermark anschaut, so haben wir rund 460 Anlagen und diese 460 Anlagen liefern für 640.000 Haushalte den Strom. Das Land Steiermark hat ein extra Förderprogramm für diese Kleinkraftanlagen zur Verfügung gestellt. Die Situation ist folgende: Wir haben sehr viele Wasserläufe mit Potential. Nur diese auch für die Wasserkraft nutzbar zu machen, ist natürlich auch ein großer Punkt und wir haben es heute schon gehört, in der nächsten Landtagssitzung, wie der Herr Präsident angeführt hat, geht es auch in der Stellungnahme vom Landesrat Seitinger um die Gewässerstrecken mit besonderer Bedeutung. Auch in diesem Punkt in der nächsten Landtagssitzung werden wir hier über dieses Thema debattieren. Wir haben ein beträchtliches Potential von diesen Wasserflächen und es geht um den Nutzen für diese Erzeugung erneuerbarer Energie. Mit dieser Wasserkraft können wir den Anteil der erneuerbaren Energie, den Anteil der ökologischen Stromerzeugung wesentlich erhöhen, wir können die CO₂-Emissionen verringern, wir können neue Arbeitsplätze nicht nur sichern, sondern auch schaffen. Meine Damen und Herren, Strom wird auch in Zukunft gebraucht, es wird mehr Strom gebraucht, es stellen sich daher für uns zwei Möglichkeiten dar: Entweder wir erzeugen selber mehr Strom oder wir kaufen zu. Ich glaube, es ist sinnvoll, wenn wir diesen Strom – diesen benötigten

Strom – hier in der Steiermark selber produzieren und alle Möglichkeiten und Ressourcen, die aus Umweltschutzgründen auch machbar und umsetzbar sind, nutzen, um möglichst energieautark im Bereich Strom in der Steiermark zu werden. Meine Damen und Herren, um dieses Ziel zu erreichen, braucht es ein klares Ja seitens der Politik über die Parteigrenzen hinweg, ein klares Ja zur Energieerzeugung in der Steiermark. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.01 Uhr)*

Präsident Breithuber: Danke! Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. *(LTAbg. Klimt-Weithaler: „Können wir abstimmen? Sind genug Personen anwesend?“)* Es sind genug da. Also darf ich noch einmal bitten: Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, bitte um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Dagegen?

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, darf ich einen Altbekanntem, ein langjähriges Mitglied unseres Landtages, recht herzlich bei uns begrüßen, Herrn Abgeordneten Kurt Gennaro. Herzlich willkommen! *(Allgemeiner Beifall)*

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1802/1, betreffend Grazer Altstadtanwalt; Tätigkeitsbericht 2012.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Bernhard Rinner, um den Bericht.

LTAbg. Mag. Rinner *(12.02 Uhr):* Danke, Herr Präsident!

Schriftlicher Bericht, Ausschuss „Wissenschaft“, betreffend Grazer Altstadtanwalt; Tätigkeitsbericht 2012. Der Ausschuss „Wissenschaft“ hat in seiner Sitzung vom 09.04.2013 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. In diesem Bericht ist eine kleine Korrektur notwendig, weil ein Tippfehler gefunden wurde, nämlich dass anstatt

„positiv gesamt“ „Gutachten gesamt“ und statt „negativ gesamt“ „Stellungnahme gesamt“ lauten sollte. In diesem Sinne stelle ich als Ausschussvorsitzender den Antrag.

Der Ausschuss „Wissenschaft“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung betreffend Grazer Altstadtanwalt; Tätigkeitsbericht 2012, wird zur Kenntnis genommen. Danke. (12.03 Uhr)

Präsident Breithuber: Dankeschön. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Gerald Deutschmann, Architekt und Diplomingenieur.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (12.03 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Landesrat – die Herren Landesräte, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren!

Naturgemäß auf Grund meiner Profession muss ich mich zum Thema „Altstadtanwalt“ zu Wort melden. Danke für die Berichterstattung und für den Bericht. Geschätzte Damen und Herren, gehen wir einmal davon aus, dass zum Schutze unserer schönen Landeshauptstadt die Institution der Altstadtsachverständigenkommission und in weiterer Folge der Altstadtanwalt im Sinne der Erhaltung eine durchaus sinnvolle ist. Dennoch muss man hier in der Umsetzbarkeit von Gesetzen und Verordnungen vor allem in diesem so sensiblen Bereich etwas kritischer hinter den Vorhang blicken. Das Grazer Altstadterhaltungsgesetz 2008, geschätzte Damen und Herren, besagt, im Rahmen ihrer Ziele auf die Erhaltung der Altstadt von Graz in ihrem Erscheinungsbild, in der Baustruktur und vor allem in der Bausubstanz sowie auf die Aktivierung der vielfältigen urbanen Funktionen zu achten. Dieses Gesetz soll im Weiteren als ein Beitrag zur Erhaltung der Altstadt von Graz als UNESCO-Weltkulturerbe dienen. Aus der Geschichte war am Anfang in den Achtzigerjahren, wo dieses Altstadterhaltungsgesetz im Wesentlichen entstanden ist – in der Umsetzung entstanden ist, die historische Altstadt betroffen oder einbezogen und ist im Laufe der Zeit der Schutzbogen für dieses In-Schutz-Stellen immer weiter gezogen und ausgedehnt worden. Ob dieser Schritt für die Architektur und die Erweiterung der Stadt sinnvoll ist, ist aus der Praxis meines Wissens oder meines Erachtens zu bezweifeln. Die Altstadtsachverständigenkommission prüfte nach verschiedenen Kriterien die eingereichten Projekte und erstellte die dafür notwendigen Gutachten, welche die Bau- und Anlagenbehörde annahm oder gegebenenfalls mit einem Gegengutachten zu belegen hatte. In architektonischen Fragen gibt es naturgemäß viele verschiedene Zugänge und Beurteilungsmaßstäbe, was verständlich auf der Hand liegt. Die Objektivität in diesem Bereich ist auch deshalb unmöglich, da verschiedene Personen

teils aus fachlicher, teils aus emotionaler Haltung heraus Projekte beurteilen. Geht man mit offenen Augen durch die Stadt, wird man viele Entscheidungen nicht begreifen. Wer jemals in der sogenannten Schutzzone geplant oder gebaut hat, wird meine Kritik hier verstehen. Generationen von Architekten und Planern haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass nicht jeder in Graz planen oder gar ein positives Gutachten der ASVK erwarten kann. Manche dürfen alles, die anderen nichts, auch wenn das Ergebnis das Gleiche wäre – subjektive Entscheidungen eben, aus welchen Beweggründen auch immer. So fein und ambitioniert dieses Altstadterhaltungsgesetz auch sein mag, so schwierig und borstig scheint die Umsetzung zu sein. Die Erhaltung von Bauten und Ensembles einer gewachsenen Altstadt ist sicher einfach zu reißen, die Weiterentwicklung nach außen und die Erneuerung nach innen, und das in verschiedenen Epochen, ist fast unmöglich. Überzeugen Sie sich selbst. Ob für die Entwicklung der Stadt Graz das UNESCO-Kulturerbe ein Segen oder Fluch war, werden wir erst später zu beurteilen haben, denn unsere Stadt wächst und das ist auch gut so, vor allem für unsere Wirtschaft. Ob diese Zwänge nicht hinderlich sind, sollte einmal gründlich überlegt werden. Es wird stets von baukünstlerischer Qualität gesprochen und dennoch in vielen Bereichen etwas ganz anderes damit gemeint. Zwänge, aus welchem Beweggrund auch immer, hemmen kreative Köpfe oder leisten der sogenannten „Freunderlwirtschaft“ in diesem Bereich Vorschub. Wenn alles Neue immer komplexer und schwieriger wird, die Verfahren immer länger dauern, gerade durch solche Instanzen, dann vertreibt man eben immer häufiger investitionswillige Investoren und die Stadt bleibt in diesem Bereich auf der Strecke. Beispiele gibt es in diesem Bereich in Hülle und Fülle. Dass diese ganzen komplizierten Verfahren und Institutionen mit Kosten verbunden sind, ist ein zusätzlicher Ballast. Wenn man weiß, dass zum Grazer Altstadterhaltungsgesetz, Raumordnungsgesetz, Baugesetz, ja das gesamte Gebiet Graz und natürlich im Bereich vor allem in den Schutzzonen noch dazu ein Gestaltungsfachbeirat eingerichtet wurde, darf sich niemand wundern, dass unsere Verfahren in der Landeshauptstadt Monate, ja wenn nicht Jahre dauern – ein zusätzliches Instrument, welches völlig entbehrlich und vor allem extrem wirtschaftsfeindlich ist, vor allem die Institution für den Wohnbau. Quo vadis? Wenn man bedenkt, dass für Graz bis 2030 ca. 17.000 Wohneinheiten zu bauen sind – keine angenehme Vorstellung. Vor allem der Plan der Durchführung ist in und aus der Praxis ein echter Hemmschuh. Ich bin überzeugt, geschätzte Damen und Herren, dass die Stadt Graz diese Überregulierungen beenden wird müssen, wollen die Antragsteller nicht im „Bescheide-Sumpf“ versinken. Man hat manchmal den Eindruck, die Politik schafft immer neue Korsetten und verhindert so den reibungslosen Ablauf

gewisser Dinge, um es ein paar Leuten „rechter“ zu machen. Geschätzte Damen und Herren, Altstadt erhalten – „Ja“. Beobachten der Entwicklung der Architektur und der Qualität – „Ja“. Aber bitte mit einem schärferen Blick für die Zukunft, vor allem hinsichtlich unserer Wirtschaft. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der FPÖ – 12.09 Uhr)*

Präsident Breithuber: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Buchmann.

Landesrat Dr. Buchmann *(12.09 Uhr)*: Geschätzter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, der Herr Abgeordnete Deutschmann hat auf den Spannungsbogen, den dieses Altstadterhaltungsgesetz und andere raumordnungs- und baurechtliche Bestimmungen beinhalten, angesprochen. Er hat auch darauf hingewiesen, dass wir nicht nur als Landesgesetzgeber gefordert sind, sondern dass selbstverständlich auch der Magistrat Graz und die Stadt Graz mit ihren Entscheidungen dazu beiträgt, ob wir ein Klima vorfinden in dieser Schutzzone, wo wir die Schutzzone nicht nur unter einen Glassturz stellen, sondern ob es hier auch die Möglichkeit von Entwicklungen gibt. Damit meine ich nicht nur wirtschaftliche Entwicklungen, sondern damit meine ich auch architektonische und damit baukünstlerische Entwicklungen. Diesen Spannungsbogen finden wir nahezu bei jedem Geschäftsfall, denn die ASVK zu bearbeiten hat, vor. Sie werden mir als Zuständigen für Wirtschaft glauben, aber auch für die Kulturangelegenheiten im Lande, dass sehr viele dieser Fälle an die Politik herangetragen werden, dass wir hier aber klare Spielregeln mit dem Altstadterhaltungsgesetz haben und dass die Verantwortlichen in der Altstadtsachverständigenkommission, glaube ich, nach bestem Wissen und Gewissen hier auch anleiten, um auf der einen Seite das historische Erbe – ich füge in Klammer hinzu: Es wurde angesprochen, auch das UNESCO-Weltkulturerbe zu bewahren – aber auf der anderen Seite auch Neues möglich zu machen. Ich glaube, es tut auch einer historisch gewachsenen Altstadt, einem Stadtkern gut, wenn hier Neues möglich gemacht wird und man hier auch neuen Entwicklungen offen gegenübersteht. Um das nicht nur zu kryptisch zu formulieren, glaube ich, dass es auch gut wäre, wenn man hier Möglichkeiten mobilisiert – eben im Altstadtbereich – was den Wohnbau betrifft. Was meine ich damit? Ich meine auch den Ausbau von Dachgeschoßen, weil wir hier zusätzlich die Möglichkeiten hätten, im verdichteten Raum Menschen entsprechend mit Wohnraum zu versorgen. Ein Schritt, der

teilweise sehr kritisch von den Altstadtschützern gesehen wird, den wir aber beharrlich auch diskutieren sollen, weil wenn wir die Innenstadt nicht zum Freilichtmuseum verkommen lassen wollen, müssen wir auch Wohnbevölkerung haben. Ich glaube, es gibt wenig schönere Plätze als die Grazer Altstadt, wo man gerne wohnen möchte – auch für junge Familien. Diesen Spannungsbogen müssen wir einfach vor Augen haben, wenn es um manche Entscheidungen geht. Ich weiß, dass es immer wieder Vermutungen und auch negative Berichterstattungen darüber gibt, was einzelne Entscheidungen der Altstadtsachverständigenkommission betrifft, auch der Baubehörde in Graz betrifft. Diese Fälle sind im Anlassfall zu diskutieren und näher zu beleuchten. Ich stehe hier für eine sehr offene Diskussion jederzeit zur Verfügung, möchte aber zum heutigen Tagesordnungspunkt sagen, dass ich glaube, dass es ein durchaus positiver Bericht ist, den der Altstadtdanwaltschaft hier zu Papier gebracht hat, wo man sieht, dass es eigentlich eine sehr geringe Anzahl von Fällen ist, die dann zu einer Kontroverse geführt haben, dass wir im Regelfall einvernehmlich hier eine Entwicklung auch im Herzen der Grazer Altstadt durchführen können. Ich möchte mich ausdrücklich beim Altstadtdanwaltschaft für seine Arbeit bedanken, auch bei der Altstadtsachverständigenkommission – wir sind wiederholt auch im Diskurs, was den einen oder anderen Fall betrifft. Aber das Altstadterhaltungsgesetz sieht diese Altstadtsachverständigenkommission vor, sie ist eine weisungsfreie Kommission und wird hoffentlich nach bestem Wissen und Gewissen ihre Expertise abgeben. Wir als Verantwortliche im Lande sollten dahinter stehen, dass auch in der Kernzone des Altstadterhaltungsgesetzes eine Entwicklung möglich ist, dass hier neue Impulse möglich sind und damit auch Wachstum verbunden ist. Wachstum betrifft Arbeitsplätze aus der Wirtschaft, aber Wachstum betrifft auch Wachstum an Wohnraum, gerade auch für junge Familien, die leistbar sein muss, um hier im Kerngebiet der Landeshauptstadt wohnen zu können. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Beratungen auch im Ausschuss zu diesem Thema und glaube, dass es ein durchaus positiver Bericht des Altstadtdanwaltes ist, den wir heute zur Kenntnis nehmen können. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.14 Uhr)*

Präsident Breithuber: Dankeschön. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 8 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest – nein, doch eine Gegenstimme, die kommunistische Fraktion stimmt dagegen, also mehrheitliche Annahme.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen darf ich die Verwaltungslehrlinge der Steirischen volkswirtschaftlichen Gesellschaft unter der Leitung des Projektverantwortlichen Gerald Bertl begrüßen. Herzlich willkommen im Landtag. (*Allgemeiner Beifall*)

Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Umwelt über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 1788/1, betreffend Luftreinhalteprogramm Steiermark 2011, Umsetzung der Maßnahmen – Jahresbericht 2012.

Ich darf Herrn Landtagsabgeordneten Peter Samt um den Bericht bitten.

LTabg. Samt (*12.15 Uhr*): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bringe den Schriftlicher Bericht des Ausschusses „Umwelt“ betreffend des Stücks 1788/1, Luftreinhalteprogramm Steiermark 2011, Umsetzung der Maßnahmen – Jahresbericht 2012, eine Regierungsvorlage.

Der Ausschuss „Umwelt“ hat in seiner Sitzung vom 09.04.2013 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Umwelt“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung betreffend Luftreinhalteprogramm Steiermark 2011, Umsetzung der Maßnahmen, wird zur Kenntnis genommen. (*12.15 Uhr*)

Präsident Breithuber: Danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter, Kollege Wolfgang Böhmer.

LTabg. Böhmer (*12.16 Uhr*): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages, liebe Frauen und Männer im Auditorium!

Ich möchte ein paar Bemerkungen zu diesem Bericht bringen, wie ihn der Präsident vorgelesen hat, nämlich zu den Umsetzungen und Maßnahmen im Jahresbericht in Blickrichtung Luftreinhalteprogramm 2011. Eine kleine Vorbemerkung: Gute Luft kostet

Geld, schlechte Luft noch mehr, nämlich sie kann Leben kosten und schlechte Luft kann unsere Lebensräume – da denke ich an unsere Ökosysteme, in denen wir eingebettet sind –, auch diese Ökosysteme zerstören. Wie Sie wissen, ist Luft ein Gemisch von vielen Gasen aber auch Partikelchen. Vor Jahrzehnten war es noch der Schwebstaub, in der Zwischenzeit ist es der Feinstaub und jüngst auch, würde ich meinen, der Ultrafeinstaub. Der Unterschied ist der, dass der Feinstaub und der Ultrafeinstaub bis in unsere körperinneren Organe vordringen, vom Blut transportiert werden und in unseren Organsystemen auch Schäden anrichten. Das Land Steiermark hat schon sehr lange auf die Veränderung oder auf die Beeinträchtigung der Luft – sei es durch Verkehr, sei es durch Industrie – reagiert und ich nehme mir heraus, dass wir österreichweit und europaweit jahrelang – Kollegin Jungwirth hört jetzt zu – ziemlich weit vorne waren, wenn nicht sogar Spitzenreiter. Das heißt, wir haben ein Programm „Energiestrategie 2025“, wir haben im Jahre 2010, im Juni, den Klimaschutzplan verabschiedet und nun das Luftreinhalteprogramm 2011. All das ist aus Vorgaben der EU erwachsen, die so Mitte der 90-er Jahre über Richtlinien begonnen haben; diese Richtlinie haben wieder, wenn es um Teile der Luft gegangen ist oder geht – zum Beispiel Benzol oder Stickoxyde u.dgl. mehr – über Tochterrichtlinien quasi Normen und Rahmen für die Länder vorgegeben. Man könnte auch sagen, dass die Werte immer mehr angehoben worden sind, darum habe ich mich ein bisschen beim Schwebstaub und beim Feinstaub ausgelassen, das heißt wir sind im Laufe der Zeit sensibler geworden. Vielleicht kann sich der eine oder die andere erinnern, es gibt diesen Spruch: „Der ist weg vom Fenster.“ Das war ein Spruch in den 50-er bis 70-er Jahren im Ruhrgebiet, wo es 210 Zechen gegeben hat, wo Leute unter Tag aber auch über Tag in den Bergwerken gearbeitet haben und nach getaner Arbeit sich oft stundenlang beim Fenster hinaus gelehnt haben, um die Lungen wieder zu regenerieren, und da sind die Leute vorbei gegangen. Wenn er – und es haben zu 99 % in diesen Bergwerken Männer gearbeitet – halt nicht mehr beim Fenster raus geschaut hat, d.h. wenn seine Lunge nicht mehr fähig war, seine Lebensfunktionen aufrecht zu erhalten, dann war er „weg vom Fenster“. Vielleicht haben sich die einen oder anderen auch noch an den Smog in England oder in den 70-er Jahren an den sauren Regen, der ja vieles bei uns in Europa verursacht hat, erinnert. Wir, die Menschen, haben daraus gelernt. So möchte ich sagen, dass mit diesen drei Säulen der Energiestrategie, des Klimaschutzplanes und des Luftreinhalteprogrammes sich das Land Steiermark etwas auferlegt hat. Wir haben ein Maßnahmenbündel gesetzt, d.h. den gesetzlichen Vorgaben sind technische Maßnahmen, aber Fördermaßnahmen ganz einfach gefolgt. Diese Fördermaßnahmen und diese

Maßnahmenpakete sind in dem heute von uns zu beschließenden, behandelnden Stück enthalten.

Vielleicht noch eine kleine Vorbemerkung: Die von der EU gesteckten Ziele 2020 gelten natürlich als einzuhalten – keine Frage, aber für mich ist es auch wichtig und ich glaube für alle, die hier sehr verantwortlich im Landtag Steiermark arbeiten, ist es auch wichtig, dass wir durch Maßnahmen verschiedenster Art Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur fördern, damit wir in Zukunft auch krisensicher sind. Maßnahmen, die die Wirtschaft gefährden, sind von meiner Warte aus abzulehnen. So gesehen haben wir von den Kleingemeinden über die kleinen Regionen, über die KEG's bis letztendlich in die Landeshaupt steiermarkweit doch einiges zuwege gebracht. Es ist dieses Luftreinhalteprogramm der Steiermark für mich eine dokumentierte Fortsetzung des langjährigen Bemühens der Steiermärkischen Landesregierung und des Landtages Steiermark die Luftgüte – einerseits was den Feinstaub und andererseits was die Luftschadstoffgruppe betrifft – zu verbessern. Ich habe mir ein paar Wortmeldungen daraus auf Grund des Entschließungsantrages der Grünen herausgenommen. Da steht unter anderem in diesem Programm: „Die Luftgüte ist nach wie vor in einigen Gebieten der Steiermark, vorwiegend in Ballungsräumen, auch natürlich wetterabhängig, zu verbessern.“ Als Nächstes steht: „Gesetzliche Vorgaben sind ein klarer, umweltpolitischer Auftrag die Bevölkerung zu schützen, d.h. gesunde Luft zu gewährleisten.“ Als Nächstes: „Kein Verursacher wird ausgenommen und die ausgewiesenen Kernmaßnahmen sind zielorientiert und gewissenhaft umzusetzen.“ In diesem Sinne, liebe Kollegen der Grünen Fraktion, darf ich sagen: Sagen wir „Nein“ zum Entschließer, denn euer Antrag ist in diesem Vorspann, den ich jetzt getätigt habe, überholt, er ist obsolet. Wir sind, so würde ich meinen, auch mit diesen kritischen Aussagen auf einem Weg, den es sich lohnt fortzusetzen. Wir sind auf einem Weg, dass ich einfach sage: Wir handeln gemäß des Klimaschutzplanes klimabewusst, wir erhalten oder wir eignen uns schön langsam einen Klimastil an. Ich würde jede Landtagsabgeordnete und jeden Landtagsabgeordneten aufmuntern, in diesem Sinne für diese Maßnahmen zu sein – auch wenn nicht alles so gelungen ist für Lobbyisten des Positiven, dies einfach herauszustreichen.

In diesem Sinne recht herzlichen Dank fürs Zuhören und arbeiten wir so weiter. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.24 Uhr)*

Präsident Breithuber: Als Nächste hat sich Frau Klubobfrau Ing. Jungwirth gemeldet. Ich bitte sie ans Rednerpult.

LTabg. Ing. Jungwirth (12.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, Luftgüte ist ein Thema für uns und ich stehe gerne wieder einmal da, um ein paar Dinge zu entkräften oder vielleicht auch dagegen zu reden zu dem, was der Kollege Böhmer gerade eben gesagt hat. Aber vorweg einmal: Der Jahresbericht zum Luftreinhalteprogramm Steiermark sollte meiner Meinung nach eine zusätzliche Überschrift haben, nämlich „Verkehr reduzieren lautet das Gebot der Stunde“. Diese Aussage zieht sich nämlich wie ein roter Faden durch den Bericht, den die Abteilungen des Landes verfasst haben und ich finde es eigentlich schon recht mutig, Herr Landesrat Kurzmann, dass Sie den Bericht in dieser Form vorlegen. Denn Sie wissen, das sind an und für sich Aussagen, die wir seit Jahren tätigen. Wir sind diejenigen, die immer schon sagen, Verkehr reduzieren ist wichtig und wesentlich, um die Luftgütesituation in der Steiermark in den Griff zu bekommen. Sie sind ein Verweigerer in dieser Hinsicht und insofern ist es für mich eine spannende Aussage, die dieser Bericht tätigt, und in Wahrheit sogar die Kernaussage des Berichtes.

Im Detail möchte ich schon noch auf die verschiedenen Parameter der Luftschadstoffe eingehen, denn zusätzlich zum Feinstaub findet in diesem Bericht ja auch Stickstoffdioxid Berücksichtigung. Hier wird in diesem Zusammenhang ganz besonders deutlich – und es wird an vielfacher Stelle darauf hingewiesen –, dass erstens der Hauptverursacher der motorisierte Individualverkehr ist, zweitens die Tendenz bei Stickstoffdioxidkonzentrationen steigend ist in der Steiermark und drittens, dass es Handlungsbedarf zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung gibt. Die Gesundheitsrisiken der Luftschadstoffe sind teilweise bekannt, ich möchte aber doch ein bisschen etwas zu dem ergänzen, was bisher hier im Landtag angemerkt wurde. Zum einen haben wir bekanntlich Lungenkrebs als Risiko, wir haben Herzinfarkt, erhöhtes Asthma und auch eine vorzeitige Sterblichkeit als Risikofaktoren, es gibt aber auch neueste Forschungsergebnisse, die in einem Zusammenhang zu Frühgeburten stehen, zu neurologischen Entwicklungen und den kognitiven Fähigkeiten der Neugeborenen und in der Folge natürlich der Menschen, sowie mit Diabetes, Autismus, sogar Demenz und Alzheimer. Die Weltgesundheitsorganisation und die OECD schlagen seit Jahren Alarm und weisen auch auf diese Risiken hin. Die Gesundheit der Bevölkerung ist also wirklich durch Luftschadstoffe gefährdet und für uns ist das das zentrale Anliegen in dieser Debatte. Es geht uns nicht darum, die Autofahrer am Autofahren zu hindern, sondern es geht um die Gesundheit der Bevölkerung und vor allem die Gesundheit der Kinder, die einfach gefährdet ist – sowohl durch Feinstaub und zwar egal, ob es jetzt PM10 oder PM2,5 oder noch kleinere

Fraktionen sind, als auch durch Stickstoffdioxid und noch weitere Luftschadstoffe, auf die ich jetzt im Detail aber nicht eingehen möchte. Es wird im Bericht also auf fast jeder Seite darauf hingewiesen, dass der motorisierte Verkehr Hauptverursacher ist und nach der Ablehnung der Einführung der Umweltzone alternative Möglichkeiten zur Reduzierung des Individualverkehrs überlegt werden müssen. Das steht im Bericht so drinnen, auch um ein Zitat zu bringen. Das heißt also, dass die „grüne Welle“ oder Auflagen für LKWs und Taxis zu wenig an Maßnahmen sind, wir brauchen noch zusätzliche Maßnahmen, wo es tatsächlich dann um Einschränkungen des Individualverkehrs gehen muss. Das Ziel muss definitiv sein, dass weniger gefahren wird, vor allem in den Ballungsräumen weniger gefahren wird, denn nur so bekommen wir die Situation tatsächlich in den Griff.

Eine Anmerkung möchte ich auch noch im Speziellen zum Kapitel Feinstaub machen, denn Sie, Herr Landesrat Kurzmann, versuchen immer wieder die Situation so darzustellen, als ob das alles nicht so schrecklich sei, indem Sie sagen, der Jahresmittelwert sollte als Faktor herangezogen werden und da ist die Situation ja gar nicht so schrecklich. Ich halte das für eine Beschönigung der Situation, denn die Jahresmittelwertdarstellung ist ungeeignet. Das sagt auch die europäische Kommission, dass diese Darstellung ungeeignet ist. Ich war selbst dort, habe selbst nachgefragt und habe diese Auskunft von der Kommission bekommen – face to face. Das sagt einem auch der Hausverstand, wenn man ein bisschen nachdenkt, denn was ist der Jahresmittelwert? Wenn wir den betrachten, so richtet sich unser Augenmerk ja ausschließlich darauf, dass wir immer unterhalb des Grenzwertes sind – aber wenn wir ständig knapp unterhalb oder oft unterhalb des Grenzwertes sind oder vielleicht zwar die Höchstüberschreitungstage einhalten, aber trotzdem an einigen Tagen solche Ausreißer nach oben an solchen Werten haben, dennoch die ständige Belastung für die Gesundheit der Menschen in der Steiermark bleibt und dadurch die Schäden an der Gesundheit.

Ein Vergleich vielleicht für diejenigen, die mich noch nicht verstanden haben – man kann z. B. als Vergleich dazu den Jahresniederschlag anschauen: Die Jahresniederschlagsmengen sind seit vielen, vielen Jahren, seit Jahrzehnten eigentlich relativ konstant in der Steiermark. Es gibt aber immer stärkere Ausreißer und zwar in Form von Extremniederschlägen und von Trockenperioden. Die Gesamtmenge übers Jahr ist die gleiche, aber einmal regnet es besonders stark und dann regnet es wieder besonders lange nicht. Die Schäden, die dadurch entstehen, sind massiv und sie werden immer größer. Genauso ist es auch beim Feinstaub: Wenn immer wieder die Peaks nach oben gehen, die Werte drastisch überschritten werden, so ist das genauso ein extrem hoher Faktor für das Gesundheitsrisiko der Menschen. Man kann

nicht einfach nur sagen: „Na gut, das ist eh alles paletti, im Gesamtjahresschnitt passt es“, so funktioniert die Rechnung leider nicht. Deswegen lege ich hier an dieser Stelle größten Wert darauf, dass das einmal auch vielleicht bei Ihnen ankommt, dass diese Betrachtungsweise einfach nicht tauglich ist. Das Ziel muss also sein, jeden Tag gesunde Luft in der Steiermark zu haben. Mir ist es auch zu wenig, wenn wir sagen, wir kommen über die 35 Überschreitungstage, die die EU vorgibt oder über die 25 Überschreitungstage, die das österreichische Gesetz vorgibt. Das Ziel muss einfach jeden Tag gesunde, frische Luft für die Steirerinnen und Steirer sein. Das entlang Schrauben, wie gesagt, ist mir zu wenig. Die Gesundheit ist – Sie haben es selbst auch erwähnt bzw. du, Entschuldigung, wir sind per Du, Kollege Böhmer – nicht nur im Sinne der Menschen ein Faktor und wichtig. In der politischen Debatte ist die Gesundheit auch ein Kostenfaktor, nämlich im umgekehrten Sinne. Die Krankheiten, die verursacht werden, verursachen enorm hohe Kosten für das Gesundheitssystem. Du hast ohnehin gesagt: „Gute Luft kostet Geld, schlechte Luft kostet Leben“, genauso ist es. Die Weltgesundheitsorganisation richtet immer wieder ihren Blick auf diesen Punkt. Ich habe hier Zahlen von der WHO, wo sie sich beispielsweise mit PM_{2,5}, also mit der kleineren Fraktion von Feinstaub beschäftigt und da sagt die WHO, die schlechte Luftqualität verursacht in der EU jährlich geschätzte 630 Milliarden Euro an Gesundheitskosten und 169 Milliarden Euro an Produktivitätseinbußen. Das ist enorm viel. „Die Senkung von Luftschadstoffen bringt großen Nutzen“, sagt die WHO, laut EU-Kommission kann die EU bei 20 % Mitteleinsatz 75 % an Gewinn durch Investitionen in die Luftreinhaltung erlangen. Die Umweltschutzagentur der USA – das ist auch interessant, finde ich – rechnet, dass jeder investierte Dollar einen Nutzen von 12 bis 171 Dollar bringt. Also da sieht man, dass Investitionen in gesunde Luft sich tatsächlich auszahlen und letztlich einen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen, also einen Gewinn fürs Land darstellen würden. Insofern halte ich es doch für notwendig, Geld in die Hand zu nehmen, in die Prävention zu investieren, anstatt hinterher die Gesundheitsschäden mit hohen Therapiekosten zu behandeln. Beseitigen wird man sie nicht können, denn Schäden an der Lunge, Schäden am Herz-Kreislauf-System oder am neurologischen System, Nervensystem sind in der Regel nicht wirklich gut therapierbar.

Der zweite wichtige Schadstoff, um den es in dem Bericht vor allem geht, muss man sagen, denn da wird wirklich das große Hauptaugenmerk darauf gelegt, ist Stickstoffdioxid. Hier läuft bereits die Fristverlängerung, also Mitte Juli 2012 hat die Kommission eigentlich die Fristverlängerung für Österreich abgewiesen, muss man sagen, und es ist jetzt noch in der

Schwebe, wie es weitergeht, aber es steht ein Vertragsverletzungsverfahren im Raum. Der Hauptverursacher laut Bericht ist eindeutig der Verkehr und es wird darauf hingewiesen, dass der Sektor der Motor-Emissionen – also eben, was aus dem Verkehr kommt – mittlerweile durch die Verkehrszunahmen wie auch dem Trend zu größeren und stärkeren Fahrzeugen, dass in diesem Sektor durch diesen Trend die Ergebnisse, die durch verbesserte Motoren erzielt werden, zunichte gemacht werden, weil eben immer mehr gefahren wird. Das heißt, es ist alles zu unternehmen, dass die Bevölkerung und vor allem die Kinder und die älteren Menschen geschützt werden.

Ich bringe deswegen unseren Entschließungsantrag an dieser Stelle ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Bericht über die Abänderung des Luftreinhalteprogramms vorzulegen, das

1. Nachbesserungen im Luftreinhalteprogramm vorsieht, um die Grenzwerte betreffend Stickstoffdioxid einhalten zu können und
2. rasch wirksame Maßnahmen insbesondere betreffend den motorisierten Individualverkehr verankert, um die geforderte Reduktion der Stickstoffdioxidkonzentrationen zu erreichen.

Ich ersuche um Annahme.

Man sieht also, wie wichtig es ist hier etwas zu tun, nämlich auch im Bericht. Was ich auch noch erwähnen möchte: 2013 ist das Europäische Jahr der Luft. Der Umweltkommissar Janez Potočnik legt heuer besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der Luftgütesituation in Europa. Die Steiermark ist eben hier in einer unrühmlichen Situation, ich habe es schon erwähnt – das Vertragsverletzungsverfahren zu den Stickstoffdioxiden steht im Raum und droht in absehbarer Zeit eingeleitet zu werden, das Vertragsverletzungsverfahren wegen Feinstaub läuft bereits. Also wir sind in mehrfacher Hinsicht nicht gerade die Schlusslichter in Europa, denn es gibt auch andere Länder, aber auf jeden Fall kein Land, das sich auf die Brust klopfen kann und sich zurücklehnen kann und sagt: „Wir haben schon alles getan!“ Ganz im Gegenteil – dem ist eben nicht so, sondern die Steiermark hat viel zu tun. Es zeigt sich auch ganz deutlich, dass die Steiermärkische Landesregierung hier zu wenig Augenmerk darauf legt und zwar zu wenig Augenmerk auf den Schutz der Gesundheit der steirischen Bevölkerung. Ich sage es hier noch einmal, denn das ist das Wesentliche. Nehmen Sie sich also bitte einmal ein Herz, Sie alle sind aufgefordert, Sie könnten den Herrn Landesrat Kurzmann auffordern, Maßnahmen zu setzen, um den Individualverkehr einzuschränken, um die Menschen dazu zu bringen, weniger mit dem Auto zu fahren. Die Umweltzone muss es nicht sein, die wird von der Bevölkerung offensichtlich nicht akzeptiert, das nehmen auch wir

zur Kenntnis, aber es gibt auch andere Maßnahmen, die meiner Meinung nach und aus meiner Erfahrung in den Gesprächen mit der Bevölkerung durchaus Akzeptanz finden können und auch der Wirtschaft, wenn man es schon behaupten möchte – wobei ich da eine andere Meinung dazu habe, aber sei es drum – nicht schaden. Es gäbe beispielsweise auch die Möglichkeit über Kennzeichenverordnungen Einschränkungen zu machen, über tageweise Fahrverbote, wo einfach die Möglichkeit besteht, dass sich die Menschen besser darauf einstellen können, wann sie betroffen sind, wann nicht, wo Fahrgemeinschaften eine Lösung wären, wo man dann einmal in der Woche vielleicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln fährt und unter Umständen sich sogar damit eine höhere Akzeptanz diesbezüglich herausstellt. Da gibt es viele Faktoren, die da zum Tragen kämen und die tatsächlich nützlich wären, nicht nur im Sinne der Kosten, die durch Luftschadstoffe entstehen, sondern auch im Sinne der Gesundheit der Menschen. Ich rege einmal mehr dazu an: Gehen Sie mit uns mit, stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu. Wir werden auch in anderer Hinsicht einiges in nächster Zeit einbringen, nämlich genau wo es um die Einschränkung des Individualverkehrs geht und wir werden uns wahrscheinlich in absehbarer Zeit wieder dazu unterhalten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 12.38 Uhr)*

Präsident Breithuber: Als Nächster am Wort ist Herr Dipl.-Ing. Deutschmann. Bitte ans Rednerpult.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (12.38 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Landesrat, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren!

Nach dem guten Einbegleiten vom Kollegen Böhmer, der wirklich einen profunden Vorspann zu diesem Bericht gebracht hat, darf ich auf den Bericht eingehen, um Ihnen diesen Bericht näher zu bringen. Ich habe nur den Eindruck, bevor ich hier beginne, dass die Frau Kollegin Jungwirth den Bericht nicht gelesen hat, weil sonst könnte sie nicht solches Pamphlet hier von sich geben und die Untätigkeit des Herrn Landesrates Kurzmann hier zitieren, dann hat man entweder den Bericht nicht gelesen oder versteht von dem Thema zu wenig, aber ich komme im Detail noch dazu.

Wie bereits bekannt ist, geschätzte Damen und Herren, ist das Programm „Luftreinhalteprogramm 2011“ in Umsetzung, der Bericht liegt hier. Sie haben ihn sicher alle aufmerksam studiert. Die sogenannten zehn Kernmaßnahmen sowie fünf flankierenden Maßnahmen und die 30 Maßnahmen als Begleitung bilden das Gerippe dieses

Arbeitsspektrums und in diesem Bericht ist zu allen diesen Themen, zu diesen Arbeitsbereichen der Status quo quasi festgelegt. Wenn man bedenkt, dass nicht weniger als ca. 9,8 Millionen Euro – das zum Thema, Frau Kollegin Jungwirth, dass man Geld in die Hand nehmen muss – 9,8 Millionen Euro für 2011 und 2012 aus öffentlichen Mitteln – und das ist ja kein Pappentier – verwendet wurden, um eine Reduktion der Feinstaubbelastung um 20 Tonnen pro Jahr zu erreichen, dann kann man von einer wesentlichen Verbesserung sprechen. Auch ist das ein Weg – und da bin ich ja bei Ihnen –, ein Weg von kleinen Schritten, da kann man davon ausgehen, dass in Hinkunft vor allem auch die Umsetzung des Luftreinhalteprogramms 2011 unsere steirische Luftgüte deutlich verbessern wird. Die dargestellte Entwicklung der Luftgütesituation zeigt an, dass die tatsächlichen Überschreitungstage von 35 auf nunmehr 25 Tage reduziert werden konnten, wobei die EU-Vorgabe weiterhin bei 35 festhält. Hier stimmt der eingeschlagene Weg eindeutig und der ist trotz Unkenrufe durch die Grünen messbar, geschätzte Damen und Herren. Wie man dem Bericht der einzelnen Arbeitsgruppen entnehmen kann, sind einige Vorgaben bereits erfüllt, ja umgesetzt, und bei den anderen Kernmaßnahmen ist natürlich noch Nachholbedarf respektive Zeitbedarf gegeben. Ich darf kurz erinnern, dass folgende Arbeitsgruppen eingerichtet wurden, die hier auch auf dem Bericht ihre Tätigkeit darbieten: Motorentchnik, Winterdienst, Industrie und Gewerbe, Landwirtschaft, Hausbrand und Energie, Verkehr, Raumplanung und zum Schluss das Recht. Im Bereich der Motorentchnik wurden drei von vier Kernmaßnahmen, zwei von zwei flankierenden Maßnahmen und vier von acht zusätzlichen Maßnahmen teilweise oder ganz umgesetzt. Als Beispiel darf hier angeführt sein, dass die Vorgaben der Mindestemissionsstandards für Taxis und LKWs im Stadtbild Graz und den Sanierungsgebieten zu einer deutlichen Verbesserung der Situation geführt haben. Dadurch konnte im Großraum Graz eine Feinstaubreduktion von ca. 2,2 Tonnen pro Jahr und der NO₂-Emission von 32 Tonnen pro Jahr erzielt werden. Ferner wurde mit der Kernmaßnahme zwei mit der Fahrzeugerneuerung der städtischen Busflotte begonnen, so konnten im August 2012 die ersten 17 emissionsarmen Gelenkbusse in Betrieb genommen werden. Im Bereich des Winterdienstes wurde die Maßnahme des differenzierten Winterdienstes für Graz und die steirischen Sanierungsgebiete angewendet, wo nach Möglichkeit die Streumittelminimierung auf öffentlichen Straßen im Vordergrund steht. Der bestehende Winterdienst-Leitfaden wurde überarbeitet, wobei eine spezielle Checkliste für Streuwagen als Anleitung Verwendung findet. Erfreulich sei hier angemerkt, dass sich trotz fehlender Verpflichtung eine zunehmende Sensibilisierung vieler Gemeinden zur freiwilligen

Umsetzung dieses Programmes erkennen lässt. Im Bereich Industrie und Gewerbe ist es vor allem die Novellierung der Feuerungsanlagen-Verordnung, welche am 01.04.2012 in Kraft getreten ist, sowie die bekannte Staubschutzverordnung für die Baustellen, verankert im Steiermärkischen Baugesetz. Die Landwirtschaft hat im Bereich der flankierenden Maßnahme fünf mit der Ammoniakreduktion in der Landwirtschaft ihren Beitrag geleistet und auch im Bereich der verpflichtenden Gülleabdeckung in den Sanierungsgebieten wurde eine Verordnung erlassen, auch hier wurde diese Regelung eingehalten. Die Arbeitsgruppe „Hausbrand und Energie“ hat vor allem die Novellierung im Feuerungsanlagenrecht umgesetzt, indem ein Verbot von Festbrennstoff-Zweitheizungen in Zeiten hoher Feinstaubbelastung erlassen wurde, diese Kernmaßnahme sechs gilt damit als abgeschlossen. Erwähnt muss sein – und das ist auch vielleicht zu diesem Bericht notwendig es einmal anzusprechen, weil immer von diesen überbordenden Partikeln gesprochen wird –, dieses Verbot musste in der Periode 11/12 nur zweimal ausgesprochen werden, soviel zu den Tatsachen. Der Ausbau des Fernwärmenetzes – ein wesentlicher Bestandteil der Kernmaßnahme sieben – wurde intensiv betrieben, so konnte das Fernwärmenetz der Energie Graz im Jahr 2011 um 16,4 km auf 347 km ausgebaut werden. Durch diesen Ausbau des Fernwärmenetzes konnte man 4,3 Tonnen Feinstaub und 6,5 Tonnen NO_x-Ausstoß einsparen, also auch hier ein messbares, deutliches Verbesserungszeichen. Auch in dieser Kategorie wird noch einiges zu tun sein und Verbesserungen erzielt werden müssen, vor allem im Bereich der Fernwärmegeschichte und der Netzverdichtung.

Durch die schleppende Vorgangsweise der Ausschussarbeit konnte die schon längst fällige Umsetzung der 15-a-Vereinbarung hinsichtlich des In-Verkehr-Bringens von Kleinf Feuerungen und Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken und den darin enthaltenen schärferen Grenzwerten bei Neuanlagen noch immer nicht umgesetzt werden. Leider werden hier wieder Monate vergehen, was für die Umwelt nicht so positiv ist – das würde ich unter „politisches Trauerspiel“ einordnen. Im Bereich des Verkehrs, weil das angesprochen wurde, wurden in allen vier Bereichen Maßnahmen weitergeführt. Es ist auch im Bericht eindeutig zu lesen, dass aufgrund der budgetären Situation im Wesentlichen hier eine langsamere Entwicklung stattfindet. Verbote – und das sollte man noch einmal erwähnen: Verbote, geschätzte Damen und Herren, sind keine Lösung, weder für das Individuum, noch für die Wirtschaft. Wir leben im 21. Jahrhundert, das Jahrhundert der Mobilität, wie wir wissen. Die Raumplanung ist einer der langfristigeren und komplexeren Arbeitsbereiche, hier sind vor allem REPRO's Beispiel, weil sie die Mindesterschließung mit

öffentlichem Personennahverkehr für Siedlungsschwerpunkte und Baulandausweisungen überarbeitet haben, sowie das Sachprogramm „Luft“. Vor allem der Umgang mit unseren Bodenressourcen wird in Hinkunft ein zentrales Thema sein, denn auch die Bodenpolitik und die Politik der Infrastruktur und die Anbindung an dieselben werden naturgemäß auch in die Umweltpolitik Einfluss nehmen müssen, denn auch das, geschätzte Damen und Herren, Verteilung von Bodenressourcen, ist Umweltpolitik. Vielleicht eröffnet die Gemeinde- und Strukturreform neue Möglichkeiten eine kompaktere, vernünftige Raumplanung zuzulassen, auch hinsichtlich der Luftgütesgeschichte.

Zum Entschließer der Grünen sage ich klar nein, weil er am Thema vorbeiführt und wir ohnehin ein funktionierendes Konzept haben. Alles in allem: Das Luftreinhalteprogramm 2011 ist ein gutes Konzept, um unseren Lebensraum gesünder zu gestalten, arbeiten wir auf diesem Konzept, das wir beschlossen haben, gemeinsam weiter, um für unsere Heimat Steiermark die Luftgüte zu verbessern. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 12.47 Uhr)*

Präsident Breithuber: Für die nächste Wortmeldung bitte ich Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Odo Wöhry zum Rednerpult.

LTabg. Dipl.-Ing. Wöhry (12.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren!

Wenn man der Klubobfrau der Grünen zuhört, hat man den Eindruck, dass wir uns in einem verrußten und verrauchten Land bewegen und gerade uns noch hustend fortbewegen können. Meine Damen und Herren, eine derartige Form der Darstellung der Bemühungen des Landes im Hinblick auf die Qualität unserer Luft muss ich auf das Entschiedenste zurückweisen und ich denke, die Anmerkung vom Kollegen Deutschmann war richtig: Wer so etwas von sich gibt, hat offensichtlich den Bericht nicht gelesen und die Entwicklungen nicht verstanden. Ich denke, dass dieses Luftreinhalteprogramm ein äußerst ambitioniertes Programm ist, die Details wurden schon dargelegt.

Ich möchte nur auf ein, zwei Punkte noch eingehen: Luftreinhaltung ist – und das lernen wir aus diesem Bericht, aber nicht nur daraus, sondern auch auf Grund der Erfahrung, die wir mit diesem Problem haben – nicht mit schnellen Maßnahmen zu lösen, sondern die Lösung liegt in konsequenten Entwicklungen. In der Steiermark wurde vor Jahrzehnten von Landesregierung und Landtag und vielen anderen, die mitgeholfen haben, die Entwicklung

eingeleitet, die uns heute sehr hohe Standards im ökologischen Bereich, im Umweltbereich, aber insbesondere im Bereich der Luftgüte, die wir eben haben. Ich denke, dass dieser Bericht zum Luftreinhalteprogramm genau das dokumentiert, dass wir einen konsequenten Weg gehen müssen – in der Vergangenheit genauso, wie wir diesen in der Zukunft machen müssen –, damit wir jene Vorgaben, die hier von der Europäischen Union gegeben und gemacht wurden, auch tatsächlich einhalten und erreichen. Es ist ja nicht so, dass auch beim NO₂ die Maßnahmen, die bisher ergriffen wurden, nicht greifen, sondern es hat sich halt herausgestellt, dass gerade in diesem Bereich aus verschiedensten Gründen, die im Bericht angeführt sind, diese Maßnahmen eben etwas länger Zeit brauchen, bis wir zu den entsprechenden Ergebnissen kommen. Im Bericht ist angeführt, dass wir in etwa 2020 in diesem Bereich deutliche Verbesserungen – auf Basis der Maßnahmen, die heute definiert worden sind – erreichen. Natürlich kann man sagen, dass immer alles ein bisschen zu langsam geht, aber gerade im Bereich der Luftgüte ist das Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie besonders groß. Wir haben einerseits dafür zu sorgen, dass die Mit-Mobilität der Bevölkerung gesichert ist, wir haben dafür zu sorgen, dass die wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfung gesichert ist und andererseits haben wir natürlich die Standards, die wir uns selbst vorgeben oder die von der Europäischen Union vorgegeben sind, auch tatsächlich zu erreichen. Es sind zahlreiche Maßnahmen definiert im Programm einerseits, aber auch im Bericht. Es wurde vom Kollegen Deutschmann angesprochen, dass zahlreiche dieser definierten Maßnahmen aus dem Jahr 2011 bereits umgesetzt sind und es stellen sich auch entsprechende Erfolge durch diese Maßnahmen ein. Ein besonderes „Schmankerl“ ist für mich natürlich, dass die Grünen immer so tun, als ob sie die Einzigen wäre, die an der Lebensqualität der reinen Luft, der intakten Umwelt usw. interessiert sind. Das muss ich auf das Schärfste zurückweisen. Schon bevor es die Grünen gegeben hat, haben ÖVP und SPÖ in diesen Haus große Bemühungen unternommen, um entsprechende Maßnahmen zu setzen, auch ohne Vorgaben der Europäischen Union, und ich denke, dass Erfolge des Landes Steiermark in vielen Bereichen wie z. B. im Tourismus auch darauf fußen, dass wir entsprechende Voraussetzungen auch im ökologischen und im Umweltbereich geschaffen haben, dass dieses Land gerne besucht wird.

Wir können hier viele Maßnahmen definieren und sie liegen in der Tat vor, aber entscheidend ist aus meiner Sicht, dass es auch gelingt, die Bevölkerung auf diese Reise mitzunehmen. Wenn ich sage „die Bevölkerung mitnehmen“, so meine ich, dass es hier vor allem um bewusstseinsbildende Maßnahmen gehen wird, die wir von Kindesalter an vermitteln müssen,

damit wir mit diesem Langzeitprozess eine entsprechend gute Luftqualität in der Steiermark – die wir natürlich verbessern wollen – auch tatsächlich erreichen. Es liegt natürlich zu diesem Thema – und wer anderes erwartet hat, der ist ein Illusionist – auch ein Entschließungsantrag der Grünen vor, der nichts anderes macht, als Dinge, die ohnedies im Laufen sind, zu wiederholen. Aus dem Grund, dass wir nicht zweimal das Gleiche beschließen müssen, lehnen auch wir von der ÖVP diesen Entschließungsantrag ab.

Ich lade Sie ein, nicht populistisch an die Sache heranzugehen, sondern ich lade Sie ein, endlich einmal auch dabei zu sein, wenn Maßnahmen umgesetzt werden. Es ist ja für mich besonders irritierend, muss ich geradezu sagen, wenn da hinten kryptisch steht: „... rasch wirksame Maßnahmen, insbesondere betreffend den motorisierten Individualverkehr ...“. Na, warum schreiben Sie nicht hin, was Sie gerne hätten? „Fahrverbot da, Fahrverbot dort, Verteuerung da, Verteuerung dort, Strafen da, Strafen dort, Verbote ...“, das ist ja eigentlich das, was Sie wollen, aber Sie wagen es nicht einmal, das auszusprechen. Ich denke, wer einerseits einen Antrag einbringt, der das wiederholt, was ohnedies heute beschlossen werden soll und der andererseits nicht den Mut hat, das zu definieren und offen auszusprechen, was auf die Bürger zukommt, so einen Antrag kann man nur ablehnen. In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.53 Uhr)*

Präsident Breithuber: Noch einmal zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Ing. Jungwirth. Ich bitte Sie ans Rednerpult!

LTAbg. Ing. Jungwirth (12.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, Kollege Wöhry, Sie haben gesagt, ich tue so, als ob es ein verrußtes und verrauchtes Land wäre und ÖVP und SPÖ haben hier im Haus schon so wahnsinnig viel getan, da brauche es die Grünen nicht dazu. Ich kann mich gut an die Zeit so ungefähr vor 30 Jahren erinnern, als in Graz beispielsweise regelmäßig der „Kaffeeduft“ von der Papierfabrik in Gratkorn daher gezogen ist – Schwefelverbindungen sind das – Sie können sich bestimmt auch daran erinnern, dass wir damals auch das Problem des Sauren Regens hatten, das sind auch Schwefelverbindungen. Das war damals der Hauptschadstoff, dem das Augenmerk geschenkt wurde, aber eben nur deswegen, weil es so offensichtlich war. Das hat man gerochen, die Bäume waren kaputt nebst ein paar anderer Umweltprobleme, die wir damals hatten – wie eine Mur, die eine braune, dreckige, stinkende Brühe war; Tod als Lebensraum, keine Spur,

dass man da einmal eine Zehe hineinsetzen hätte können. Ich kann mich erinnern: Ich bin in der Zeit damals als Jugendliche immer mit dem Hund dort spazieren gegangen, aber es war nicht wirklich angenehm vom Geruch her. Aber das ist genau der Punkt: Damals war es so, dass wir in einer Zeit waren, wo die Umweltschäden in einer Form vorhanden waren, dass man sie einfach durch die Beeinträchtigung wirklich wahrgenommen hat, unsere Wahrnehmung der Sinne. Mittlerweile haben wir – Dank der Grünen, die sind nämlich damals gegründet worden, es dürfte Ihnen vielleicht aufgefallen sein, einiges vorangetrieben in diesem Land – die Situation zumindest ein Stück verbessert. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Ward ihr schon irgendwann einmal in der Regierung? Ich kann mich nicht erinnern.“*) Nämlich genau dort, wo wir damals das Hauptaugenmerk darauf gelegt haben und womit wir uns beschäftigt haben, gibt es mittlerweile viele wirksame Maßnahmen. Aber die Gemeinheit ist die, dass wir uns jetzt mit Schadstoffen beschäftigen müssen, die man eben nicht sieht und riecht und die nicht gleich so offensichtlich erkennbar sind, denn Feinstaub sehen Sie nicht. Wenn Sie sehr sensibel sind, dann haben Sie vielleicht ab und zu eine „verlegte Nase“, wenn Sie in Graz herinnen sind. Aber mit Sicherheit werden Sie es nicht einfach mit dem freien Auge erkennen können, dass der in der Luft ist und das ist das Problem. Deswegen ist es auch so schwierig, die Menschen davon zu überzeugen, dass hier wirklich etwas zu tun ist, solange man nicht am eigenen Leib davon betroffen ist, dass man Asthma hat, dass man Bronchitis hat oder dass man einen Herzinfarkt hat. Das ist genau das Thema für uns. Wir haben es uns wirklich zur Aufgabe gemacht, uns für die Gesundheit einzusetzen. Das ist für uns ein wesentliches Anliegen. Ich möchte da noch einmal auf diese Kostengeschichte zurückkommen, weil das in der Debatte hier auch noch einmal gefallen ist. Ich habe vorher dargestellt, was die Weltgesundheitsorganisation ausgerechnet hat, nämlich diese 630 Milliarden Euro an Kosten für das Gesundheitssystem in Europa. Jetzt sind die Steirerinnen und Steirer 1,2 Millionen in etwa an Bevölkerung. Wenn man das jetzt umlegt, bedeutet das, dass da in der Steiermark noch eine ganz beträchtliche Summe wandern könnte, wenn man das Geld nicht für das Gesundheitssystem ausgeben müsste, sondern in die Förderung von Maßnahmen, wo man dann sich etwas überlegt, wie man den Feinstaub, wie man das Stickstoffdioxid tatsächlich in den Griff bekommt. Ich sage es noch einmal: Es geht hier nicht um Strafen und es geht auch nicht um Verbote, sondern es geht um genau das andere. Es geht darum, dass uns die Gesundheit wichtig ist und dass wir wollen, dass es den Menschen gut geht. Das ist das oberste Ziel unserer Politik. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Da seid ihr die Einzigen.“*) Wir sind nicht die Einzigen, ich hoffe sehr, dass es vielen so geht

wie uns und dass sich alle hier im Raum dafür einsetzen. Aber wenn es so wäre, dann müssten Sie endlich einmal einsehen, dass man tatsächlich beim Verkehr etwas tun muss; und weil hier auch so getan wurde, als ob hier von mir falsch zitiert werden würde aus dem Bericht, da möchte ich aber doch auch einmal ein paar Dinge vorlesen, die da stehen. Da steht: „Um die Feinstaubbelastung in der Steiermark dauerhaft unter den Grenzwerten zu halten, sind daher rigorose Maßnahmen auch für diese Schadstoffe notwendig. So bewirken Maßnahmen im Bereich des Verkehrs häufig nicht nur eine Reduktion des primär emittierten Feinstaubes aus der innermotorischen Verbrennung oder von aufgewirbeltem Straßenstaub, sondern führen auch zu einer Verringerung bei Stickstoffdioxid und damit verbunden auch mit den vorher genannten sekundären Partikeln.“ Also: Verkehrsmaßnahmen verringern Luftschadstoffe. Oder weiter unten: „Prognosen ergaben, dass sich erst ab dem Jahr 2020“, das ist übrigens das Zitat, das der Kollege Wöhry vorhin teils zitiert hat, „merkliche Reduktionen ergeben würden, falls nicht weitere rigorose Maßnahmen im Verkehrsbereich getroffen werden.“ Und so geht es weiter - fast auf jeder Seite. Also lesen Sie bitte genau und suchen Sie sich nicht nur das heraus, was Ihren Intentionen ... – die Rosinen aus dem Kuchen zu picken, das ist zu einfach. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 12.58 Uhr)*

Präsident Breithuber: Als Letzter am Wort ist Herr Landesrat Dr. Kurzmann.

Landesrat Dr. Kurzmann *(12.58 Uhr):* Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf mit der Feststellung beginnen, unsere Maßnahmen, die hier im Landtag überwiegend mehrheitlich – mit einer überwiegenden Mehrheit – aber auch in der Landesregierung einstimmig beschlossen worden sind, also unsere Kampfmaßnahmen gegen den Feinstaub, wirken. Ich möchte nicht versäumen, mich an dieser Stelle bei den Fachleuten, die die wissenschaftlichen Grundlagen dafür geschaffen haben, zu bedanken – bei Herrn Hofrat Dr. Semmelrock mit seiner Abteilung im eigenen Haus, nämlich in der Landesverwaltung, aber auch bei den Fachleuten von Joanneum Research, bei den Professoren der Technischen Universität Graz, die hier wirklich die wirksamsten Maßnahmen errechnet haben. Wir haben ja keine Möglichkeit unbedacht gelassen, sondern es hat auch einen Ideenwettbewerb gegeben, wie man insgesamt den Feinstaub runterbringen kann. In der Landesregierung wurde einstimmig das Steirische Luftreinhalteprogramm beschlossen und ich sage, in den vergangenen zwei Jahren, in denen das beschlossen und umgesetzt wurde, konnten bereits

40 Tonnen Feinstaub eingespart werden. Nur im Vergleich dazu: Eine Umweltzone, wenn sie eingeführt worden wäre zu Lasten der Pendler, wenn sie eingeführt worden wäre zu Lasten auch der heimischen Wirtschaft, hätte nur sechs Tonnen Feinstaub eingespart. Also, wir liegen weit über dem, was da von der Umweltzone erwartet worden ist und man muss sagen, alle Anstrengungen des Landtages hier und der Landesregierung haben Früchte getragen, auch wenn ich verstehe, dass eine Partei sich dem nicht anschließen will, sondern sich diesen Erkenntnissen nach wie vor hartnäckig verschließt.

Meine Damen und Herren, ein Vorredner hat das auch schon angesprochen: Die Bekämpfung des Feinstaubes kostet Geld und hier war es der Landtag, der die notwendigen Geldmittel zur Bekämpfung beschlossen hat. Im Jahr 2011/2012 haben wir fast zehn Millionen Euro eingesetzt, um die Belastung zu minimieren und im Jahr 2013 und 2014 werden es 13 Millionen sein, d.h. die Feinstaubproblematik lässt sich nicht mit einem Schlag lösen, sondern es ist ein Bündel von Maßnahmen, mit dem hier dagegen vorgegangen werden muss. Ich bin wirklich froh, dass diese Einsicht bei allen Landtagsfraktionen vorhanden ist und dass man das vor allem so vornimmt, dass wir nicht die Wirtschaft kaputt machen. Ich möchte ein Beispiel nennen: Ich habe in den 90-er Jahren sehr viele Hilfsfahrten in das rumänische Banat gemacht und habe dort eine Stadt kennengelernt, die weit mehr Feinstaubproblematik aufzuweisen hatte als Graz oder Leibnitz, das war nämlich Reschitz. Wir haben dann gesehen, wie das geendet hat: Es ist das Regime dort zusammengebrochen, plötzlich hat es praktisch innerhalb von kurzer Zeit eine tolle Luft in Reschitz gegeben, die ganze Industrie ist niedergefahren worden, aber es gibt halt jetzt dort etliche tausend Arbeitslose. Das ist natürlich ein Weg, den wir hier nicht gehen wollen. Wir wollen mit Rücksicht auf die Wirtschaft, wir wollen mit Rücksicht auf die Tausenden Pendler, wir wollen aber auch mit Rücksicht auf den Wirtschaftsstandort Graz eine vernünftige Umweltpolitik machen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Meine Damen und Herren, die Grenzwertüberschreitungen im Tagesmittelwert haben sich seit der Umsetzung des Luftreinhalteprogramms Steiermark – und das sind Fakten – durchwegs reduziert, das gilt für die belasteten Gebiete in Graz genauso wie für den Bereich Leibnitz. Das zeigt also, dass die Maßnahmen in den Luftsanierungsgebieten definitiv richtig angesetzt worden sind. Die Vergleichswerte zu den Jahren 2011 und 2012 konnten an fast allen Messstationen deutlich gesenkt werden und wir haben das auch ganz deutlich bei Pressekonferenzen zum Ausdruck gebracht. So konnte etwa im Bereich der Messstation Graz-Süd ein Rückgang der Feinstaubbelastung von ca. 47 % erreicht werden, in Graz-Mitte ca.

60 % und in Leibnitz von rund 35 %. Das bedeutet, die Belastungen haben abgenommen. Von den zehn Kernmaßnahmen die Sie kennen, sind seit der Genehmigung des Luftreinhalteprogramms 2011 bereits acht Kernmaßnahmen zur Gänze umgesetzt worden und zahlreiche flankierende Maßnahmen folgen. Ich habe da am vergangenen Freitag auch eine positive Rückmeldung vom Bund bekommen: Auch dort sind die gesetzlichen Grundlagen geschaffen worden, dass Baumaschinen, die älter als 13 Jahre sind, jetzt von der Bundeseite her aus dem Verkehr gezogen worden sind. Die Kernmaßnahmen, die wir ansprechen – Fahrzeugtausch bei Stadt- und Linienbusse, werden von uns weitergeführt werden, rund 800.000 Euro sind dafür bereits eingesetzt worden. Bei der Feldüberwachung von schweren Nutzfahrzeugen erfolgt die Überprüfung laufend. Wir versuchen auch natürlich im Bereich des Verkehrs durch emissionsoptimierte Ampelschaltungen die Situation zu verbessern. Die Stadt Graz hat mit Unterstützung des Landes Steiermark hier neue Verkehrsrechner angeschafft, die dazu führen werden, dass der Verkehr flüssiger und nicht stauend – was eine große Belastung darstellt – durch die Stadt geführt wird. Im Bereich des differenzierten Winterdienstes haben wir Verbesserungen herbeigeführt. Das Fernwärmepaket – nicht nur die Verdichtung, wie das der Kollege Deutschmann gesagt hat, sondern auch der Ausbau des Fernwärmenetzes – ist uns ein großes Anliegen und wird laufend fortgesetzt. Wir haben im Bereich des Altkesselpaketes, also den Austausch von alten Kesselanlagen, über 500.000 Euro eingesetzt. Das „Frischluftritticket 2“ wird mit 180.000 Euro unterstützt, die Neukundenoffensive im öffentlichen Verkehr – was uns ja allen ein Anliegen ist – „Nicht strafen, sondern motivieren“ kostet 540.000 Euro. Also, wir haben in diesen Bereichen, in allen Bereichen deutliche Akzente gesetzt und ich bin überzeugt, dass, wenn wir weiterhin – und es steht ja nichts dagegen, wenn der Landtag diese Gelder auch künftig bewilligt – das auch weiterführen, wir diesen positiven Trend, den es da gibt, weiter fortsetzen werden und wir werden dann auch in nächster Zeit die Werte, die die Europäische Union vorschreibt, erreichen.

In diesem Sinne meine Damen und Herren: Keine Fahrverbote, keine Maßnahmen, die unsere Wirtschaft treffen, keine Maßnahmen, die unsere Pendler treffen, keine Maßnahmen, die womöglich die Arbeitslosenzahl weiter hinaufschnellen lassen – das alles müssen wir genauso bedenken, wie selbstverständlich im Zentrum aller Überlegungen die Gesundheit unserer Leute in der Steiermark steht. Danke vielmals für die Unterstützung. *(Beifall bei der FPÖ – 13.06 Uhr)*

Präsident Breithuber: Danke, Herr Landesrat. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 9 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen zu TOP 9, Einl.Zahl 1788/3, betreffend Einhaltung der Grenzwerte für Stickstoffdioxid, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Mehrheitlich abgelehnt, gegen die Stimmen der ÖVP, SPÖ und Freiheitlichen.

Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über das Sonderstück, Einl.Zahl 1736/1, betreffend Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Prüfbericht SG Rottenmann, Objekt 8073 Feldkirchen, Josef-Gschanes-Str. 9-13 (Einl.Zahl 135/5, Beschluss Nr. 92).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Karl Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Karl Lackner (13.08 Uhr): Hoher Landtag!

Der Ausschuss „Kontrolle“ hat zum oben angeführten Stück die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Kontrolle“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Maßnahmenbericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Prüfbericht SG Rottenmann, Objekt 8073 Feldkirchen, Josef-Gschanes-Straße 9-13, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (13.08 Uhr)

Präsident Breithuber: Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 10 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die einstimmige Annahme.

Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über das Sonderstück, Einl.Zahl 1808/1, betreffend Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gemäß Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Altstoffsammelzentren (Einl.Zahl 593/3, Beschluss Nr. 265).

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Waltraud Schiffer. Ich bitte Sie ans Rednerpult.

LTAbg. Schiffer (13.09 Uhr): Hoher Landtag!

Der Ausschuss „Kontrolle“ hat in seiner Sitzung vom 09.04.2013 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Mit Landtagsbeschluss Nr. 265 vom 22.11.2011 wurde der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Altstoffzentrum zur Kenntnis genommen. Gemäß Art. 52 Abs. 4 Landesverfassungsgesetz hat die Landesregierung spätestens 6 Monate nach Behandlung des Berichtes für den Fall, dass der Bericht des Landesrechnungshofes Beanstandungen oder Verbesserungsvorschläge enthält, dem Kontrollausschuss im Landtag zu berichten.

Der Ausschuss „Kontrolle“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Maßnahmenbericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Altstoffsammelzentren, Einl.Zahl 593/3, Beschluss Nr. 265, wird zur Kenntnis genommen. (13.10 Uhr)

Präsident Breithuber: Danke für den Bericht, eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 11 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Das ist die einstimmige Annahme.

Damit ist die Tagesordnung für heute erschöpft.

Wir kommen damit zur Behandlung der **Dringlichen Anfrage**.

Am Mittwoch, dem 10. April 2013, wurde um 09.11 Uhr von den Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage an Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder betreffend „Abschaffung des Pflegeregresses“ eingebracht.

Ich erteile Frau Landtagsabgeordneter Ingrid Lechner-Sonnek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redebegrenzung von 20 Minuten gilt. Ich bitte Sie ans Rednerpult.

LTAbg. Lechner-Sonnek (13.11 Uhr): Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer!

Jeder hat den Spruch „Der Mensch ist ein soziales Wesen“ schon einmal gehört. Man verbindet meistens damit, dass Menschen gern zusammen sind, sich austauschen, Familie, Freundschaft usw. erleben. Was man aber auch damit verbindet, ist, dass Menschen in Gruppen leben; dass sie nicht als Einsiedler leben, sondern in Gruppen leben, um sich gegenseitig in schwierigen Lebenssituationen zu unterstützen und dass eine solche Situation meist am Ende des Lebens eintritt, wo man Betreuung braucht, wo man Pflege braucht, das ist heute das Thema hier der Dringlichen Anfrage an die Landesregierung, es geht um den Pflegeregress.

Wir haben hier in diesem Haus schon verschiedentlich darauf hingewiesen und immer wieder gefordert, dass der Pflegeregress abgeschafft werden soll, weil er eine unsoziale Maßnahme ist und weil er eine übergroße Belastung für Familien darstellt. Aber jetzt, durch die Abschaffung des Pflegeregresses in Kärnten, ist dieses Thema neu aktualisiert worden. Jetzt merken wir auch an der großen Zahl der Personen, die sich bei uns melden, aber auch bei den Medien, dass immer mehr Menschen es als ungerechtfertigt erleben, dass wir hier in der Steiermark einen Pflegeregress haben, wo auch die Kinder mit zahlen müssen, wenn ihre Eltern Pflege im Sinne einer Pflege in einem Pflegeheim brauchen. Das wird als unsozial erlebt, als unsolidarisch erlebt, als eine Belastung, die nicht in Ordnung ist. Es stellt sich immer wieder die Frage und es taucht immer wieder die Frage auf, warum ist das in der Steiermark so? Alle anderen Bundesländer können das ohne den Regress auch abwickeln. Es haben sich – und ich nehme an nicht nur bei mir und bei uns, sondern auch bei vielen von

Ihnen – in den letzten Tagen viele Personen direkt gemeldet. Ich möchte Ihnen nur stichwortartig aus den Mails des gestrigen Tages ein paar Äußerungen zur Kenntnis bringen, die den Bogen aufspannen und zeigen, was für Probleme mit diesem Regress verbunden sind. Da schreibt mir eine Mutter: „Ich bin vom Regress doppelt betroffen. Erstens für meine Mutter, welche seit Jänner dieses Jahres nach einer Oberschenkelhalsfraktur im Pflegeheim untergebracht ist und zweitens für meinen 22-jährigen behinderten Sohn“ – Pflegegeldbeitrag an den Sozialhilfeverband, 10 % Selbstbehalt für Familienentlastungs- und Freizeitassistentenkosten, Kostenbeitrag Tageswerkstätte usw. – und sie sagt, diese Mutter und Tochter, die in beiderlei Hinsicht finanziell belastet wird: „Die Kürzungen im Sozialbereich haben für meinen Sohn von einer ehemals fördernden Beschäftigung in der Tageswerkstätte nur mehr eine Unterbringung werden lassen.“ Auch das ist im Übrigen eine Maßnahme der Landesregierung der letzten Jahre. Ein Mann schreibt mir und berichtet von seiner Frau, die nun durch den Pflegeregress gezwungen ist, die Pflege ihrer Mutter mitzufinanzieren. Diese Frau kommt aus einer sehr schwierigen Familiensituation, sie wurde von ihrer Mutter misshandelt. Sie muss heute für die Pflege ihrer Mutter aufkommen. Das ist übrigens kein Einzelfall, solche Fälle wurden schon ganz zu Beginn, wie der Regress eingeführt wurde, an mich herangetragen. Eine weitere Meldung, ein Mann schreibt: „Es ist“, mit Verlaub gesagt, „pervers, die Bürger eines einzigen Bundeslandes mit Regresszahlungen exemplarisch zu bestrafen. Ich bin derzeit nicht regresspflichtig, doch auch bei den nicht direkt Betroffenen werden Sie kaum Zustimmung für diese steirische Sonderstellung finden und der alleinstehende, angehörigen- und nachwuchslose Steirer ist privilegiert gegenüber denen, die als Eltern unter Entbehnungen und großen Sorgepflichten Kinder großgezogen haben und jetzt im Alter angst- und schamvoll mit ansehen müssen, wie ihre Kinder zur Kasse gebeten werden – beschämend! Das hat mit Solidarität nichts zu tun!“ Derselbe Herr sagt auch: „In der laufenden steirischen Regierungsperiode wurden, wenn ich richtig aus den Medien informiert bin, dutzende Millionen für externe Beraterhonorare aus Steuermitteln verpulvert. Man darf sagen: Teilfinanziert mit Regressgeldern.“ (*LTabg. Mag. Drexler: Unverständlicher Zwischenruf*) Ja, das wird Sie aufregen möglicherweise, aber so denken die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes über den Regress. Eine weitere betroffene Person berichtet, dass dadurch, dass ihre Mutter ja selber fast alles abliefert, was sie hat – Pension, Pflegegeld, dass die Kinder alle dazuzahlen müssen, sich die Mutter z. B. durch das Taschengeld, das ihr übrig bleibt, keine medizinischen und therapeutischen Leistungen leisten kann, die im Pflegeheim nicht erbracht werden und dass sie nicht einmal zu allfälligen Behandlungen eine Zuzahlung

leisten könnte. Dazu kommt, dass auch die Kinder sie hierbei nicht mehr unterstützen können, weil sie durch den Regress ziemlich viel Geld abliefern. Diese Frau sagt: „Das Land bekommt doch einen Bundeszuschuss und es ist nicht nachzuvollziehen, warum alle anderen acht Bundesländer damit wirtschaften können und das Land Steiermark nicht.“ Das ist nur eine Auswahl dessen gewesen, was ich gestern an Mails bekommen habe und gestern, das war nicht der erste Tag, an dem ich Mails bekommen habe. Das ist die Situation, wir müssen uns das in Erinnerung rufen; die Situation ist, dass Menschen, die stationäre Pflege brauchen, die in ein Pflegeheim kommen, eigentlich ziemlich viel schon einmal selber dazuzahlen. Wie Sie wissen, müssen sie den Großteil ihrer Pension abliefern, den Großteil des Pflegegeldes, es bleibt ihnen so etwas wie ein Taschengeld übrig. Und was die meisten Menschen nicht bedenken: Im Endeffekt lösen diese Personen auch ihr Vermögen, das was sie angespart haben, auf, um zuzuzahlen, wenn Pension und Pflegegeld nicht ausreichen, was in den meisten Fällen der Fall ist. Wir haben hier also eine Situation, wo die Betroffenen selbst praktisch alles beisteuern, was sie an Einkommen haben und was sie angespart haben. Ich möchte es dezidiert sagen, obwohl das manchmal und oft vielleicht zu Härtesituationen führt, wie wir gerade gehört haben, ich halte es grundsätzlich für richtig, dass Menschen, die ansparen für den Notfall, der meistens dann am Ende des Lebens durch Pflegebedürftigkeit entsteht, das auch zur Verfügung stellen. Das möchte ich klipp und klar sagen, ich halte das für in Ordnung. Ich halte es aber nicht mehr für in Ordnung, wenn zusätzlich zu den Ehegatten auch die Kinder finanziell zur Verantwortung gezogen werden und zwar, meine Damen und Herren, vollkommen egal, was diese Kinder sonst zu leisten haben – es ist vollkommen egal – ob die selber vielleicht fünf Kinder haben, die in Ausbildung sind oder noch in der Schule sind oder ob sie kein Kind haben, es ist vollkommen egal, ob da noch andere ältere Angehörige betreut werden. Mir schreiben auch Menschen, die sagen: „Eine Großmutter mussten wir ins Pflegeheim geben, weil wir nicht in der Lage sind, bei Pflegestufe sechs noch zu betreuen, aber zwei andere Großeltern haben wir in unserem Haushalt und betreuen sie mit.“ Das wirft auch Posten auf, meine Damen und Herren, das ist vollkommen egal. Das wird nicht einbezogen in die Berechnung dessen, was Kinder zu leisten haben, wenn ihre Eltern einen Platz in einem Pflegeheim in Anspruch nehmen. Das ist total ungerecht! Ein Mitglied der SPÖ, der Herr Kollege Muchitsch z.B., der bringt es im Endeffekt auch auf den Punkt. Er hat dieser Tage gesagt: „Also bitte, wenn Kärnten sich das leisten kann, warum kann sich das die Steiermark nicht leisten?“ Warum kann die Steiermark nicht die Kosten dafür übernehmen, diese Kosten, von denen im Übrigen nicht ganz klar ist –

und ich erhoffe mir jetzt eine klärende Antwort der Landesrätin – ob es sich bei den Einnahmen um gute sechs oder gute neun Millionen Euro handelt? Auf jeden Fall steht eines fest: Die Angehörigen, die Kinder, so zu belasten, das ist ein Alleinstellungsmerkmal, ein Alleinstellungsmerkmal der Steiermark. Das ist absolut nichts, worauf dieser Landtag und diese Landesregierung stolz sein können, meine Damen und Herren! (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ*)

Die Herren an der Spitze der sogenannten Reformpartnerschaft, der Herr Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Hermann Schützenhöfer, haben in den letzten Tagen schon abgewunken und gesagt, nein, sie würden nicht daran denken, den Regress zurückzunehmen. Es bröckelt innerhalb der beiden Parteien, dazu werde ich dann noch kommen, aber wichtig ist einmal hinzuschauen. Wie schaut denn das aus mit diesen großmächtigen Reformvorhaben, für die sich die Herren Voves und Schützenhöfer so gerne feiern lassen? Wer zahlt eigentlich diese Reformvorhaben? Ich habe es vorher kurz angedeutet, es hat ja etliche Kürzungen gegeben, die nicht aufgehoben wurden zu Beginn dieser Legislaturperiode. Wir haben immer wieder aufgezählt, welche Bevölkerungsgruppen von diesen Kürzungen betroffen waren. Zuerst die Menschen mit Behinderung, aber eben auch gleich die pflegebedürftigen Menschen. Verschiedene Gruppen, die sich eigentlich gerade in schwierigen Lebenssituationen befinden, wie ich es eingangs gesagt habe. Genau solche Menschen, die mit Fug und Recht erwarten können, dass sie eine Unterstützung bekommen, dass sie Solidarität der Gesellschaft nicht nur erzählt bekommen, sondern auch erleben können. Genau das sind die Gruppen, die im Endeffekt das zahlen, wofür sich Voves und Schützenhöfer feiern lassen. Das finde ich einfach besonders perfid. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Perfid.“*) Das finde ich perfid, genau, danke Herr Kollege Drexler, ich sehe das auch so.

Hier im Pflegebereich gibt es ja noch eine besondere Schärfung dieser Situation. Da wird ja etwas als Erfolg gefeiert, was ich ja für sehr bedenklich halte. Wir hören doch die ganze Zeit als Begründung für den Regress: „Ja, der Regress ist super! Es ist gelungen, den Andrang bei den Pflegeheimen zu reduzieren.“ Das ist wirklich super, dafür lassen sich alle feiern. Der Herr Kollege Wöhry ist ja auch noch ganz zufrieden. Frage an Sie, Herr Kollege und andere: Haben Sie sich jemals die Frage gestellt, wo die Menschen jetzt sind, die sonst ins Heim gegangen wären? (*LTAvg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Frau Kollegin, das dürfen Sie mich nicht fragen.“*) Ja, ich darf Sie das nicht fragen, ich frage es trotzdem, weil Sie als Landtagsabgeordneter auch dafür zuständig sind, sich zu überlegen, was passiert denn mit diesen Menschen? Jetzt darf ich Ihnen etwas sagen: Eigentlich, wenn sehr viel weniger

Menschen in die Heime gegangen sind, müsste sich das irgendwo abbilden, dass anderswo wesentlich mehr investiert wurde, als das bisher der Fall war. Das ist aber nicht so. Die mobilen Dienste, die lange auf einem gewissen Niveau, ich will nicht sagen „dahingetümpelt“ sind, aber es war kein hohes Niveau; und ich kann Ihnen sogar einen Bundesländervergleich liefern, wo wir wirklich nicht stolz sein können auf das, was wir dort investieren – die wurden geringfügig erhöht. Das ist sicher nicht das Ausmaß, das notwendig ist, um diese Hunderte, Tausende Menschen aufzufangen, die nicht in die Heime gegangen sind, weil es einen Regress gibt. Ja, aber wo sind diese Menschen? Sitzen die zu Hause? Sind sie zu Hause geblieben, sind sie dort versorgt oder nicht? Werden sie von den mobilen Diensten versorgt, gibt es genug Angebot? Sie alle wissen da herinnen, jeder und jede wer sich damit befasst hat, dass es auch Gemeinden gibt oder generell in den Gemeinden diese Leistungen gedeckelt sind. Wenn viele diese Leistungen wie Hauskrankenpflege, Heimhilfe usw. schon in Anspruch nehmen, andere das dann nicht mehr kriegen können oder einfach weniger erbracht wird, als gebraucht wird. Wir wissen das ja! Und jeder und jede von Ihnen, der oder die sich damit beschäftigt, weiß, dass die mobilen Dienste für viele Menschen nicht leistbar sind – nicht leistbar sind! Das heißt, denen hilft es überhaupt nichts, wenn es das Angebot überhaupt gibt. Zum Dritten wissen wir, dass wir vieles nicht haben, was dazu beitragen würde, eine gute Versorgung außerhalb der Heime sicherzustellen, wie z. B. Tagesbetreuungen. Das heißt in Summe Folgendes, meine Damen und Herren: Es ist in der Steiermark ziemlich lang – ziemlich lang – wenig getan worden, um eine gute Weichenstellung in Sachen Pflege und Betreuung älterer Menschen auf die Beine zu stellen, man hat die Sache sehr lange trudeln lassen. Es wurden Heime gebaut, wo auch immer jemand Lust gehabt hat sie zu bauen, wenn es baulich in Ordnung war, sind sie genehmigt worden. Wir hatten in manchen Bereichen sicher so etwas wie einen Wildwuchs von Heimen. So, die haben wir jetzt und die haben alle heftig akquiriert. Da ist sehr, sehr viel Geld hineingeflossen vonseiten der Gemeinden und des Landes und auch der Betroffenen und jetzt sagt man: „Das passt uns nicht, diese Entwicklung. Das müssen wir jetzt reduzieren, also verknappen wir den Zugang.“ Das ist ein unglaublich zynischer Lösungsversuch, meine Damen und Herren. Das heißt nämlich, „ich mache das einfach, die Betroffenen kriegen es nicht mehr“. Ja, aber für die Betroffenen wurde dieses ganze System ja errichtet. Für die Betroffenen haben wir ja eine Verantwortung. Wer nimmt sie denn wahr? Wer stellt denn sicher, dass die einzelnen Personen die Betreuung und Pflege bekommen, die sie brauchen? Wer macht denn das? Wir sind eines der ganz wenigen Bundesländer, die noch kein Verfahren entwickelt haben, um festzustellen, ob die einzelne

Person wirklich ein Heim oder etwas anderes braucht, wo man sicher sein kann, dass jede Person, die glaubt, so etwas zu brauchen, sich hinwenden kann und da fachlich gute Entscheidung und Unterstützung bekommt – man nennt es „Case-Management“. In sechs Bundesländern gibt es das, bei uns gibt es das nicht. Es wurde groß angekündigt vor zwei Jahren, wir haben applaudiert, weil ich das für eine ganz wichtige Geschichte halte zu schauen „Was wird wirklich gebraucht?“, das dann anzubieten und aufzubauen und nicht mehr und nicht weniger – aber wir sehen nichts davon, es wurde nicht eingeführt. Was ich damit sagen will: Heute zahlen über den Regress die Kinder, die Angehörigen mit für die Fehler – „blechen“ für die Fehler – der Vergangenheit. Weil da einfach niemand bewusst Politik gemacht hat für Menschen, die Betreuung und Pflege brauchen. Ist das in Ordnung? Nein, das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

Ich habe Ihnen vorher gesagt, es gibt Bundesländervergleiche. Es ist wirklich so, dass die Steiermark im Endeffekt z. B. bei den mobilen Diensten einen Betreuungsgrad hat, das ist der niedrigste in ganz Österreich. Wie sechs Bundesländer Case- und Care-Management haben, haben auch sechs Bundesländer ausgereifte Angebote in Sachen Tagesbetreuung und Kurzzeitpflege. Die Steiermark kann damit nicht punkten. Aber was wird hier gemacht? Das, was am meisten kostet, was der Öffentlichkeit am meisten kostet, dazu wird einfach der Zugang eingeschnürt, aber sonst wird nichts gemacht. Das ist ein Bild im Übrigen, das mich sehr an die Entwicklungen erinnert, wie wir sie auch im Spitalsbereich haben.

Jetzt, meine Damen und Herren, kommen wir dazu: Warum verschließen sich eigentlich speziell die SPÖ und die ÖVP dieser Veränderung? Es liegt auf der Hand, dass das ungerecht, unsozial ist, dass sich die Bevölkerung dagegen wehrt, viele gute Gründe anführen kann, viele sehr, sehr bedenkliche Situationen aufzählt in den Medien, auch per Mails an uns alle. Es ist sichtbar, dass die Bevölkerung das nicht akzeptiert, als ungerecht empfindet. Warum sagen dann Voves und Schützenhöfer „Nein, wir schaffen das nicht ab“? Ich frage Sie! Die Sozialstadträtin von Graz sagt, sie erwarte sich schon, dass sich die SPÖ da dahinterklemmt und bald den Regress abschafft. Minister Hundstorfer sagt in Kärnten, als der Regress abgeschafft wurde: „Sieben andere Bundesländer ...“, damals haben sieben keinen Regress gehabt, aber Kärnten und Steiermark schon, „sieben andere Bundesländer beweisen, dass es ohne Pflegeregress geht“. Der neue Landeshauptmann in Kärnten, Peter Kaiser, bekanntlich ein Sozialdemokrat, sagt: „Die Abschaffung macht Kärnten ein Stück menschlicher, sozialer und solidarischer. Es nimmt vielen Menschen den Druck, das Gefühl zu haben, ihren Familien auf der Tasche zu liegen“ – ein SPÖ'ler. Er hat auch gesagt – das war vor der

konstituierenden Sitzung: „Meine erste Maßnahme als Landeshauptmann wird die Abschaffung dieses Regresses sein“, und so war es dann auch. Bei der Arbeiterkammervollversammlung dieser Tage sind auch klare Worte gefallen, nämlich, dass es nicht einzusehen ist, warum ausgerechnet die Steiermark als letztes Bundesland an dieser Maßnahme des Pflegeregresses festhält. Oder auch ÖGB-Chef Horst Schachner hat gesagt: „Es ist eine Schande, dass wir überhaupt darüber diskutieren müssen.“ Auch hier könnte ich noch viele Menschen anführen, die sich bereits dazu geäußert haben.

Meine Damen und Herren, bevor ich die Dringliche Anfrage an die Frau Landesrätin einbringe, Folgendes: Es wäre möglich, es ist möglich – es ist möglich – dass wir hier und heute etwas abschaffen, was für die Bevölkerung eine Belastung ist, wo viele tausend Menschen betroffen sind und an uns appellieren „Weg mit diesem ungerechtfertigten, unsolidarischen Regress in der Pflege“. Wir können heute, wenn wir wollen – und wir wollen – etwas dafür tun, dass diese Personen entlastet werden. Tun wir es bitte. Tun wir es. Die Bevölkerung erwartet sich das von uns.

Jetzt die Dringliche Anfrage an die zuständige Landesrätin, wie wohl eigentlich das sowohl eine Anfrage an die Spitzen von ÖVP und SPÖ ist, aber rein formell und technisch ist es nur möglich, an die zuständige Landesrätin Fragen zu stellen. Wir stellen folgende Dringliche Anfrage:

1. Warum besteht die SPÖ-ÖVP-geführte Landesregierung darauf, dass in der Steiermark als einzigem Bundesland ein Pflegeregress besteht?
2. Halten Sie es für gerecht, wenn statt einer solidarischen, steuerfinanzierten Pflegefinanzierung Angehörige finanziell belastet werden?
3. Ist Ihnen bekannt, dass sowohl das Sozialministerium als auch die Volksanwaltschaft den Pflegeregress in der Steiermark kritisieren? Wie bewerten Sie die Kritik?
4. Besteht die SPÖ im Gegensatz zu Ihnen auf dem unsolidarischen Pflegeregress, da Sie ja vorgeschlagen haben, statt des Pflegeregresses eine Erbschaftssteuer zur Pflegefinanzierung heranziehen zu wollen?
5. Was werden Sie tun, um die ÖVP von der Einführung einer Erbschaftssteuer zu überzeugen?
6. Wie viele SteirerInnen leisten derzeit einen Pflegeregress?
7. Wie hoch sind die Einnahmen aus dem Pflegeregress?
8. Wie hoch ist der Verwaltungsaufwand durch den Pflegeregress?

Danke. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 13.32 Uhr)*

Präsident Breithuber: Danke. Ich erteile jetzt der Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (13.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Wie meistens oder fast immer bei einer Beantwortung einer Dringlichen Anfrage nehme ich mir am Vorabend dieses Thema und die Anfrage noch einmal vor und versuche sie genau zu lesen. Natürlich werden auch Antwortvorschläge schon überdacht, revidiert und ergänzt. Ich habe das natürlich auch gestern am Abend getan, wohl wissend, dass gerade diese auch von Ihnen jetzt praktizierte, sehr emotionalisierte Debatte zum Thema „Selbstbehalt in der Pflege“ auch durch mich kaum zu gewinnen sein wird, denn das Thema ist vielschichtig. Es ist eben einfach zu sagen, abschaffen koste nichts, das wird schon wer bezahlen, denn die Steirer sind nicht die Einzigen, die einen Selbstbehalt zur stationären Pflege zahlen bzw. einfordern. Sie haben es selbst erwähnt, es gibt in allen Bundesländern Formen des Kostenrückersatzes in der stationären Pflege. Ich möchte gleich zu Anfang sagen, die Abschaffung des Regresses kann nicht die Verpflichtung zum Unterhalt nach AGBG § 231 bis 234 außer Kraft setzen und dies ist die Grundlage eines Generationenvertrages. Sie wissen genau, dass der Unterhalt den Menschen mit Angehörigen in einem Pflegeheim teuer zu stehen kommen kann, nämlich teurer als unsere derzeitige Regressregelung bzw. der Pflegeselbstbehalt dies vorsieht. Ich vermisse in der Debatte jegliche politische Mitverantwortung und insbesondere eine differenzierte Betrachtung der Opposition, denn Sie schüren Ängste und Sie nützen auch die Ohnmacht fehlender Informationen bei jenen Gruppen der Bevölkerung aus, die zwar Angst vor dem Regress haben, aber niemals einen zahlen werden. Denn 40 % der Männer und über 50 % der Frauen sind es, die im Rahmen unserer maßvollen Selbstbehalt-Regelung niemals zahlen werden. Es ist oft irrational, was sich in einer politischen Debatte abspielt, denn jene, die bei jeder Gelegenheit eine neue Reichensteuer fordern, treten bei diesem Thema dagegen auf, dass Herr Hofrat, Frau Doktor oder Herr Manager einen Selbstbehalt für die Pflege der eigenen Mutter, des Vaters, des Kindes oder des Ehepartners leisten. Soziale Verantwortung kann für mich nicht bedeuten „Allen alles gratis“ und am Ende fehlt es denen, die es brauchen, denn dafür ist nicht mehr genug da. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich bekenne mich zu einer qualitativ hochwertigen Pflege im Pflegeheim. Sie soll alten und pflegebedürftigen Menschen Geborgenheit und Linderung, die in den eigenen vier Wänden aus verschiedenen Gründen nicht mehr gewährleistet ist, geben. Der maßvolle

Pflegeselbstbehalt ist aber auch eine Maßnahme, die der latenten Gefahr entgegenwirkt, dass alte Menschen gegen ihren Willen ins Pflegeheim abgeschoben werden, unter dem Motto „Dort kostet es nichts und in jedem Fall weniger“. Der maßvolle Kostenersatz macht aber auch Kosten transparent. Egal, ob bei einem Selbstbehalt eines Arztbesuches, wie es die meisten Krankenversicherungen haben, oder bei diesem Selbstbehalt für die Pflege, denken die Menschen nach und interessieren sich dafür, welche Variante die beste ist. Wenn man selbst einen Beitrag leistet, interessiert es einen, welche Leistungen etwas kosten. Wir wollen doch mündige Bürger, die sich damit auseinandersetzen. „Mobil vor Stationär“ – ein Grundsatz, den ich bis dato bei allen politischen Parteien in diesem Haus gefunden habe und die ihn unterstützen. Aber das muss sich auch in unseren Regelungen wiederfinden, wenn es um die Mitfinanzierung geht.

Nun zum wichtigsten Punkt in dieser Frage, die Angehörigen. Ich akzeptiere, ich respektiere, ich möchte auch sagen, ich unterstütze aktiv, dass Angehörige, die nach gründlicher Überlegung und mit Fug und Recht sagen: „Ich kann die erforderliche Pflege für meine Mutter oder meinen Vater, für mein Kind zu Hause nicht leisten“, ein Pflegeheim in Anspruch nehmen. Ich akzeptiere aber nicht, dass weit mehr als 100.000 Menschen in der Steiermark – und das sind überwiegend Frauen – die Pflege für Mutter, Vater, Kind, Oma oder Opa übernehmen, diskriminiert werden gegenüber jenen Angehörigen, die ein Pflegeheim in Anspruch nehmen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Sie haben Recht, es gibt sehr unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern, aber nicht nur die Kostenregelungen sind unterschiedlich, auch alles andere ist unterschiedlich – Pflegeheimgesetze, Personalbetreuungsschlüssel und eine ganze Reihe von Maßnahmen. So möchte ich Ihnen z. B. sagen, dass in der Steiermark – und da hat es nicht meines aktiven Zutuns der letzten zwei Jahre bedurft, das ist schon davor geschehen – etwa 12.000 Pflegeheimbetten gebaut wurden bzw. deren Genehmigung draußen ist; Niederösterreich hat 6.000 Betten. Man kann also Ihre Darstellung der Verknappung von Ressourcen auch anders darstellen, indem ich die Betten, die die Menschen brauchen, nicht zur Verfügung stelle und mich damit dieser Frage entziehe. Und ja, es ist mir wichtig – und auch dieses Thema haben Sie angesprochen – dieser Grundsatz „Mobil vor Stationär“ muss in einer ganzheitlichen Betrachtungsweise verfolgt werden. Mir geht es sehr wohl auch um eine Umschichtung, dass die fehlende Unterstützung, die bis dato bei den mobilen Bereichen vorhanden ist, sukzessive aufgebaut wird. Aber Sie haben übersehen – oder ganz bewusst nicht erwähnt –, dass eine der wenigen Budgetzahlen, die massiv gewachsen sind und die ich auch aktiv unterstützt habe,

z. B. die Erhöhung der Stundenkontingente bei den Mobilien Diensten, in den letzten Monaten waren. Die Pflege in den eigenen vier Wänden kostet Gepflegten und Angehörigen auch Geld, Zeit, aber vor allem persönlichen Einsatz. Wie oft haben wir schon sehen müssen, dass diese Angehörigen die Zeit nicht haben, einen Friseurbesuch zu machen, von Urlaub ist oft gar nicht zu reden und wenn, dann nur mit größten organisatorischen Mühen. Auch aus dieser Sicht ist der Pflegeregress ein gerechter und maßvoller Beitrag für die Inanspruchnahme einer quasi 24-Stunden bzw. 365-Tage-Pflege. Insbesondere auch deshalb, weil dieser private Betrag im Regelfall nicht mehr als fünf bis zehn Prozent der Gesamtkosten beträgt, die ein Pflegebett kostet. Deshalb möchte ich auch noch einmal die finanzielle Ausgangssituation schildern. Betragen die Ausgaben für Land und Gemeinden im Jahr 2005 noch 180 Millionen Euro, so stiegen sie bis zum Jahr 2013 auf 370 Millionen Euro. Die Ausgaben stiegen also in diesen acht Jahren um 105 %. Im Vergleich dazu: Das steirische Bruttoregionalprodukt stieg in diesen acht Jahren um ca. 15 bis 17 %, für die Jahre 2011 und 2012 gibt es erst Schätzungen dazu. Die Kosten der Pflege wurden im Jahr 2005 zu 46 % durch Steuern und zu 54 % durch die Hilfesuchenden und deren Angehörige finanziert. 2012 betrug die Aufteilung 52 % durch Steuern und die Kostenbeteiligung der Gepflegten und deren Angehörige ist auf 48 % gesunken. In diesen Zahlen ist aber nicht die Kostentragung der Angehörigen eingerechnet, die zu Hause pflegen; und nehmen diese erst die Leistungen der mobilen Hauskrankenpflege in Anspruch – Sie haben es gesagt – ja, sie zahlen einen Kostenbeitrag. Nehmen sie Leistungen von Tagesbetreuungen in Anspruch, sie zahlen einen Kostenbeitrag. Nehmen sie die Kurzzeitpflege in Pflegeheimen in Anspruch, sie zahlen einen Kostenbeitrag. Aber die, die sozusagen ein stationäres Pflegebett beanspruchen, sollen keinen Kostenbeitrag leisten? Warum eigentlich? So möchte ich Ihnen aus einem E-Mail zitieren – Sie haben das Ihre getan - und natürlich bekomme ich auch sehr viele. Aber gestern am Abend hat mich unter anderem eines erreicht, das ich Ihnen gerne vorlesen möchte bzw. auszugsweise vorlesen möchte: „Menschen, die ihre pflegebedürftigen Eltern ins Pflegeheim geben, sollen künftig nichts mehr bezahlen. Die öffentliche Hand soll die Kosten (auch wenn Angehörige finanziell gut situiert sind) tragen, mit Steuergeld soll Pflege subventioniert werden. Mir ist klar: Pflege ohne Zuzahlung der öffentlichen Hand ist nicht möglich, aber es müssen zuerst alle anderen Möglichkeiten der Finanzierung bzw. Zuzahlung von Angehörigen ausgenutzt werden. Meine Frau ist seit über 15 Jahren ein Pflegefall, mittlerweile Pflegestufe sechs. Ich pflege sie zu Hause seit drei Jahren mit Hilfe der sogenannten 24-Stunden-Pflege. Kosten: 75 Euro pro Tag, inklusive Sozialversicherung und

Transport etwa 200 Euro pro Monat. Dazu kommen noch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung für diverse Selbstbehalte und dafür erhalte ich vom Bundessozialamt einen Zuschuss von 550 Euro, wenn diese Pflegerinnen beschäftigt werden“, gemeint ist damit die Anmeldung. „Neben der täglichen Sorge, dass die Pflege funktioniert, der Unterstützung der Pflegerinnen bei der schweren Arbeit und vieles mehr, muss ich monatlich weit mehr als 1.000 Euro aufwenden, die durch Pflegegeld und Zuschuss nicht gedeckt sind.“ Weiters schreibt er: „Jeder hat Verantwortung zu tragen für seine Angehörigen und wenn diese aufgrund der Schwere zu Hause nicht mehr gepflegt werden können und in Fremdpflege gegeben werden müssen, ist es sehr wohl gerechtfertigt, nach den finanziellen Möglichkeiten einen Beitrag zu verlangen. Die SPÖ Kärnten, die schon im Wahlkampf für die Abschaffung dieses Regresses beworben und zur Bedingung für eine Koalition gemacht hat, unterstützt gerade die, die diese Verantwortung auf andere abschieben. Das finde ich von einer Partei, die das Wort „sozial“ im Parteinamen trägt, weder sozial und schon gar nicht gerecht. Von Subsidiarität, scheint mir, hat man in Kärnten noch nichts gehört. Nun ist diese Diskussion auch auf unser Bundesland übergeschwappt. Liebe politische Verantwortliche, informiert mit offenen und ehrlichen Argumenten. Vor allem muss man den Menschen klar machen, dass man Verantwortung nicht abschieben oder delegieren kann. Es muss ein Umdenken in der Gesellschaft erfolgen, die Menschen müssen wieder sensibilisiert werden, Verantwortung für den Nächsten zu tragen. Der Egoismus muss zurückgedrängt werden. Ich kann Sie nur bestärken in dieser Frage, die Verantwortung der Betroffenen einzufordern. Wer finanziell gut gestellt ist, soll und muss auch einen Beitrag je nach Einkommen leisten. Mit freundlichen Grüßen.“ *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Und zu Ihrer Behauptung, dass sich Kärnten das leisten kann, da sind Sie wohl besser informiert als die in Kärnten Verantwortlichen, die nämlich gerade einen Kassasturz machen und erst Ende Mai angekündigt haben zu wissen, wie es in Kärnten aussieht. Ich möchte aber noch eine andere Wortmeldung zitieren, die am 4. Oktober 2010 in der Kleinen Zeitung zu lesen war – Zitat: „Jedenfalls war der Regress für die Betroffenen die humanere Lösung. Bei mittleren und kleinen Einkommen beträgt die Unterhaltsleistung nach dem ABGB ein Mehrfaches der Regressleistung (bis zum Vierfachen). Außerdem waren die Hilfsbedürftigen nicht gezwungen, ihre Angehörigen bei Gericht zu belangen und das Kostenrisiko zu tragen.“ Wer könnte das gesagt haben? Meine Damen und Herren, dieser Satz stammt vom Sprecher des Landtagsklubs der Grünen hier in der Steiermark! *(LTAbg. Mag. Drexler: „Hört, hört.“)* Nun aber zur Beantwortung Ihrer Fragen.

Frage Nr. 1: Die in Ihrer Frage aufgestellte Behauptung, die Steiermark sei das einzige Bundesland, in dem für die Pflege Rückforderungen eingehoben würden, ist falsch. Auch in anderen Bundesländern, in denen z. B. Grüne in der Regierung sitzen, also in Wien und in Oberösterreich, gibt es einen Pflegeselbstbehalt von Angehörigen. In Wien von Eltern minderjähriger Kinder und von Ehegatten, in Oberösterreich von Eltern minderjähriger Kinder und Kinder ab 19 Jahren durch Einbehaltung von Transferleistungen, sowie von Ehegatten. Regress wird zudem in unterschiedlicher Form von Eltern minderjähriger und/oder volljähriger Kinder in den Bundesländern Niederösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg eingehoben.

Regressiert wird in allen Bundesländern mit Ausnahme von Niederösterreich für Ehegatten in Pflegeheimen (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „Wenn die Kinder den Regress haben wollen, dann gehen sie in die Steiermark.“). Das Beispiel, das Sie hier genannt haben, möchte ich auch noch beantworten. Eltern, die ihre Sorgfaltspflicht verletzt haben, lösen expressis verbis keine Unterhaltsverpflichtung ihrer Kinder aus. Bitte informieren Sie diese Dame, sie ist nicht verpflichtet, Unterhalt zu leisten und wird damit auch nicht regresspflichtig, wenn sie von ihrer Mutter misshandelt, vernachlässigt, etc. war. Genau aus diesem Grund weisen wir auch alle Menschen, die sich an uns wenden, auch auf die sogenannte Härteklausele hin, die selbstverständlich auch in unserem aktuellen Regress vorhanden ist und auch hineingeschrieben wurde.

Zur Frage Nr. 2: Gleich, wie die Landesregierungen aller österreichischen Bundesländer halte ich eine Kostenbeteiligung Angehöriger für gerecht. Im Übrigen haben wir in der Steiermark, wie in Österreich, ein solidarisches und steuerfinanziertes Pflegesystem mit Kostenbeteiligung von Angehörigen. Die Größenordnungen habe ich in der Einleitung geschildert.

Frage Nr. 3: Ja, natürlich, die Kritik ist mir bekannt und hinsichtlich der Bewertung darf ich auch auf meine einleitenden Bemerkungen, aber auch auf die Antworten auf Frage eins und zwei verweisen. Im Übrigen ist das Sozialministerium mit Minister Hundstorfer hauptverantwortlich dafür, dass es eine bundesweit nachhaltige Lösung der Pflegefinanzierung gibt, die einmal mehr auch über den Wahltag hinaus auf 2016 verschoben wurde, mit einer für mich ungenügenden Regelung dieser Fondfinanzierung.

Zu den Fragen 4 und 5: Diese Fragen betreffen nicht die Vollziehung. Allerdings darf ich persönlich antworten, dass ich die Idee einer teilweisen Finanzierung über die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer befürworte, da das WIFO in einer seiner Studien zum

Ausdruck bringt, dass weder ein rein steuerfinanziertes noch ein rein versicherungstechnisches System für Österreich optimal sei. Ein Mischsystem bestehend aus steuerfinanzierten Elementen, Versicherungselementen und privater Kostenbeteiligung wird vom WIFO befürwortet und ich habe mir nach der Durchsicht dieser Unterlagen auch diese Meinung angeeignet und schließe mich dieser an. Im Übrigen möchte ich sagen, und auch das ist nachzulesen, gerade diese Reformpartnerschaft hat von Anbeginn der Wiedereinführung des Regresses betont, dass diese Maßnahme selbstverständlich bei Einführung einer bundesweiten Lösung fallen gelassen wird bzw. daran nicht festgehalten werden muss.

Frage Nr. 6: Derzeit tragen 6.167 Steirerinnen und Steirer einen Pflegeselbstbehalt.

Frage Nr. 7: Laut vorläufigem Rechnungsabschluss 2012 hat die Steiermark durch diesen Titel 9,68 Millionen Euro vereinnahmt.

Frage Nr. 8: Ich habe versucht, bei den Bezirkshauptmannschaften nachzufragen, in wieweit wir diesen Verwaltungsaufwand beziffern können. Wegen der Überschneidung von Arbeitsbereichen und unterschiedlichen Gegebenheiten kann also nicht auf den Cent genau Auskunft gegeben werden, aber es gibt eine gute Basis bzw. eine Beurteilung dieser Dienststellen und Behördenleiter, woraus man schließen kann, dass der Verwaltungsaufwand für die Steiermark zwischen 14 und 19 Vollzeitäquivalenten liegt und damit einen Aufwand von etwa einer Million Euro verursacht. Umgelegt auf die Einnahmen liegt also dieser Verwaltungsaufwand bei etwa 10 %. Dies ist aber nur möglich, da wir uns mit dieser Pauschalierung zu einem kostengünstigen Verfahren entschlossen haben, mit dem Hintergrund, dass der von uns vorgeschriebene Pflegeselbstbehalt in den allermeisten Fällen unter der gesetzlichen Unterhaltspflicht liegt und damit für die Personen günstiger ist. Wenn es allerdings von den Regresspflichtigen einen Verdacht gibt, dass dies nicht ordentlich dargestellt wird, haben sie selbstverständlich die Möglichkeit, eine Unterhaltsverpflichtung vorzulegen und diese dann beim Gericht anerkennen zu lassen. In diesem Zusammenhang darf ich auch noch auf die aktuell vorliegende Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zum Thema Regress in der Mindestsicherung verweisen. Dabei wurde implizit auf die Gerechtigkeit und das soziale Element unserer Verordnungen, die ähnlich aufgebaut sind, hingewiesen. Zur Erinnerung: Eltern zahlen für ihre Kinder zwischen 9 % und 15 %, beginnend bei einem Nettoeinkommen von 1.500 Euro und pro 100 Euro steigt der Prozentsatz um einen halben Prozentpunkt. Kinder zahlen für ihre Eltern zwischen 4 % und 10 %, ebenfalls beginnend bei einem Nettoeinkommen von 1.500 Euro und bei gleicher Regel hinsichtlich der Steigerung. Anders formuliert, wenn Kinder für ihre Eltern eine

Kostenbeteiligung übernehmen, dann berücksichtigt die Verordnung der Landesregierung sonstige Unterhaltspflichten pauschal mit 5 %, das war auch der Hintergrund dieser Regelung, so kann man es auch interpretieren. Auf alle Fälle hat der Verfassungsgerichtshof in seiner Entscheidung zur Kostenbeteiligung von Eltern und Kindern in der Mindestsicherung dies so gesehen und die Gleichheitsbedenken des UVS abgewiesen. Darüber hinaus stellt der Verfassungsgerichtshof fest, dass die Kostenbeteiligung in der Steiermark hinter der zivilrechtlichen Unterhaltspflicht zurück bleibt und stützt damit die Argumentation der Steiermark, dass man sich für ein für die Betroffenen vorteilhafteres System entschieden hat. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.54 Uhr).*

Präsident Majcen: Ich bedanke mich für die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und komme zu den Wortmeldungen. Als erste hat sich Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zu Wort gemeldet. Bitte.

LTabg. Klimt-Weithaler (13.54 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren, werte ZuhörerInnen, vor allem auch werte ZuhörerInnen, die uns via Livestream zuhören und wahrscheinlich auch über diese Debatte staunen.

Ich möchte ein bisschen weiter ausholen, es ist sehr vieles bereits an Fakten von Kollegin Lechner-Sonnek gesagt worden. Wir haben jetzt ungefähr die Hälfte dieser Legislaturperiode erreicht oder sind ein bisschen darüber, nachdem heute der Kollege Klubobmann Drexler sich in der Früh schon hier hergestellt hat und darüber referiert hat - möchte ich fast sagen - wie toll denn die Leistungen sind, die die sogenannte Reformpartnerschaft bis jetzt gemacht hat, möchte ich dies auch von meiner Seite betrachten. Ich glaube, es ist nicht übertrieben, wenn man sich hier herstellt und sagt, seit diese sogenannte Reformpartnerschaft miteinander agiert, ist der bis jetzt größte Sozialabbau in der Steiermark betrieben worden, den es bis dato gegeben hat. Die steirische Bevölkerung ist durch diese sogenannten Reformen von SPÖ und ÖVP - in letzter Zeit wurden diese sogenannten Reformen auch immer wieder sehr gerne als unpopuläre Maßnahmen bezeichnet - schlichtweg zur Kasse gebeten worden. Unter diesem Deckmantel des „Wir müssen sparen, wir müssen die Steiermark für die Zukunft sicher machen“ ist bei jenen gekürzt und gestrichen worden, die ohnehin schon zu wenig gehabt haben und die für diese Krise, mit der sie diese ganze Spar- und Kürzungspolitik begründen, überhaupt nichts können. Schauen wir uns an, was gemacht wurde. Es ist die Wohnbeihilfe

gekürzt worden, wen trifft denn das? Es ist die Entwicklungsförderung für behinderte Kinder gestrichen worden, es ist der Gratiskindergarten abgeschafft worden, Schulen und Spitäler sind zugesperrt worden. Durch die Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich sind – zumindest wissen wir das aus dem Sozialbereich, weil da hat der Kollege Schrittwieser einmal eine Zahl genannt – rund 1.050 Kündigungen passiert. Wenn man dem Bericht der EU-Kommission Glauben schenken darf, wo diese Zahlen angenommen worden sind – Sie wissen schon, das ist die Geschichte, wo Landesrat Schrittwieser dann gesagt hat: Naja, er habe die Zahlen von den Trägern übernommen. Mittlerweile wissen wir, dass das die AMS-Zahlen sind. Das ist alles inzwischen passiert. Als eine der größten politischen Fehlentscheidungen in dieser Legislaturperiode wurde auch der Regress wieder eingeführt, so sehen wir das von der KPÖ und so sehen das ganz, ganz viele andere auch. Nicht umsonst gibt es mittlerweile so eine breite Front an unterschiedlichsten Akteuren und Akteurinnen, die dagegen ankämpfen, abgesehen von den Grünen und von uns, die hier im Landtag schon seit der Wiedereinführung dagegen auftreten. Die Volksanwaltschaft kritisiert diese Wiedereinführung, Caritas-Präsident Küberl kritisiert die Wiedereinführung, Sozialminister Hundstorfer kritisiert die Wiedereinführung und sogar die Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen hat bei der letzten AK-Versammlung, ich glaube, das war gestern oder vorgestern, einen Dringlichen Antrag in diese Vollversammlung eingebracht, mit dem Inhalt: Der Regress soll abgeschafft werden. An dieser Stelle möchte ich auch dem Kollegen Zenz, der heute nicht anwesend ist, gute Genesung wünschen, wir haben gehört, er hat sich einer Knieoperation unterziehen müssen. Mich würde trotzdem interessieren - dieser Antrag in der AK-Vollversammlung ist einstimmig angenommen worden. (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Hallo, ist nicht einstimmig gewesen.“) Was sagen denn die Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, die heute hier sitzen? Nein, Herr Mag. Drexler, nicht einstimmig, aber zumindest mehrheitlich, denn meines Wissens hat die FSG eine Mehrheit in der AK-Vollversammlung. Dann wurde dieser Antrag mehrheitlich angenommen und es würde mich dann schon interessieren, was zumindest die SPÖ Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dazu zu sagen haben. Denn bekanntermaßen, und ich gehe jetzt nicht I-Tüpfel reiten, muss man schon darauf hinweisen, dass es den Regress in dieser Form, so wie er bei uns jetzt in der Steiermark stattfindet, nirgends gibt, in keinem anderen Bundesland. (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „Genau, genau.“) Das muss man klar und deutlich einmal herausstreichen. Ich darf Ihnen jetzt ein paar Zitate bringen. Fritz Ploner, FSG, sagt: „Es ist nicht einzusehen, dass die Steirer als Einzige für die Pflege von Angehörigen zur Kasse gebeten werden“. Er

fordert, wie wir gehört haben, die ersatzlose Abschaffung. Auch Sozialminister Hundstorfer, das hat er damals als Stärkung für den jetzigen Landeshauptmann Herrn Kaiser gesagt, noch dazu ohne Bescheid, ist nicht nachvollziehbar, und, jetzt wird es spannend, sagt: „Wir haben einen Pflegefond eingerichtet, der den Ländern hilft, den Anstieg bei den Sozialhilfekosten zu bewältigen.“ sagt Ihr Sozialminister von der SPÖ, liebe Kolleginnen und Kollegen. Caritas-Präsident Küberl sagt zum Regress: „Hoffentlich fällt er bald. Der Regress ist eine Zusatzbelastung für Familien. Es zahlt die Person, die gepflegt wird, schon mit ihrer Rente, mit ihrem Pflegegeld. Es zahlen die Ehegatten und jetzt sollen auch noch die Kinder zahlen. Ich glaube, dass es an der Zeit wäre, den Regress in das Buch der Geschichte einzutragen und zu vergessen.“ Über das, was die Volksanwaltschaft alles kritisiert, will ich gar nicht mehr extra eingehen, denn Sie wissen ja, meine Fraktion hat erst im November 2012 extra eine Dringliche Anfrage zu diesen ganzen Kritikpunkten, die im Volksanwaltschaftsbericht drinnen gestanden sind, eingebracht. Aber vielleicht lesen Sie ja selbst auch - und damit meine ich jetzt vor allem die geschätzten Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Mitglieder der Landesregierung, abgesegnet von der Frau Landesrätin Edlinger-Ploder - vielleicht lesen Sie diese Briefe und Mails ja, die seit der Wiedereinführung zu dieser Thematik an uns gerichtet werden, in den letzten Tagen waren diese verstärkt auch in den Medien veröffentlicht. Der Großteil dieser Briefe, dieser Meinungen, die direkt aus der Bevölkerung kommen, kann man in einem Satz zusammenfassen, natürlich gibt es aber auch immer irgendwelche, die andere Aspekte einbringen. Der Regress ist für die Bevölkerung unzumutbar und wird als besonders ungerecht empfunden. Wenn es in einer steirischen Familie zu einem Pflegefall kommt, dann stehen die Existenz von den Angehörigen und deren gesamter Lebensertrag auf dem Spiel. Ab einem Einkommen von – und jetzt bitte gut aufpassen – nicht 1.500 Euro, sondern 1.286 Euro zahlt man schon. Ich möchte hier bitte noch einmal erklärt bekommen, warum gesagt wird, diese Rechnung stimmt nicht. Uns wurde folgende Formel mitgeteilt: Nettogehalt bzw. Nettopension mal 14, weil wir ja das Urlaubs- und Weihnachtsgeld mit einrechnen, dividiert durch 12, weil das Jahr ja bekanntlich 12 Monate hat, ergibt, wenn ich ein Einkommen von 1.286 Euro hernehme, genau 1.500,33 Euro. Bitte um Aufklärung, wenn das nicht stimmt. Herr Landeshauptmann Voves, Sie haben doch in dieser Woche, ich glaube, es war vorgestern oder gestern, Ihren Genossen und Genossinnen bei einem Organisationstreffen in Frohnleiten gesagt, ich darf zitieren: „... dass es darum geht, mit den richtigen Themen die Menschen anzusprechen. Themen, die die Menschen wirklich beschäftigen, soziale Fairness, gleiche Chancen und gerechte Verteilung.“

Wir müssen ihre Wünsche, ihre Sorgen, ihre Probleme ernst nehmen und uns mit aller Kraft für sie einsetzen. Das ist unsere Aufgabe.“ Wenn Sie das ernst meinen, Herr Landeshauptmann, dann müssten Sie aber auf der Stelle Ihrem Kollegen in Kärnten folgen und den Regress auch in der Steiermark abschaffen. Denn das sind die Ängste und Sorgen und die Probleme, die ein großer Teil in der Steiermark hat. Es handelt sich dabei nicht nur um die, die jetzt im Moment direkt betroffen sind, sondern es gibt sehr, sehr viele Menschen, die sagen, das kommt in ein, zwei oder mehr Jahren auch auf mich zu. Peter Kaiser hat immer davon gesprochen, dass der Regress unsolidarisch und entwürdigend ist. Begründet hat er das unter anderem mit der Aussage: „Ältere Menschen zur Verzweiflung zu bringen, in dem man ihnen das Gefühl gibt, ihren Kindern auf der Tasche zu liegen, ist das schlimmste, was man ihnen antun kann.“ Er hat weiter gesagt: „Meine erste Maßnahme als Landeshauptmann wird sein, dass ich den Regress abschaffe.“ Er hat Wort gehalten, das kann man ja nicht von allen Politikern und Politikerinnen behaupten. Ich darf Ihnen dazu noch etwas vorlesen. „Ich fordere ganz konkret, dass die Steiermark als letztes Bundesland den Pflegeregress abschafft. In keinem Bundesland werden ab dem 01.01.2009 Kinder 4 % – 16 % ihres Einkommens zahlen müssen, wenn ein Elternteil ins Pflegeheim kommt. Das ist ungerecht, das ist soziale Kälte. Ich fordere den SPÖ-Landeshauptmann und auch den Sozialreferenten der Steiermark auf, es den anderen Bundesländern gleichzutun, den Pflegeregress der Kinder gegenüber den Eltern abzuschaffen“. Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, jetzt ist der leider nicht da, das waren deine Worte am 18.08.2008 bei einem Sommergespräch im ORF. Der ORF hat die Kollegen Klubobmänner Drexler und Kröpfl gebeten, zu dieser Aussage auch Stellung zu nehmen und ich möchte Ihnen nicht vorenthalten, was diese dazu gesagt haben. ÖVP-Klubobmann Christopher Drexler sagt: „Es kommt damit zu einer großen Entlastung für die Steirer und ich bin sehr froh, dass diese Schützenhöfer-Initiative vom ORF Sommergespräch so prompt umgesetzt werden konnte.“ Auch SPÖ-Klubobmann Walter Kröpfl spricht von einer erfreulichen Einigung. „Ich bin sehr froh darüber, dass es jetzt gelungen ist, eine gewaltige Entlastung für all jene, die davon betroffen waren, gerade in der jetzigen Zeit, wo die Belastungen immer mehr werden, ist das ein wichtiger Schritt, eine Uraltforderung der Sozialdemokratie.“ Die Abschaffung ist dann kurze Zeit später – wie die meisten von Ihnen wissen – einstimmig im Landtag beschlossen worden und zum dadurch entstehenden Wegfall der Einnahmen hieß es weiter von den beiden Herren: „Die SPÖ will jetzt zusätzlich Geld vom Bund für den Sozialbereich“. Die ÖVP sagt, sie sei sicher, dass man den Wegfall des Regresses finanzieren kann. Man höre und staune. Ich möchte jetzt in keiner

Wortmeldung hören, dass sich die Zeiten geändert haben. Denn auch im Jahr 2008 gab es bereits eine Wirtschafts- und Finanzkrise und das Vermögen einiger weniger Österreicher ist seither kontinuierlich angestiegen. Man kennt die Beispiele dafür, Julius- Meinkautionsgeschichte, ein Anruf genügt, 100 Millionen Euro werden am 02. April 2009 überwiesen. Herbert Stepic, bekannt als Boss der Raiffeisenbank International, hat zwei Millionen seiner 4,9 Millionen Euro Gage zurückgezahlt. So viel Geld war ihm dann doch ein wenig peinlich. Geändert hat sich seither leider nur eines: Das Vermögen ist in Österreich besonders ungerecht verteilt und diese Schere, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht immer weiter auf. Wenn man die Wirtschaftsnachrichten der Zeitung Standard liest, Anfang April, 09.04.2013, steht dezidiert drinnen, dass die Diskrepanz beim Nettovermögen nur in Deutschland noch größer ist. Es ist im Übrigen eine Studie der Österreichischen Nationalbank. Über alle Eurostaaten gerechnet, erhalten die obersten 5 % der Haushalte 37,2 Millionen Euro des Nettovermögens. In Österreich liegt der Wert sogar bei 45 %, das heißt unter dem Strich nichts anderes, als das Topzehntel in Österreich besitzt ein Nettovermögen von jeweils 1,64 Millionen und rangiert damit auch über dem Eurodurchschnitt. So, genug der Zahlen. Es heißt schlicht und einfach Folgendes: Die Reichen werden immer reicher und zahlen vergleichsweise kaum Steuern, die Armen werden ärmer und können sich das Leben bald nicht mehr leisten. Ihnen werden allerdings Kürzungspakete aufgebrummt und Regelungen wie der Pflegeregress und jene wie bei der Mindestsicherung verordnet. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Ihre Politik. Das ist diese Politik der sogenannten Reformpartner und dabei rühren Sie sich in konservativer Weise nicht vom Fleck. Sie haben 2011 gemeinsam mit zwei großen Kürzungspakten diesen Regress wieder eingeführt. Sie sprechen dabei von Solidarität und davon, dass einem das die Eltern ja wohl wert sein müssen. Wissen Sie, dass die BürgerInnen eines einzelnen Bundeslandes mit 10 Millionen Euro Regressbeitrag zur Budgetentlastung der anderen acht Bundesländer beitragen müssen, ist eine sehr eigenartige Form von Solidarität oder ein eigenartiges Verständnis von Solidarität. Was dieses Totschlagargument betrifft, nämlich die bösen, bösen Kinder, die nichts zahlen wollen, obwohl die Eltern jahrelang für die Kinder da waren - mit Ihren Gehältern ist das sehr einfach zu sagen. Aber es gibt sehr, sehr viele Menschen, die verdienen weitaus weniger. Denen sind ihre Eltern genauso wichtig wie diejenigen, die mehr verdienen. Es ist auch den Eltern sehr, sehr unangenehm, wenn ihre Kinder nun zur Kasse gebeten werden, weil sie selber alt und krank und ein Pflegefall sind und wissen, dass die Kinder in Wahrheit aber nicht viel in der Geldtasche haben. Darüber sollten auch Sie, Frau Landesrätin

Edlinger- Ploder, einmal nachdenken und zwar bevor Sie das nächste Mal vorhaben, diesen Pflegeregress als „eine eher pädagogische Maßnahme“ zu bezeichnen. Sie haben in Ihrer Anfragebeantwortung gesagt, das ist so eine emotionalisierte Debatte. Entschuldigung, wenn mich das nicht emotional machen darf, was denn dann? Es gibt so viele Menschen, die darunter leiden und deren Existenz bedroht ist, weil sie mit diesem Pflegeregress behaftet sind, dass die dann emotional sind, das liegt ja auf der Hand, denen darf man dann nicht vorwerfen: Regt euch nicht auf, bleibt schön ruhig. Da geht es ja um Existenzen. Sie meinen auch, Sie vermissen die politische Mitverantwortung. Geschätzte Frau Landesrätin, für so eine Politik will ich in keinsten Weise mitverantwortlich sein. Ich will nicht, dass wir jetzt auf einmal, wo wir doch 2008 noch vom Herrn Klubobmann Drexler und vom Herrn Klubobmann Kröpfl – der ist heute leider auch nicht da - gehört haben, wie wichtig es ist, dass man diesen Schritt in der Steiermark geht. Wo der Herr Landeshauptmannstellvertreter von sozialer Kälte spricht, wenn man diesen Regress hat. Jetzt auf einmal soll alles anders sein, jetzt auf einmal haben wir eben ein Pech gehabt, wenn man in der Steiermark lebt, weil man dort den Regress zahlen muss. Sie haben auch noch gesagt, dass immer diejenigen, die nach einer Reichensteuer schreien, jetzt das nicht einsehen, dass die Frau Hofrätin zahlen soll. Frau Landesrätin, mit dieser Aussage stellen Sie einmal mehr unter Beweis, dass Sie nicht verstehen, worum es bei einer Reichensteuer geht. Wir haben in Österreich, und deswegen habe ich die ganzen Zahlen auch mitgebracht, eine Einkommensschere, die so auseinander triftet. Das erste was wir machen müssten ist, dass wir diese Schere schließen, das heißt, wir brauchen einen Mindestlohn und wir brauchen höhere Steuern auf Gewinne und Vermögen. (LTAvg. Mag. Pichler-Jessenko: „Das fordert aber Arbeitsplätze.“) Wenn wir das durchgesetzt haben, dann kann von mir aus jeder Hofrat und jeder Doktor und ich weiß nicht, wo alle noch große Verdiener sind, (LTAvg. Amesbauer, BA: „Das weiß sicher die Frau Landesrätin.“) dann können alle die Leistungen der Daseinsvorsorge gratis entgegennehmen. Dann geht es sich für alle aus und das ist der springende Punkt. Deswegen wollen wir die Gewinne und Vermögen auch höher besteuern und nicht, weil wir das Geld dort wollen, wo eigentlich in Wahrheit nichts zu holen ist. Wenn Sie Frauendiskriminierung ins Spiel bringen, dann möchte ich Ihnen auch noch sagen: Nur durch eine Abschaffung des Regresses würden wir eine solche Diskriminierung aufheben, denn dann hätten in Wahrheit die Familien eine ehrliche und freie Wahlmöglichkeit, ob sie mit dem Pflegegeld zu Hause betreuen oder ob sie ihre Angehörigen, die zu pflegen sind, in ein Pflegeheim geben. Hier werden Äpfel mit Birnen vermischt und das möchte ich nicht. Sie haben auch in diesem Mail, das Sie

vorgelesen haben, gesagt, und ich möchte schon auch dazu sagen, der Zugang, wie Sie diese Fragen beantworten, ist ja nicht einer, dass Sie sagen: Okay, wir haben diesen Regress und ich sage Ihnen jetzt, warum ich das in der Steiermark mache. Sie stellen sich her und sagen: „Die haben den und die haben den und alle anderen sind ja auch genau so böse, wenn es um das geht“ – um das geht es ja nicht. Wir sind hier in der Steiermark, im Landesparlament, und wir wollen hier eine gute Lösung für die Steirerinnen und Steirer finden. Mit Verlaub, wie das in anderen jetzt detailliert geregelt wird, um das geht es heute nicht. Heute geht es darum, dass wir die Möglichkeit haben, diesen Regress in der Form, wie er jetzt in der Steiermark besteht, abzuschaffen oder nicht. Sie haben vollkommen recht, in diesem Mail steht auch drinnen, jeder hat Verantwortung zu tragen, ja jeder, vor allem auch die politisch Verantwortlichen, die hier alle hinter mir in einer Reihe sitzen. Ich bin sehr froh, dass die Menschen, die sich für die Abschaffung dieses unfairen und unsozialen Regresses stark machen, immer lauter werden. Ich bekommen ganz viele Mails und Briefe, wo drinnen steht, wie das für die einzelnen Personen aussieht.

Ich habe noch eine Minute Zeit, bevor ich den Entschließungsantrag einbringen darf. Ich möchte noch zwei Sätze sagen, einen zur FPÖ. Ich hätte gerne beim Entschließungsantrag der FPÖ eine punktuelle Abstimmung und ich möchte der FPÖ auch sagen, Sie waren diejenigen, die das in Kärnten eingeführt haben, das ist Ihnen, glaube ich, schon noch bewusst. (*LTA* *Abg. Dipl.-Ing. Hadwiger*: „Vorher haben Sie gesagt, Sie wollen nicht vergleichen, jetzt schon.“) Ich finde es toll, dass Sie hier mit uns Seite an Seite für eine Abschaffung kämpfen, aber Ihr Kollege Stadtrat Eustacchio in Graz war im Übrigen dagegen, dass man die derzeitige Situation verbessert, indem man die Unterhaltszahlungen mit einberechnet, nur so viel dazu. Zur Frau Schröck möchte ich eigentlich gar nichts mehr sagen, denn zu sagen, ich bin dagegen, aber ich stimme nicht zu, das ist mir eine Vorgehensweise, die ich nicht wirklich nachvollziehen kann. Ich möchte jetzt den Entschließungsantrag einbringen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag Steiermark einen Gesetzesentwurf zur Novellierung des steiermärkischen Sozialhilfegesetzes vorzulegen, mit der die Kostenbeteiligungspflicht bzw. der Regress für Angehörige von PflegeheimbewohnerInnen abgeschafft wird sowie in Folge die damit verbundene Durchführungsverordnung entsprechend zu ändern.

Einen Abschlusssatz aus einem der vielen, vielen Mails, die auch bei mir eingelangt sind, möchte ich Ihnen noch vorlesen: „Insgesamt ist diese Regelung eine Schande für das Land,

eine noch größere Schande ist der Unwille der Regierenden, Fehler einzugestehen.“ Dem ist, glaube ich, nichts mehr hinzuzufügen. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der KPÖ – 14.16 Uhr*).

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung ist die der Frau Abgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek. Frau Abgeordnete, bitte.

LTabg. Lechner-Sonnek (14.16 Uhr): Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung!

Es ist schon eine interessante Frage, die die Frau Landesrätin vorher gestellt hat, nämlich die Frage der Mitverantwortung. Sie hat kritisiert, hat gesagt, wir würden ja keine Mitverantwortung übernehmen. Es ist interessant zu fragen: Wie schaut Verantwortung in dieser Sache aus? Das sitzen 56 Abgeordnete, wir haben eine gewisse Erosionssituation auf der linken Seite im Moment, in der SPÖ sitzen immer weniger Leute da, (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Wo ist der Max Lercher, der arbeitet am Parteiprogramm, und der Schwarz sitzt schon im Klubobmannsessel, da geht es zu bei der SPÖ.“*) das wird interessant werden, bei den Abstimmungen. Sie alle trinken wahrscheinlich derzeit einen Kaffee. (*Allgemeine Unruhe*) Keine Aufregung, meine Herrschaften, keine Aufregung. Wie schaut Verantwortung aus? 56 Personen sind gewählt worden um hier herinnen zu sitzen. Diese 56 Personen haben dann auch eine Regierung gewählt. Wir, die wir hier herinnen sitzen, wenn ich es so vereinfacht sagen darf, dürfen uns wohl mit Fug und Recht als Volksvertreterin und Volksvertreter bezeichnen. Das würden Sie doch auch, oder? (*Allgemeine Zustimmung bei den Abgeordneten*) Wenn jetzt in der Bevölkerung ganz großer Unmut und ganz große Bedrängnis ist und viel artikuliert wird bei uns, bei den Medien, man sieht das ja auch daran, wie die Medien das Thema rezitieren (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Da war eine zweite Zeitung auch noch.“*) und selber auch weiter besprechen und bearbeiten, dann ist es doch eigentlich im Rahmen unserer Verantwortung dieses Thema hier hereinzubringen und auch hereinzutragen, was die Befindlichkeit, was die Befürchtungen der Menschen sind und auch hereinzutragen, was uns die Menschen sagen, in welche Notlagen sie kommen durch diesen Regress. Das ist unsere Verantwortung und die leben wir gerade, erstens. Zweitens finde ich es immer steil, gerade als Grüne zu sagen, denn Frau Landesrätin, Sie wissen es wahrscheinlich am allerbesten auf der Regierungsbank: Die Grünen haben in Sachen Pflege und Betreuung für ältere Personen vor ungefähr zwei, zweieinhalb Jahren ein sehr

umfassendes Konzept vorgelegt und ich habe mich damals sehr gefreut, große Teile dieses Konzeptes in Ihrem Konzept wiederzufinden, das geheißen hat: „Yes, we care“. Etliches von dem, das Sie damals vorgelegt haben, was mir auch sehr wichtig war, wie z. B. das Case-Management, hat bisher nicht das Licht der steirischen Wirklichkeit erblickt. Aber ich bin ja ein optimistischer und hoffnungsfroher Mensch, das wird vermutlich auch noch gelingen. Was ich damit sagen will ist, ich gehe ganz ruhig und entspannt davon aus, dass wir sehr gute und viele Beiträge liefern und die Regierung manchmal auch gegen den Strich zu bürsten bzw. ihr zu sagen, dass sie einfach falsch liegt, gehört auch zu unserem Job, und den nehmen wir wahr. Das Zweite, Sie haben ein Bild von Menschen, von Angehörigen gezeichnet, die es sich leicht machen wollen. Sie haben gesagt, alles allen gratis, sozusagen sinngemäß, dann ist ja alles gar nicht so viel wert oder da tun sich die Leute so leicht. Sie haben auch so Begriffe in den Mund genommen, jemanden oder Angehörige ins Pflegeheim abschieben, weil dort kostet es nichts. Noch einmal: Ich habe das Gefühl gehabt, ich habe dem vorher ziemlich viel Zeit gewidmet. Ich sage es noch einmal: Die Betroffenen zahlen Länge mal Breite, sie zahlen in Wahrheit alles, was sie sich leisten können. Sie liefern ihre Pensionen, ihr Pflegegeld ab. Sie liefern ihre Ersparnisse ab (*LTAbg. Mag. Drexler: „Das ist sowieso klar.“*) und das ist okay. Es soll bitte niemand sagen, dass jemand glaubt, dass alles gratis ist. Auch Hauskrankenpflege und die Mobilen Dienste sind nicht gratis, wenn die betroffenen Personen 35,6 % dazuzahlen müssen, übrigens dieselbe Summe, die das Land dazuzahlt. Da kann man dann nicht sagen, es ist alles gratis und die Leute nehmen das so leicht und wollen kein Geld hergeben. Hier und heute geht es darum, ob Kinder für die Betreuung ihrer Eltern im Pflegeheim auch noch drauflegen sollen. Wir haben die Unterhaltspflicht der Ehepartner nicht in Zweifel gezogen. Wir haben nicht in Zweifel gezogen, dass die Menschen ihre Ersparnisse aufbrauchen sollen und den Großteil ihres Pflegegeldes und ihrer Pensionen dafür hergeben, dass sie eine gute Betreuung und Pflege bekommen. Also bitte, wer hat hier gesagt, dass das alles gratis ist? Was damit passiert, ist auch so ein bashing, dass Sie gesagt haben, im Endeffekt diskriminiert es jene, vor allem die vielen Frauen, die zu Hause pflegen. Meine Damen und Herren, ich gestatte nicht, dass man einzelne Gruppen gegeneinander ausspielt, die alle das gleiche Problem, oder man könnte sagen, die gleiche Herausforderung oder schwere Aufgabe haben, nämlich für eine gute Betreuung und Pflege von Angehörigen zu sorgen. Das darf auf keinem Fall passieren, wir tun das auf jeden Fall nicht. Tatsache ist, dass es zu wenig Möglichkeiten gibt, Familien zu entlasten, dass es zu wenig Möglichkeiten gibt, sicherzustellen, dass Menschen, alte Menschen, ältere Menschen, gut betreut und gepflegt

werden können. Tatsache ist, dass die Breite der Dienstleistungen in der Steiermark zu gering ist. Tatsache ist, dass unglaublich wenig darauf geschaut wird, was der reale Bedarf ist. Ich sage Ihnen eines, ich komme aus dem Metier der sozialen Dienstleistung und ich weiß eines, da gibt es so etwas wie ein Naturgesetz, würde ich jetzt sogar sagen. Wenn man den Bedarf ganz genau erkennt und punktgenau ein Angebot für diesen Bedarf liefern kann, dann ist das nicht nur vom Output optimal, sondern dann ist das immer die kostengünstigste Form. Was muss ich dafür tun? Ich muss schauen, was ist der Bedarf. Was wird wirklich gebraucht in welchen Lebenssituationen? Hier lässt die Landespolitik in der Steiermark schrecklich vermissen, zielstrebig dort hinzugehen um zu schauen, was braucht die Bevölkerung eigentlich? Vor dem Hintergrund zu sagen, wir geben zu viel Geld für Pflege aus und jetzt machen wir eine Tür zu und erschweren einen Zugang, sage nicht nur ich, ist zwar einfach, aber unglaublich unambitioniert. So kann man nicht mit der Bevölkerung umgehen, zumal wenn die Bevölkerung schon aufzeigt in vielen Meldungen, Leserbriefen, Mails, etc., was diese Form des Regresses an Problemen nach sich zieht. Eines noch, es ist noch die Frage des Bundespflegefonds offen. Es ist bekannt, dass die Steiermark weniger abgeholt hat als ihr zustehen würde oder als sie größenordnungsmäßig bekommen könnte. Es ist auch nicht geklärt, was da wirklich passiert ist. Es ist von fünf Millionen Euro die Rede, die nicht abgeholt wurden. Es ist auch die Rede davon, und ich kann es nur so fragen, ist es wirklich so, dass es mit Daten zu tun hat, die nicht rechtzeitig oder nicht in der gebotenen Qualität abgeliefert wurden? Ich weiß nicht, ob Sie das wissen. Jedes Bundesland hat zweimal im Jahr die Daten abzuliefern, die die Grundlage für diese Auszahlung aus dem Pflegefond sind. Das sind doch eminent wichtige Fragen, meine Damen und Herren, die gehören gestellt. Denn wenn es so ist, dann wird das schon ein Problem. Dann würde ich gerne diese acht oder neun Millionen Euro, die übrig bleiben, wenn man die Verwaltung abzieht, gegenrechnen gegen fünf, auf die man unter Umständen verzichtet hat oder die man sich durch die Lappen hat gehen lassen. Diese Dinge sind sofort zu klären und durch eine Bestemmhaltung zu sagen, der Bund macht Fehler, der Bund hat jetzt eine Lösung anzubieten, ist es nicht zu lösen. Womit ich wieder bei den zwei Landeshauptleuten Schützenhöfer und Voves wäre. Ich empfinde es als eine bescheidene Aussage, dass der Sozialminister das Problem auf Bundesebene zu lösen hat. Das ist bescheiden, wenn wir hier oft einmal über Forderungen an die Bundesregierung sprechen. Das ist die Bundesregierung, mein Gott, machen wir doch hier unsere Arbeit. Das gebe ich gerne zurück. Was können wir in der Steiermark dafür tun, dass die Betroffenen nicht unter dem Regress leiden? Ganz einfach, wir können ihn hier und heute abschaffen. Das

können wir tun und mit dem haben wir uns auseinanderzusetzen. Meine Damen und Herren und im Speziellen Herr Landeshauptmann Voves und Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, was muss passieren, dass Sie zugeben, dass der Regress eine massive Belastung für die Bevölkerung ist? Was muss passieren, dass Sie das zugeben? Ja, ich habe es gehört, ich habe es verstanden, ich nehme es ernst. Was muss passieren? Was muss noch passieren, bis Sie bereit sind, diese Einführung von Ihrer Seite wieder zurückzunehmen in Anbetracht dessen, dass die Ablehnung so groß und so breit gestreut ist und bis tief in Ihre Reihen hineinreicht. Was muss da noch passieren? Ist es die Angst vor einem Gesichtsverlust? Ich habe gestern noch gesagt, nein, das kommt nicht in Frage, dann kann ich heute nicht sagen, ja. Ist es das? Dann muss ich Sie fragen, was ist wichtiger? Das Gesicht nicht zu verlieren, es könnte sein, dass Sie das so sehen, oder die Sorgen von der Bevölkerung zu nehmen, auf das zu reagieren, was der Bevölkerung eine Last ist und zu sagen: Ja, okay, wenn es so ist, wenn dieser Regress so eine Belastung ist für viele tausende Betroffene, dann schaffen wir ihn ab. Also, ich denke, es wäre an der Zeit, das können wir tun, auch an die Landesregierung gerichtet, das können wir tun, hier und heute und jetzt. Deswegen bringe ich jetzt zwei Entschließungsanträge ein:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Pflegeregress für Angehörige abzuschaffen.

Der zweite Entschließungsantrag bezieht sich auf die Ansage von der Frau Landesrätin, die unseren Beifall findet, dass die Pflegefinanzierung in Zukunft über eine Erbschaftssteuer abzusichern ist, er lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und von dieser einzufordern, mit der Einführung einer Erbschaftssteuer die Finanzierung der Pflege in Zukunft sicherzustellen.

Ich hoffe, Sie nehmen die Möglichkeit wahr und entlasten heute die steirische Bevölkerung. Es ist hoch an der Zeit. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 14.27 Uhr).*

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Klubobmann Mag. Christopher Drexler. Herr Abgeordneter, bitte.

LTabg. Mag. Drexler (14.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Herren Landeshauptleute, verehrte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vorweg, die KPÖ verwundert mich heute nicht. Das ist der Linkspopulismus, den Sie seit Jahren hier zum Besten geben, das verwundert mich nicht einmal weiter. Mehr verwundert mich schon, dass die Grünen, die sich so gerne gelegentlich als postmoderne bürgerliche Partei deklarieren, hier auf dieser populistischen Schiene so ursächlich und willfährig mittun, ich werde in einzelnen Überlegungen noch darauf zurückkommen. Erlauben Sie mir aber zu allererst mich am heutigen Tag bei der Frau Landesrätin Edlinger-Ploder zu bedanken, denn ich denke, die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage in dieser Differenziertheit und Überlegtheit und auch mit dem Hinweis auf eine Reihe von grundsätzlich wichtigen Umständen in diesem Zusammenhang und die Einordnung im Gesamten, im Staatsganzen, zeigt einfach, dass die Regierung hier auf einem guten Weg ist und dass die Regierung auch weiß, was sie tut. Das ist durch diese Antwort zum Ausdruck gekommen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Liebe Kollegin Lechner-Sonnek, wenn du da flehentlich bittest, irgendwer soll sagen: Geben Sie endlich zu, es ist eine Belastung für die Steirerinnen und Steirer, ja na! Natürlich ist der Regress eine Belastung für die Steirerinnen und Steirer, wer hat denn jemals etwas Anders behauptet? Sonst würden ja alle mit wehenden Fahnen jubeln und wacheln und sagen: Super, danke für diese Wohltat! Ja, es ist eine Belastung aber es ist eine vertretbare und gerechte, eine sozial gerechte Belastung, die einen Beitrag an der Konsolidierung dieses Landeshaushaltes leistet, meine sehr verehrten Damen und Herren *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wissen Sie, weil in diesen Tagen immer von Solidarität die Rede ist, jeder bemüht die Solidarität, jeder erklärt, wie furchtbar alles ist, was wir hier in der Steiermark machen. Lassen Sie sich einmal etwas sagen: Was ist der Urkern der Solidarität? Wie ist das menschliche Zusammenleben, mit dem Kollegin Lechner- Sonnek bei der Begründung irgendwie angefangen hat? Was macht denn eine Gesellschaft aus? Was unterscheidet uns denn als menschliche Gesellschaft, als zivilisierte menschliche Gesellschaft von anderen Dingen in diesem Universum? Es unterscheidet uns jene Solidarität, und diese Solidarität ist eigentlich so etwas wie eine anthropologische Gesetzmäßigkeit, die das Menschsein ausmacht, nämlich ein Einstehen füreinander, das Zusammenleben in der Gruppe. Was ist der Kern dessen? Was ist wahrscheinlich die älteste Solidarität? Die älteste Solidarität ist wohl jene zwischen Eltern und Kindern und Kindeskindern. Wir sind im Kern der Solidarität, meine sehr verehrten Damen und Herren, und es gehört zur ganz

grundsätzlichen Ausstattung einer Gesellschaft. Wenn man glaubt, diese ursächlichsten Solidaritätselemente, die letztlich den innersten Zusammenhalt einer Gesellschaft sicherstellen, ausheben zu können, dann kann ich Ihnen nur sagen, das Experiment wird nicht funktionieren. Letztlich abgehoben von der konkreten Debatte am heutigen Tag, letztlich darf ich Ihnen eines sagen: Nicht alles an Solidarität ist verstaatlichbar. Wissen Sie, was ich Ihnen sage? Das ist gut so. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Es ist eben kein Zufall, dass unsere Rechtsordnung, und zwar fernab von Dingen, die wir hier in diesem Landesparlament regeln können, dass unsere Rechtsordnung in einer ihrer Vorschriften, die es schon relativ lange gibt, nämlich im § 234 des ABGB, sagt: „Das Kind schuldet seinen Eltern und Großeltern unter Berücksichtigung seiner Lebensverhältnisse den Unterhalt, soweit der Unterhaltsberechtigte nicht im Stand ist, sich selbst zu erhalten, und – sofern er seine Unterhaltspflicht gegenüber dem Kind nicht gröblich vernachlässigt hat.“, § 234 Abs.1 ABGB. Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ja manchmal auch der Charme, den ältere Rechtsvorschriften haben. Sie sind klar formuliert, gut verständlich und treffen des Pudels Kern. Dort, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich meine Argumentation zu dieser heutigen Debatte beginnen. Es ist nun einmal so, dass im Kern unserer Gesellschaft und im Kern des gesellschaftlichen Zusammenhaltes das Einstehen, das intergenerative Einstehen füreinander, oder wenn Sie so wollen, das interfamiliäre Einstehen füreinander steht. Alle Gesellschaftsformen oder alle Gesellschaftsentwürfe, die das hinwegfegen wollten oder die in irgendwelchen Utopien geglaubt haben, man kann all diese Dinge ersatzlos streichen, sozialisieren, verstaatlichen oder was auch immer, all diese gesellschaftlichen Utopien haben Schiffbruch erlitten. Noch einmal sage ich, so schlecht ist das nicht. Das ist der Kern in dem wir uns bewegen. Wir bewegen uns, wenn wir über einen Regress in der Steiermark sprechen letztlich im Kern dessen, dass Kinder für ihre Eltern Verantwortung übernehmen, so wie Eltern für ihre Kinder Verantwortung übernehmen. Deswegen stößt es mir so herauf, wenn ich lese, dass diese Lösung, die wir hier in der Steiermark im gesetzten Recht haben, die Solidarität mit Füßen treten. Das Gegenteil ist der Fall, es wird Solidarität eingefordert. Eigentlich in einer außerordentlich sozial verträglichen Manier, denn was wir machen, dieser Regress im Pflegebereich, ist ja nichts anderes als eine pauschalisierte Unterhaltsverpflichtung, wenn man es zu Ende denkt. Eine pauschalisierte Unterhaltsverpflichtung, die in aller Regel für die Betroffene oder den Betroffenen eine günstigere Lösung darstellt als ein zu Ende gedachter zivilrechtlicher Unterhaltsanspruch. Das verwundert mich so an der Debatte, wie mich manches verwundert. Mich verwundert

beispielsweise, dass jetzt einmal alle drauf kommen, dass die Steiermark jetzt, nachdem in Kärnten dem Vernehmen nach der Unterhalt, nein Entschuldigung, der Unterhalt nicht, das können sie auch nicht, aber der Regress aufgehoben wird, das letzte Bundesland ist, das den Regress noch hat. Ich darf Ihnen eines sagen: die Letzten werden die Ersten sein! Wir waren beides schon! Wir waren 2008/2009 die letzten, die einen Regressanspruch gehabt haben und wir waren dann, 2010 erinnerlich, die ersten, die den Regress wieder eingeführt haben. Die Kärntner sind ja nur dazu gekommen und wieder weggefallen. Ja, wir sind in der Steiermark, das einzige Bundesland, mit diesen Regressvorschriften. Ich denke, es ist gut so. Wissen Sie, was da alles erzählt und behauptet wird von der Frau Klimt-Weithaler, und was mich noch viel mehr wundert, von der Frau Lechner-Sonnek. Eine kleine Anmerkung in Richtung der Frau Klimt-Weithaler. Wissen Sie, wenn Sie den Lauf der Welt beklagen und wie die Dinge sind, aber wenn Sie sich dann nicht ein besseres Argument einfallen lassen als den Herrn Meinl, wenn wir hier heute den Regress in der Steiermark diskutieren, wissen Sie, dass Sie, die bei jeder Gelegenheit erklären, was wir alles für Reichensteuern, Vermögenssteuern und sonst was, was wir einführen sollen, dann schauen Sie sich einmal die Vorschrift an. Die Frau Landesrätin hat völlig Recht. Schauen Sie sich die Vorschriften an, wo fängt denn der Regress bei uns in der Steiermark zu greifen an? (*LTAbsg. Klimt-Weithaler: „1.286 Euro.“*) Bei 1.500 Euro Nettoeinkommen und dann schauen Sie sich das Medianeinkommen in der Steiermark an und dann wissen Sie, dass 50 % der Steirerinnen und Steirer von dieser Regressvorschrift niemals erfasst sein werden, (*LTAbsg. Amesbauer, BA: „Das ändert aber nichts an den Zahlen.“*) also was ist denn das? (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Das Medianeinkommen der Frauen liegt unter 1.500 Euro und das Medianeinkommen der Männer liegt bei circa 1.700 Euro netto in der Steiermark, und wir fangen bei 1.500 Euro, einen Regress in der untersten Stufe zu kassieren an, wenn ich in Ihrem wording bleibe. Aber wissen Sie, was das ist? Ist es das, was Sie wollen? Eine sozial gestaffelte Regelung, weil wir natürlich sagen, dass wir wissen, dass diese Belastungen für Kleinverdiener, für Niedrigstverdiener, für Alleinerziehende, für Kinz und Kunz, der es sich nicht leisten kann, nicht zumutbar ist. Aber dort, wo es leistbar ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dort wollen wir den Kern der Solidarität und der Verantwortung innerhalb der Generationen nicht auf Knopfdruck ausschalten sondern da bekennen wir uns zum Alleinstellungsmerkmal Steiermark, wie wir es in der Reformpartnerschaft öfter tun, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – LTAbsg. Amesbauer, BA: „Fest klatschen, fest klatschen.“*) Ich sage Ihnen auch eines, weil heute wieder einmal die Krise beschrieben worden ist. Also, wenn

irgendjemand noch glaubt, dass wir das Budget in der Steiermark, oder die Haushalte in Kontinentaleuropa insgesamt, dass die deswegen in eine Schieflage geraten sind, und wir sie jetzt sanieren müssen, weil wir 2008/2009/2010 eine Finanz- und Wirtschaftskrise gehabt haben, (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „Immer noch.“) und von mir aus immer noch haben, wissen Sie, warum wir die Haushalte sanieren müssen? Weil wir über Jahrzehnte über unsere Verhältnisse gelebt haben und 2008/2009/2010 ist das „Über die Verhältnisse leben“ einfach schlagend geworden, augenscheinlich geworden, und Gott sei Dank haben wir in dem Land eine vernünftige Politik. (*LTA*bg. *Amesbauer, BA*: „Da war die ÖVP auch dabei.“) Ja, Kollege *Amesbauer*, mein Gott Sie mit Ihren Zwischenrufen, die ÖVP war dabei, auch die ÖVP war dabei, wie wir über Jahrzehnte über die Verhältnisse gelebt haben. Ich betreibe ja keine Kindesweglegung wie Sie mit der FPK, mit der sie noch nie etwas zu tun gehabt haben, und mit dem Haider, den Sie nie gesehen haben. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Als Nachfolger kennen Sie ja überhaupt keinen! Ich betreibe keine Kindesweglegung. Die Tatsache ist, dass die europäische Politik auch in Österreich und auch in der Steiermark über Jahrzehnte über ihre Verhältnisse gelebt hat und dass wir Chimären aufgebaut haben, dass wir gesagt haben, was alles leistbar ist, was alles möglich sein muss, was alles gehen kann (*LTA*bg. *Klimt-Weithaler*: „Banken haben aber nach wie vor Milliarden.“) und ich sage Ihnen heute, Frau Kollegin *Klimt-Weithaler*, Sie leben noch immer in der Welt der früheren Jahrzehnte und ich wünsche Ihnen viel Glück. Sogar in Venezuela ist Ihr Linkspopulismus beinahe abgewählt worden, beim nächsten Mal wird es so weit sein, als Nebenbemerkung internationaler Prägung. Wissen Sie, was ich Ihnen sage? Das ist die Erkenntnis und das zeichnet auch die Landesregierung in ihrer tiefen Verantwortung aus. Wir wissen um die Fehler der vergangenen Jahrzehnte, wir wissen um die Trugbilder, die wir gezeichnet haben, wir wissen um die Blankoschecks, die wir auf die Zukunft aufgestellt haben und um deren Einlösung wir jetzt mühsam ringen. Aber wir wissen eben auch, und ziehen die Lehre daraus, ein Vollkaskostaat zum Gratistarif (*LTA*bg. *Lechner-Sonnek*: „Vollkaskoversicherung, so ein Blödsinn.“) wird immer Utopie bleiben. (*LTA*bg. *Amesbauer, BA*: „Der nächste ÖVP-Landeshauptmann auch.“) Deswegen sage ich Ihnen, es ist eine maßvolle Regelung, die wir seinerzeit hier verfasst haben. Es ist eine maßvolle Regelung, die letztlich nur diese intergenerative Solidarität betont und die niemanden freut. Sie werden keinen Betroffenen finden der Ihnen um den Hals fällt und sagt: „Danke, dass wir in der Steiermark als einzige ein bisschen was dazuzahlen dürfen.“ Den werden Sie nicht finden. Aber bei Licht betrachtet werden vernünftige Menschen immer sehen, es geht um eine Gesamtsicht der Dinge. Wenn

ich ein Budget mache, wenn ich eine Politik betreibe, wenn ich eine Regierung in einem Land habe geht es um die Gesamtsicht der Dinge, um ein ausgewogenes Gesamtbild, das dazu führt, kluge und vernünftige Lösungen zu Stande zu bringen. Ich darf noch einmal dazu sagen, ich glaube wirklich, dass die konkreten Regelungen sozial verträglich und vertretbar sind. Ich habe Ihnen schon gesagt, wir steigen ungefähr beim Medianeinkommen in die Regressverpflichtungen ein, plus, minus. Das halte ich für vertretbar und das werde ich immer vertreten können. Wenn jetzt vorhin kritisiert worden ist, warum dann SPÖ und ÖVP, ich denke wohl auch mit einem Entschließungsantrag am heutigen Tag, dennoch auch den Bund in Verpflichtung nehmen wollen und warum auch die Frau Landesrätin in ihrer Beantwortung gesagt hat, dass dieses konkrete Modell natürlich in dem Moment, wo wir bundesweit eine neue einheitliche Regelung haben, auch wieder hinfällig ist, das ist schon logisch, weil es fehlt an dieser gesamthaften Lösung. All jenen Vorrednerinnen und Vorrednern, die trefflich zum Teil beschrieben haben, dass die Problematik der Pflege nicht zuletzt aufgrund des demographischen Wandels, nicht zuletzt auf Grund der Gott sei Dank steigenden Lebenserwartung eine immer dringendere und drängendere Frage wird, aber die haben damit ja bereits eine Beantwortung abgegeben. Ja natürlich, das müssen wir jetzt auf nationaler Ebene, sprich Bundesebene, in Angriff nehmen, so wie man in den vergangenen Jahrzehnten und zum Teil Jahrhunderten auch große Fragestellungen in Angriff genommen hat. Irgendwann hat man sich überlegt: Mein Gott die Leute werden älter und die brauchen eine Pension. Also hat man die Pensionsversicherung erfunden. Man hat eine Arbeitslosenversicherung erfunden, man hat eine Unfallversicherung erfunden, man hat steuerfinanzierte Leistungen erfunden, man hat den Familienlastenausgleichsfond erfunden, alle diese von mir genannten Maßnahmen waren Antworten auf Fragen, die sich in der Gesellschaft und in den konkreten Lebenswelten der Leute abgespielt haben. So ist nun zunehmend einfach die Pflegefrage eine um die wir uns kümmern müssen. Aber nicht mit links oder rechts oder mittelpopulistischer, „keinen Cent Heraus-Politik“ sondern mit der Suche nach vernünftigen, durchführbaren, leistbaren, finanzierbaren und auch auf lange Sicht unseren Bürgerinnen und Bürgern zumutbaren Lösung. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Weil, ich glaube von der Kollegin Lechner-Sonnek, beklagt worden ist, wie unerhört das ist, dass jetzt gesagt wird: Ja, dadurch haben wir den Andrang in den Pflegeheimen irgendwie ein bisschen zurück gedrängt. Politik, vor allem dann, wenn es um Geld geht und um Geld das zu zahlen ist oder das zu bekommen ist, wird immer damit leben müssen, dass es auch Steuerungs- oder Lenkungseffekte gibt. Wer das hinwegzufegen versucht, ist unseriös, und

das gibt es immer. Wir haben es ja beobachtet, ja glauben Sie bitte wirklich, dass nach der Abschaffung des Regresses in einer plötzlichen unerklärlichen Bewegung die Pflegebedürftigkeit in der Gesamtbevölkerung sprunghaft angestiegen ist, oder glauben Sie nicht doch, dass es auch so etwas wie Steuerungseffekte gibt, wenn ich den Selbstbehalt oder Regress weglasse? (*LTabg. Lechner-Sonnek: „Wo sind die Leute jetzt?“*) Ich halte es für unseriös und einer meist wohlgetragenen Argumentation, wie ich sie von dir gewohnt bin, für völlig unangemessen, hier den Vorwurf zu machen, dass man überhaupt diesen Steuerungseffekt in den Mund nimmt, ist schon mehr oder weniger ein sozialpolitisches Verbrechen. Das weise ich zurück, es gibt Lenkungseffekte, Steuerungseffekte immer dann, wenn es um Geld geht. Das gehört mit zur Natur des Menschen, das ist ganz normal. Im Übrigen ist das der Grund, warum die soziale Marktwirtschaft so gut funktioniert, nebenbei sei es gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Der langen Rede kurzer Sinn: Ich bin außerordentlich froh und glücklich, dass die Steiermärkische Landesregierung zu diesen einmal getroffenen Entscheidungen steht und wir in unserer Verantwortung für das Land, und die Verantwortung für das Land, die oft so abstrakt klingt, ist eine Verantwortung für die Menschen in diesem Land. Diese Landesregierung, wie kaum je eine zuvor, übernimmt Verantwortung für die Menschen in diesem Land, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Das ist der Punkt und deswegen weichen wir nicht gleich bei jeder populistischen Kritik, deswegen zipfeln wir nicht gleich zurück, wenn irgendwo eine Kampagne entsteht. Deswegen hüpfen wir nicht hin und her, viel zu oft gehüpft in den vergangenen Jahrzehnten, deswegen hüpfen wir nun nicht hin und her – einmal abschaffen, einführen, abschaffen, einführen. Wir bekennen uns zu dieser gefällten Entscheidung, die uns klug und vernünftig erscheint, die uns sozial verträglich, ja eigentlich sozial gerecht erscheint, deswegen bekennen wir uns zu dieser Maßnahme, die nicht zuletzt darauf abzielt, ein qualitätsvolles System der Pflege in der Steiermark zu etablieren und nachhaltig abzusichern. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden Sie, welche Verbündeten Sie sich immer gerade suchen wollen, mit bloß populistischer Kritik an dieser Politik immer abprallen. Wir wollen in dieser Legislaturperiode, wie ich hoffe darüber hinaus, eine neue Form von Politik etablieren, einer Politik die auf die Zukunft gewandt ist, die nachhaltig wirkt, die für die Zukunft nicht nur Lasten parat hat, sondern hoffentlich auch ein paar positive Vermächtnisse und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden Sie verstehen, dass wir Ihren unterschiedlichen Anliegen, die Sie vorgetragen haben, nicht näher treten können, Ihren Entschließungsanträgen nicht näher treten können und dass

wir dabei bleiben, die Reformpartnerschaft, die Regierung, betreibt eine sozial verträgliche zukunftsgerichtete Politik. Ich bin ein bisschen stolz darauf. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.49 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann Franz Voves.

Landeshauptmann Mag. Franz Voves (14.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Christopher, Herr Klubobmann, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir wissen, glaube ich, über alle Fraktionen hinweg, dass der Regress, jedenfalls aus Sicht der Reformpartner, nur die zweitbeste Lösung ist. Denn es bedarf schon seit Jahren angesichts der Entwicklung der demografischen Pyramide einer solidarischen Lösung auf Bundesebene. In welcher Form auch immer diese Finanzierungsquelle geschaffen wird, das möge die Bundesregierung entscheiden. Aber anders als über eine gesamtsolidarische Lösung werden wir die Finanzierung der Pflege nie bewerkstelligen können. Sie haben die Beträge vernommen, 2005 160 Millionen, 2012 370 Millionen Euro, Land und Gemeinden gemeinsam. Viele steirische Gemeinden sind deswegen in negative Haushaltssituationen gekommen, weil sie diesen zusätzlichen Sozialaufwand für die Pflege nicht geschafft haben und wir wissen gemeinsam, dass die Sozialhilfe, als sie geschaffen wurde, nie dazu da war, um diese exorbitanten Kosten der Pflege mit abzudecken. Wir brauchen eine solidarische Lösung aller Österreicherinnen und Österreicher, seit Jahren trägt das auch die Reformpartnerschaft in unterschiedlicher Konstellation an die Bundesregierung heran. Ich erinnere mich noch sehr genau an eine Sitzung mit der damaligen gemeinsamen Regierung, im Kongress. Da war noch Pröll Junior Finanzminister, und da ist vom Bund klar gelegt worden, es gibt nichts mehr zu fordern, wir müssen konsolidieren und dennoch war unser Einstieg damals gemeinsam, dass wir trotzdem mit einer Forderung beginnen, nämlich, dass wir eine zusätzliche Finanzierungsquelle für das Thema Pflege brauchen, sei es eine Pflegeversicherung oder eine steuerfinanzierte Lösung. Ich darf Ihnen sagen Kollege Schrittwieser und ich haben heute ein Schreiben an unseren Bundeskanzler und Parteivorsitzenden und an Rudi Hundstorfer, den Sozialminister gerichtet. Wir werden aus der Steiermark als steirische Sozialdemokratie nicht müde werden, dass dieses Thema von der Regierung jetzt noch aufgenommen wird, behandelt wird und ich erwarte mir, dass es im

Nationalratswahlkampf ein ganz klares Thema ist. Denn zurzeit ist erkennbar, dass auch in der Arbeitsgruppe, die der Sozialminister installiert hat, wiederum kein Hinweis darauf gegeben ist, dass es zu einer gesamtheitlichen solidarischen Lösung in diesem wichtigen und sensiblen Inhalt kommt. Ich habe gerade mit Kollegen Schützenhöfer und mit Kollegin Edlinger-Ploder gesprochen. Ich würde mich freuen und glaube, es wird auch so sein, dass wir gemeinsam diesen Weg marschieren, ja wir sind in der Steiermark in der zweitbesten Lösung verblieben. Das ist der Regress, ich sage es noch einmal, es ist die zweitbeste Lösung. Aber ich teile, Sie werden sich vielleicht wundern, die gesellschaftspolitischen Ansätze, die jetzt Christopher Drexler als Klubobmann der ÖVP dargelegt hat. Ich habe Sorge um eine Gesellschaft, in der Materialismus und Egoismus in den Vordergrund stellen und immer mehr Menschen, ich sage jetzt bewusst, nicht die Betreuung, aber z.B. die Kindererziehung beim Staat abliefern wollen. Mit all den Ergebnissen, die wir kennen und möglichst DDR-like gratis. Auf der anderen Seite die Art, wie wir als Kinder mit unseren Eltern umgehen in dieser Frage. Diese soziale Staffelung ist deshalb die zweitbeste Lösung, weil wir nicht mehr in der Lage sind, diese unglaublich explodierenden Kosten abzudecken. Sollen wir wirklich weiterhin mit neuen Schulden auch diese Frage finanzieren oder sollten wir nicht gemeinsam um diese ganzheitliche, globale, österreichweit solidarische Lösung für die Pflege kämpfen. Dazu würde ich Sie gerne einladen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Wenn ich jetzt auch wieder in Zeiten dieser Medienwelt einen Fehler mache, aber ich sage es Ihnen trotzdem. Eigentlich wollte ich das nie sagen: Ich verdiene 6.300 Euro netto im Monat unter Abzug aller Abgaben, Parteisteuern, und so weiter. Ich zahle monatlich für die 24-Stundenbetreuung meiner Mutter 800 – 1.000 Euro, zusammen mit meinem Arztbruder, weil wir beide es uns leisten können. Wir haben nicht erwartet, dass unsere beiden Geschwister, die sich schwerer tun, Peter, du weißt von wem ich spreche, mit zahlen sollen, weil das in unserer Familie, bei dem, was unsere Eltern geleistet haben, eine Selbstverständlichkeit ist. Daher kann ich mir nicht vorstellen, dass 70 Euro für einen, der jahrelang gecasht hat und sich jetzt in der Kronenzeitung abbilden lässt, dass das nicht möglich sei. Ich habe dafür überhaupt kein Verständnis. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Daher können Sie sich vorstellen, dass man dann schon auch betroffen ist, wenn einem persönliche Brutalität, Härte vorgeworfen wird. Das wollte ich Ihnen rein persönlich auch sagen. Ich weiß schon, dass jetzt die üblichen Kommentare kommen, der hat leicht reden, mit 2.000 Euro ist es schwerer als mit 6.300 Euro, ja, ja, es stimmt. Aber ich glaube, dass diese anteilige Belastung, solange wir nicht die Gesamtlösung haben, für die wir kämpfen werden, zumutbar ist. Ich und die beiden

Reformpartner aus der Steiermark hoffen auf eine bundesweite Lösung, weil es mit Abstand die beste Lösung ist. Ich sage Ihnen, wenn Kärnten den Kassasturz gemacht haben wird, ich bin schon gespannt, was sie sich dann noch alles leisten können. Der FPÖ nur eine Erinnerung: 1997 bei Einführung des Regresses haben Sie zugestimmt. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.57 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Landeshauptmann für seine Ausführungen und seine Wortmeldung. Als nächster, wenn wir die Rednerliste fortsetzen, ist der Herr Abgeordnete Hannes Amesbauer zu Wort gemeldet, Herr Abgeordneter, bitte.

LTAbg. Amesbauer, BA (14.57 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Meine Damen und Herren, der Staat, das Land, sprich die öffentliche Hand hat ja sicher zu stellen, dass Pflegebedürftige ihr Recht auf eine umfassende Versorgung und auf eine angemessene und gute Versorgung auch garantiert wird. Das Recht auf Pflege, meine Damen und Herren, ist ein Grundrecht und ich persönlich bin dafür, um sicher zu stellen, dass der Staat seine Verantwortung gegenüber den Pflegebedürftigen, die ja auch jahrelang und jahrzehntelang ins System eingezahlt haben, in der Form wahrnimmt und dazu verpflichtet wird, dass das Grundrecht auf Pflege auch in der Bundesverfassung verankert wird. Der Österreichkonvent, ein Entwurf aus dem Jahr 2005, geht übrigens auch in diese Richtung. Aber wenn man sich die Debatte in der Steiermark anhört, wie da argumentiert und wie versucht wird, auch die Wahrheit umzukehren von dieser Reformpartnerschaft, die sich ja auch als Regresspartnerschaft, als letzte in diesem Bundesland, in diesem Staat Österreich hier gebärdet. Es sind alle dagegen, Sie sind mit Ihrem sturen Festhalten am Pflegeregress alleine auf weiter Flur. Alle anderen Bundesländer sind dagegen, haben den Regress, in der Form, den wir in der Steiermark haben, schon abgeschafft. Die Bundesregierung ist dagegen, der Herr Sozialminister Hundstorfer ist dagegen, in der Fiktion des Herrn Drexler wahrscheinlich ein Populist, der Herr Sozialminister, die Gewerkschaften sind dagegen, der ÖAAB ist dagegen, Herr Drexler, und auch der Nationalratsabgeordnete Muchitsch ist dagegen, Teile der SPÖ in der Steiermark, wenn man heute die Kronen Zeitung gelesen hat mit der Stadträtin Schröck, die dezidiert gegen den Pflegeregress ist und wenn wir schon bei den Teilen der SPÖ sind, die nicht da sind, es täte mich z. B. interessieren, wo heute der Kollege Lercher ist. *(LTAbg. Ahrer: „Der ist heute krank.“)* Ich weiß nicht, schwänzt er die

Sitzung, was haben Sie gesagt, er ist krank! Es ist nur interessant, es kann schon sein, es wird auch so sein, es ist nur interessant, dass ich ihn heute in der Früh noch vor dem SPÖ-Landtagsklub gesehen habe. Das ist schon sehr bezeichnend, wenn man vor dem SPÖ-Landtagsklub um halb zehn Uhr gesehen wird (*LTAvg. Schwarz: „Ich haben Sie noch nie beim SPÖ-Landtagsklub gesehen, waren Sie vor der Tür heraußen?“*) - vorne heraußen auf dem Gelände habe ich ihn gesehen und offenbar haben ihn auch Kollegen der ÖVP gesehen. Aber das nur am Rande bemerkt, ich wollte ja nur nachfragen, ob tatsächlich eine Erkrankung vorliegt, wenn ja, dann wünsche ich ihm natürlich alles Gute, aber es schaut schon sehr danach aus, als würde er die Diskussion schwänzen und vor allem auch die Abstimmung dagegen verweigern. Meine Damen und Herren, wenn SPÖ und ÖVP an dieser Form der Abzocke, der Bestrafung der Angehörigen von Pflegebedürftigen stur und uneinsichtig festhalten, wie Sie das ja auch schon immer tun, dann hat in dieser Reformpartnerschaft die SPÖ ihr soziales Gewissen in diesem Lande endgültig begraben, endgültig, also von sozialer Gerechtigkeit brauchen Sie überhaupt nicht mehr reden, Frau Kollegin, und die ÖVP hat letztendlich auch als Familienpartei endgültig abgedankt. (*Beifall bei der FPÖ - LTAvg. Schwarz: „Das war ja auch Pflegeregress.“*) Herr Schwarz, ich werde Sie später noch würdigen, keine Angst. (*LTAvg. Kaufmann: „Haben Sie das so geschrieben, weil Sie das so schön runter lesen?“*) Das ist ja nicht Ihr Problem, Frau Kollegin. Aber dass die ÖVP als Familienpartei abdankt, wundert mich nicht, wenn Sie in Ihren Reihen eine Abgeordnete haben wie Frau Kollegin Pichler-Jessenko, die ja auch beim letzten Mitmischen im Landtag gesagt hat: „Wenn jemand für eine traditionelles Familienbild eintritt, sollte er mich nicht wählen.“ (*LTAvg. Mag. Pichler-Jessenko: „Das ist aus dem Zusammenhang gerissen, das stimmt nicht.“*) Diese Einschläge in der ÖVP stimmen schon sehr bedenklich, das ist eine Tatsache, meine Damen und Herren, das ist ein wörtliches Zitat und da wundert es mich nicht, dass Sie die Familien offensichtlich nicht mehr vertreten wollen und sich offensichtlich nicht mehr für die Familien einsetzen und an diesem unsozialen und familienfeindlichen Regress festhalten. (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Aber der Klub der FPÖ hält es als traditionell, dass die Frauen zu Hause bleiben, darum sind keine Frauen in der FPÖ.“*) Ja, ja, Frau Landesrätin, das ist schon wieder ein ganz ein anderes Thema, das traditionelle Familienbild. Sie bestrafen jene, die Kinder in die Welt gesetzt haben, die Kinder groß gezogen haben und jahrzehntelang in das System eingezahlt haben, meine Damen und Herren. (*Allgemeine Unruhe*) Diese Menschen bestrafen Sie mit dem Festhalten am unsozialen und ungerechten Pflegeregress. Wieso ist dieser Regress so zu tiefst ungerecht und unsolidarisch

und unfair der Gesellschaft gegenüber? Es ist ja nicht nur so, dass Mindestpensionisten ohnehin tief in die Tasche gegriffen wird, wenn sie pflegebedürftig sind, es geht ja so weit, dass man sogar auf Einfamilienhäuser zugreifen kann, auf das Vermögen zugreifen kann, um die Pflege sicher zu stellen. Zusätzlich greifen Sie noch den Angehörigen, den Kindern in die Taschen, bitten Sie die Kinder zur Kasse um dieses ungerechte System in der Steiermark noch ein paar Jahre aufrecht zu erhalten, denn dass dieses System nicht zukunftsfähig ist und auf Dauer nicht tragfähig ist, das werden auch erste Risse Ihrer Partei im Landtagswahlkampf 2015 oder wahrscheinlich noch früher zu Tage fördern. Wie gesagt, dadurch, dass die Kinder zur Kasse gebeten werden, werden jene Menschen bestraft, die Kinder groß gezogen haben. Jene Menschen, die kinderlos geblieben sind, die, aus welchen Gründen auch immer, keine Kinder haben, für die wird ohnehin von der Allgemeinheit für die Pflege auch Sorge getragen, das ist ja auch eine gesetzlich vorgeschriebene Ungleichbehandlung in der Steiermark hier, das muss man ganz offen sagen. Das ist offensichtlich so, dass hier wirklich eine Bestrafung vorgenommen wird für Menschen, die Kinder aufziehen. Bitte, Sie müssen damit leben. Der Regress deckt ja nur 2 % der Kosten ab, die im Pflegebereich anfallen, weil der Herr Drexler gesagt hat, es trägt zur Konsolidierung des Budgets bei, zu gar nichts trägt es bei. Der Herr Drexler stellt sich hier her und sagt: „Wir haben jahrelang über die Verhältnisse gelebt!“ Er betreibt da gar keine Kindesweglegung. Das Traurige ist nur, dadurch, dass in diesem Land ÖVP und SPÖ jahre- und jahrzehntelang über die Verhältnisse gelebt haben, müssen das jetzt die Steirerinnen und Steirer in diesem Land büßen. *(Beifall bei der FPÖ)* Also, einen Kosten-Nutzeneffekt dadurch, dass nur 2 % abgedeckt werden, den gibt es nicht einmal im Ansatz, diesen Kosten-Nutzeneffekt und dadurch, dass der Kosten-Nutzeneffekt für das Land Steiermark nicht gegeben ist, gleichzeitig aber die betroffenen Angehörigen einer massiven Belastungen ausgesetzt werden, haben wir es hier mit einer Lose-Lose-Situation zu tun, niemandem ist geholfen, weg mit diesem Regress, meine Damen und Herren. *(Heiterkeit bei LTabg. Lang)* Es ist sehr schön, Herr Kollege Lang, dass Sie das erheitert, dass bei uns die Menschen in dieser Form auch belastet werden, das müssen Sie auch mit Ihrem Gewissen in der Obersteiermark, in Leoben, auch vertreten. Zur Pflegeversicherung, zu unserem Entschließungsantrag: Wir wissen alle, dass die Ausgaben im Pflegebereich auf Grund der demografischen Entwicklung in einem viel größeren Ausmaß anwachsen als die Einnahmen der öffentlichen Gebietskörperschaften. Bund, Länder und eben auch Gemeinden können diese Belastung auf Dauer nicht stemmen. So weit sind wir uns ja sogar mit der Regresspartnerschaft einig, wie ich das den Debattenbeiträgen auch entnommen habe. Es ist

aber so, dass weder auf Bundesebene noch im Land Steiermark ein zukunftsfähiges System vorhanden ist. (*LTA*bg. Ing. Ober: „*Wollen wir, wollen wir.*“) Der Regress ist nicht zukunftsfähig, Herr Kollege Ober, das werden Sie aber spätestens bei den nächsten Wahlen erleben. Im Bund gibt es einen Pflegefond, das ist ein erster Ansatz, aber der Pflegefond des Bundes, das wissen wir alle, der greift ja nur mittelfristig und laut Experten handelt es sich nur um einen Tropfen auf den heißen Stein, der auf Dauer nicht zukunftsfähig ist. Ich bringe nun den Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei ein.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Pflegeregress ersatzlos zu streichen.
2. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, ein Konzept für eine allgemeine Pflegeversicherung, finanziert durch eine Zweckbindung von Sozialabgaben, zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren von der Regresspartnerschaft SPÖ und ÖVP, spät aber doch haben Sie auch die Zeichen der Zeit erkannt und haben jetzt auch heute noch einen Entschließungsantrag an die Bundesregierung eingebracht. Wenn wir irgendetwas von der Bundesregierung wollen, ist das immer böse, weil da haben wir als Land Steiermark nichts damit zu tun, aber es ist ja egal, Sie haben ja recht. Aber am Abend wird der Faule fleißig, das trifft in diesem Fall auf Sie zu, meine Damen und Herren. Wir werden diesem Antrag natürlich unsere Zustimmung geben, aber es wäre ja auch der logische nächste Schritt, wenn Sie vom Bund konkrete Maßnahmen verlangen, die auch in Richtung Pflegeversicherung gehen, wenn man sich die Begründung durchliest, dass Sie dem Regress eine Abfuhr ein für alle Mal erteilen würden. Wollen Sie jetzt zweigleisig fahren? Eine Pflegeversicherung kassieren und am Regress festhalten? (*LTA*bg. Schwarz: „*Da haben Sie dem Herrn Landeshauptmann nicht zugehört.*“) Herr Kollege Schwarz, Sie sitzen jetzt ja schon auf dem Klubobmannsessel, ich habe gesagt, ich werde Sie noch würdigen, das mache ich jetzt an dieser Stelle. Herr Schwarz, der Herr Landeshauptmann hat gesagt, es ist die zweitbeste Lösung. Erstens glaube ich nicht, dass wir uns mit zweitbesten Lösungen zufrieden geben sollten und zweitens ist es keine zweitbeste Lösung, es ist eine schlechte Lösung. Wenn es nicht notwendig ist, ist es immer die schlechteste Lösung, die Kinder und Angehörigen abzuzocken. Zum Thema Pflegeversicherung, da hat ja der Herr Klubobmann Drexler auch mehrmals gefordert, er hat im Jahr 2006 im Standard noch eine Pflegeversicherung für kinderlose Bürger, kinderlose Menschen gefordert. Das wollen wir gar nicht, wir wollen, dass

alle hier letztendlich gleich behandelt werden. Meine Damen und Herren, wieso wollen wir das mit einer Zweckbindung von den Sozialabgaben verknüpfen? Es ist so, dass jeder Mensch pflegebedürftig wird, im Regelfall, es gibt natürlich auch zahlreiche Ausnahmen, man kann natürlich auch bereits ab dem Kindesalter pflegebedürftig sein, das wissen wir alle, das ist leider so, aber im Regelfall ist es so, wenn ein Mensch pflegebedürftig wird, hat er normalerweise Jahre- und jahrzehntelang gearbeitet, oft auch schwer geschuftet und sich damit auch eine Existenz aufgebaut, auch einen kleinen bescheidenen Wohlstand erarbeitet in diesem Land, und während dieser ganzen Jahre und Jahrzehnte natürlich auch Abgaben, Steuern und sonstige Aufwendungen im Sozialbereich geleistet. Meine Damen und Herren, das Geld ist da und das ist es, was mich bei Ihnen immer stört. Da müssen wir für diese lächerlichen 2 %, das mit einer Konsolidierung überhaupt nichts zu tun hat, die mit einer Rettung und mit einer Sicherstellung des Pflegesystems überhaupt nichts dazu beiträgt, außer dass es die, die es trifft - und bei dem Punkt wird immer wieder gesagt, es trifft ja nicht so viele - diejenigen, die es trifft, haben nichts davon, wenn sie hören, dass es die Masse nicht betrifft. Das ist ja wirklich ein sehr, sehr bitterer und trauriger Euphemismus, den Sie hier auch an dieser Stelle immer wieder zum Besten geben. Es geht jetzt darum, diejenigen zu entlasten, die die Steuern gezahlt haben, und das Geld, das wollte ich sagen, das Geld ist da. Das stört mich so massiv, wir haben die Milliarden für EU-Pleitestaaaten, wir haben die Milliarden für das Banksystem, für das Korrupte in vielen Ländern dieser Erde, dieses Kontinentes, meine Damen und Herren, wir haben die Millionen auch in der Steiermark für die überfordernden Kosten des Asylwesens, aber für unsere Pflegebedürftigen in der Steiermark haben wir es nicht, und das ist eigentlich ein riesengroßer Skandal in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren, das wollen wir so nicht, das wollen wir abstellen. Abschließend noch, dem Antrag der Grünen betreffend Erbschaftsteuer können wir nicht zustimmen. Ich finde es wirklich gut, dass ihr die Initiative gestartet habt und das Thema mit dem Regress in den Landtag wieder getragen habt, man kann ja nicht oft genug darüber reden, dem Antrag stimmen wir zu. Aber das mit der Erbschaftsteuer ist meiner Meinung nach beim Punkt Pflegeregress eine glatte Themenverfehlung, weil es ist ja nicht Sinn und Zweck der Übung Belastungen abzuschaffen und Belastungen dadurch zu kompensieren, neue Belastungen wieder einzuführen, also eine klare Ablehnung dieses Antrages. Meine Damen und Herren, es ist traurig, Sie regen sich auf, ich hoffe, dass ich von einigen Abgeordneten von SPÖ und ÖVP auch noch etwas zu diesem Punkt höre, weil das jetzige war ja wirklich nichts. Es war immer, dass Sie sagen, es ist Populismus, ich habe es Ihnen bereits gesagt,

dann ist der Herr Sozialminister Hundstorfer auch ein Populist und sind Ihre Seniorenorganisationen Populisten, aber ich sage Ihnen auch ganz klar eines: Wenn der Eintritt für eine solidarische, eine sozial gerechte Steiermark, für ein gerechtes System in diesem Land Populismus ist, dann bin ich mit Leib und Seele ein Populist, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Setzen wir gemeinsam ein Zeichen, weg mit dieser ungerechten Bestrafung der Menschen, weg mit diesem unsozialen Pflegeregress. (*Beifall bei der FPÖ – 15.13 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Abgeordneten für seine Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Abgeordneten Lambert Schönleitner, Herr Abgeordneter, du bist am Wort.

LTAbg. Schönleitner (*15.13 Uhr*): Danke, Herr Präsident! Geschätzter Herr Soziallandesrat, Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es war schon interessant, dass der Landeshauptmann in seiner Positionierung, die sehr spät gekommen ist, weil ich habe ursprünglich schon vermutet, es wird sein, wie es bereits öfter war bei Debatten im Sozialbereich, dass sich die Sozialdemokratie überhaupt in keiner Form deklariert, aber es war (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Da hat noch keiner gesprochen heute, aufwachen.“*) dann schon beeindruckend in Richtung der Sozialdemokratie gesagt, wie der Landeshauptmann aufgetreten ist, mit einer interessanten Botschaft. Kern seiner Botschaft war, ich glaube, er hat gesagt, er hat heute oder gestern einen Brief nach Wien geschickt, das war seine große Botschaft, unglaublich. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Am Abend wird der Faule fleißig!“ – LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Hoffentlich hat er den Brief ausreichend frankiert.“*) Jeder, der das beobachtet hat, ist bestimmt der Meinung, speziell die SPÖ, das war völlig seit Wochen geplant, dass dieser Brief kommt, es hat überhaupt nichts damit zu tun, dass meine Kollegin Ingrid Lechner-Sonnek und die KPÖ und viele andere hier im Haus immer wieder und hartnäckig sagen, man muss über die Themen sprechen, die die Menschen bewegen. (*Beifall bei den Grünen*) Da kommt der Herr Landeshauptmann und sagt, er habe einen Brief verfasst und tut so, als wäre es ihm selbst eingefallen und es würde gar keine Opposition brauchen, dass es sich irgendwie bewegt, sondern er ist überhaupt der, der immer am Tisch haut in Wien und es kommt alles seit Jahren, die Vermögensbesteuerung und alles andere, also das war schon irgendwie jetzt beeindruckend, wie er das gemacht hat. Es war auch beeindruckend, ich habe auch hier im Landtag auf die SPÖ hingeschaut, da ist noch die

Frau Finanzlandesrätin gesessen, der Herr Soziallandesrat und der Landeshauptmann, wie der Herr Klubobmann der ÖVP, Drexler, das Prinzip der Solidarität und die Solidarität überhaupt erklärt hat, wie das funktioniert. Die SPÖ hat sich dies erklären lassen, sie hat aufmerksam zugehört, wie die ÖVP den Begriff der Solidarität erklärt, aber es ist kein Redner herausgekommen und das zeigt viel. (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Wo sind denn alle aus der SPÖ? Sind sie alle am Klo? Die sind alle nicht da, wie der Max Lercher.“*) Ich weiß nicht, wo sie sind. Es kann ja sein, dass man verhindert ist im Landtag, ich möchte es auch nicht kritisieren, heute ist der Kollege Zenz nicht da von der Gewerkschaft, es ist der Kollege Lercher nicht da von der Sozialistischen Jugend, sonst immer zur Stelle, wenn es um irgendetwas geht, (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Ja, wo sind denn die alle?“*) quasi kampfbereit mit der Kampfweste, heute sind sie nicht da. Aber, was ich mir schon erwarten würde, das kritisiere ich ja gar nicht, dass sie nicht da sind, aber dass sie sich zumindest nach außen hin deklarieren. Aber nicht einmal das tun sie. Im Prinzip hat man heute wieder bei dieser Debatte gesehen, dass es so war, die SPÖ ist, wenn es um Sozialthemen in diesem Landtag geht, wenn es um Solidarität geht, schlicht weg nicht vorhanden. Es hat ja auch keine Rede eines Abgeordneten bisher gegeben. (*Unverständlicher Zwischenruf*) Kollege Schleich, also für Menschen, die sich im sozialpolitischen Bereich engagieren, muss es ja sehr schmerzhaft gewesen sein, wie die ÖVP argumentiert, und ihr habt noch dabei geklatscht. Ihr habt geklatscht, wie die Begrifflichkeiten gekommen sind, (*LTAbg. Schleich: „Da brauche ich nicht zu klatschen.“*) dieses Aufspielen natürlich zwischen jenen, die selbst pflegen, die natürlich auch wir Grüne völlig schätzen und das ist eine wertvolle Arbeit, aber jeder, der mit Pflege, mit Sozialbereich was zu tun gehabt hat, der weiß natürlich, so ist das Leben nicht. Es ist oft so, dass man lange pflegen kann und irgendwann kommt dann die Stufe, wo viele Menschen nicht mehr pflegen können, wo sie sich quasi stationäre Unterstützung holen müssen, Frau Landesrätin. (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Da gibt es nichts zu unterstützen.“*) Jetzt sind Sie gerade bei der LKH-West Frage abgestürzt in diesem Land und heute kommen Sie wieder her, mit einer Botschaft, wirklich aus dem vorigen Jahrhundert, ich sage Ihnen das, und tun wieder die Leute, die selbst pflegen und jene, die angewiesen sind auf stationäre Pflege, spielen Sie hier aus. (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Hören Sie mir das nächste Mal bei meinen Ausführungen besser zu.“*) Sie als Landesrätin, wenn das irgendein Abgeordneter von euch aus den hinteren Reihen macht, sage ich ja, aber Sie haben es mit ihrer Antwort auch getan. Das ist schon bezeichnend. Aber noch schlimmer ist, eines ist Schlimmer, schlimmer ist, dass die Sozialdemokratie in diesem Landtag kopfnickend,

jasagend überhaupt nichts dazu zum sagen hat, und das ist aus meiner Sicht bestürzend, das hat man heute wieder gesehen. Es geht um Millionen, natürlich haben Sie recht, natürlich kostet das etwas, aber interessant ist, dass dann die Frau Finanzlandesrätin, wenn die Grünen z. B. hier herinnen, nämlich auf steirischer Ebene, Anträge stellen, einnahmenseitig etwas zu tun, dann ist die SPÖ auch nicht dabei. Sei es die Nahverkehrsabgabe gewesen, seien es die Schotterbarone gewesen, sei es der Glückspielbereich, wo wir natürlich mitten herein halten könnten und jene, die sozial stark betroffen sind, von den Reformen zu entlasten. Das ist nicht der Fall. Ja glauben Sie denn wirklich, Frau Landesrätin, ich darf Sie noch einmal fragen, Präsident Küberl ist sicher eine integre Persönlichkeit, er hat hohes Wissen, wenn man ihm zuhört, wenn er über den Sozialbereich und über die Probleme im Pflegebereich spricht, dann, glaube ich, ist zu spüren, dass er weiß, von was er redet. Er ist kein Populist, weil Sie haben heute wieder alle, die hier herinnen dagegen waren als Populisten, und das ist alles nicht so, aber Küberl hat ja auch nicht nur einmal, sondern mehrfach, jetzt die Steiermark aufgefordert, den Pflegeregress zurückzunehmen. Wir haben das Zitat gehört, ich glaube, Klimt-Weithaler hat es gebracht und Schützenhöfer, das habt ihr ja auch selbst gesagt. Natürlich ist es ein Prinzip der Solidarität zu schauen, welche Leistungen stelle ich in einem System zur Verfügung und es ist einfach sachlich nicht richtig und es ist auch unfair jenen Menschen gegenüber, die auf stationäre Pflege angewiesen sind, auch Angehörige, jenen zu unterstellen, die würden sonst gar nichts machen. Die geben quasi nur ihre betroffenen Familienmitglieder in einer Einrichtung ab und tun sonst nichts. Ich sage Ihnen, diese Menschen tun darüber hinaus noch sehr, sehr viel, aber es gibt Phasen, wo es nicht anders geht und ich glaube, das ist unsere Verantwortung, das ist das Prinzip der Solidarität. Die SPÖ ist offenbar hier völlig Ihrer Meinung, das verwundert nicht mehr, nachdem wir ja die letzten Jahre, seit dem es die Reformpartnerschaft gibt, hier ausgesehen haben, aber ich würde mir einfach wünschen, dass wir jetzt nicht, und damit komme ich dann schon zum Ende, das tun, was der Landeshauptmann getan hat. Der Landeshauptmann hat nämlich neben diesem ominösen Brief, den er ja schon seit Wochen hier quasi in der Schublade gehabt hat und den er jetzt nach Wien schickt, ganz zufällig,... (LTAvg. Schwarz: „Leider können sich die Grünen nicht wünschen, was wir tun.“) lieber Hannes Schwarz, speziell du sollst gut zuhören, weil irgendwie wäre es schon interessant gewesen, dass z. B. auch Vertreterinnen oder Vertreter, Kollegin Getzinger oder auch du, von der Grazer Ebene, weil dort habt ihr die Regressgeschichte massiv kritisiert und habt gesagt: „Das gehört zurückgenommen“, dass ihr hier vielleicht herausgekommen wärt und vielleicht am Rednerpult einmal erklärt habt, was

ist denn eigentlich die Linie? In Wirklichkeit ist es immer so, wenn es um Sozialangelegenheiten geht, da seid ihr dann einfach im Haus nicht vorhanden. Weder der Kollege Lercher, noch der Kollege Zenz, du warst nicht heraußen von der Grazer Ebene, (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, *MBL*: „Wir übernehmen das für euch.“) ich sage Ihnen, es nimmt euch niemand mehr ab, dass in dieser Partei noch irgendwo soziale Inhalte drinnen sind. Die sind nicht drinnen. Dann kommt der Landeshauptmann, auf das will ich noch einmal zurück und sagt: Ja, er hat jetzt großartig hier einen Antrag eingebracht, eine EntschlieÙung an die Bundesregierung, dass im Pflegebereich etwas geregelt wird. Ich sage euch jetzt ganz klar: Inhaltlich unterstützen wir das alles, wir sagen es nicht erst seit heute, sondern schon seit Jahren, dass die Politik erkennen muss, man muss etwas umstellen. Aber ich sage Ihnen auch, und ich begründe es hiermit, dass wir diesem EntschlieÙungsantrag der beiden Reformpartner nicht zustimmen werden, denn eines werden wir nicht zulassen, dass nämlich hier hergegangen und gesagt wird: Das ist ja alles beim Wiener Wähler und das Wesentliche, nämlich das, was die Menschen unmittelbar in der Steiermark betrifft, und über das wir hier heute reden wollten, nämlich über die Regressgeschichte in der Steiermark, dass nämlich dieses Bundesland das letzte ist, das diese Regelung noch hat, speziell wo es um die Geschichte des Regresses geht, dass Kinder für ihre Eltern zahlen, da hat es ja einen schönen Vergleich in einer Tageszeitung gegeben, wie schlecht wir hier liegen im Vergleich mit den anderen Bundesländern, das wollen wir wegkriegen und über das wollen wir hier im Haus heute reden und auch entscheiden, darum werden wir dieser EntschlieÙung nicht zustimmen. Nicht, weil sie inhaltlich nicht stimmen würden, da kann man vieles unterstützen. Es wäre längst an der Zeit. Aber wir werden dem Landeshauptmann der Sozialdemokratie nicht unterstützen, der etwas nicht zusammenbringt, was der Hans Niessl im Burgenland zusammenbringt, was der Michael Häupl in Wien zusammenbringt und was der Peter Kaiser jetzt in Kärnten zusammengebracht hat, dass er jetzt einfach sagt: Bei uns in der Steiermark geht das nicht, sollen sie es im Bund machen. Im Übrigen ist es sowieso absurd in Wirklichkeit keinen einzigen Satz gehört zu haben, wo man vielleicht sagt, im Grunde genommen ist das ein großes Problem. Ich hätte es mutig gefunden, wenn der Landeshauptmann gesagt hätte, es ist eine schlechte Lösung, wir wollen sie nicht. (*LTA*bg. Schwarz: „Zweitbeste Lösung.“) Aber er hat gesagt, es ist die zweitbeste Lösung, das ist Text eines Sozialdemokraten, den man schon sehr, sehr kritisch hinterfragen muss. Aus unserer Sicht hat die Debatte gezeigt, die Reformpartnerschaft ist stur, wie sie bei vielen anderen Dingen stur war, LKH West, wir haben am Dienstag seinerzeit eine Dringliche Anfrage

gestellt, Kollegin Lechner-Sonnek, die Landesrätin hat gesagt: „Alles paletti, alles am Weg, was auf Eis liegt, bleibt lange frisch.“, und wenige Tage später ist es so gekommen, wie wir gesagt, haben, die Geschichte ist nicht machbar und letztendlich hat sich der massive Protest der Bevölkerung, auch der Beschäftigten hier gezeigt, dass das nicht geht. Es gibt viele Beispiele, wo die Reformpartnerschaft, Herr Klubobmann Drexler und auch in Richtung SPÖ gesagt, derzeit scheitert, warum? Weil sie keine Politik mit den Menschen macht, wir sind auch der Meinung, es braucht Reformen, ich sehe manches auch anders als die KPÖ, aber es braucht Reformen, Herr Klubobmann Drexler und in Richtung SPÖ gesagt, die letztendlich mit den Menschen gemacht werden und mitgetragen werden. Ihr fahrt immer mit dem Fahrzeug gegen die Wand und dann passiert einiges, ein letztes – wir kommen dann gleich zum Gemeindebereich – war ja, dass man jetzt gesehen hat bei eurer Musterfusionsgeschichte da oben in Trofaiach, dass die Wahlbeteiligung massiv zurückgegangen ist, warum, und darum sage ich es jetzt da, weil es auch hier nicht gelungen ist, die Bevölkerung auf dem Reformweg mitzunehmen. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Wie haben Sie abgestimmt?“*) Herr Klubobmann Drexler, wie Sie wahrscheinlich gesehen haben, sind wir auch in diesem Gemeinderat jetzt drinnen, wir werden den Kontrollausschuss übernehmen, wir werden das gut machen, das ist gut für die neue Stadt. (*Unverständlicher Zwischenruf von Mag. Drexler*) Ich verstehe Sie schon, Herr Klubobmann, aber ist es nicht so, wenn Sie Ihren Reformweg, den Sie heute hier so glorreich und mit viel Weihrauch beschrieben haben, wenn Sie den anschauen, dann bleibt von dieser Reform in Wirklichkeit ganz wenig über. Es war die Verfassungsreform, die ja jahrelang von der Opposition eingefordert wurde, Proporzabschaffung, die durchgegangen ist, wir haben diese auch mit unterstützt, aber alles andere war in Wirklichkeit Fassade. Beim LKH West hat es man dann gesehen, und Sie werden auch sehen, es wird beim Pflegeregress so sein, dass der Widerstand der Bevölkerung gemeinsam mit der Opposition dazu führt, dass er auch im letzten Bundesland (*Präsident Majcen: „Herr Abgeordneter, bitte zum Schluss kommen!“*) der Republik fallen wird, und das ist gut so. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 15.24 Uhr*).

Präsident Majcen: Danke, die nächste Wortmeldung ist von der Frau Landtagsabgeordneten Bauer. Frau Abgeordnete, bitte.

LTAbg. Bauer (15.24 Uhr): (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Bravo, bravo“.* – *LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Schade, ich hätte so gerne den Schwarz gehört.“*)

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Frau Landesrätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Inhaltlich werde ich zu dieser Debatte nichts mehr sagen. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „oh, oh.“*) Ich kann unserem Herrn Landeshauptmann nur hundertprozentig zustimmen, meinem Vorredner von der freiheitlichen Fraktion will ich eigentlich nicht kommentieren. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Da können Sie nicht viel sagen.“*) Lieber Kollege Schönleitner, dich muss ich jetzt wirklich enttäuschen, jetzt hat sich doch noch eine Kollegin von der Sozialdemokratie gemeldet. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Die nichts sagen will, die nichts sagen kann.“*) Ich finde es spannend, wenn die Opposition immer Wortmeldungen fordert, aber wir sind uns einig, es kommt nicht auf die Quantität der Wortmeldungen an, sondern auf die Qualität. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP - LTabg. Amesbauer, BA: „Die haben Sie ja nicht, sie bringen keine Qualität.“*) Kollegen anzusprechen, die krank sind und zu unterstellen, sie wollen keine Debatte - wenn Sie zu Beginn der Sitzung zugehört hätten, hätten Sie gehört, die Kollegen sind entschuldigt. Ich finde das sehr befremdlich und möchte das auch aufs Entschiedenste zurückweisen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) So, nun zur Debatte zurück, Thema Abschaffung des Regresses, wie gesagt, ich will inhaltlich dazu nichts mehr sagen. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Ihr habt schon lange nichts mehr zu sagen.“*) Es ist ganz klar, dass dieses Problem nur mit einer bundesweiten einheitlichen Lösung gelöst werden kann, solidarisch und für diese solidarische Lösung stehen wir. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP - LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Das ist wie beim Jugendschutzgesetz.“*) Ich darf darum für unsere Fraktion und auch gemeinsam für die ÖVP-Fraktion den Entschließungsantrag einbringen: (*LTabg. Amesbauer, BA: „Frau Kollegin, Sie waren eine Nullnummer.“*)

Wir stellen den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten, dass dem Nationalrat ein entsprechendes Konzept zu einer zukünftigen Pflegefinanzierung zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird. Ich ersuche um Annahme. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.27 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke, Frau Abgeordnete für diese Wortmeldung und dem Entschließungsantrag. Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler zu einer weiteren Wortmeldung.

LTabg. Klimt-Weithaler (15.27 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Frau Landesrätin, Frau Landesrätin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe noch eine Frage zu dem Entschließungsantrag, der jetzt zum Schluss von der Kollegin Bauer eingebracht wurde, vielleicht kann man da ein bisschen näher darauf eingehen. Wenn ich hier lese, ein Konzept zu einer zukunftsfähigen Pflegeversicherung, (LTabg. Schwarz: „Pflegefiananzierung, Frau Kollegin.“) dann müssen Sie ehrlich zugeben, dass da nicht wirklich inhaltlich drinnen steht, was habe ich gesagt, Entschuldigung, Pflegefinanzierung habe ich auch gemeint, steht da, in Wahrheit weiß ich nicht, ist das jetzt etwas, was durch eine Erbschaftssteuer ... (*unverständliche Zwischenrufe der FPÖ*), so, können sich die Herren dort ein bisschen beruhigen, damit ich fertig reden kann, danke, Erbschaftssteuer, oder ist es eine Pflegeversicherung, es wäre sicher, wenn dann noch jemand etwas dazu sagen könnte, denn so kann ich dem Entschließungsantrag nicht zustimmen. Ich möchte auch dazu sagen, ich möchte keine Pflegeversicherung haben, so wie wir es derzeit in Deutschland haben, wo dann letztendlich diejenigen, die weniger Einkommen haben, erst wieder draufzahlen, so viel zu dem. Erlauben Sie mir noch ein paar Bemerkungen, weil ja jetzt doch vor allem vom Kollegen Klubobmann Drexler einiges zu meiner Wortmeldung gesagt wurde. Wissen Sie, ich kann mit dem Vorwurf des Populismus mittlerweile sehr gut leben. (LTabg. Mag. Drexler: „Eben, eben.“) Ich habe auch mittlerweile kein Problem mehr, wenn vom Herrn Landeshauptmann Voves immer ganz gezielt, besonders dann, wenn Medien anwesend sind, so der eine oder andere antikommunistische Satz fällt, wie auch heute wieder. Das ist eigentlich alles egal, denn es ändert absolut nichts an unserer Arbeit und das was Sie immer als Populismus bezeichnen, ist in Wahrheit nichts anders als eine klare Linie. (*Beifall bei der KPÖ*) Ich glaube, gerade Sie haben es erwähnt, Hin und Herspringen, das tun Sie nicht. Was ist denn dann 2008 abgeschafft worden und 2011 wieder eingeführt worden und wird dann eventuell vor der Landtagswahl – ich weiß, es ist eine böse Unterstellung – eventuell doch wieder abgeschafft, (LTabg. Mag. Drexler: „Ein Hin- und Herhüpfen ist das.“) also, was ist es? Das ist Hin- und Herhüpfen, das haben aber Sie gemacht. (LTabg. Mag. Drexler: „Ja, das habe ich ja gesagt, hören Sie mir bitte zu, Frau Kollegin.“) Ja, eben. (LTabg. Mag. Drexler: „In dieser Selbstkritik werden Sie mich auch nicht übertreffen.“) Jetzt haben Sie sich darauf geeinigt, dass Sie sagen, es ist sozial vertretbar, 2008 war es noch soziale Kälte. Das ist Ihre Linie und die ist halt nicht so klar. Wissen Sie, wir brauchen unseren Genossen und Genossinnen nicht zu sagen: „Geht hinaus und nehmt euch der Sorgen der Leute an.“, weil die tun das nämlich. Was diese Solidaritätsbegriffsbestimmungen

anbelangt: Kollege Klubobmann Drexler hat erklärt, die ureigenste Solidarität findet zwischen Kindern und Eltern statt. Ich muss Ihnen dann ehrlich sagen, wenn meine Kinder davon ausgehen, dass ich als Mutter mit ihnen eh solidarisch bin und sonst nichts, dann habe ich ein größeres Problem. Ich glaube, dass es zwischen Eltern und Kindern ein Stück mehr geben muss als eine Solidarität, aber bei dieser Begriffsdefinition, wenn man da genau zugehört hat, was auch der Herr Voves gesagt hat, dann seid ihr euch da nicht so wirklich einig. Sie sprechen davon, dass das etwas zwischen Kindern und Eltern sein muss, der Herr Landeshauptmann Voves sagt allerdings, wir brauchen eine gesamtheitliche solidarische Lösung. Die einzige Einigkeit besteht zwischen Ihnen darin, dass Sie in Wahrheit die Belastung der kleinen Leute weiter fortführen werden, in dem Sie diese Solidarität wie auch immer einfordern. Dann wollte ich Ihnen noch sagen, weil Sie sagen, ich soll nicht den Herrn Meinl als Beispiel nehmen. Das weiß ich schon, dass Ihnen das nicht gefällt, dass es in Österreich leider so ist, dass wir Menschen haben, die so viel Geld haben und die eben steuerlich absolut zu wenig belastet sind und darum werde ich ihn nehmen und ich werde ihn immer weiter nehmen müssen und das werden Sie aushalten müssen. Ihre schönen philosophischen Gedanken, Herr Klubobmann, die sind zwar ein sehr netter Zeitvertreib und ich lausche Ihnen wirklich sehr gerne. Sie haben aber mit der sozialen Realität in der Steiermark absolut nichts zu tun. Sie haben es wieder falsch gesagt, Sie nehmen immer diese 1.500 Euro her. Wenn Sie es nach der Formel rechnen, so wie es uns von der Frau Landesrätin vorgegeben wurde, dann befinden wir uns bei 1.286 Euro, also daran erkennt man, dass Sie das, was Sie hier engagiert verteidigen, gar nicht wirklich verstanden haben. Es stimmt nicht, es sind nicht 1.500 Euro. (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Was ist für Sie das 13. und 14. Gehalt? Einkommen oder was sonst?“*) 1.500 Euro inkl. Weihnachts- und Urlaubsgeld. Die Formel ist, haben Sie gesagt, mal 14 dividiert durch 12. (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Sie wissen, ich habe nicht das Einkommen eines Raiffeisenfunktionärs.“*) Frau Landesrätin, eine Frage, ist die Formel Einkommen, Nettoeinkommen mal 14 dividiert durch 12, ist das richtig? (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Na selbstverständlich, das kommt dabei heraus.“*) Dann kann offensichtlich jemand nicht rechnen, weil dann kommt noch einmal heraus, wenn ich dann auf 1.500 Euro kommen will, dann trifft es schon Leute, die 1.286 Euro beziehen und Sie können es drehen und wenden wie Sie wollen, es ist so. Weil der Herr Voves Einblick in sein Privatleben gegeben hat und uns erklärt hat, wie das bei ihm zu Hause ist; er hat abschließend gesagt, mit 6.000 Euro ist es leicht, mit 2.000 Euro ist es schwerer und sich sage es hier noch einmal: Mit 1.286 Euro ist es ganz schwer und es haben

nicht sehr viele (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Deshalb ist es ja auch sozial gestaffelt.“*) oder in Wahrheit nur eine Familie in der Steiermark einen Bruder zum Landeshauptmann. (*LTabg. Mag. Drexler: „Das ist ja unerhört.“*) Er hat es von sich aus behauptet und ich stelle fest, dass das eine Tatsache ist. (*LTabg. Mag. Drexler: „Haben Sie die Staffelung einmal neu gerechnet? Sie reden da irgendetwas daher, Sie wissen ja gar nicht, wie es den Menschen in der Steiermark geht.“*) Wissen Sie, Herr Klubobmann, Sie können mir vieles vorwerfen, aber nicht, dass ich keine Ahnung davon habe, wie es den Menschen in der Steiermark geht, denn es kommen zu mir täglich Leute, die mit ihren sozialen Problemen da sind. Ich habe da sicher – und das traue ich mir hier zu sagen – einen größeren Einblick als manch andere, die hier auch in dieser Runde sitzen. Abschließend noch, wenn Sie mit diesen Zahlen der Einnahmen hantieren und sagen, 9,68 Millionen wurden durch den Regress eingenommen und wir haben aber jetzt leider kein Geld, damit wir das abschaffen können. Ich sage es einmal noch, Schladming 150 Millionen Euro Landesförderungen, das sind dann ca. 15 Jahre, wo man das schon einnehmen hätte können oder sich erspart hätte. So viel zu dem und Frau Kollegin Bauer, also eines muss ich schon feststellen. Wenn du dich hier herstellst und sagst, du brauchst eigentlich dem, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat, nichts mehr hinzufügen, dann möchte ich hier schon einmal klar festhalten: Das ist der Landtag und das ist die Landesregierung. Was der Kollege Schönleitner da vorher kritisiert hat ist einfach, dass es eine Tatsache ist, dass von den Landtagsabgeordneten niemand Stellung nimmt, aber das ist ja auch ein Zeichen und noch dazu von dir als Gewerkschafterin hätte ich mir etwas Anderes erwartet. (*Beifall bei der KPÖ und den Grünen*) Letztendlich möchte ich nur noch dem Herrn Klubobmann Drexler sagen, es möge ihn verwundern, aber es ist so, als steirische Politikerin und als eine der Landessprecherinnen der KPÖ in der Steiermark ist mir das Wahlergebnis in Venezuela eigentlich relativ fern, weitaus näher sind mir Wahlergebnisse wie in Graz oder Trofaiach. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 15.35 Uhr*).

Präsident Majcen: Danke, Frau Abgeordnete, für diese Wortmeldung, es liegt keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor, ich komme nun zu einer Reihe von Abstimmungen und bitte um erhöhte Aufmerksamkeit.

Ich ersuche nun diejenigen Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP mit der Einl.Zahl 1830/6 betreffend zukunftsfähige Pflegefinanzierung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke vielmals. Gegenprobe:

Dieser Antrag hat die Mehrheit gefunden, gegen die Stimmen von Grünen und Kommunisten.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 1830/2 betreffend allgemeine Pflegeversicherung statt Pflegeregress ihre Zustimmung geben, ... (LTAbg. Klimt-Weithaler: „Wir haben punktuelle Abstimmung gesagt!“) das sage ich schon, noch, bitte ... ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand und folge dem Vorschlag auf eine punktuelle Abstimmung.

Es gibt zwei Punkte, nämlich der Punkt 1: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Pflegeregress ersatzlos zu streichen. Wenn ich darüber abstimmen darf, bitte sehr. Danke vielmals. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden, gegen die Stimmen von ÖVP und SPÖ, dafür gestimmt haben die drei Parteien Grüne, Kommunisten und Freiheitliche.

Punkt 2: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten ein Konzept für eine allgemeine Pflegeversicherung, finanziert durch eine Zweckbindung von Sozialabgaben, zu erarbeiten. Bitte hier um die Abstimmung. Wer ist dafür? Die freiheitliche Partei. Wer ist dagegen? Alle anderen.

Damit hat dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum nächsten Entschließungsantrag. Das ist der Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 1830/3 betreffend Abschaffung des Pflegeregresses. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals.

Gegenprobe: Das sind die Stimmen von Grünen, KPÖ und FPÖ. Wer ist dagegen? Danke.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden gegen die Stimmen der ÖVP und SPÖ.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, mit der Einl.Zahl 1830/4, betreffend Finanzierung der Pflege im Wege einer Erbschaftssteuer, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Das sind die Grünen und die KPÖ. Wer ist dagegen? FPÖ, ÖVP, SPÖ.

Damit hat dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche nun diejenigen Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, mit der Einl.Zahl 1830/5, betreffend Pflegeregress Abschaffung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Wer ist dafür? Grün, KPÖ und FPÖ. Dagegen? ÖVP, SPÖ. Danke schön.

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich der **Dringlichen Anfrage** von Abgeordneten der FPÖ, **eingbracht am Donnerstag, 11. April 2013 um 11.38 Uhr, betreffend Pöfing-Brunn – ein reformpartnerschaftlich verwaltetes Millionengrab.**

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Peter Samt das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt und bitte ihn nunmehr um seine Ausführungen.

LTAbg. Samt (15.39 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Regierungsmitglieder, geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Rückwirkend oder rückblickend auf die jetzt gerade stattgefundenene Diskussion und auf das vorliegende Thema, sollte man vielleicht darüber nachdenken, ob man nicht einen Gemeinderegress oder eine Pleite-Gemeinden-Versicherung abschließen sollte im Land, (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Die SPÖ interessiert das.“*) weil dieses Thema wäre auch angetan, weil, wenn wir in Hinblick auf die letzten Monate und Jahren sehen, wie sich die Lagen in einzelnen Gemeinden unserer Steiermark verschlechtern und zuspitzen, nicht zuletzt durch Untätigkeit, wäre es eine fast sinnvolle Überlegung. Wir sind bei unserer Dringlichen bezüglich des Themas Pöfing-Brunn. Wie der Titel schon sagt, das ist ein reformpartnerschaftlich verwaltetes Millionengrab. In diesem Bereich rudert das Reformschlauchboot ordentlich. Leider begleiten wir diese Gemeinde jetzt schon seit einiger Zeit. Seit 2007 tut es ja die Gemeindeaufsichtsbehörde, dass sie diese Gemeinde begleitet und fest stellt, dass da so ziemlich alles, was da im Argen sein kann, auch so ist und das schlechter

wird. Es wurden, um jetzt vielleicht wieder eine Rückschau zu machen, damit auch euer Gedächtnis wieder ein bisschen zu dieser Causa aufgefrischt wird, es wurden von 2007 weg massive Mängel festgestellt, die aufgezeigt wurden, immer wieder aufgezeigt wurden. Wir haben ja vor fast genau einem Jahr eine Dringliche dazu gemacht, wo wir euch die Berichte der Gemeindeaufsichtsbehörde zur Kenntnis gebracht haben, damit man einmal erkennt, wie es dort denn so zugegangen ist. Es hat sich nicht sehr viel geändert, im Gegenteil. Ich würde sagen, es ist schlechter geworden. Der ehemalige SPÖ-Bürgermeister Pölzl hat sich zurückgezogen und, fast muss ich es so sagen, der arme neue Bürgermeister Thomas Tschiltsch hat Agenden übernommen, ist zum Bürgermeister gewählt worden. Wir erleben eigentlich Stillstand, ist nicht der richtige Ausdruck, wir erleben den Abwärtstift dieser Gemeinde. Oftmals ist seit Mitte vergangenen Jahres von der Gemeindeaufsicht ein schlüssiges Konzept gefordert worden, wie sich die Gemeinde das mit der Finanzierung in weiterer Folge vorstellt, wie das weitergehen wird. Wird saniert, wird nicht saniert? Wie werden wir sanieren? Am 30.01. ist die Marktgemeinde schriftlich aufgefordert worden, einen Bericht, eine schriftliche Stellungnahme abzuliefern, wie denn die finanzielle Lage der Gemeinde aus der Sicht derselben ist. Eine Stellungnahme hat es dann am 30.04. vorigen Jahres gegeben bzw. dann Anfang Mai die nächste Stellungnahme. Alles samt Stellungnahmen oder Informationen, die weder einen Einblick noch eine Aussicht auf die tatsächliche finanzielle Situation der Gemeinde abgibt oder auch nur eine Möglichkeit zeigt, wie es denn besser weitergehen könnte. Im Gegenteil, der Bürgermeister hat sogar zugesichert, dass jetzt hier ein Sanierungskonzept aufgestellt wird. Ersparen Sie mir die Details. Das Sanierungskonzept, das dann vorgelegt worden ist, das nicht einmal annähernd den Gemeinderat passiert hat, wurde von just dem Steuerprüfer oder Steuerspezialisten oder Finanzspezialisten erstellt, der auch an der KG mit involviert war und der Gemeinde und auch der Steuerberater des gegangenen Bürgermeisters Pölzl war. Aus diesem Grund ist dieses Sanierungskonzept abgelehnt worden, schlussendlich sogar von den eigenen SPÖ-Gemeinderäten. Ich habe einmal an einer Gemeinderatssitzung teilgenommen, wo zum wiederholten Mal versucht wurde auf Basis des Sanierungskonzeptes, das eigentlich nie richtig vorgelegt worden ist, eine Verbesserung dieser Sachlage herzustellen, in dem man schlussendlich hergeht und die Gemeindebevölkerung belastet. Gebühren erhöht, Indexanpassungen durchführen will und sozusagen die Schulden, die die Gemeinde verursacht hat, wie auch immer sie dazu gekommen ist, auf die Bevölkerung abzuwälzen. Das hat dann nicht einmal mehr funktioniert. Das heißt, der Bürgermeister ist mit seinem

Sanierungskonzept, das ohnehin keiner haben wollte, alleine da gestanden und hat auch nichts mehr weiter dazu gebracht. Auf unser Hinterfragen, was da denn los sei, hat es immer geheißen – es ist ja schade, dass Kollege Klubobmann Kröpfl heute nicht da ist. Er war ja einer, der dort ja auch sehr stark im Bezirk involviert ist und auch versucht hat, das weiß ich, sich redlich bemüht hat, gemeinsam mit dem ÖVP-Bezirksobmann, den ehemaligen Kollegen LTabg. a.D. Kainz, hier irgendetwas zusammenzubringen. Aber, meine Damen und Herren, wenn die handelnden Personen, und da sind wir wieder beim gleichen Thema, nicht in der Lage sind wirtschaftlich zu arbeiten, zu denken oder Entscheidungen treffen zu können, dann hat das alles keinen Sinn. Es hat keinen Sinn. Wenn ich mir jetzt auf Basis der letzten Dringlichen, ich habe immer noch den Klubobmann Drexler im Kopf, was er da erzählt hat – wie hat der Kollege Schönleitner gesagt „Weihrauch mit Weihrauch getränkt“ – „Tiefe Verantwortung der Landesregierung“ habe ich mir da aufgeschrieben. „Wir ziehen Lehren daraus, was hier in der Vergangenheit passiert ist. Die Schuldenpolitik der letzten Jahre muss eingedämmt werden. Wir müssen hier zumutbare Lösungen ...“ – auf die blöde Geschichte hinbezogen, aber immerhin. Tiefe Verantwortung der Landesregierung, meine Damen und Herren, das ist genau der Punkt, da hacke ich jetzt ein, das verlange ich jetzt. Weil das, was hier passiert in den letzten Jahren und Monaten in Richtung Pölfing-Brunn ist verantwortungslos. *(Beifall bei der FPÖ)* Die Sorgen, die sich die Landesregierung offensichtlich über Pflege, zu pflegende Personen in unserem Land macht, sind überboardend. Wir haben also alle möglichen Versuche in Richtung irgendwelcher Konsolidierungen, aber die Gemeindebevölkerung von Pölfing-Brunn ist euch offensichtlich völlig schnuppe. Ihr reagiert schlicht und ergreifend auf die vorliegenden Berichte der Gemeindeaufsichtsbehörde nicht. Es wird weder darauf reagiert, noch wird in irgendeiner Form dagegen gesteuert. Im Gegenteil, man muss, das höre ich jetzt schon seit einem Jahr, dem Bürgermeister Zeit geben, der Gemeinde Zeit geben, man muss versuchen, hier einen Weg zu finden. Es gibt keinen Weg, meine Damen und Herren. Wir haben jetzt den Weg, dass ein Jahr ins Land gegangen ist, es wurde kein Sanierungskonzept vorgelegt, das schlüssig wäre oder erkennen würde, dass die Gemeinde Pölfing-Brunn auf einen besseren Weg wäre. Im Gegenteil, Anfang dieses Jahres hat die Gemeindeaufsicht eine neuerliche Einschau in die Gebarung der Gemeinde Pölfing-Brunn durchgeführt und die ist eigentlich desaströs. Ich ziehe ein paar Sachen heraus: Ein negativer Kontostand von 542.000 Euro, offene Rechnungen in der Höhe von 540.000 Euro, Tilgungen von Krediten und Darlehen wurden nicht geleistet, bestenfalls die Zinsen. Der Entwurf des Rechnungsabschlusses 2012 weist im Ordentlichen Haushalt einen

Sollabgang von 250.228 Euro auf. Fällige Tilgungen, haben wir schon gesagt, sind hier noch nicht einmal berücksichtigt worden. Der Außerordentliche Haushalt hat zusätzlich einen Sollabgang von 359.000 Euro. Die von der Marktgemeinde Pölfing-Brunn angedachten Tilgungsaussetzungen im Jahre 2012 und den Folgejahren 2013 bis 2015 führen, und das ist auch ein Erkenntnis, die von der Aufsicht kommt, zu keiner Veränderung der Haushaltssituation. Ich schiebe sozusagen nur das Problem, das ich gerade jetzt habe, weiter in die Zukunft und in eine schlechte Zukunft für diese Gemeinde. Die gemeindeeigenen Orts- und Entwicklungs-KG hat einen negativen Kassenbestand von 393.000 Euro, darüber hinaus gibt es Rechnungen von 240.000 Euro. Für die von der KG bei der BAWAG PSK aufgenommenen Darlehen sind ab August 2011 keine Tilgungsleistungen mehr vorgenommen worden und laut dem Tilgungsplan sind diese auch schon endfällig gestellt. Die Gemeindeaufsicht kommt dabei zur Erkenntnis, dass es hier keine geordnete Haushaltsführung gibt. Die Zahlungsfähigkeit der KG kann – no ja – nur mehr über die Transferzahlungen der Marktgemeinde sichergestellt werden, aber die hat selber kein Geld. Zusammenfassend stellte die Gemeindeaufsicht bei dieser Nachschau fest, dass die bisherigen von der Marktgemeinde Pölfing-Brunn gesetzten Maßnahmen hinsichtlich Sanierung des Gemeindehaushaltes nur ein Stückwerk darstellen und keinesfalls ein Sanierungskonzept darstellt, um die Gemeindefinanzen wieder in den Griff zu bekommen. Laut Gemeindeaufsicht hat z. B. die VOBIS Kommunalbau GmbH, das ist eine Tochter der Siedlungsgenossenschaft Köflach, deren Obmann Kollege Abgeordneter Peintinger ist, (*LTA*bg. *Petinger*: „*Petinger!*“) – Entschuldigung, ich bin aufgeregt, ich werde mich bessern, Herr Kollege - sowohl gegen die Gemeinde Pölfing-Brunn, als auch gegen die KG eine Klage auf Zahlung von fälligen Forderungen in der Höhe über 180.000 Euro im Laufen sind und die Klagskosten von über 5.000 Euro. Die sind bereits beim Landesgericht in Graz eingebracht. Der Sozialhilfeverband Deutschlandsberg hat am 02.01.2013 den Antrag bei der Gemeindeaufsicht eingebracht, dass die Steiermärkische Landesregierung mittels Bescheid die offenen Forderungen gegenüber der Gemeinde Pölfing-Brunn in Höhe von 274.000 Euro vorschreiben möge. Trotz dieses für den Gemeinderat und den Gemeindevorstand von Pölfing-Brunn vernichtenden Urteils hinsichtlich der Nachkommen und Besorgung ihrer Aufgaben, haben wir das erlebt, dass die Gemeindeaufsicht am 28. Jänner 2013 noch einmal eine allerletzte Frist, eine aller-, allerletzte Frist für die Vorlage eines Sanierungskonzeptes eingebracht hat. Bis Ende März 2013 hätte der Gemeinderat dieses Konzept in Wirklichkeit vorlegen sollen. Jetzt haben wir, wie wir wissen, nicht mehr März, sondern es ist bereits

April. Es gibt dieses Konzept immer noch nicht und, meine Damen und Herren, Hand auf das Herz, es wird dieses Konzept nicht geben, weil die Herrschaften dort einfach nicht mehr in der Lage sind. Die Verantwortung des Gemeinderates, die laut der Gemeindeaufsicht die Entscheidungen, die ja nachhaltige Verbesserungen der Haushaltssituation hätten ergreifen müssen, ist vertagt worden oder mehrheitlich abgelehnt worden. Die geringfügigen Maßnahmen zur Verbesserung des Haushaltes sind zunächst beschlossen und auf Druck der Gemeindemitglieder ein paar Monate später teilweise oder ganz rückgängig gemacht worden. Trotz der äußerst angespannten wirtschaftlichen Situation des Gemeindehaushaltes in Pölfing Brunn, insbesondere betreffend die Liquiditätslage der Gemeinde, hat sie zahlreiche Beschlüsse im Jahr 2012, man höre und staune, noch gefasst, die Mehrkosten in der Verwaltung der Gemeinde bedeuten. Das ist Erkenntnis auch der Gemeindeaufsicht. Von den Verfehlungen, die im Vorfeld schon passiert sind bezüglich des Gemeinderechtes kommt noch dazu, dass im Jahr 2012 der Gemeindevorstand nicht mehr die gesetzlich vorgesehene Anzahl von Sitzungen durchgeführt hat, weil es der Bürgermeister nicht einberufen hat oder nicht können hat. Besonders bedenklich ist aber trotzdem, dass der Gemeinderat Beschlüsse gefasst oder in dem Fall der Vorstand gefasst hat, wenn sie sich getroffen haben, die zu einer negativen Entwicklung des Gemeindehaushalts beitragen, wie z. B. der Beschluss über die Umwandlung einer Mietzinsforderung in eine Subvention. Das heißt, es geht hier völlig in die falsche Richtung. Die unterlassenen Aktivitäten der Gemeindeorgane in Pölfing-Brunn kann auch die Gemeindeaufsicht jetzt nicht mehr wirklich so interpretieren, dass es hier möglich ist, dass man eine ordnungsgemäße Besorgung der Amtsgeschäfte sieht, oder dass die Gemeinde dazu imstande ist. Wie ich schon gesagt habe, bis zum heutigen Tage existiert weder ein Sanierungskonzept für die Marktgemeinde, auch nicht für die KG. Es gibt keinen Budgetvorschlag für die Gemeinde für das laufende Jahr 2013 und es ist offensichtlich so, dass sich der hiesige Gemeinderat trotz dieser desaströsen Lage nicht seiner Verantwortung wirklich bewusst ist und hier entsprechende Handlungen setzt. Die Einsetzung eines Regierungskommissärs sowie die sofortigen Neuwahlen sind angesichts dieser Umstände in Wirklichkeit die einzige Möglichkeit, um die Gemeinde wieder aus dieser finanziellen Sackgasse zu führen, die schlussendlich, und das müssen wir uns ja in Wirklichkeit auch eingestehen und da bitte ich ja um das Verständnis der anwesenden Gemeindevertreter, Bürgermeister und Gemeinderäte, es fällt auf die Köpfe der Gemeindebürger und die müssen das bezahlen, in weiterer Folge natürlich über die getätigten Bedarfszuweisungen, die das Land geben muss, um die Löcher zu stopfen, praktisch jeden steirischen Steuerzahler.

Wir stellen daher an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer in seiner Funktion als Aufsicht für diese SPÖ-Gemeinde folgende Dringliche Anfrage:

1. Wie hoch beziffern Sie als ressortzuständiges Regierungsmitglied den Gesamtschuldenstand der Marktgemeinde Pölfing-Brunn sowie der gemeindeeigenen Orts- und Entwicklungs-Kommanditgesellschaft?
2. Wie hoch beziffern Sie die Hilfszahlungen bzw. andere Geldleistungen wie Bedarfszuweisungen dergleichen, die seitens des Landes in den Jahren 2010, 2011, 2012 und 2013 nach Pölfing-Brunn geschickt wurden?
3. Warum wurde dem Gemeinderat von Pölfing-Brunn nach dem 31. März 2013 abermals eine Fristverlängerung zur Vorlage eines Sanierungskonzeptes gewährt?
4. Bis zu welchem Datum muss der Gemeinderat von Pölfing-Brunn das geforderte Sanierungskonzept für die Gemeinde bzw. für die KG, sowie den Budgetvoranschlag für das Jahr 2013 für die Gemeinde bzw. die KG vorlegen?
5. Was werden Sie als ressortzuständiges Regierungsmitglied unternehmen, wenn bis zum Ablauf der neuerlichen Fristsetzung abermals die geforderten Konzepte und Budgetvoranschläge nicht vorliegen?
6. Für die Gemeindeaufsicht erscheint es fraglich, "ob die Marktgemeinde Pölfing-Brunn zur ordnungsgemäßen Besorgung ihrer Aufgaben imstande ist". Wie beurteilen Sie als politisch verantwortlicher Gemeindereferent der Landesregierung diese Angelegenheit?
7. Obwohl für das laufende Jahr ständig Ausgaben für die Gemeinde anfallen, war der Gemeinderat von Pölfing-Brunn bislang noch nicht in der Lage, für das Jahr 2013 einen Budgetvoranschlag zu beschließen. Was werden Sie angesichts dieser sowie der anderen in der Begründung angeführten klaren Verstöße gegen die Gemeindeordnung unternehmen?
8. Was hindert Sie als ressortzuständiges Regierungsmitglied einen Regierungskommissär einzusetzen und damit einen Neustart in Pölfing-Brunn zu ermöglichen?
9. Glauben Sie ernsthaft, dass nach der bisherigen Erfolgsbilanz des Gemeinderates von Pölfing-Brunn, letzterer imstande sein wird, ein tragfähiges Sanierungskonzept auf den Weg zu bringen?

Ich bitte um die Beantwortung. Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ – 15.58 Uhr)*

Präsident Majcen: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Wortmeldung und seine Ausführung und erteile nunmehr dem als zuständig benannten Referenten der

Landesregierung, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (15.58 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werte Kollegen und Kolleginnen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg ist zu Ihrer Dringlichen Anfrage festzuhalten, dass Sie diese praktisch ausschließlich mit dem Inhalt des Schreibens der Aufsichtsbehörde begründen, die diese am 23. Jänner 2013 in Wahrnehmung der Aufsicht an die Marktgemeinde Pöfling-Brunn gerichtet hat. Dieses Schreiben ist in meinem Auftrag als politisch zuständiger Aufsichtsreferent an die Gemeinde ergangen. Ihre Anfrage zeigt mir, dass Sie meine Arbeit Aufsichtsreferent offensichtlich sehr schätzen. Wie Sie diesem Schriftstück entnehmen konnten und auch in der Anfrage ausführen, ist die Aufsichtsbehörde umfangreich tätig geworden:

- Gebarungsprüfung im Jahr 2012 über die Nacheinschau zum Prüfbericht vom Jahr 2007
- Mehrmalige Aufforderung zur Ausarbeitung eines Sanierungskonzeptes im Jahr 2012
- Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Pöfling-Brunn am 11. Jänner 2013 durch Mitarbeiter der Aufsichtsbehörde
- Schriftliche, umfangreiche Aufforderung der Aufsichtsbehörde vom 23. Jänner 2013 an die Marktgemeinde Pöfling-Brunn, bis zum 31. März 2013 u. a. ein vom Gemeinderat zu beschließendes Sanierungskonzept vorzulegen.

Es wurden somit von Seiten der Aufsicht alle Maßnahmen ergriffen, die in einem solchen Fall zu ergreifen sind.

Zu Ihren Fragen, Frage eins: Die Marktgemeinde Pöfling-Brunn weist im Rechnungsabschluss 2012 per 31.12.2012 einen Schuldenendstand in der Höhe von 3.451.704,00 Euro aus. Nach Auskunft der Marktgemeinde Pöfling-Brunn hat die Marktgemeinde Pöfling-Brunn Orts- und Infrastrukturentwicklungs-Kommanditgesellschaft per 31.12.2012 einen Verbindlichkeitsstand in der Höhe von 4.122.399,94 Euro.

Zur Frage zwei: An die Marktgemeinde Pöfling-Brunn wurden in den Jahren 2010 bis 2013 vom zuständigen Gemeindeferenten, Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves, folgende Bedarfszuweisungsmittel ausgezahlt:

2010: 250.000,00 Euro

2011: 230.000,00 Euro

2012: 245.000,00 Euro

2013: sind bisher noch keine Bedarfszuweisungsmittel geflossen.

Zu den Fragen drei und vier: Der Bürgermeister der Marktgemeinde Pölfing-Brunn hat mit Schreiben vom 29. März 2013 um Fristerstreckung für die Vorlage des vom Gemeinderat zu beschließenden Sanierungskonzeptes ersucht. Dem vorangegangen ist eine Gemeinderatssitzung am 27. März 2013, in der alle Fraktionen – also auch die Opposition – dem Antrag zugestimmt haben, gemeinsam ein Sanierungskonzept für die Marktgemeinde Pölfing-Brunn und Marktgemeinde Pölfing-Brunn Orts- und Infrastrukturentwicklungs-Kommanditgesellschaft zu erarbeiten und um eine Fristerstreckung für die Übermittlung des Konzepts bis 30. April 2013 zu ersuchen. Da die Auflösung des Gemeinderates und die Einsetzung eines Regierungskommissärs das allerletzte und schärfste Mittel der Gemeindeaufsicht darstellt, wurde in Würdigung der einstimmig geäußerten Absicht des Gemeinderates, der in der Bundesverfassung verankerten Gemeindeautonomie und unter besonderer Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips die Frist zur Vorlage des Sanierungskonzeptes bis zum 30. April 2013 letztmalig verlängert.

Zur Frage fünf: Sollte der Gemeinderat der Marktgemeinde Pölfing-Brunn trotz gegenteiligen Gemeinderatsbeschlusses vom 27. März 2013 nicht in der Lage sein, das geforderte Sanierungskonzept vorzulegen, ist aus heutiger Sicht das Verfahren zur Auflösung des Gemeinderates und zur Einsetzung eines Regierungskommissärs nach § 103 Gemeindeordnung fortzusetzen.

Zur Frage sechs: Da die Gemeindeaufsicht in diesem Fall in meiner politischen Zuständigkeit liegt, ist die von Ihnen zitierte Meinung der Gemeindeaufsicht aus dem bereits mehrmals zitierten Schreiben vom 23. Jänner 2013 naturgemäß mit meiner Meinung als Aufsichtsreferent identisch.

Zur Frage sieben: Die Marktgemeinde Pölfing-Brunn wurde im bekannten Schreiben der Aufsichtsbehörde vom 23. Jänner 2013 auch aufgefordert, bis spätestens 31. März 2013 den Voranschlag für das Jahr 2013 vorzulegen. Die Frist dafür wurde bis zum 30. April 2013 verlängert.

Zur Frage acht: Die Einsetzung eines Regierungskommissärs gem. § 103 Gemeindeordnung setzt die Auflösung des Gemeinderates – somit die Auflösung des demokratisch gewählten Vertretungskörpers – voraus. Die Auflösung erfolgt mittels Bescheid der Landesregierung, der bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts bekämpfbar ist. Es sind daher gerade bei diesem stärksten Eingriff, um es zu wiederholen, in die Gemeindeselbstverwaltung und in das passive Wahlrecht jedes Gemeinderatsmitglieds dieser Gemeinde die entsprechenden Bestimmungen der Bundesverfassung und der Gemeindeordnung genauestens einzuhalten.

Die Auflösung des Gemeinderates soll im Ausnahmefall dann erfolgen, wenn durch andere gegen die Gemeinde ergriffenen Aufsichtsmaßnahmen ein nachhaltiger Erfolg nicht erzielt werden konnte. Mit den bisher durchgeführten Aufsichtsmaßnahmen sind die Aufsichtsmittel in der Gemeinde Pölfing-Brunn erschöpft. Der Gemeinderat von Pölfing-Brunn hat somit bis 30. April 2013 letztmalig die Möglichkeit, entsprechende ernsthafte Maßnahmen zur Sanierung der Gemeinde einzuleiten und der Aufsichtsbehörde darüber zu berichten.

Zur Frage neun: Mutmaßungen sind in der Gemeindeaufsicht kein Maßstab. Ich habe mich an den Fakten und den zutage tretenden Handlungen zu orientieren. Alle Parteien des Gemeinderates der Marktgemeinde Pölfing-Brunn haben einstimmig beantragt, die Frist um vier Wochen letztmalig zu verlängern, um vielleicht in einem gemeinsamen Kraftakt ein Sanierungspaket zu schnüren, welches die Gemeinde wieder in ruhigere finanzielle Gewässer führt. Es ist mein Verständnis von Gemeindegeldverwaltung, dass ich diese Absicht respektiere. Applaus wäre möglich. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.07 Uhr)*

Präsident Breithuber: Ich danke für die Beantwortung. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 48 Abs. 5 Geschäftsordnung hin, wonach die Regierungsmitglieder sowie die HauptrednerInnen nicht länger als 20 Minuten und die DebattenrednerInnen nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr LTAbg. Samt Peter. Ich bitte um das Wort.

LTAbg. Samt (16.07 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bedanke mich einmal für diese offene Beantwortung dieser von uns gestellten Fragen, die, wenn man sich die Zahlen anschaut, ja tatsächlich gerechtfertigt ist. Immerhin müssen wir jetzt feststellen aufgrund dieser Informationen und Daten, die wir da bekommen haben, dass die pro Kopf Verschuldung der Pölfing-Brunner von 470 Euro je Gemeindebewohner weitaus höher ist, als die bei dem Problem Fohnsdorf, das wir schon hatten. Ich frage mich natürlich schon, warum wir angesichts dieser wirklich prekären Lage für eine 1.600 Einwohnergemeinde so lange zuwarten. Als langjähriger Gemeinderat und Gemeinderatsmitglied verstehe ich natürlich diesen Beschluss der Gemeinde, die versuchen wird, sich natürlich nicht selber aufzulösen und natürlich jetzt wiederum versucht hat hier eine weitere Fristverlängerung zu erwirken und sie offensichtlich auch endfällig sozusagen

mit 30. April bekommen hat. So sehr ich mir das wünsche, dass das die Gemeinde Pölfing-Brunn macht und zusammenbringt – eigentlich wünsche ich mir das schon seit einem Jahr, aber ich habe halt leider Gottes das Problem, dass mein Vertrauen in diese Gemeindeführung nach all dem, was ich selber schon in meiner Anwesenheit dort miterlebt habe, und nach all dem, was ich hier bereits gesehen, gelesen und sonstiges habe, hier meinerseits große Zweifel sind, dass das jetzt, wo es ein ganzes Jahr lang nicht zu schaffen war und nicht möglich war, in diesem Monat noch machbar ist. Aber naja, Faktum ist in jedem Fall, dass wir hier auf Kosten der Gemeindebevölkerung warten. Wir warten, und geben Fristverlängerungen, die schlussendlich dazu führen, dass die Gemeindebevölkerung dort nicht nur verunsichert ist, sondern auch möglicherweise sogar damit rechnen muss, dass weitere Grauslichkeiten in Form von weiteren Erhöhungen und sonstigen Dingen dazukommen werden. Dieser Glaube daran ist berechtigt, weil bis jetzt hat ja in Pölfing-Brunn immer die Gemeindebevölkerung das auslöffeln müssen, was die Politik vor Ort hier eingebrockt hat. Genau dort liegt auch mein Problem, dass ich sage, es hat nicht nur die Politik vor Ort zu lange zugeschaut und mitgemacht, oder sogar die Verursachung herbeigeführt, sondern natürlich auch die Politik darüber. Das Thema Gemeindeautonomie ist, was wir jetzt in diese Richtung ja nicht zum ersten Mal gehört haben, ja wirklich schon relativ mühsam, weil eine falsch verstandene Gemeindeautonomie dazu führt, dass man offensichtlich zwar sieht, dass die handelnden Akteure dort nicht in der Lage sind die Gemeinde wirtschaftlich zu führen, sich auf das zurückzuziehen und so lange zuschauen bis dort alles kaputt ist. Das sind meiner Meinung nach übertriebene Freundschaftsdienste, die niemandem dienen, außer möglicherweise ein paar Firmen, die noch glauben oder auch hoffen, ein Geld von der Gemeinde zu bekommen. Wenn man sich den Schuldenstand anschaut, wir reden von einer Gemeinde, die 1.600 Einwohner hat, die ein Budget von 2,7 oder 2,8 Millionen Euro hat und die haben 3,5 Millionen Euro Schulden plus über vier Millionen Schulden einer KG. Wie das überhaupt funktioniert, weiß ich nicht. Ich meine, wir haben das Thema heute auch schon gehabt, natürlich auch die gemeindeinternen Aufsichts- oder Rechnungsaufsichtsorgane auch versagt. Das muss man so sehen. Weil bevor nicht die Geschichte mit dem Bürgermeister Pölzl aufgetreten ist, hat das offensichtlich keiner mitbekommen. Da haben halt alle zugeschaut und mitgemacht und habe gesagt, das wird schon schön werden alles. Das Gegenteil ist der Fall. Die redlichen Bemühungen und jetzt schlussendlich diese Konsequenzen in Rechnung tragend und vielleicht sollte ich auch noch auf das kurz eingehen, was Herr Landeshauptmannstellvertreter eingangs erwähnt hat, ja wir schätzen die Arbeit der

Gemeindeaufsicht sehr. Das, was ich weniger schätze ist, dass dann über der Gemeindeaufsichtsbehörde herumgedruckt, vertuscht und sonstiges wird, und einfach nichts weitergeht. Da wird so lange gedeckelt, bis einfach alles explodiert. Das ist nicht tragbar, meine Damen und Herren. Das müssen wir endlich abstellen. *(Beifall bei der FPÖ)* Wir haben mit dem Geld des Steuerzahlers in den Gemeinden und auch nicht im Land nichts zu herumtun und zu vertuschen oder zu verdecken. Es muss doch bitte möglich sein, dass man solche Sachen im Vorfeld verhindern kann, wo das dann nicht so aussieht, dass man über sieben Millionen Schulden zusammenbringt in einer Gemeinde, die damit zwei Jahresbudgets plus dem außerordentlichen Jahresbudget bestreiten könnte. Sie kann jetzt nicht einmal mehr die Zinsen ihrer Bankkredite zurückzahlen. Was das bedeutet, muss ja in Wirklichkeit jedem hier klar sein. Auch, wenn wir den neuerlichen Termin verstehen und wenn wir verstehen, dass man hier denen noch eine aller-, aller-, allerletzte Chance geben müssen, werden wir trotzdem hier und heute einen Entschließungsantrag einbringen, der nichts anderes bedeutet, als dass wir diesem Landtag Folgendes abverlangen:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in der Marktgemeinde Pöfing-Brunn mit sofortiger Wirkung einen Regierungskommissär einzusetzen.
2. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine möglichst rasche Abwicklung von Gemeinderatsneuwahlen in der Marktgemeinde Pöfing-Brunn sicherzustellen.
3. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bundesrechnungshof mit dem Ersuchen heranzutreten, eine Gebarungsprüfung des Haushaltes der Marktgemeinde Pöfing-Brunn durchzuführen.

Ich bitte hier um Ihre Zustimmung. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 16.14 Uhr)*

Präsident Breithuber: Zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Georg Mayer. Ich bitte um die Wortmeldung.

LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (16.14 Uhr): Danke schön, Herr Präsident! *(LTAbg. Mag. Drexler: „Ihr seid immer im Doppelpack.“)* Wir müssen im Doppelpack hier die Wortmeldungen abgeben, nach dem die SPÖ heute scheinbar schläft oder geistig nicht anwesend ist. Nach dem der Klubobmann fehlt, scheint es hier ein bisschen an der Koordinierung zu fehlen, denn ich bin mir nicht sicher, ob ihr heute schon zwei

Wortmeldungen abgegeben habt. Immerhin geht es ja hier um eine Gemeinde, wo ja ein Roter Bürgermeister sitzt. Also, ganz so ist es nicht. Es ist schön und das ist der Hauptgrund warum ich mich jetzt überhaupt melde, weil Herr Landeshauptmannstellvertreter gesagt hat, die Fachabteilung hat alles unternommen. Das ist schön, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass die Fachabteilung alles unternommen hat. Das ehrt die Fachabteilung. Es geht doch hier immerhin um einen schmalen Betrag von acht Millionen Euro. Acht Millionen Euro, gerade vorhin diskutieren wir über den Regress und was er dem Land bringt und jetzt hören wir, hier geht es um acht Millionen Euro, die diese kleine Gemeinde an Schulden hat. Mit dem Geld hätten Sie schon ein Jahr zum Beispiel auf die Regressförderung verzichten können. Nur, dass man einen kleinen Vergleich hat. Das Problem ist aber nicht, dass die Fachabteilung gute Arbeit leistet und genau vorgibt wie das sein soll, sondern das Problem ist, dass die politisch Verantwortlichen das genau eben nicht tun. Das ehrt Sie nicht, das ehrt, wen auch immer nicht, den politisch Verantwortlichen, dem Roten Bürgermeister, der dort sitzt und nichts tut und glaubt, dass er mit acht Millionen Euro bei einem Minimalbudget da noch weiter abwinken wird können. Und das ehrt auch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter nicht besonders, wenn er uns jetzt hier völlig gelassen – zugegeben, völlig gelassen – erzählt, dass da ohnehin so vorgegangen wird, wie das sein soll und, dass für ihn da kein Handlungsbedarf besteht. Das finde ich irgendwie sehr bedenklich. Denn heute, noch einmal, diskutieren wir über ein ernstes Thema wie diesen Regress und auf der anderen Seite sehen wir, dass es dieser Landesregierung, im speziellen Fall dem Kollegen Schützenhöfer, scheinbar völlig egal zu sein scheint, wenn hier acht Millionen Euro in ein leeres Grab nachgeschüttet werden. Ich glaube, dass das ja noch nicht alles wird, denn da kommt ja bestimmt noch etwas auf uns zu, so wie etwa in Fohnsdorf. Es ist uns nicht wurscht, es ist uns zumindest nicht wurscht, wenn das Geld der österreichischen Steuerzahler in derartige Pleitegemeinden geschoben wird. *(Beifall bei der FPÖ)* Da komme ich jetzt wieder einmal zurück zur SPÖ – ich weiß nicht, Kollege Schwarz hat eh eine Freude gehabt, dass ich mich gemeldet habe, vielleicht hat er jetzt irgendeine Wortmeldung heute noch zu einem politischen Thema von der SPÖ, weil sonst, ich weiß nicht, verzweifeln auch wir schon langsam daran, dass eure politische Verantwortung und eurer politisches Gewicht immer weniger wird. Aber das ist euch selbst überlassen. Ich weiß schon, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie sind schon lange dabei – ich weiß schon. Vielleicht haben Sie deswegen diese Gelassenheit, wenn es um acht Millionen Euro geht. Uns fehlt diese Gelassenheit in diesem Zusammenhang. Ich möchte jetzt

nur kurz eine Message mitgeben: Darüber würde ich mir einmal Gedanken machen, wenn ich Sie wäre. Denn ein gutes Zeichen ist das auf keinen Fall. *(Beifall bei der FPÖ – 16.18 Uhr)*

Präsident Breithuber: Der Nächste am Wort ist Kollege Schönleitner.

LTAbg. Schönleitner (16.18 Uhr): Danke, Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben heute ohnehin schon viel über Gratkorn gesprochen, aber Herr Landeshauptmann, ich komme nochmals heraus, weil es wieder eine Rote Gemeinde ist. Kollege Samt hat es schon gesagt, irgendwann fragt man sich schon, dass es immer Rote Gemeinden sind. Ich meine, es müsste ja schon in irgendeiner Weise auch möglich sein, dass man vielleicht einmal eine Verbesserung erreicht, Herr Landeshauptmann. *(Landeshauptmann Mag. Voves: „Menschen sind sehr unterschiedlich.“)* Die Menschen sind sehr unterschiedlich, aber offenbar ist es Ihnen bisher nicht gelungen, in irgendeiner Weise, Sie sind ja auch der Vorsitzende dieser Partei ... *(Landeshauptmann Mag. Voves: „Bürger wählen sie.“)* Sie würden die gar nicht wählen. Na ja, dann würde ich als Vorsitzender schon manchmal hinschauen auf Ihre Funktionärinnen und Funktionäre und in Ihrer Kontrollverantwortung, die Sie ja haben, auch als Aufsichtsbehörde, um vielleicht doch hinzuschauen, ob das alles in Ordnung ist. Aber, ich meine, der Hinweis, dass Sie die ja nicht wählen, die Bevölkerung ist schuld, der ist ein bisschen kühn. *(Landeshauptmann Mag. Voves: „Das ist ein politisches System.“)* Aber es ist Ihre Formulierung gewesen. Was ich Ihnen nur sagen will: Ich würde mir einfach wünschen, dass es irgendwann ein Bewusstsein gibt in diesem Lande. Speziell bei den beiden Gemeindereferenten, dass nicht dauernd so getan wird und gesagt wird, wir haben da einen Haufen Abgangsgemeinden. Das sind speziell die Kleingemeinden, da müssen wir fusionieren, da muss etwas geschehen, da müssen wir Druck machen, damit wir dieses Land – wie sagt ihr immer – zukunftsfähig machen, das glaubt zwar kaum mehr wer, aber ihr sagt das noch immer. In Wirklichkeit ist es aber so, da können wir uns viele Beispiele ansehen - das war Zeltweg mit einem Problem in letzter Zeit, es war das große Problem in Fohnsdorf, es war Trieben seinerzeit, wir haben in Kammern Probleme gehabt, es hat auch in Köflach schon Probleme gegeben - wo es sichtbar wird und darum bin ich jetzt noch einmal herausgegangen, dass es letztlich ja etwas anderes ist, was das Geld jener Gemeinden verbraucht, die ordentlich wirtschaften. Das sind speziell sehr oft auch die kleinen Gemeinden. Das hat mit der Größe

überhaupt nichts zu tun, sondern das Problem ist, dass unser Kontrollsystem, Herr Landeshauptmann, nämlich die Gemeindeaufsicht auf vielen Ebenen total versagt. Ich sage dazu, aus meiner Sicht sind das nicht primär die Beamtinnen und Beamten, die dort in der Abteilung sitzen, die leisten gute Arbeit, das glaube ich auch, aber es ist noch immer das steirische System, dass nämlich von der Regierungsbank aus die politischen Referentinnen und Referenten Einfluss nehmen. Das haben Sie ja in Fohnsdorf perfekt praktiziert, Herr Landeshauptmann, und sagen, das macht nichts. Da gibt es schon drei Warnungen und die Referenten sagen noch immer es ist alles egal, wir werden das schon alles hinkriegen. Das verstehen die Leute nicht mehr. Ich glaube, mit Ihrem Fusionszwangsdruck, den Sie noch immer machen, erreichen wir eines und die Trofaiachwahl hat es uns ja gezeigt, wir waren dort auch Pro-Fusion von Grüner Seite, unsere Leute, aber es hat uns gezeigt, die Menschen verstehen das nicht. Es geht in eine Richtung, dass sie letztendlich nicht mehr zur Wahl gehen, dass es eine Politikverdrossenheit gibt und eine Wahlbeteiligung dann halt irgendwo bei 60 % im Kommunalbereich ist. Ich glaube, das muss man schon berücksichtigen, dass da offenbar etwas schief läuft. Ein Grund, glaube ich, ist dafür, weil nicht konsequent dort hingeschaut wird, wo wirklich etwas zu tun ist im Kommunalbereich, nämlich im Kontrollbereich, dass es eine standardisierte Kontrolle gibt, wo man früh genug gegensteuern kann und dann auch sagen kann, so geht es nicht. Dann gibt es keine Landesmittel mehr, dann muss vorher etwas geschehen in Richtung Qualität, sonst gibt es die Bedarfszuweisungsmittel oder Förderungen auf Landesebene nicht mehr. Erklären Sie mir einmal, Herr Landeshauptmann, das hat mich wirklich vor einigen Wochen irritiert, ich glaube, das war vor 14 Tagen ungefähr, da mussten wir lesen, dass es in Fohnsdorf jetzt so ist, dass Gemeindevermögen verkauft wurde – da ist es um diese Wohnungen gegangen. Tun Sie nicht so, als wenn Sie nichts damit zu tun hätten. Wir Grüne haben sogar zugestimmt unter Kritik der KPÖ dort oben, weil wir gesagt haben, das ist ein wirtschaftliches Prinzip. Die ÖVP, Herr Landesrat Buchmann, hat es übrigens nicht getan, dass man dann, wenn man halt wahnsinnige Schulden hat, eben auch Vermögen veräußern muss, damit man sich wieder irgendwie fängt. Ich habe gesagt, wir stimmen zu, aber unter einer Bedingung, dass eines nicht passiert und das hat der Bundesrechnungshof eingefordert seinerzeit und auch der Regierungskommissär, den die Steiermärkische Landesregierung dort hinaufgeschickt hat, dass nämlich die Erlöse aus diesem Verkäufen dazu hergenommen werden, um wieder in die Therme zu investieren, in dieses Finanzloch, wenn es noch kein Gesamtkonzept gibt. Und genau das ist dort passiert. Jetzt werden Rutschen für den Sommerbetrieb gekauft, weil dann ist das Finanzproblem der

Therme, so hat irgendein Berater ihnen mitgeteilt, gelöst. Das ist aus unserer Sicht ein großes Problem. Es war völlig klar, wenn Gemeindevermögen veräußert wird, dann muss es herangezogen werden, um Schulden zu tilgen aus dieser wahnsinnige Misswirtschaft, die in Ihrem Umfeld und auch mit Ihrem Zusehen, Herr Landeshauptmann, da oben über Jahre geschehen ist. Dass man dann hergeht und sagt, das geht wieder in Richtung Therme und es gibt kein Gesamtkonzept.... (*Präsident Breithuber: „Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten zum Thema zu kommen!“*) Das ist das Thema Gemeindeaufsicht von Pölfing-Brunn mit einem Sidestep nach Fohnsdorf. Ich glaube, hier ist es wichtig, die Qualität, das zeigt uns auch Pölfing-Brunn ganz klar, im Bereich der Gemeindeaufsicht zu heben. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit einmal irgendein Stück im Kontrollausschuss gehabt, da ist der Bundesrechnungshof da gewesen, der bietet für Gemeinden, für Kommunen ein spezielles Modul an im Controllingbereich als Serviceleistung für die Gemeinden. Ich habe dann dort gefragt, wie viele steirische Gemeinden das nutzen. Die Antwort hat er mir dort nicht geben können, wir haben sie dann schriftlich nachgeliefert bekommen. Ich glaube, es waren nicht einmal fünf in der Steiermark. Das ist das Problem. Das wäre sogar eine Serviceleistung, nicht die böse Kontrolle. Es wird nicht in Angriff genommen. Ich würde mir wünschen, Herr Landeshauptmann, dass Sie hergehen und eine ehrliche Politik betreiben, eine offene Politik und die sagt eben auch, dass im Kommunalbereich die Finanzierung dort problematisch wird, wo die Kontrolle des Landes als Aufsichtsbehörde versagt. Aber, dass Sie nicht dauernd so tun, als würden Sie mit Fusionierungen eigentlich alles lösen. Gratkorn hat uns gezeigt, dass Gemeinden mit super Einnahmensituationen nicht in der Lage sind, wenn die Kontrolle nicht funktioniert, ihre Gemeinde ordentlich zu führen. Und nach Pölfing-Brunn, letzter Satz, gehört dringend ein Regierungskommissär. Denn ewig zu warten, das wird uns wahrscheinlich nichts bringen. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 16.25 Uhr*)

Präsident Breithuber: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1838/2, betreffend dringender Handlungsbedarf in der Marktgemeinde Pölfing-Brunn ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der ÖVP und SPÖ.

Wir kommen zur Behandlung der letzten **Dringlichen Anfrage** von Abgeordneten der FPÖ. **Eingebracht am Freitag, dem 12. April 2013 um 11.02 Uhr an Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder betreffend Schließung von Spitälern und Abteilungen.**

Ich erteile Herrn LTAbg. Hannes Amesbauer, das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTAbg. Amesbauer, BA (16.26 Uhr): Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Diese Dringliche an Frau Landesrätin Edlinger-Ploder, muss ich ehrlich sagen, mache ich nicht gerne, weil wir aus der Erfahrung dieser Legislaturperiode wissen, dass bei sehr vielen Dringlichen im Spitalsbereich eigentlich durch die Bank unbefriedigende Antworten Ihrerseits, Frau Landesrätin, gegeben hat. Sie nehmen das Thema scheinbar nicht wirklich ernst. Der Grund, warum diese Dringliche dennoch notwendig ist, ist dieses Zeitungsinterview von Ihnen mit der Überschrift „Edlinger-Ploder: Wir müssen ganze Spitäler schließen“. Eine Thematik, die in der bisherigen Debatte um Spitalsstandorte und –abteilungen, die immer ausgenommen und verneint wurde auch von Ihrer Seite. Es ist schon sehr, sehr interessant so etwas zu sagen. Da muss man vielleicht auch ein kleines Zitat bringen, um den Kontext zu verstehen. Die Frau Landesrätin sagt also in der Kleinen Zeitung vom 10. April 2013 mit eben der Überschrift „Wir müssen ganze Spitäler schließen“, sagt Sie wörtlich: „Wir arbeiten daran, ganze Strukturen, Abteilungen, aber auch Häuser wegzubekommen.“ Wenn man so irgendetwas sagt, dann muss man ja zumindest im Hinterkopf schon Pläne und Vorstellungen haben, welche Standorte es betrifft, welche Krankenhäuser es betrifft, welche Abteilungen es möglicherweise es betrifft und welche Strukturen somit auch letztlich zerstört werden sollen. Weil Sie sagt ja, ganze Strukturen, Abteilungen, aber auch Häuser will sie wegbekommen. Edlinger-Ploder sagt weiter: „Wir arbeiten an einem neuen Plan. Es geht um die Verbundlösung LKH West und Sigmund Freud Klinik, die langfristig auf das LKH Süd hinauslaufen soll. Dann brauchen wir die Häuser der Brüder in Eggenberg und das LKH-West nicht mehr.“ So das Zitat. Der Fairness halber muss ich dazu sagen, Sie haben in der Zeitung gesagt, da ist die Rede von einem Zeitraum von 25 Jahren. Das will ich Ihnen hier gar nicht unterschlagen. Aber, wenn man solche Aussagen tätigt und wenige Tage danach auch von den KAGes-Spitzen, von den Herren Fartek und

Tscheliessnigg zu lesen bekommt, dass es eben in diese Richtung geht, dass man ganze Standorte wegbekommt, dann ist es, glaube ich, schon hoch an der Zeit, hoch notwendig auch hier im Landtag Aufklärung zu fordern. Weil, Frau Landesrätin, Sie haben das leider wieder so gemacht, wie Sie das immer machen in einem sensiblen Bereich, es gibt keine Gespräche mit Betroffenen, es wird niemand informiert. Nein, es wird gepoltet und es wird wüst über die Zeitung das verkündet: „Wir müssen ganze Spitäler schließen“, und somit die Menschen verunsichert. Sie sind es ja immer, die uns, das haben wir ja heute auch schon erlebt im Zuge der vorangegangenen Dringlichen Anfragen, dass da immer Kritiker und diejenigen, die Probleme auch aufzeigen und Antworten einfordern, wie es unsere Pflicht als Abgeordnete auch in diesem Haus ist, als Populisten und auch Panikmacher hingestellt werden. Aber was ist denn das denn sonst, außer die Bevölkerung zu verunsichern und eine Panik zu verbreiten. „Wir müssen ganze Spitäler schließen, wir müssen Standorte und Häuser wegbekommen“. Das lasse ich mir nicht erzählen, auch wenn dem zugefügt wird, um das Ganze abzuschwächen, da geht es um einen Zeitraum von 25 Jahren. Da möchte ich aber schon wissen, welche Häuser sind betroffen. Aus meiner Region möchte ich wissen, ist Mürzzuschlag betroffen, z. B., wo ja heuer trotz aller Argumente, die dagegen gesprochen haben und trotz der Bürgerproteste, die stattgefunden haben, die unverantwortliche Schließung der Chirurgischen Abteilung und somit auch eine Gefahr eben für die Gesundheitsversorgung der ganzen Region auch durchgezogen wurde, das wollen wir jetzt schon wissen. Ich habe ja damals schon gesagt, Schließung der Chirurgie, das wird der erste Schritt sein, um das ganze Haus irgendwann als Landeskrankenhaus abzustoßen und zuzudrehen. An der Spitze der Landesregierung steht ja natürlich der Landeshauptmann. Man hat ja das immer wieder gehört, also im Wahlkampf sind vom Landeshauptmann Plakate wenige Tage vor der Landtagswahl vor Spitälern gestanden und zu lesen war: „In der Steiermark wird kein einziges Spital geschlossen.“ Interessant, Herr Landeshauptmann Voves mit der Überschrift, es werden keine Spitäler geschlossen, ist ja auch auf der Homepage der Landesregierung zu finden und das ist bitte aktuell. Es steht ja immer noch oben. Es ist zwar von vor der Landtagswahl, das ist schon richtig, aber das steht nach wie vor auf der Homepage. Was ist jetzt das Programm dieser selbst ernannten Reformpartnerschaft? Werden jetzt Spitäler geschlossen oder nicht? Was passiert mit dem LKH-West? Das sind Fakten, das sind klare Fragen, die wir beantwortet haben wissen. Sie gehen doch wieder einmal her und stellen da etwas in den Raum, kündigen das groß an, so wie Sie das immer getan haben. Das ist ja nichts Neues, die Antworten fehlen. Es gibt keine Gespräche, keine Diskussionen mit

den Betroffenen und ob die Menschen in den Regionen verunsichert sind, das ist Ihnen egal, so wie wir das von Ihnen kennen in Ihrer typischen unsensiblen Manier in diesem sehr, sehr sensiblen Bereich.

Sehr geehrte Frau Landesrätin, ich stelle jetzt die Fragen:

1. Um welche (Kranken)Häuser, die Sie „wegbekommen“ möchten, handelt es sich?
2. Bei welchen Abteilungen ist von Ihrer Seite an eine Verlegung bzw. Zusammenlegung mit einer anderen Abteilung gedacht? Um welche Abteilungen im Krankenhausbereich handelt es sich hierbei?

Sehr geehrter Herr Präsident, ich würde mich sehr freuen, wenn Sie für ein bisschen Ruhe und Aufmerksamkeit hier sorgen könnten.

3. Bei welchen Abteilungen werden Sie weitere Schließungen vornehmen?
4. Von welchen Strukturänderungen sprechen Sie?
5. Welche (Kranken)Häuser bzw. Abteilungen werden Sie noch in der jetzigen Gesetzgebungsperiode als zuständige Landesrätin verlegen und/oder schließen?
6. Gibt es Pläne für die Nachnutzung des Hauses Hörgas über die Sie den Landtag in Kenntnis setzen können? Wenn ja, welche?

(Präsident Breithuber: „Entschuldigung Herr Abgeordneter, ich bitte das Auditorium etwas leiser zu sein. Er hat recht. Bitte!“) Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

7. Über welche neuen Ergebnisse für die Nachnutzung des Hauses Enzenbach können Sie dem Landtag berichten?
8. Gibt es einen Umsetzungsplan für ihre „Verbundlösung LKH Süd“?
 - 8.1. Falls nein, bis wann ist es Ihnen möglich einen Umsetzungsplan zu präsentieren?
9. Können Sie den Zeithorizont in Bezug auf die „Verbundlösung LKH Süd“ näher erläutern?
10. Wie viele und welche Mitglieder umfasst die Expertengruppe „Verbundlösung LKH Süd“ und mit welchen damit verbundenen Kosten rechnen Sie?
11. Wie gedenken Sie, Ihr kolportiertes Einsparungsziel von knapp 26 Millionen Euro mit der geänderten Situation des Nicht-Übersiedelns der Barmherzigen Brüder in das LKH Graz West zu erreichen?
12. Werden Sie, entgegen Ihrer bisherigen Vorgehensweise, bei Ihren Projekten alle Betroffene im Vorfeld in den Prozessverlauf einbinden? Wenn nein, warum nicht?

Ich bin sehr gespannt auf Ihre Antworten. *(Beifall bei der FPÖ – 16.34 Uhr)*

Präsident Breithuber: Ich erteile Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder zur Beantwortung dieser Dringlichen Frage.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (16.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Abgeordnete!

Ich habe heute schon verraten, dass ich mich meistens am Vorabend, sofern er mir zur Verfügung steht, mit den Dringlichen Anfragen beschäftige, so war das natürlich auch bei dieser der Fall. Ich habe mir dann gestern überlegt, Herr Abgeordneter Amesbauer, dass Sie mir doch den Hinweis erlauben, dass Sie anscheinend Zeitungen, in dem Fall die Kleine Zeitung, besser lesen, als beschlossene Dokumente des Gesundheitsfonds, in dem Sie aber nicht selbst, sondern mit Ihrem Klubmitglied Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger vertreten sind. Ich muss das relativieren. Sie lesen nicht nur die beschlossenen Dokumente, Sie kritisieren meine unzureichenden Antworten, (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Es kennt sich keiner mehr aus, Frau Landesrätin!“*) aber Ihre jetzige Einleitung hat gezeigt, Sie haben mir überhaupt nie zu gehört, wenn wir über die Spitalsreform debattiert haben, denn dann hätten Sie vielleicht a) mitbekommen müssen, dass zwar einerseits Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek heute nicht ganz wahrheitsgemäß gesagt hat, wir haben schon Spitäler geschlossen. Leider, so schnell geht das nicht, oder Gott sei Dank. (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Weil Sie Ihr Parteiobmann zurückgeholt hat!“*) Aber b), es ist allen Häusern bekannt, weil im aktuellen RSG 2011, der am 29. Juni beschlossen wurde, sind alle Dinge angesprochen, von denen Sie hier referiert haben. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Spitalsschließungen?“*) Ja, selbstverständlich, Hörgas, Enzenbach, Mariazell, ist alles ersichtlich und Sie haben es jetzt selbst erwähnt, dass Sie bei näherer Lektüre der Zeitung auch erfahren hätten, dass ich hier über eine Zukunftsentwicklung durch die Verbundlösung eines LSF und mit dem LKH West eine Zukunftslösung der Reinvestition in etwa 25 Jahren mit dem Begriff LKH Süd in Zusammenhang gebracht habe. Damit möchte ich nur noch einmal unterstreichen, das Interview und auch die Argumentation für die steirische Spitalsreform beziehen sich auf den im Juni 2011 beschlossenen regionalen Strukturplan Gesundheit, kurz RSG und sollte Ihnen in diesem Haus eigentlich nicht neu sein. Dort sind nämlich alle Kapazitäten im stationären Bereich im Vergleich von a) Istanalyse, d. h. wie viele Betten gibt es wo heute, b) die Gegenüberstellung, wie lautete der RSG 2009, ein Plan den man heute als alt bezeichnen kann, weil er von meinem Vorgänger, Kollegen Hirt, damals erstellt wurde gemeinsam mit dem Gesundheitsfonds und c) den RSG 2011 aktuell. Das heißt, Sie können anhand dieses

Planes auch genau nachvollziehen, was in einer Zeitreihe passiert ist und es ist transparent dargestellt. Dieser Regionaler Strukturplan Gesundheit und ich möchte und muss es anscheinend noch einmal wiederholen, ist nach den Vorgaben eines österreichischen Strukturplans erstellt und ist sozusagen eine Pflichtaufgabe an die Länder gemäß diesem ÖSG, diesen Plan zu erstellen und ihn vorzulegen. Worum geht es, in drei kurzen Worten: Um die Anpassung der Versorgungsstrukturen an die modernen Standards, um den Aufbau einer Wohnort nahen abgestuften und an die regionalen Bedürfnisse angepassten medizinischen Versorgung und um die langfristige Sicherstellung dieser medizinischen Versorgung in der Steiermark. Grundlagen bzw. Parameter sind folgende Faktoren: Die Aufgaben der Häuser werden klar verteilt, die Kooperationen sollen gestärkt werden. Die Konzentration von Spezialkompetenzen bei gleichzeitiger Entlastung zentraler Häuser von der Standardversorgung, die Entwicklung neuer Versorgungsmodelle zur vertieften Kooperation zwischen stationärer und ambulanter Versorgung, auch wieder zu finden in der Österreichischen Gesundheitsreform in gemeinsamer Arbeit mit den Sozialversicherungen. Eine bessere fachärztliche Versorgung in peripheren Regionen, auch dies ist insbesondere auf die Sozialversicherungszusammenarbeit bezogen, eine Verbesserung des Entlassungsmanagements, eine deutliche Stärkung der ambulanten und tagesklinischen Versorgung in Wohnortnähe der PatientInnen und eine Umstrukturierung der chirurgischen Versorgung. Kurze Zeit nach der Beschlussfassung dieses Regionalen Strukturplans, der quasi alle stationären Kapazitäten aufgezeigt hat und die Entwicklung dazu, wurde Seitens der KAGes bereits ein Umsetzungsplan ausgearbeitet und auch dieser ist seit Juni 2011 verfügbar und wurde auch kommuniziert. Zahlreiche Projekte dieses Umsetzungsplanes wurden bereits realisiert. Einige konnten sogar schon abgeschlossen werden. Dazu zählen beispielsweise die Umsiedelungen der Geburtenstationen von Bruck a. d. Mur nach Leoben und die Schließungen der Geburtenstationen am LKH Voitsberg und LKH Wagna, die Verlagerung der Inneren Medizin Stolzalpe nach Knittelfeld, die Schließung der Abteilung der Chirurgie am Standort Mürzzuschlag, (*LTA*bg. *Amesbauer*, *BA*: „*Schwerer Fehler!*“) sowie die Inbetriebnahme der Psychiatrieambulanz am LKH Bruck mit 1. Jänner 2013. Erwähnen möchte ich auch noch die Erweiterungen der tagesklinischen Leistungen, weil wir auch hier sehr schnell konkrete Schritte setzen konnten. Mit Mai 2013 wird die Tagesklinik für Augenheilkunde am LKH Bruck in Betrieb genommen und am Klinikum Graz wurde auch dieser Ausbau auf der Augenklinik bereits realisiert. Zwischen 2013 und 2017 sind diesem Plan gemäß weitere Inbetriebnahmen mehrerer Tageskliniken geplant. An dieser Stelle,

glaube ich, ist es auch Zeit Danke zu sagen für die professionelle und erfolgreiche Umsetzung Seitens der KAGes und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Erst kürzlich habe ich in einem Vorstands Jour fixe mit den zwei Vorstandsmitgliedern der KAGes kurz innegehalten, denn man kann wirklich stolz sein, was dieses Unternehmen in den letzten zwei Jahren mit dieser Umsetzungsphase bereits geschafft hat. Diese Strukturreform, wie wir sie vorgelegt haben, ist nicht nur ein klares Bekenntnis zur Zukunftssicherung des Steirischen Gesundheitssystems in einer sehr stark, weiterhin sehr stark regionalisierten Form, die gleichzeitig darauf Rücksicht nimmt, dass der medizinische Fortschritt die weitere Entwicklung lenkt und nicht die populistische Veränderungsablehnung. Nicht allen Alles, aber jeder und jedem was sie und er braucht. Um aber die beste Patientenqualität unter geltenden Rahmenbedingungen von Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit aufrechtzuerhalten, ist es eben nicht sinnvoll, diese Bettenreduktionen auf allen Stationen oder Disziplinen vorzunehmen, sondern sogenannte sprungfixe Größen zu suchen, die es ermöglichen, verschiedene Bereiche am jeweiligen Standort zu konzentrieren. So ist das Beispiel der Weiterentwicklung des LKH Mürzzuschlag zu einem Zentrum für ältere Menschen, ein sehr gutes Beispiel sinnvoller Veränderung, *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Nein!“)* die klar eine Perspektive für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Bevölkerung in der Region aufzeigen. *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Da haben aber 500 dagegen demonstriert auf der Straße!“)*

Nun zu Ihren Fragen:

Die Fragen 1 bis 5: In der Versorgungsplanung sind kurzfristige, mittelfristige und langfristige Perspektiven zu beachten. Die mittelfristige Perspektive wurde mit einem Planungshorizont 2020 in diesem bereits beschlossenen RSG Steiermark 2011 abgebildet. Darin enthalten sind alle Schließungen von Abteilungen, Krankenhäusern, aber auch die angestrebten Krankenhausverbünde. Zahlreiche Projekte wurden, wie gesagt, schon realisiert. Zahlreiche werden zeitnah umgesetzt. Einige aber erst langfristig. Um Ihnen hier eine weitere Vorlesung des RSG zu ersparen, darf ich Sie a) ersuchen, dies in den vorhandenen Unterlagen nachzulesen, möchte aber sehr gerne auch das Angebot machen, in einem der nächsten Ausschüsse für Gesundheit und Pflege gemeinsam mit den Vertretern von Gesundheitsfonds und KAGes darüber auch ausführlich zu berichten und wenn Sie es so wollen, auch einen Zwischenstand, der natürlich nicht im RSG abgebildet ist, zu geben. Darüber hinausgehend sind in dieser Legislaturperiode keine weiteren Maßnahmen geplant. Für die Planungsregion Graz werden aufgrund der nicht zustande gekommenen Lösung zwischen LKH West und

Barmherzigen Brüdern gerade Alternativszenarien entwickelt. Grundlage ist und bleibt aber der RSG 2011 und die darin definierten Kapazitäten. Das ist nicht neu. Wir werden auch in dieser Legislaturperiode, wenn Sie das meinen, keine Neuauflage des RSGs machen, sondern wie bisher in den letzten Monaten konzentriert und Mitarbeiterfreundlich an der Umsetzung dieses Plans arbeiten. Gleichzeitig kümmere ich mich aber intensiv mit den regionalen Vertretern bzw. externen Partnern um eine sinnvolle Nachnutzung bestehender Immobilien, die eben zur Schließung anstehen und in diesem Plan genannt sind. Als Beispiel darf ich hier auch Mariazell oder Schwanberg nennen, weil wir hier sehr konkret auch schon Projekte aufgesetzt haben und konkrete Arbeitsgruppen. Aber Sie können eben auch die Verlegung des Landespflegezentrums Kindberg nach Mürzzuschlag hernehmen, um eben zu sehen, dass eine nachhaltige Lösung mit dem Bedarf der Region abgestimmt werden muss. (*LTAbsg. Amesbauer, BA: „Läuft auf die Schließung des Spitals hinaus!“*) Deswegen investieren wir dort? Das ist eine interessante Interpretation, die sei Ihnen aber unbenommen. (*LTAbsg. Amesbauer, BA: „In den Pflegebereich investieren Sie. Das wollen wir aber nicht!“*)

Zu den Fragen 6 und 7: Für das Krankenhaus Hörgas gibt es verschiedene Modelle mit durchaus ernst zunehmenden Interessenten. Die Verhandlungen sind nicht einfach, weil es bei der Wunschvorstellung einer Nachnutzung im gesundheitlichen oder pflegerischen Bereich auch darum geht, Verträge mit bundesweiten Institutionen zu bekommen, um die auch andere Regionen rittern. Faktum ist, dass wir uns um eine Nachnutzung im Bereich Gesundheit oder Pflege bemühen und die KAGes gleichzeitig die Verlagerung der Betten von Hörgas in die Landesklinik Sigmund Freud, so wie im RSG dargestellt, vorbereitet. Das Krankenhaus Enzenbach wird zumindest bis 2019 weitergeführt, um die gerade fertiggestellten Investitionen auch noch zu nutzen. Aus diesem Grund wurde das Projekt Seitens der KAGes in die letzte Periode der Umsetzung gereiht und gibt es für dieses Haus auch noch keine konkreten Verhandlungen für eine Nachnutzung.

Zu den Fragen 8 bis 10: Die Zusammenführung des LKH West und LSF in einen Krankenhausverbund ist auch bereits im RSG 2011 festgelegt und beschlossen. Zur Realisierung dieser Maßnahmen ist außerhalb der bestehenden Struktur keine Expertengruppe notwendig. Ein sogenannter Krankenhausverbund ist eine gängige und seit Jahren geübte Praxis zwei getrennte Immobilien wie einen Standort zu führen. Der erste in der Steiermark war der Krankenhausverbund Judenburg-Knittelfeld. Aber andere sind schon gefolgt. Seitens der KAGes wurde mir also mitgeteilt, dass bezüglich dieser Verbundlösung LKH West und LSF eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, die noch in diesem Monat ihre Arbeit aufnimmt,

genauso wie für den Verbund Bruck und Leoben, der auch im RSG 2011 verankert wurde. Diese Arbeitsgruppe besteht aus den betroffenen Anstaltsleitungen und den dafür verantwortlichen KAGes Repräsentanten in der Zentrale und wird bei jeweiligem Umsetzungsstand mit den notwendigen Experten aus den einzelnen Bereichen ergänzt. Der von mir in den Mund genommene Begriff „LKH Süd“ ist, wie in der Einleitung ausgeführt, eine absehbare Entwicklung, die aber frühestens bei Reinvestition des LKH West in Angriff genommen wird und deshalb von mir mit einem Zeitraum von 25 Jahren beziffert wurde.

Zur Frage 11: Der Gesundheitsfonds und die Mitarbeiter wurden von mir beauftragt die Szenarien weiterzuentwickeln, die zumindest einen Teil der Einsparungen sicherstellen können. Grundlage ist und bleibt der RSG 2011.

Zur Frage 12: Selbstverständlich werden, wie auch bisher von mir auch praktiziert, alle Beteiligten und Betroffenen rechtzeitig eingebunden.

Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.48 Uhr)*

Präsident Breithuber: Danke für die Beantwortung. Ich eröffne nun mehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 68 Abs. 5 Geschäftsordnung hin, wonach die Regierungsmitglieder sowie die HauptrednerInnen nicht länger als 20 Minuten und die DebattenrednerInnen nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Amesbauer.

LTAbg. Amesbauer, BA (16.48 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ja, Frau Landesrätin, es ist wieder das typische Verhaltensmuster wie auf Dringliche Anfragen, speziell der FPÖ, reagiert wird. Wir haben das nicht gelesen, wir kennen uns nicht aus, wir wissen überhaupt nicht, um was es geht. Darum laden Sie uns ein, uns da bessere Gedanken darüber zu machen. Das kennen wir auch mittlerweile zur Genüge. Ich will Ihnen aber schon sagen, dass ich den RSG in den verschiedensten Versionen schon auch sehr genau gelesen habe, wie der damals auch im Landtag debattiert wurde. Im RSG, zu den Schließungen, da ist schon drinnen das Ziel mit Hörgas, Enzenbach mit dem LKH und auch mit Mariazell, aber nicht von weiteren Standorten. *(Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Wo lesen Sie in der Kleinen Zeitungen von weiteren Standorten?“)* Spitalstandorte, ganze Häuser. Sie werden ja jetzt nicht mit dieser Geschichte ... *(Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Hörgas ist ein ganzes Haus, wenn Sie es kennen.“)* Das ist ja schlimm genug, dass Sie das schließen. Ich kenne es. Weil Sie auch gesagt haben, Sie investieren in das

Krankenhaus Mürzzuschlag, ein Zentrum für ältere Menschen. Was immer das auch bedeuten soll. Das ist bei uns in der Region so gut wie jedem schleierhaft und wird durch die Bank von der Bevölkerung auch abgelehnt, weil dieses Zentrum für ältere Menschen läuft ja nur dahin aus, dass Sie Infrastruktur in Kinderberg, wo das LPZ bestens funktioniert, aber eben aufgrund der Richtlinien neu gebaut gehört, einfach dort abziehen und nach Mürzzuschlag transferieren. Das verbessert für das Krankenhaus nichts und das geht ja in die Richtung der Schließung des Krankenhauses, weil Sie das eben nur mehr für die Altenpflege dort verwenden wollen. Das stimmt mich schon sehr, sehr nachdenklich und da läuten schon ein bisschen die Alarmglocken, wenn Sie sagen, na ja, wir werden ja nicht etwas investieren, um es dann zu schließen. Na, was ist dann in Hörgas Enzenbach passiert? Da ist investiert worden. Da ist ja erst vor gar nicht langer Zeit die modernste Pulmologie Europas eröffnet worden, wo elf Millionen investiert wurden. (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Nicht von mir.“*) Sie sagen aber nicht von mir. Bitte, Sie sind ja schon längere Zeit Mitglied dieser Landesregierung, wie man auch kürzlich den Medien entnehmen konnte. Immer wenn Sie sagen, Sie investieren etwas in einen Standort, dann muss man eh schon aufpassen, wenn gleichzeitig die Kernaufgabe eines Krankenhauses, und die Kernaufgabe eines Krankenhauses ist nun einmal nicht die Altenpflege, das ist ein Faktum, zurückgenommen werden, wie die Chirurgie. (*Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Die geriatrische Medizin gibt es auch. Im Übrigen ist die auch vor Kurzem eröffnet worden.“*) Ja natürlich gibt es das, aber das ist auch in Ordnung. Ich sage aber auch dazu, Sie wissen es ja, die da waren, das war damals, wenn ich mich richtig erinnere, der Antrag vom Kollegen Murgg. Dieser Antrag lautete ja, die REM-Station mit der vollen Chirurgie. Das wurde hier in diesem Haus auch mit großer Mehrheit, auch mit Stimmen der ÖVP, wo ja damals der Klubobmann Drexler ein Brandredner für die Sache war, so beschlossen. Aber gut, es gibt eben immer diese Aussagen von Ihnen. Wir reden ja nicht von einem Zeitraum, was vor zehn Jahren war, nicht einmal was vor fünf Jahren war. Das sind alles Aussagen von 2010, wie Herr Landeshauptmann noch erklärt hat, am 8. Juni 2010, dass es für die steirischen Krankenhäuser eine Standortgarantie gäbe, an der wird sich nichts ändern. Man sieht wie schnell sich etwas ändern kann an solchen Garantien. Also nehme ich auch diese Investitionen, im Mürzzuschlag nämlich, natürlich ernst. Das ist natürlich immer gut, wenn investiert wird, aber wenn gleichzeitig das Landeskrankenhaus als solches gefährdet ist, und das ist es mit diesen Maßnahmen, dann schaut das wieder nicht so toll aus. Weil Sie sagen, Sie waren nicht zuständig. Ja, es war damals die jetzige Finanzlandesrätin Vollath zuständig, und die hat damals auch im Juni 2010

gesagt, das Schließen kleinerer Spitäler in den Regionen wird von ihr abgelehnt, dadurch würde sich die medizinische Versorgung nur mehr in den Ballungszentren abspielen. So die damalige Landesrätin. Das ist bitte genau unsere Position, die wir seit Beginn unserer Landtagstatigkeit hier auch vertreten.

Ich stelle daher den Antrag, das ist ein ganz simpler Antrag und Sie können jetzt ein Bekenntnis ablegen, die Damen und Herren Abgeordneten der sogenannten selbst ernannten Reformpartnerschaft:

Der Landtag wolle beschließen: Der Steiermärkische Landtag fordert die Landesregierung zu einem klaren Bekenntnis für die Aufrechterhaltung aller Spitalsstandorte in der Steiermark auf.

Ganz eine simple Sache. Ich muss aber auch gleich vorweg sagen, sollten Sie, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete von Rot und Schwarz, diesen Antrag, diesen eindeutigen, ablehnen, dann gehe ich davon aus, dass zusätzlich zu Hörgas, Enzenbach und Mariazell Spitalsstandorte geschlossen werden sollen, wenn es nach Ihren Plänen geht. Gleichzeitig gehe ich davon aus, das ist wieder eine regionale Komponente des Antrages, dass Sie planen, das LKH Mürzzuschlag als Landeskrankenhaus zu schließen. (*Beifall bei der FPÖ – 16.54 Uhr*)

Präsident Breithuber: Nächste Wortmeldung Frau Kollegin Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

LTabg. Lechner-Sonnek (16.54 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frau Landesrätin hat heute aufgezählt, was im RSG eigentlich alles festgeschrieben ist. Das ist sicher hilfreich das in die Diskussion einzubringen. Es sind lauter positive und interessante Begriffe gefallen, nur möchte ich es gleich vorwegnehmen, das kommt nicht wirklich zur Entfaltung und zur Geltung, denn es ist auch immer eine Frage, wie gehe ich mit dem um, was hier als Ziel definiert ist. Was ist als Ziel definiert? Ich habe mir schnell mitnotiert z. B. den Begriff „zeitgemäßer Standard“. Wer kann dagegen sein? Wir wissen, dass sich nicht nur in der Pflege, sondern auch in der Medizin vieles ändert. Natürlich wollen wir einen zeitgemäßen Standard haben. Was extrem wichtig ist, ist auch gefallen – wohnortnah und bedürfnisorientiert. Ich habe heute schon einmal hier in Sachen Pflegeregress darüber gesprochen, wie wichtig es ist, sich in all diesen Diensten, die es für Menschen gibt

im Gesundheits- und Sozialbereich, sehr genau daran zu orientieren, was ist der Bedarf. Das ist gar nicht so banal, wie man manchmal glaubt. Man darf da nicht durch die Brille des Angebotes, das schon existiert, schauen und sagen, braucht der ein Heim, weil etwas anderes haben wir nicht, sondern man muss einfach genauer schauen, was braucht z. B. eine Person in ihrem Alter an Unterstützung und wo kann ihr sozusagen darüber geholfen werden, sodass sie zuhause bleibt. Das gilt analog auch für den medizinischen Bereich. Langfristig sicherstellen, das ist auch etwas was wir alle wollen. Das ist ganz klar. Es gibt wenig, was Menschen so in ihrem Sicherheitsbedürfnis irritieren kann oder ihrem Sicherheitsempfinden irritieren kann, wie die Gesundheitsversorgung, wenn sie plötzlich nicht mehr da ist oder, wenn sie sich so massiv ändert, dass man nicht weiß, worauf man sich verlassen kann oder worauf man zurückgreifen kann. Es ist das Stichwort „neue Modelle“ gefallen z. B. im ambulanten Bereich, die zu entwickeln sind. Ja, das ist richtig. Wir haben ein ganz großes Problem, dass wir in der Steiermark, wie auch in Österreich, eigentlich im Verhältnis zu anderen Ländern enorm intensiv fokussiert sind auf das Krankenhaus. Das ist so wie der Inbegriff der Gesundheitsversorgung. Der ambulante Bereich, aber auch der niedergelassene Bereich braucht dringend eine Verbesserung. Das ist das, was ich hier immer versuche zu sagen, dass Spitalspolitik sehr wichtig ist, aber nur einen in Wahrheit kleinen Teil dessen ausmacht, wo es das Thema Gesundheit betrifft und wo es um Befindlichkeitsstörungen geht. Hier wird aber irgendwie immer Gesundheitspolitik gleichgesetzt mit Spitalspolitik. Auch ein No Na, bessere fachärztliche Versorgung. Also, jeder der einmal, was weiß ich, im Bezirk Weiz nachgefragt hat, wenn man in Ratten oder in Birkfeld wohnt und ein kranken Kind hat, was dann los ist und wo man dann hinfahren muss, der weiß was hier gemeint ist. Auch auf der Verbesserung der tagesklinischen Versorgung usw. usf. Lauter gute Begriffe, daran liegt es nicht. Es stehen hier oder es sind hier Zielvorgaben da, die qualitativ so formuliert sind, dass sie in Ordnung sind. Jetzt kommt aber der Punkt: Was machen wir damit und wie gehen wir damit um, wie versuchen wir diese Ziele zu erreichen? Für mich ist eines ganz wesentlich. Jetzt bleibe ich einmal bei der Spitalspolitik, weil das ist heute auch der Antrag im Endeffekt oder der Bereich, den dieser Antrag absteckt. Man kann Spitalspolitik so machen, dass man etwas entscheidet und das einfach feststellt und verkündet und dann läuft das oder muss es laufen. Dann wundert man sich oft einmal allerdings, dass es erstens Probleme gibt, weil es nicht funktioniert und zweitens sich unheimlich viele Leute aufregen. Das ist mir ein ganz wichtiger Aspekt. So funktioniert das nicht. Der Punkt ist, das ist nicht so etwas wie ein Haushaltsgerät in meinem privaten Haushalt, wo ich mich ärgeren kann, ob es funktioniert

oder nicht, sondern die Gesundheitsversorgung ist ein kollektives Erlebnis. Und wenn Gesundheitsversorgung eine ganz wichtige Bedeutung hat im Sicherheitsempfinden, dann muss ich meine Entscheidungen auf fachliche Beine stellen, muss das nachvollziehbar machen, muss das nicht nur kommunizieren, sondern vorher auch mit allen Betroffenen mich an einen Tisch setzen oder in den Ring steigen, je nachdem wie man das sehen will. Das sind Wesensmerkmale von zeitgemäßen Entscheidungen. Denn wenn wir zeitgemäße Ziele definieren für den Gesundheitsbereich, können die Entscheidungsstrukturen, die Entscheidungsfindung, die Anbahnung von Entwicklungen nicht vollkommen anders laufen, nämlich so wie im 19. Jahrhundert, über Verkündung. Das geht einfach nicht und das ist ein ganz großes Problem, das wir hier immer wieder haben. Deswegen ist der Regionale Strukturplan Gesundheit auch irgendwie so ein Synonym für Schließen von Häusern und Abteilungen, was er in Wahrheit nicht ist. Er enthält solche Elemente, das ist richtig, aber das ist nicht die ganze Geschichte. Ich würde sagen, ich würde auch Sie Frau Landesrätin bitten, den Landtag in die Lage zu versetzen, rechtzeitig über Ihre Pläne und Ihre Ziele informiert zu sein und darüber auch beraten zu können. Das ist einfach wichtig. Sie müssen nicht nur die Bevölkerung mitnehmen sozusagen, sondern auch uns und Sie müssen auch, würde ich sagen, aushalten, dass wir mitreden, wenn wir anderer Meinung sind, als Sie das sind. Je besser und je offener und klarer diese Kommunikation, aber auch die Einbindung passiert, desto besser wird das Ergebnis sein. Das ist ein altes Credo, wenn man sich mit Organisation, mit der Entwicklung und der Veränderung von Organisationen befasst, denn Organisationen bestehen aus Menschen. Menschen brauchen einfach ein Wissen und brauchen auch das Empfinden und die Gewissheit, dass sie gehört werden und wahrgenommen werden in ihren Bedürfnissen. Wir haben natürlich spezielle Bedürfnisse. Wir versuchen Bevölkerungsgruppen zu vertreten. Wir sehen Trends und Entwicklungen, an uns werden auch Wünsche herangetragen. Das heißt, wir haben da einen Auftrag und dem möchten wir gerne nachkommen. Deswegen ist es so wichtig, die Prozesse in Hinkunft anders zu gestalten, wie die in der letzten Zeit gelaufen sind. Es gibt hier ein paar Stichworte, die ich noch kurz anbringen will, der Gesundheitsfonds. Der Gesundheitsfonds hat eigentlich die Aufgabe, die großen Konstruktionsprobleme, die es im Gesundheitsbereich gibt, nämlich die verschiedenen Finanzierungstöpfe, die verschiedenen Zuständigkeiten etwas zu entschärfen. Also hier eine neue Nähe und Zusammenarbeit zu erzielen, dass so diese rein Finanzstrom induzierte Gesundheits- und Spitalspolitik etwas in den Hintergrund gerät. Meiner Meinung nach leistet unser Gesundheitsfonds das nicht. Das mag jetzt den einen oder die andere ärgern, diese

Diagnose, aber das ist mein Eindruck. Da gelingt nicht wirklich viel. Auch z. B. die Kassen in die Verantwortung zu nehmen. Also, wenn ich letzte Woche von einem Arzt höre, dass er sagt, er wird von der Gebietskrankenkasse oder von einem Chefarzt angerufen und zur Rede gestellt, weil er mehrmals hintereinander zu einer sterbenden Frau gefahren ist, einen Hausbesuch gemacht hat und die nicht einfach eingewiesen hat in das Krankenhaus, weil das ist billiger, weil das Krankenhaus ist schon gezahlt, nämlich pauschal, dann weiß ich, dass hier ein gröberer Handlungsbedarf ist. Weil das wird nicht nur einmal passiert sein. Hier hat einiges zu passieren und das müsste eigentlich im Gesundheitsfonds sein. Ich erwarte mir, dass für die Lösungen der nächsten Zeit wirklich alle an einen Tisch kommen und zweitens, dass, wo Geld fließt, auch Verbindlichkeit entsteht. Ich will Ihnen jetzt sagen, wie ich das meine. Ich will bei der Gelegenheit auch unseren Entschließungsantrag einbringen. Ich halte das für exemplarisch. Ich beziehe mich noch einmal auf das LKH West, wo offensichtlich die Pläne, wie sie bis jetzt waren, gescheitert sind. Ich will mich mit dem gar nicht mehr aufhalten. Wichtiger ist, wie wir jetzt zu einer guten Versorgungsplanung kommen, die wirklich mit dem Bedarf zu tun hat. Wo es nicht darum geht, dass man mit Zähnen und Klauen alles so verteidigt wie es jetzt ist und belassen will wie es jetzt ist. Denn, und ich will da hier klipp und klar sagen, wer meint, dass das Gesundheitssystem haarscharf so bleiben soll wie es jetzt ist oder für fünf oder zehn Jahren war, der hat nicht verstanden, dass die Welt sich weiterentwickelt, dass die Medizin, die Pflege sich weiterentwickelt, dass sich die Bedürfnisse ändern und, dass wir den Auftrag haben dem nachzukommen und zu entsprechen. Das ist mir ganz wichtig. Das heißt, ich erwarte mir Entwicklung. Ich erwarte mir Veränderung, aber bitte auch in einer zeitgemäßen Form und unter Einbindung derer, die hier an einem Tisch gehören. Im Bezug auf das LKH Graz West heißt es für mich: Ich bin darauf gekommen oder mein Eindruck ist, es gibt überhaupt keine qualitative Planung dessen, was wir in Graz an Versorgung, an stationärer Versorgung brauchen. Ich rede im Moment gar nicht vom niedergelassenen Bereich, auch ein Riesenthema. Wir haben einen Haufen Spitäler oder einige Spitäler in Graz. Jeder oder jedes produziert, was es für richtig hält. Manche können sich das mehr leisten, andere weniger. Ich bin eine Hauptrednerin, da blinkt es schon nach zehn Minuten. Ich hätte gerne noch einmal zehn Minuten. Das geht nicht. Es können nicht manche einfach tun was sie für richtig halten und die anderen müssen das kompensieren. Das heißt, ich sage es klipp und klar, wenn die Ordensspitäler eine Abgangsdeckung oder wenn es eine neue Finanzierungsform gibt, irgendwelche gestützte Tarife bekommen, solange die Ordensspitäler öffentliches Geld bekommen und genau so

finanziert werden oder ähnlich finanziert werden wie die Landesspitäler, erwarte ich mir, dass sie sich in diese Versorgungsplanung einbeziehen, dass sie nicht bevorzugt werden und, dass sie mit den anderen gemeinsam daran arbeiten, wie eine sinnvolle Arbeitsverteilung aussieht. Und, dass das dann verbindlich ist. Dass sie sich einordnen in dieses öffentliche System, denn sie leben von diesem öffentlichen System. Das möchte ich hier einmal klipp und klar ausgesprochen haben. Nicht mehr und nicht weniger. Das heißt aber auch, dass diese Aufteilung gemeinsam zu erfolgen hat und in einem gemeinsamen Abstimmungsprozess. Es gibt ja auch, man braucht ja nicht bei null anfangen, wie wir wissen ein Alternativkonzept, das erarbeitet wurde, wo auch nicht nur die Damen und Herren aus dem Uniklinikum zusammengesetzt haben, sondern sehr wohl schon mit Leuten aus anderen Spitälern aufgebaut haben, wie kann diese Alternative ausschauen. Das ist zu erarbeiten und zu finalisieren und zu überprüfen natürlich, ob das diesen Anforderungen genügt. Aber es ist eine sehr taugliche Grundlage. Ich erwarte mir auch, dass der Vorstand der Krankenanstalten – wir haben ja gerade einen Wechsel gehabt, der letzte Vorstand hat durch Abwesenheit geblüht in dieser Frage, was das LKH Graz West und die Spitalsversorgung in Graz betrifft – hier eine führende Rolle einnimmt. Das ist so der große, das ist der big player, den wir sozusagen haben. Der, der einen großen Überblick hat weiß, welche öffentliche Aufgabe er hat. Ich erwarte mir, dass unter dieser Federführung diese Zusammenführung der Spitalsanbieter passiert. Ich bringe jetzt unseren Antrag ein.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ein zeitgemäßes fachliches Versorgungskonzept im stationären Bereich für den Großraum Graz und die angrenzenden Bezirke unter der Führung des KAGes-Vorstandes erarbeiten zu lassen,
2. unter Einbindung aller Spitäler eine abgestufte Versorgung mit sinnvoller Aufgabenteilung aufzubauen,
3. von allen Spitälern, die in irgendeiner Weise Landesmittel konsumieren, die strikte Einhaltung der vereinbarten Aufgabenverteilung einzufordern und abzusichern, und
4. als Grundlage das vom Universitätsklinikum Graz vorgelegte Alternativkonzept heranzuziehen.

Das ist einmal unser Entschließungsantrag in Sachen Spitalsplanung, denn, das wie es weitergeht, nach dem die Pläne gescheitert sind, die vorgelegen sind zum LKH Graz West,

das ist vordringlich. Das hat uns zu beschäftigen. Das kann ja nicht heißen, dass wir jetzt von Null wieder anfängt. Das ist auch nicht nötig.

Ich möchte mich noch zu den beiden Entschließungsanträge äußert. Der eine wird ja von der KPÖ noch eingebracht werden und der andere wurde schon eingebracht. Ihr habt vorher schon angesprochen, wir Grünen haben nicht die Haltung, dass sich nichts ändern darf im Gesundheitsbereich. Ich nehme an, das ist aus einem Reflex, weil sich jetzt Dinge geändert haben und mit einigen Änderungen bin ich absolut nicht einverstanden, das habe ich hier auch schon gesagt. Aber, hier sich herzustellen und zusagen, es darf kein Standort verändert werden, es darf keine Abteilung geschlossen werden heißt, es darf sich nichts ändern an den steirischen Spitälern, wie sie jetzt sind. Aber dann ist eine zeitgemäße Entwicklung ausgeschlossen. Das geht nicht beides, das muss Ihnen klar sein. Man kann die Position haben, wir haben eine andere, ich habe eine andere. Ich will das klipp und klar aussprechen, ich erwarte Reformen, die diesen Namen auch wirklich verdienen, das möchte ich aber schon dazusagen, sondern ich fordere eine gute Entwicklung. So heißt es für mich. Es muss eine laufende Entwicklung sein der Anpassung an das, was wirklich gebraucht wird mit dem Blick, ist das, was wir hier tun zweckmäßig, ist es sparsam und ist es wirtschaftlich. Das ist bei so einer großen Geschichte wie der Spitalsversorgung in der Steiermark eine große Aufgabe, die wir immer zu betreiben haben und nie aus den Augen zu verlieren haben. Aber das heißt, Veränderung, das Ding muss sich verändern, um mindestens so gut bleiben zu können, wenn nicht besser zu werden. Das ist auch der Grund, warum wir beiden Anträgen, dem der KPÖ und der FPÖ, nicht beitreten können. Wir wollen, dass die Bevölkerung versorgt wird und zwar besser als bisher, zeitgemäßer als bisher, niederschwelliger als bisher. Wir wollen, dass man für Befindlichkeitsstörungen, wo man anderswo ambulant lösen kann, nicht sich tagelang ins Krankenhaus legen muss. Wir wollen, dass es eine supergute regionale Versorgung gibt. Dass die Leute in den Regionen eine gute Versorgung haben. Eine interdisziplinäre, auch eine psychosoziale Versorgung. Dafür muss ich das System umbauen und deswegen, ich möchte das ganz dezidiert sagen, teilen wir diese Einschätzung, dass sich auf keinesfalls irgendetwas ändern darf und wenn möglich noch zurückverändert werden muss in die Vergangenheit für einen falschen Weg und sprechen uns dezidiert dafür aus, eine Entwicklung forcieren, aber gemeinsam transparent und offenlegen wie die Handlungen sind und was die Landesregierung vorhat, dass sie so zu passieren hat. Unter Einbindung aller, die einen Auftrag haben unmittelbar in der Versorgung von Personen mit Befindlichkeitsstörungen, aber auch unter Einbindung der Volksvertreterinnen und

Volksvertreter, deren Aufgabe es ist, zu schauen wie nimmt das die Bevölkerung auf. Glauben wir, haben wir die Einschätzung, dass das gute Lösungen sind und können wir vertrauen und auch vertreten, wie eine geplante Veränderung ausschauen soll. Das sind die Kriterien, die ich anlege und das ist ein ziemlich hoher Auftrag, auch und im Besonderen an die Landesregierung. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 17.11 Uhr)*

Präsident Breithuber: Nächster am Wort ist Kollege Dr. Murgg. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

LTabg. Dr. Murgg *(17.11 Uhr):*

Ich bin aufgeschreckt, lieber Herr Präsident, aber es schadet eh nichts. Einige Worte auch noch von unserer Seite. Es geht ja nicht so sehr, geht es auch indirekt, um das allgemeine Gesundheitssystem, was jetzt wieder Kollegin Lechner-Sonnek herangezogen hat beim Antrag der FPÖ oder bei der Dringlichen Anfrage geht es eigentlich darum zu erfahren, was es jetzt mit den Spitalsstandorten wirklich auf sich hat und da muss ich Ihnen, geschätzte Frau Landesrätin, leider sagen, in bin in der Wirklichkeit so schlau, wie ich vorher war. Nämlich, ich weiß nicht viel. Sie kommen immer mit dem RSG, aber der RSG hat natürlich einen Grauschleier oder eine Unschärfe. Da steht nicht genau darin, dieses Krankenhaus X wird sicher usw..... *(Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder. „Sinnerfassendes Lesen.“)* Nein, das steht nicht drinnen. Weil Frau Kollegin Lechner-Sonnek versucht z. B. Ihnen seit vier Sitzungen bei der Nase herauszuziehen, wie es mit dem LKH West weitergeht, ob die Barmherzigen Brüder zugesperrt werden und in das LKH West übersiedeln oder nicht und ob das vielleicht mit einem Krankenhaus am Standort des LSF kombiniert wird etc. Sie haben bis heute keine klare Antwort gegeben. Eines wissen wir, Ihre Lösung, den Barmherzigen Brüdern zu übertragen, ist gescheitert, vorläufig einmal, sage ich. Aber das steht alles nicht im RSG. Den RSG habe ich schon, ich will nicht sagen überflogen, aber ich habe ihn nicht studiert. Da ist so eine Grafik drinnen, habe ich alles gelesen, wo die Stationen aufgelistet sind bei den diversen Krankenhäusern, aber auf das gebe ich nichts. Weil wir genau wissen, das ist niedergeschrieben worden vor zwei oder drei Jahren und wie es in der Perspektive ausschauen wird, ist wieder ein ganz anderes Problem. Wir haben hier beispielsweise, Kollege Amesbauer hat es dankenswerterweise erwähnt, nicht weil ich da dabei war und den Antrag gestellt habe, sondern weil es die Sache eigentlich auf den Punkt bringt, um was es da geht. Wir haben in der letzten Gesetzgebungsperiode beschlossen, dass die Chirurgie Bad Aussee

bleiben muss. Da ist Herr Landesrat Hirt aufgestanden und hat gesagt, passt mir nicht, aber so viel Demokrat bin ich, dass ich das zur Kenntnis nehme. Dann haben wir es beschlossen – vorläufig ist es noch, das LKH Bad Aussee. In Ihrem Interview, das beunruhigt mich, weil da schon angedeutet worden ist, es könnte vielleicht auch wegkommen und da ein neues, in Stainach, Irdning eventuell, wenn ich das richtig mitbekommen habe, gebaut werden. Und Mürzzuschlag, wenn auch knapp, aber es war ein Landtagsbeschluss da, dass die Chirurgie dort erhalten bleibt. Sie und schon Ihre Vorgängerin eigentlich, das haben Sie ja quasi geerbt, das ist ja eine Entschuldigung für Sie, haben gesagt, interessiert uns nicht, die Chirurgie ist nicht lebensfähig, Punkt, aus. Und das ist das, auf das ich eigentlich mit den paar Worten, die Sie mir gestatten, hinaus will. Wir sind mit einer ganzen Reihe von Umbauten, sage ich einmal, im Spitalswesen, da gehören Schließungen von Abteilungen und auch von Standorten dazu, konfrontiert. Ich frage mich, wer entscheidet das eigentlich oder auf wessen „Wissen“ wächst das alles. Gut, die Frage stellen heißt sie beantworten. Erstens einmal entscheiden Sie das, aber auch nicht sozusagen aus Ihrem eigenen Antrieb heraus, sondern, wie wir ja wissen, Sie haben Experten und Expertinnen, die Ihnen hier zuarbeiten. Ich sage also hauptsächlich Ausgliederungs- und Privatisierungsexperten, die sehr gut an diesen Expertisen verdienen. Das wächst auf den Experten, auch dort Experten der Gesundheitsplattform und es entscheiden die KAGes-Vorstände, aber einer wird überhaupt nicht eingebunden. Sie haben es, glaube ich, gesagt, Frau Kollegin Lechner-Sonnek, es geht auch um die Einbindung und das Wissen des Landtages. Nämlich, es geschieht alles vollkommen am Geschehen des gewählten steirischen Parlaments vorbei. Es geschieht hinter dem Rücken des Landtages. Wir erfahren das dann, was wirklich passiert, bei der fünften Anfrage von Ihnen oder aus der Zeitung oder, wenn tatsächlich, werden wir oder die Bevölkerung vor Ort vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Deswegen meine ich, man müsste die Welt in diesem Fall wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Derzeit steht sie am Kopf. Es ist so, wie ich gesagt habe. Ich würde mir vorstellen oder ich würde mir wünschen, dass man sie wieder auf die Füße stellt, dass der Landtag hier debattiert. Natürlich nicht über jede medizinische Einzelheit. Wir sind keine Medizinexperten, aber ein ungefähres Konzept, was wir uns vorstellen, vorgeben, was auch die Standortpolitik betrifft, die unterschiedlichsten Gewichtungen, niederschwelliger Zugang, höherschwelliger Zugang und, dass dann aufgrund der Entscheidungen des Landtages, natürlich Sie als zuständige Landesrätin, das mit den Verantwortlichen der KAGes umsetzen. Aber so ist es leider nicht. Wir sind mit einer Situation konfrontiert, wo ich heute nicht weiß, und ich habe von Ihnen noch immer keine klare Antwort bekommen, Kollege

Amesbauer hat es ja versucht in zwei Anläufen, also was jetzt wirklich mit dem LKH Voitsberg passiert, außer, dass die Geburtenstation dort wegkommt, das wissen wir vorläufig einmal. Aber wird das jetzt so bleiben wie es ist oder wird das vielleicht doch eine Geriatriestation, ähnlich wie in Mürzzuschlag? Wie ist es in Wagna? Wie ist es in Enzenbach, haben Sie heute Auskunft gegeben. Bis 2019, glaube ich, wenn ich aufgepasst habe, ist es gesichert, aber was mit Hörgas passiert, Sie haben gesagt, ja, denken wir nach dem Pflegegedanken oder dem Gesundheitsgedanken diese Immobilie weiter zuzuführen. Sie wissen ja, da gibt es irgendeine Stiftung, Rosegger Stiftung heißt das, glaube ich, wo das seinerzeit dem Land übertragen wurde, wo meines Wissens drinnen steht, dass das nur unter der Auspizien übertragen wurde, dass das weiterhin derartigen Zwecken zugeführt wird. Können Sie das erfüllen, müssen Sie das erfüllen, wollen Sie das überhaupt erfüllen? Alles das bleibt nach wie vor offen. Ausschauen tut es in den Spitälern so, und da bin ich bei Kollegin Lechner-Sonnek, weil ich ihr auch zu dem Grünen Antrag sagen werde, wie die KPÖ dazu steht. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen und zwar nicht deswegen, weil wir gegen Neuerungen oder gegen Änderungen sind. Mir ist schon klar, dass die Medizin sich in den letzten 20, 30 Jahren sprunghaft weiterentwickelt hat. Wahrscheinlich gewaltiger als von 1900 bis 1960 durch diese Spitzenmedizin und durch die ganzen Lebensgewohnheiten der Menschen, alles richtig, aber was mir bei Ihrem Antrag fehlt ist, dass Sie nicht klar ausschließen, dass diese Überprüfung – ich sage es einmal so salopp -, was die Menschen der Steiermark eigentlich brauchen, dass dabei von vornherein ausgeschlossen wird, dass es tatsächlich zu einer Verschlechterung kommt. Denn ich kann Ihnen eines sagen, was da herauskommen wird, wenn man das so überprüft, wie Sie das wollen. Da wird herauskommen, das haben wir eh schon von Frau Landesrätin und anderer Seite gehört, dass wir 800 oder 1.000 Betten oder wie viel im Großraum Graz zu viel haben. Ich behaupte, das ist falsch. Das wird gesagt, um einzusparen. Gehen Sie einmal raus in die Spitäler, in die Provinz hätte ich bald gesagt, aber auch ins LKH und fragen Sie einmal die Menschen, was sie sich von einer Verbesserung oder Neuerung des medizinischen Systems erwarten. Die werden Ihnen sagen, wenn ich zur Augenambulanz ins LKH komme, möchte ich nicht drei Tage warten, sondern nur einen Tag. Wenn ich mit meinem alten Vater ins Krankenhaus gehe, weil ihm plötzlich irgendwie schlecht geworden ist, möchte ich nicht, dass die Schwester auf den Gang stürzt und sagt, Bett haben wir keines oder haben Sie eine Zusatzversicherung. Das würden sich die Menschen wahrscheinlich wünschen und wahrscheinlich wünschen sie sich auch, wenn sie in Mürzzuschlag leben oder in Leoben, dass

sie beispielsweise, wenn sie in Leoben ein Augenleiden haben, nicht nach Bruck fahren müssen und in Mürzzuschlag nach wie vor eine Chirurgie haben. Das ist der ureigenste Wunsch der Bevölkerung. Ich behaupte, der Wunsch ist berechtigt und der hat heute mehr Berechtigung, als im Jahr 1960 oder 1950 er gehabt hat, wie seinerzeit diese Struktur aufgebaut worden ist, weil da war deutlich weniger Geld da als heute. Und um das alles wieder, jetzt bin ich wieder am Anfang, vom Kopf auf die Füße zu stellen, meinen wir, was wir brauchen, ist ein sicherer Ausbau. Ich rede nicht, was wir sonst noch brauchen, ein sicherer Ausbau des Spitalswesens vor allem im dezentralen Raum. Wir brauchen eine volle Information und Mitsprache des Landtages, bevor die wesentlichen Weichen gestellt werden und wir brauchen vor allem eine Ausstattung der Spitäler mit ausreichend Personal. Es ist ja ungeheuerlich, dass wir schon Jahre lang zuschauen, die Arbeiterkammer liefert uns eine Studie nach der anderen, dass das Pflegepersonal an Burn-out leidet und, dass die Ärzte 40 oder 60 Stunden ununterbrochen arbeiten. Das ist ja ungeheuerlich in Wirklichkeit und das brauchen wir. Leider, und da irre ich vielleicht, aber ich lasse mich gerne eines Besseren belehren, wir meinen, diese Zustände wird man nur dann wirklich in positivem Sinne lösen können, wenn man den Landtag wieder in seine ureigenste Rechte einsetzt und die Spitalsverwaltung dorthin überträgt, wie sie bis 1985 oder in den 70er-Jahren war, der Landesverwaltung unterstellt und der Landtag auch ein Mitspracherecht hat. Weil dann wird sich der Abgeordnete draußen wirklich was anhören können in der Region, dann wird er angesprochen werden und wird ihm gesagt, tust ja selber da, was machst du da eigentlich, dass du da zustimmst, dass Voitsberg geschlossen wird, etc. Jetzt kann man sagen, na ja weißt eh, das ist ja die RSG, Gesundheitsplattform, etc. und das macht der KAGes Vorstand, da haben wir nichts zu reden. Das ist natürlich ein Abwälzen der Verantwortung weg vom Landtag hin zu den sogenannten Experten und auch eine demokratische Entmündigung des Landesparlaments. Deswegen stellen wir folgenden Antrag: Übrigens dem Antrag der FPÖ werden wir zustimmen, auch dazu noch ein Wort.

Wir stellen daher der Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. einen Etappenplan betreffend die Auflösung der KAGes und die Wiedereingliederung der landeseigenen Krankenanstalten in die Landesverwaltung auszuarbeiten und diesen dem Landtag vorzulegen,

2. von externer Managementberatung Abstand zu nehmen und die bisher für externe Beratung verwendeten Mittel ausschließlich für medizinische und krankenpflegerische Belange aufzuwenden und
3. die jüngst geschlossenen Spitalsabteilungen bzw. -standorte unverzüglich wieder einzurichten und von der weiteren Schließung von Abteilungen oder Standorten Abstand zu nehmen.

Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 17.23 Uhr)*

Präsident Breithuber: Danke für die Wortmeldung. Zu einer kurzen Wortmeldung hat sich noch Kollege Amesbauer gemeldet. Bitte.

LTabg. Amesbauer, BA *(17.24 Uhr)*: Danke, Herr Präsident!

Ganz kurz, ich beantrage schlicht und einfach die punktuelle Abstimmung des Entschließungsantrages der KPÖ. Danke. *(17.24 Uhr)*

Präsident Breithuber: Danke, abschließende Wortmeldung von unserer Landesrätin. Ich bitte Sie um das Wort.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder *(17.24 Uhr)*: Nachdem im Zuge der Wortmeldungen einige konkrete Punkte noch aufgetaucht sind, wollte ich mich noch ein weiteres Mal melden und darf diese stichwortartig abarbeiten. Stichwort Versorgungsplanung: Die Kapazitäten, sozusagen was die Steiermark an stationärer und ambulanter Kapazität braucht, das ist im RSG ausgedrückt. Was uns nicht obliegt und welche Kompetenz auch der Fonds, ich als Landesrätin ohnehin nicht, aber auch der Fonds nicht hat ist, die Gebietskrankenkassa oder alle anderen Sozialversicherungen zu zwingen, diesen Plan jetzt 1:1 umzusetzen. So wie Sie es angedeutet haben, Sie erwarten sich vom Fonds eine strengere Führung der Sozialversicherungen. Das obliegt dem Fonds nicht. Also, in diesem Fall ist es dem Fonds und insbesondere seinen Mitarbeitern nicht möglich, eine Führung wahrzunehmen. Es ist umgekehrt, Sozialversicherung und Land haben sich gemeinsam, sozusagen einen Koordinationsstab geschaffen und diesem Koordinationsstab sind Aufgaben zugeordnet, aber es ist keine hierarchische Überordnung des Fonds außerhalb seiner direkten Aufgaben gegeben. Die zweite Geschichte, weil Sie sagen, im RSG sieht man aber nicht die Entwicklung der Strukturen. Ich bitte Sie jetzt noch einmal, Frau Abgeordnete, ich weiß, dass

Sie in vielen Dingen sogar besser und detailreicher Bescheid wissen, der RSG ist in seiner Lesbarkeit, glaube ich, wirklich nicht in irgendeiner Form schwer zu verstehen. Es gibt bei jeder Struktur und er hat sogar Häuser betitelt, ganz genau die Zahlen, wie viel haben wir jetzt, was ist im RSG 2009 gestanden und was steht in diesem RSG 2011. Wenn unter Hörgas Enzenbach Null steht bei Betten, dann nehme ich an, dass Sie das kapiert haben, dass es heißt, dieses Haus wird nicht mehr als stationäre Spitalseinheit geführt. Das es sozusagen parallel dazu mir ein Anliegen ist, wie ich auch in der Anfragebeantwortung gesagt habe, dass ich mit der Region schauen will, dass wir eine Nachnutzung für das Haus finden, ist eine zweite Geschichte und hat mit der Versorgungsplanung nichts zu tun. Da geht es nur darum, dass es schade ist, wenn ein Haus leer steht. Die zweite Geschichte ist, dass all das, was auch in diesem Interview ausgedrückt wurde, auch im RSG ersichtlich steht, seit Juni 2011. Der Verbund steht drinnen von LSF und West, Bruck-Leoben steht drinnen und wenn bei der Bettenanzahl da oder dort drinnen steht ein A für Abteilung, ein D für Department, also für all jene, die sich auch weiter vertiefen wollen, ist es auch ersichtlich. Zweiter Punkt, in der Gesundheitsplattform sind alle Landtagsklubs eingebunden mit ihren jeweiligen Vertretern. Dort wurde das auch erklärt und dargestellt. Aber nichtsdestotrotz, ich wiederhole mein Angebot, wenn es gewünscht wird - beim nächsten oder übernächsten - das ist eine Terminfrage, dass ich a) Vertreter des Gesundheitsfonds bitte, es noch einmal zu erklären und b) Vertreter der KAGes bitte, den aktuellen Stand der Umsetzung in den KAGes Häusern zu schildern. Auch das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Sie müssen schon noch einmal eines akzeptieren und es ist insbesondere auf den Kollegen Amesbauer und seine doch sehr abstruse Interpretation von Abstimmungsverhalten zurückzuführen. Es gibt kurz-, mittel- und langfristige Perspektiven. Ich denke, in einer guten Politik sind alle drei Zeitdimensionen notwendig. Die aktuelle kurzfristige, aber auch mittelbare bis 2020 Perspektive steht im RSG 2011. Dieser RSG und seine Versorgungsplanung, aber auch die Infrastrukturentwicklung deutet aber auf eine längerfristige hin, weil die Grundsätze, und Sie haben alles zu recht genannt, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, aber auch die medizinische Entwicklung sind natürlich auch nach 2020 für mich persönlich ein treibender Motor, die Weiterentwicklung zu machen. Und deshalb behaupte ich, Sie können sich wahrscheinlich schon darauf freuen, dass ich es wahrscheinlich selber gar nicht mehr machen werde als verantwortliche Politikerin, ist auch diese Lösung des Verbundes eine langfristige Zukunftsperspektive, in dem man ein LKH Süd in Graz installiert. Das hängt mit den Immobilien und Räumen dort zusammen. Im Übrigen, was heißt medizinischer Fortschritt?

Herr Dr. Murgg hat jetzt da gemeint, das ist alles schwierig, weil es muss dann schon irgendwie, medizinische Entwicklung gut und schön, aber die Strukturen müssen da bleiben. Dann tut man halt sozusagen, wenn ich es jetzt auch interpretieren darf, und hier will ich es nicht falsch tun, na wenn es schon nicht die Chirurgie ist, dann tut es halt die Akutgeriatrie vielleicht auch in Mürzzuschlag. Das erscheint Ihnen vielleicht noch sinnvoll, aber es muss alles an dem Standort an Größenordnung erhalten bleiben. Wissen Sie, dass sich das Wissen der Medizin aktuell alle fünf Jahre verdoppelt. Das Wissen der Medizin entwickelt sich alle fünf Jahre so rasant, dass es sich verdoppelt. Hier können wir nicht davon ausgehen, dass wir weiterhin etwa 100 Jahre lang brauchen, um einen neuen Regionalen Strukturplan zu machen, weil die jetzige Spitälerstruktur ist in etwa so alt, sondern, dass es vielleicht eben in 20 Jahren, ein Beispiel habe ich genannt, eine weitere Entwicklung gibt, das bitte nicht aktuell ist und auch nicht mittelfristig ist. Ich bin ja eingeladen auch an der Eröffnung eines neuen Spitals in Bad Aussee teilzunehmen. Nur meine persönliche Meinung und auch die Grundsätze des Regionalen Strukturplanes Gesundheit würden es in einer anderen Situation klüger erscheinen lassen, nicht in einem Bezirk an drei Randpositionen drei Häuser zu bauen, sondern in der Mitte ein größeres Haus zu bauen. Das hätte mehrere Vorteile, a) es ist sparsam und zweckmäßig und b) trotz dieser Sparsamkeit wäre es möglich, eine noch spezialisiertere Medizin wohnortnah anzubieten. Das war der Grund zu sagen, langfristig wird auch der Bezirk Liezen, wahrscheinlich nicht mit drei Spitalsstandorten, sondern wird auch vielleicht manche regionale Vertretung klüger und sagt, eigentlich ist das eine gute Lösung. Zum Thema Alternativkonzept Klinikum, Sie kennen es. Sie können mir glauben, ich kenne es auch sehr gut. Das ist bitte kein KAGes-Papier, wenn ich es jetzt so betiteln darf. Weil ich kenne es so gut, dass ich auch schon die kritischen Stimmen der KAGes - also, wenn Sie von den Beteiligten und Betroffenen sprechen, die da immer so als amorphe Masse herumschwimmen, wer ist beteiligt und betroffen und wer ist sozusagen auf welcher Entscheidungsebene einzubeziehen, dann darf ich Ihnen versichern, das ist kein KAGes mehrheitsfähiges Papier. Aber es hat natürlich auch Ansätze und Überlegungen, es muss ja nicht immer ein ganzes Papier sein, es sind ja viele Punkte drinnen, die wir natürlich auch in dieser Frage mitberücksichtigen. Der letzte Punkt zum Standort Mürzzuschlag. Also, jetzt gebe ich schon zu, dass ich nicht im Detail über medizinische Therapien und Behandlungen reden kann, die diesen Titel „Zentrum für ältere Menschen“ beinhalten, aber ich kann Ihnen auch hier eine Strukturfrage, die Sie herauslesen könnten sagen, eine der neueren Entwicklungen in der Medizin ist der Aufbau von geriatrischen Einheiten. Das ist übersetzt

die Altersmedizin. Das heißt, man hat einfach gesehen, dass es nicht nur bei Männer und Frauen einen Unterschied gibt, wenn sie eine Tablette einnehmen, man hat auch gesehen, dass es zwischen einem 15-jährigem und einem 85-jährigem anders ist. (*LTA*bg. *Amesbauer, BA*: „Das hat mit dem Pflegezentrum nichts zu tun.“) Und diese Akutgeriatrische Station ist im Übrigen gerade erst eröffnet worden - also wurde auch nicht von mir. Zusätzlich, um diese Synergien und diese Zweckmäßigkeit sicherzustellen, haben wir eben die Entscheidung getroffen, mit derzeitiger Schätzung, das ist ganz frisch, aber es gibt noch keinen Bauplan, 16,5 Millionen Euro für die Umsiedelung oder die Umleitung des Landespflegezentrums Kindberg nach Mürzzuschlag, um auch für die Patientinnen und Patienten und/oder zu Pflegenden einen kurzen Weg, eine gute Betreuung zu machen und zu schaffen. Das Allerletzte, weil die Frau Abgeordnete auch einen wehr umfassenden Antrag eingebracht hat, möchte ich noch sagen. Vieles, was in diesem Antrag steht, ist nicht nur meine Meinung, sondern ist auch von mir in Verhandlungen mit allen Partnern, die als Fonds finanzierte Krankenhäuser tätig sind, Usus mittlerweile, nämlich, dass es gewisse Bedingungen gibt, unter denen die sogenannte Abgangsdeckung, die es hoffentlich bald nicht mehr geben wird, seitens des Landes zu lukrieren. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, erst kürzlich die Initiative Patientensicherheit, auch hier ist die Steiermark mit der Anzahl der bereits teilnehmenden Spitäler erstklassig und in führender Position, ist im Übrigen so ein Qualitätsparameter. Ein zweiter ist der, den Sie angesprochen haben, der mir ein ganz besonderes Anliegen ist, nämlich die Kooperation zwischen den Häusern. Die muss nicht nur zwischen den verschiedenen Partnern, sondern insbesondere auch zwischen den verschiedenen Häusern verbessert werden. Weil leider ist es auch nicht so, dass ich heute nicht mit Überzeugung sagen könnte, dass die Kooperationen zwischen den KAGes-Häusern in jedem Fall gut stattfindet und die PatientInnensteuerung hier patientenorientiert und nicht hausorientiert abläuft. Ich glaube, Sie wissen, was ich damit meine. Insofern kann ich Ihnen sagen, das ist Teil der Strategie. Unabhängig jetzt von Anzahl und Quantitäten ist die Qualität und die Weiterentwicklung absolut unser beider Standpunkt und in diese Richtung wird auch gearbeitet. Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.37 Uhr*)

Präsident Breithuber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 1850/3, betreffend Aufrechterhaltung der Spitalsstandorte in der Steiermark ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, dagegen?

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gegen die Stimmen der ÖVP, SPÖ und Grünen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 1850/2, betreffend die zukünftige Spitalsstruktur im Großraum Graz ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Dieser Antrag hat auch nicht die erforderliche Mehrheit gegen die Stimmen der FPÖ, ÖVP, SPÖ und KPÖ gefunden.

Der nächste Antrag wird punktuell abgestimmt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 1850/4, betreffend Maßnahmen zur Gesundung des Krankenhauswesens in der Steiermark zu Punkt eins ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch nicht die erforderliche Mehrheit. Zugestimmt hat die KPÖ, alle andere dagegen.

Wer zum Punkt zwei die Zustimmung erteilt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.
Hat nicht die erforderliche Mehrheit gegen ÖVP, Grün und SPÖ.

Wer zum Punkt drei die Zustimmung erteilt, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit gegen die Stimmen der ÖVP, Grün und SPÖ.

Somit ist die Tagesordnung erschöpft. Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 14. Mai 2013 statt. Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d. h. elektronischem Weg eingeladen.

Die Sitzung ist beendet.

(Ende: 17.38 Uhr)